

»Dass ein gutes Deutschland blühe ...«

Das Thema: Deutschland 2024: Schlimmer geht immer – Gedanken, *Raimund Ernst*; »Ein besseres Deutschland soll es werden« – Vorstellungen nach der Befreiung, *Ulrich Schneider*; Deutsche Spaltung und Europastrategie des deutschen Kapitals, *Beate Landefeld*; Braune Kontinuitätslinien, *Ralf Hohmann*; Notwendiges Erinnern an Kurt Pätzold, *Friedrich-Martin Balzer*; Höslers Zahl der Woche, *Joachim Hösler*; Zukunft – Das Papier der SDAJ, *Andrea Hornung*, *Simon Massone*

Kommentare: Staatsräson, *Lothar Geisler*; Kriegstüchtigkeit, *Arnold Schölzel*; Habecks Doppelmoral, *Leo Mayer*; Gefährliche Regierung, *Bernhard Trautvetter*; Österreichs Neutralität, *Josef Meszlenyi*; Thema Frieden beim ver.di-Kongress (*Michael Quetting*), bei der IG Metall (*Klaus Pickshaus*) und beim Parteitag Die Linke (*Artur Pech*); Leipziger Perspektive, *Volker Külow*; Gerd Callesen (1940–2023), *Georg Fülberth/Hans-Norbert Lahme*

Bei anderen gelesen: Was heißt Europäische Sicherheits- und Friedenspolitik?, *Rolf Mützenich*

Kalenderblatt: Die KPÖ und der 12. Februar 1934, *Winfried R. Garscha*

Positionen: Angela Davis zum 80. Geburtstag, *Volkmar Schöneburg*; Lenin zum 100. Todestag, *Joachim Hösler*; Westafrikas Zukunft, *Valentin Zill*; Sicherungsverwahrung in Politik und Medien (Teil 2), *Franziska Schneider*; Realismus in der Bildenden Kunst, *Peter Wilke*; Ukraine-Krieg – »Wir haben einen schrecklichen politischen Fehler gemacht«, *Jeffrey Sachs*

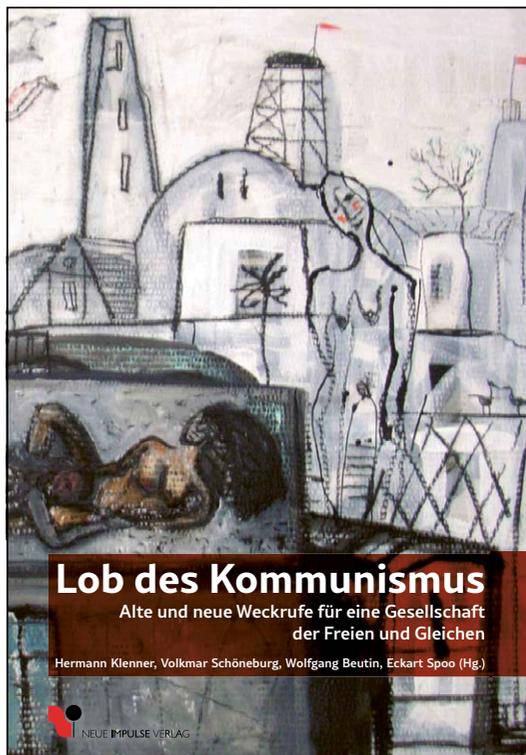
Beilage: Krise des Zionismus, Chance für Palästina?; *Prof. Ilan Pappé*

14,50 €

Hermann Klenner, Volkmar
Schöneburg, Wolfgang Beutin,
Eckart Spoo (Hg.)

Lob des Kommunismus

*Erweiterte Neuauflage,
Edition Marxistische Blätter, Essen 2023,
Hardcover, gebunden, ca. 200 Seiten,
ca. 24,80 Euro, ISBN 978-3-96170-067-7*



Lob des Kommunismus

Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft
der Freien und Gleichen

Hermann Klenner, Volkmar Schöneburg, Wolfgang Beutin, Eckart Spoo (Hg.)

Kommunismus ist auch eine Gedankenwelt. Eine sehr alte sogar, und immer wieder auf ein Neues gedacht. Und nicht totzukriegen, wie die Geschichte lehrt. Das deutet darauf hin, dass kommunistische Ideen einem Grundbedürfnis des Miteinanders von Menschen entsprechen: dem menschlichen Miteinander. Ausdruck einer Sehnsucht zumindest, dass die Verhältnisse grundlegend anders werden müssen, als sie waren und als sie sind. Schließlich geht es um die Konturen einer linken, auf sozialistische, letztendlich kommunistische Lebensverhältnisse gerichteten Politik ... Gewiss, es handelt sich bei den zusammengetragenen Kommunismus-Ideen um Provokationen, bedenkt man die Welt, in der wir gegenwärtig leben. Aber welcher intelligenter Mensch will sich schon sagen lassen, dass er/sie sich dem Nachdenken verweigert, bloß weil zu ihm provoziert wurde? (Hermann Klenner)

Einwurf von Links

Mal eine ganz andere »Staatsräson«

Lothar Geisler

Ich habe mir auf meine alten Tage noch ein neues »PLO-Tuch« gekauft, – nicht das schwarz-weiße meiner Jugend, sondern das Modell »Rainbow«. Denn mit schwarz-weiß-Malerei ist kein komplexes Problem zu verstehen, und schon gar kein Krieg zu befrieden. Und der Regenbogen gilt halt als Symbol für Aufbruch, Veränderung und Frieden und als Zeichen der Toleranz und Akzeptanz, der Vielfalt von Lebensformen und der Hoffnung.

Ich grübele also in der Hoffnungstraße, auf was ich mich im Minenfeld der Meinungen und Emotionen nach dem 7. Oktober in diesem schon so langen, so asymmetrischen Kampf Israel vs. Palästina auf 3500 Zeichen konzentrieren soll. Da flattern mir zwei E-Mails der südafrikanische Menschenrechts-NGO »*Africa4Palestine*« auf den Rechner:

In der einen wird die Beendigung der Kampagne *#BoycottWoolworths* verkündet. Grund: der CEO von Woolworths hatte in einem offiziellen Schreiben versichert: »Wir haben keine Produkte in unseren Regalen, die aus Israel importiert wurden«. Ein Erfolg. Denn für die südafrikanischen NGO-Aktivisten steht »der Verzicht auf Produkte aus Israel im Einklang mit den Grundsätzen des ethischen Verbraucherschutzes.« Ein Unternehmen zeige so »sein Engagement als sozial verantwortlicher Unternehmensbürger.« (Das sollte mal jemand beim Parteitag der ansonsten achso Sanktionsfreudigen deutschen Grünen sagen!)

In der anderen Mail wird die Abreise des israelischen Botschafters begrüßt, dessen Ausweisung im südafrikanischen Parlament beschlossen werden sollte. Vor dem Hintergrund der eigenen historischen Erfahrungen im Kampf gegen das Apartheidregime- ein nachvollziehbares Verständnis von Staatsräson und Solidarität. Die internationale Isolation des Apartheid-Regimes war ein wichtiger Schritt zu seiner Überwindung. Dies sei auch »ein entscheidender Schritt, um das Apartheidregime Israel für seine Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen.« Und weiter heißt es: »Ähnlich wie in Südafrika müssen die *Ursachen* des Konflikts angegangen werden, um *Frieden für alle*, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben (Juden, Muslime, Christen und alle anderen), zu erreichen, einschließlich des Abbaus des israelischen Apartheidregimes, der Beendigung der rechtswidrigen israelischen Besetzung und der Beendigung der Verstöße gegen das Völkerrecht. Dies ist der einzige Weg zu einer nachhaltigen und gerechten Lösung – *für alle*.«

Diese Positionierung, die jenseits des deutschen Tellerrands vor allem im globalen Süden häufiger ist, spricht mir aus dem Herzen. Mein PLO-Tuch ist zwar heute bunter, mein Blick differenzierter, aber meine hart erarbeitete internationalistische Grundhaltung bleibt unverändert. Da bin ich ganz »k. u. k.« (konservativ und kommunistisch)¹.

Die deutsche »Staatsräson« ist so gar nicht meine. Bedingungslose Unterstützung des israelischen Staatsterrors mit Waffen, Waffen, Waffen und einem pauschalen »Demokratie«-Zertifikat sind keine »roadmap to peace«. Israels »iron dome« bietet so wenig Schutz vor Raketen, wie der Vorwurf des »israelbezogenen Antisemitismus« vor Kritik seiner Politik. Eine »roadmap to peace« muss die Sicherheit aller garantieren, denn die Menschenrechte gelten nicht nur für »Ausgewählte«. Und aus dem »Nie wieder!« der Überlebenden des deutschen Faschismus ließe sich eine ganz andere »Staatsräson« ableiten, – eine friedentüchtige nämlich.

1 Meine österreichische Lieblingskabarettistin Lisa Eckhart aus der Steiermark bezeichnete sich selbst mal so. Sorry für die kulturelle Aneignung.

Marxistische Blätter 1_2024

Einwurf von Links

Mal eine ganz andere »Staatsräson«

Lothar Geisler 1

In gemeinsamer Sache

Veränderungen und »Treffpunkt Redaktion« 4

Kommentare

Erfolgreiche Friedensdemo »under fire«

Peter Wahl 5

Zwischenstationen zur Kriegstüchtigkeit

Arnold Schölzel 6

Habeck und die Doppelmoral

Leo Mayer 10

Die Ampel-Koalition ist eine besonders gefährliche Regierung

Bernhard Trautvetter 13

Neutralität ist wichtiger denn je

Josef Meszlenyi 15

Sechs Thesen ...

Michael Quetting 17

Friedenspolitische Positionen geschärft

Klaus Pickshaus 19

Längste Blockade der Geschichte in Brüssel verurteilt

Anke Jonack 20

Zum Parteitag der LINKEN in Augsburg

Artur Pech 21

Leipziger Perspektive

Volker Külöw 23

Gerd Callesen (1940–2023)

Georg Fülberth/Hans-Norbert Lahme 25

Leserzuschriften

Mails zur Jubiläumsausgabe »Mut und Marxismus« 27

Orientierung oder Nebelschwaden? 28

Konferenzen/Berichte

Besucherrekord bei den 16. Gramsci-Tagen

Timo Reuter 30

Gemeinsame Konferenz österreichischer Kommunist:innen

Anne Rieger 34

»Wir haben einen schrecklichen politischen Fehler begangen«

Jeffrey Sachs 36

Thema: »Dass ein gutes Deutschland blühe ...«

Editorial 42

Deutschland 2024: Schlimmer geht immer

Raimund Ernst 44

»Ein besseres Deutschland soll es werden«

Ulrich Schneider 51

Deutsche Spaltung und Europastrategie des deutschen Kapitals

Beate Landefeld 59

Braune Kontinuitätslinien

Ralf Hohmann 67

Notwendiges Erinnern an einen deutschen Historiker im Streit um die Geschichte

Friedrich-Martin Balzer 75

Höslers Zahl der Woche

Joachim Hösler 83

Das Zukunftspapier der SDAJ

Andrea Hornung und Simon Massone 94

Dokumentation

Entschließung des Buchenwalder Volksfrontkomitees vom 19. April 1945 99

Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 100

Warum wir DIE LINKE verlassen 105

Bei anderen gelesen**Was heißt Europäische Sicherheits- und Friedenspolitik?**

Rolf Mützenich 107

Kalenderblatt**Die KPÖ und der 12. Februar 1934**

Winfried R. Garscha 113

Positionen**Angela Davis – Pädagogin, Aktivistin, Abolition-Feministin**

Volkmar Schöneburg 116

Würdigung eines bemerkenswerten Revolutionärs

Joachim Hösler 120

Westafrika – Zurück in die Zukunft

Valentin Zill 126

Die Sicherungsverwahrung im politischen und medialen Gebrauch (Teil 2)

Franziska Schneider 133

Über Realismus in der Bildenden Kunst

Peter Wilke 140

Wist empfiehlt Literatur

Wist empfiehlt Literatur 147

Rezensionen

Christiane Barckhausen: Was bleibt. Begegnungen in der Welt und in Berlin (*Marie Hewelt*) 150

Christoph Hein: Unterm Staub der Zeit (*Jenny Farrell*) 151

Kai Degenhardt: Wessen Morgen ist der Morgen (*Wilfried Bauer*) 153

Patrick Schreiner/Kai Eicker-Wolf: Wirtschaftsmärchen (*Ulf Immelt*) 155

Ulrike Guérot/Hauke Ritz: Endspiel Europa (*Andreas Wehr*) 156

Hans-Jürgen Urban: Krise. Macht. Arbeit (*Anne Rieger*) 159

Andreas Arndt: Die Sache der Logik (*Richard Sorg*) 161

Michael Hudson: The Collaps of Antiquity (*Klaus Wagener*) 165

Impressum 168

In gemeinsamer Sache

Veränderung 1

Nun ist es soweit. Die Marxistischen Blätter erscheinen ab Januar 2024 nur noch alle drei Monate, jeweils zu Beginn des Quartals, ein Schritt, den wir 2019 schon einmal erwogen hatten. Nun ließ er sich nicht mehr vermeiden. Damit zogen Gesellschafter und Herausgeber die »Notbremse«. Aus Gründen: Die Abo-Entwicklung hält nicht Schritt mit den Preissteigerungen bei Druck und Vertrieb. Der Konkurrenzkampf um Spenden und Zuverdienst durch Buchversand ist härter geworden. Größere politische Herausforderungen müssen nicht nur mit wenigen bewältigt werden, sondern erfordern auch mehr Raum und Zeit für inhaltlich klärende Debatten. Denn eins wollen wir an der Schwelle zu unserem nächsten Jahrzehnt auf keinen Fall verändern: die erforderliche Qualität und das Grundkonzept unserer Zeitschrift – auch wenn es im Lay-out und einzelnen Rubriken des Jubiläums-Jahrgangs 2024 kleinere Veränderungen geben wird.

Veränderung 2

»Mit der Umstellung der Erscheinungsweise der Marxistischen Blätter ergibt sich die

Notwendigkeit der Reorganisation des Herausgeberkreises, d.h. konkret seines weiteren personellen Umbaus zu einem wirklichen Arbeitsgremium.« Darum wurden auf Vorschlag der NIV-Gesellschafter drei neue Mitglieder zur Verstärkung des Herausgeberkreises aufgenommen. Daneben wurden Mitherausgeber, die über lange Zeit nicht an der konkreten Arbeit teilgenommen haben oder teilnehmen konnten, gestrichen. Die Neuen sind:

- *Ditte Gerns*, Historikerin und gewerkschaftliche Friedensaktivistin aus Hamburg, parteilos, arbeitet schon über ein Jahr in unserer internen Osteuropa-/Russland-AG mit
- *Artur Pech*, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Kreistagsabgeordneter, Mitglied im Ältestenrat der Partei Die Linke aus Schöneiche und Mitinitiator des Karl-Liebnecht-Kreises in Brandenburg.
- *Norbert Heckl*, Stellvertretender ver.di-Vorsitzender im OV Stuttgart, Friedensaktivist und DKP-Mitglied

Darüber hinaus konnten wir *Bernd Gerwanski*, Journalist im Ruhestand, gewinnen, uns beim Redigieren und Korrigieren von Artikelmanuskripten zu unterstützen. Wir freuen uns über die zukünftige Zusammenarbeit mit ihnen. LoG

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** SEIT 1963
www.marxistische-blaetter.de

Einladung zur Video-Konferenz

Leser (w/m/d) treffen Redakteure

Thema: Heftkritik

»... ein gutes Deutschland ...«

Sonntag, 3. März 2024, ab 10:30 Uhr

Anmeldungen bitte bis 20. Februar 2024

per E-Mail an redaktion@marxistische-blaetter.de

**Deine Meinung
ist gefragt!**

Achtung: Teilnehmer:innen bisheriger Treffpunkt-Veranstaltungen werden automatisch eingeladen, müssen sich also nicht erneut anmelden.

Erfolgreiche Friedensdemo »under fire«

Peter Wahl

Die Demonstration und Kundgebung am 25.11.2023 in Berlin unter dem Motto Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten war mit über 20.000 Teilnehmern ein großer Erfolg.

Als jemand der einige Großdemos in Leitungsfunktionen auf dem Buckel hat, weiß ich wovon ich rede, wenn ich die Zahlen der Polizei als reinen Polit-Fake bezeichne. In der Demoleitung gab es sogar Gemurre, weil wir *nicht* auf das übliche Ritual eingestiegen sind, deutlich höhere Angaben zu machen. Wir haben uns aber bewusst entschlossen, bei der realistischen Zahl zu bleiben.

Der Erfolg der Mobilisierung ist umso bemerkenswerter, als Friedensbewegung in diesen Zeiten nicht gerade unter günstigen Bedingungen agieren muss. Denn:

1. Mit dem Ukraine-Krieg versuchen der herrschenden Block und seine ideologischen Apparate eine Renaissance von deutschem Militarismus und deutschem Großmachtstatus – beschönigend als »Zeitenwende« bezeichnet – durchzusetzen. Sie wollen den deutschen Imperialismus 3.0. Auch wenn das ... nicht so recht funktioniert ... muss Friedenspolitik gegen unglaublichen propagandistischen Gegenwind ankämpfen.
2. Das geschieht in einer Situation, in der vor allem für jüngere Generationen das Thema Krieg – und sei sie auch nur durch die Eltern vermittelt – keine Rolle spielt. Verständlicherweise. Auch Kenntnisse über internationale Konflikte und Krieg, die von der Anti-Raketenbewegung der 1980er Jahre in die Öffentlichkeit getragen wurden, sind nicht mehr vorhanden. Wer unter 50 weiß, was *atomarer Winter*, was *strategisches*

Gleichgewicht, *Eskalationsdominanz* oder *Enthauptungsschlag* bedeuten? Wer ist mit den Methoden von Feindbildproduktion vertraut, wie sie die im Kalten Krieg Sozialisierten erlebten? Sehr treffend daher der Vorschlag von Wagenknecht an *The last Generation*: »Klebt euch doch mal vor der Airbase Ramstein auf die Straße!« Klima und Frieden gehören schließlich zusammen.

3. Die Entscheidung für den 25.11. und der Aufruf dazu kamen vor dem Ausbruch des neuen Nahostkriegs. Innenpolitisch hat dieser Krieg den Konformitätsdruck in Richtung Einheitsmeinung noch einmal um eine Größenordnung nach oben gedreht. Im Vergleich zur Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs erscheint das Etikett *Putinversteh* inzwischen fast schon wieder harmlos. Der neue Krieg hat zusätzliche Spaltungslinien in der gesellschaftlichen Linken hervorgerufen. Derz. wird auch *Fridays for Future* mit einem haltlosen Antisemitismusvorwurf gegen Greta Thunberg fertig gemacht. Der (Un) Geist von Rache und Vergeltung, Emotion und Affekt, fernab jeglicher rationaler Analyse und die skrupellose Negation von UNO und Völkerrecht bis in einige Milieus der Linken hinein machen sich in einem Maße breit, dass es einem gruselig werden kann. Wie war das nochmal mit der dünnen Decke der Zivilisiertheit, auf der wir uns bewegen?
4. Die vorgenannten Faktoren hinterlassen natürlich auch ihre Spuren in einigen Teilen der Friedensbewegung. Sie äußern sich in z. T. heftigen Polemiken, an deren Spitze meist die Unterstellung von »*Rechtsoffenheit*« steht. Hier dürfte aber der 25.11. endgültig für Klarheit gesorgt haben. Außer der Tür zum Toilettenwagen war hier nichts nach rechts offen ...

Noch in einem anderen Punkt hat der 25.11. für Klarheit gesorgt. Jene in der Friedensbewegung, die geglaubt hatten, mit der Befürwortung von Waffenlieferungen an Kiew und eines ukrainischen Siegs auf dem Schlachtfeld Menschen für Friedenspolitik gewinnen zu

können, dürften jetzt gemerkt haben, dass man sich schon deutlicher von Baerbock und NATO abheben muss, um Gehör zu finden ...

Neben dem zahlenmäßigen Erfolg ist auch die politische Zusammensetzung der Demo interessant. Es dominierten die blauen Fahnen mit Friedenstauben und die Pace-Regenbogenfahnen, wie sie in lokalen Initiativen verbreitet sind. Das verweist auf eine Verankerung an der Basis. Außerdem gäbe es viel Fahnen und Transparente von ver.di, GEW und traditioneller Friedensorganisationen wie DfG/VK, VVN, DKP u. ä. Vereinzelt waren auch ein paar Jusos dabei. Da anders als noch bei der Anti-Raketenbewegung der 1980er Jahre heute keine gut geölten Organisationsapparate zur Verfügung stehen und auch der Initiatorenkreis nur ein Zusammenschluss von Einzelpersonen ist, kann die Bedeutung der lokalen Basis gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Der Erfolg des 25.11. ist natürlich kein Grund, übermütig zu werden. Noch sind Einfluss und politische Breite der Bewegung zu gering. Und das in einer historischen Situation, die ebenso gefährlich wie komplex ist. Eine der Problemlage angemessenen Strategie stellt enorme Anforderungen, auf die es auch neue Antworten zu entwickeln gilt.

Marxistisches Blättern im Rückspiegel

Weitere, nach wie vor interessante Beiträge zum Nahost-Konflikt finden sich auch in unserem Internet-Archiv unter www.marxistische-blaetter.de z. B. in folgenden Schwerpunkt-Heften:

- **Der nützliche Feind – IS und Co,**
www.marxistische-blaetter.de/de/topic/354.2016-2.html
- **Feindbild Islam** www.marxistische-blaetter.de/de/topic/290.2005-4.html
- **Israel, die Palästinenser und wir,**
www.marxistische-blaetter.de/de/topic/266.2001-4.html

Zwischenstationen zur Kriegstüchtigkeit

Die erste »Nationale Sicherheitsstrategie« der Bundesrepublik und die »China-Strategie« aus der Rückschau weniger Monate

Arnold Schölzel

Am 14. Juni 2023 legte die Bundesregierung auf 76 Seiten die erste »Nationale Sicherheitsstrategie« in der Geschichte der Bundesrepublik vor. Einen Monat später, am 13. Juli 2023, folgte die erste »China-Strategie« auf 64 Seiten. Um beides hatte es in der Koalition langes Gerangel gegeben, insbesondere beim China-Papier beharkten sich Auswärtiges und Bundeskanzleramt sogar öffentlich. Der Inhalt ist entsprechend zäh, die Formulierungen sind phrasenhaft.

Wozu es dieser beiden Papier bedurfte, erschließt sich einige Monate nach der Veröffentlichung kaum noch. Die Ursachen sind das Kriegsendengagement der Bundesregierung nun auch für Israel und die massive Schwächung der deutschen Industrie und des Handels mit China. In den Medien werden beide Dokumente ohnehin nicht mehr erwähnt.

Oppositionschef Friedrich Merz nannte die Nationale Sicherheitsstrategie im Juni richtigerweise »blutleer« und »irrelevant«. Zugleich bemängelte er, dass die Regierung auf die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates nach US-Vorbild verzichtete. Das Papier taue nur für die Archive. Das Verteidigungsministerium unter Boris Pistorius (SPD) freute sich dagegen: »Die erste Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands steht im Zeichen der integrierten Sicherheit.«

Der Begriff »integrierte Sicherheit« taucht bereits im Titel des Dokuments auf und wird

dort durch drei hohle Vokabeln des Politjargons ergänzt: »Wehrhaft, Resilient, Nachhaltig«. Nach ihnen ist es gegliedert. Bereits im November 2023 wurde aber aus dem »Wehrhaft« der Sicherheitsstrategie in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die Pistorius am 9. November 2023 (35 S.) auf einer Tagung des Bundeswehrverbandes vorstellte, »Kriegstüchtigkeit«. Die wurde immerhin definiert: »Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime« bedeutet demnach: »Soldatinnen und Soldaten, die den Willen haben, unter bewusster Inkaufnahme der Gefahr für Leib und Leben das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.« Sowie: »Verantwortungsvolle Wehrverwaltung, für die die Unterstützung der Streitkräfte für das hoch-intensive Gefecht handlungsleitende Maxime ist.« Das Programm lautet demnach: Moralische und technische Aufrüstung der Bundeswehr in neuer Dimension.

In der »Nationalen Sicherheitsstrategie« finden sich kaum klare Bestimmungen, praktische Konsequenzen werden nur angedeutet – bis auf eine: Die Verteidigungsausgaben sollen ab 2024 »im mehrjährigen Durchschnitt« auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO-Staaten erhöht werden. Finanzminister Christian Lindner (FDP) kündigte am 14. Juni an, er wolle das »Sondervermögen Bundeswehr« in Höhe von 100 Milliarden Euro dafür ausgeben. Und ergänzte: Gegen Ende des Jahrzehnts müsse das aus dem normalen Haushalt kommen. Lindner bot dazu die Gürtel-enger-Schnallen-Formel an: »Wir müssen aus der Zeit der Friedensdividende in die Freiheits- und Friedensinvestitionen kommen.« Denn: »Wünschenswerte Vorhaben werden zurückgestellt werden müssen.«

Zu den Freiheits- und Friedensinvestitionen gehört laut dem Papier, die Abhängigkeit bei Rohstoffen und Lieferketten zu verringern und auf »freie Handelswege« zu achten. Klar wird damit: »Integrierte Sicherheit« bedeutet weitere Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens. In der »Nationalen Sicherheitsstrategie« heißt

es, die Handlungsfähigkeit Deutschlands nach außen hänge »zunehmend auch von seiner Resilienz im Inneren ab.« Laut Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), die bei der Ausarbeitung federführend war, werden zum Beispiel Katastrophenschutz »wie an der Ahr«, Entwicklungshilfe, Kampf gegen Klimawandel, Schutz der Infrastruktur, Wasserversorgung, Bildung und Cyberraum einbezogen, also alles. Die im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP 2021 noch erwähnte Koppelung der Steigerung von Verteidigungs- und Entwicklungsausgaben im Verhältnis eins zu eins wurde ebenso verabschiedet wie die damals noch proklamierte Zurückhaltung bei Rüstungsexporten. Die Bundesrepublik war bis zur Vorstellung der Sicherheitsstrategie in nicht ganz eineinhalb Jahren zum zweitgrößten Waffenlieferanten der Ukraine nach den USA aufgestiegen.

Zur gleichen Zeit, da Pistorius mit den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« die »integrierte Sicherheit« zur »Kriegstüchtigkeit« weiterentwickelte, nahm der Bundestag in einer Gedenkstunde aus Anlass des 85. Jahrestages des Nazipogroms den Krieg Israels in Gaza zum Anlass, moralische Aufrüstung in nicht gekannter Form zu betreiben. Kein Redner erwähnte die bis dahin fast 11.000 durch die israelische Armee getöteten Palästinenser. Nur Dietmar Bartsch (Die Linke) wies darauf hin, dass es in Halle oder Hanau Morde aus rechter antisemitischer Motivation heraus gegeben hatte. Von SPD bis AfD waren sich alle übrigen Fraktionen einig, dass die Bundesrepublik durch linken und »importierten« Antisemitismus bedroht werde. Besonders tat sich dabei Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) hervor. Die rhetorische Führung übernahm aber Beatrix von Storch (AfD) mit der Erkenntnis, dass Linke und Muslime gezielt gemeinsame Sache machen: »Ein neuer Judenhass konnte aus dem Nahen Osten in Europa einziehen, weil die linke Migrationslobby die Tore weit geöffnet hat.« Und: »Auf den Palästinenserdemos sehen wir dieser Tage Islamisten und Linke vereint.

Diesen Antisemitismus, der real jüdisches Leben und die Existenz Israels bedroht und auslöschen will, finden wir nicht unter der arbeitenden deutschen Bevölkerung.« Und: »Diese politische Achse reicht von der Hamas bis zu Fridays for Future, von der Hisbollah bis zur Antifa und von der PFLP bis zur Black-Lives-Matter-Bewegung.« Die frühere FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg zog folgerichtig den Schluss: »Wir müssen auch wehrhafter werden. Gehört es nicht zur Wahrheit, dass uns die Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts Israels auch deshalb irritiert, weil wir selbst zu wenig selbstverständlich wehrhaft sind?« Mehr AfD-Hegemonie im Bundestag war nie.

Im folgenden Tagesordnungspunkt ging es um eine Beschwerde der Fraktion CDU/CSU: Der Verteidigungsetat müsse sofort um zehn Milliarden Euro erhöht werden. Er steigt 2024 auf die neue Rekordhöhe von mehr als 71 Milliarden Euro. Die AfD unterstützte selbstverständlich die Union.

Die beiden Strategiepapiere waren nach Erscheinen fast vergessen, nach dem 7. Oktober 2023, an dem die Hamas und andere Organisationen Israel angegriffen hatten, spielten sie überhaupt keine Rolle mehr. Sie waren, so sieht es aus der Rückschau nach wenigen Monaten aus, Zwischenstationen auf dem Weg zu jener Kriegshysterie und -hetze, die von der etablierten Politik, den Konzern- und Staatsmedien sowie dem gesamten ideologischen Apparat entfacht wurde. Das Resultat der Aufwallungen war gewissermaßen der Begriff »Kriegstüchtigkeit«. Erstmals wird mit ihm das grundgesetzlich vorgegebene Gebot, Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen, ersetzt durch: Angriffskriege inbegriffen.

Insofern waren die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« – die ersten seit 2011 – ein Kipppunkt. Die Vorgeschichte bis dorthin begann faktisch mit dem Anschluss der DDR 1990. So war zum Beispiel bereits in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« 1992 erstmals ein Satz zu lesen, der davor sowie vor dem Zerfall der Sowjetunion in einem

offiziellen Dokument der Bundesregierung ausgeschlossen war: Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehörte nach der »Einheit« die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung«. Was damals wegen der klassisch imperialistischen Drohung allerhand Staub aufwirbelte, wurde gut 20 Jahre später schon freimütiger formuliert. 2013 verabschiedete zum Beispiel ein Gremium aus Parlamentariern, Journalisten und Sicherheitsexperten ein außenpolitisches Strategiepapier mit dem Titel: »Neue Macht. Neue Verantwortung«. Darin hieß es, die Bundesrepublik gebe sich noch als »eine Gestaltungsmacht im Wartestand«. Dies müsse sich nun ändern: »Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.« Russland und China seien keine »Partner«, auch keine »Störer« (wie zum Beispiel Kuba oder Venezuela), aber »Herausforderer«, also Feinde.

Von dort bis zum Heraustreten aus dem Wartestand und zur konkreten Drohung vergingen nur wenige Jahre. So erwog etwa die damalige Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) am 21. Oktober 2021 in einem »Deutschlandfunk«-Interview den Einsatz von Atomwaffen gegen Russland – fünf Monate, bevor Scholz die »Zeitenwende« scheinbar als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine ausrief.

Ein weiteres Beispiel auf dem Weg zur »Kriegstüchtigkeit«: Im Oktober 2022 beschrieb die Berliner »Bundesakademie für Sicherheitspolitik« (BAKS) mit ihrem »Arbeitspapier 9/22« unter dem Titel »Mindset LV/BV: Das geistige Rüstzeug für die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung«, was nach der »Zeitenwende« fällig sei. Die Autoren forderten ein »Umdenken« in den deutschen Streitkräften, weil »für die Armee Kriegstauglichkeit seit der Wiedervereinigung nicht mehr im Mittelpunkt« gestanden habe. Jetzt gehe es aber um: »kämpfen, töten und sterben« sowie das »Durchstehen außerordentlicher

Entbehrungen«. Das kam der »Kriegstüchtigkeit« schon recht nahe. Die »Nationale Sicherheitsstrategie« fasste diese Entwicklung noch einmal zusammen, verblasst aber völlig vor Sprache und Inhalt der »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die Pistorius fünf Monate danach vorlegte.

Mit ihnen und der ihre Veröffentlichung begleitenden Hetze gegen Russland, China, Palästina und den Iran wird der Versuch unternommen, die Bevölkerung zum Ruf nach Gewalt aufzustacheln. Es geht nicht mehr nur um Ruhe an der Heimatfront, es geht um deren Mobilisierung. So gefährlich dies ist, so blamabel erscheint vor diesem Hintergrund die »China-Strategie«. Selten wurde derartiger Murks formuliert, selten dürfte der wirtschaftliche Schaden fürs deutsche Kapital so rasch eingetreten sein. Das Resultat ist ein entschiedenes Wanken zwischen »Entkopplung« und Kooperation: Das deutsche Kapital soll zusätzlich neue Märkte anderswo in der Welt erschließen, »Derisking« genannt oder mundartlich: »Nicht alle Eier in einen Korb legen.« Hier heißt es: »An der wirtschaftlichen Verflechtung mit China wollen wir festhalten.« Die BRD wolle jedoch die »Abhängigkeiten in kritischen Bereichen« verringern, um »von ihnen ausgehende Risiken zu mindern.« Diese sieht das Papier beispielsweise »bei Medizintechnik und Arzneimitteln« sowie bei »seltenen Erden und Vorprodukten, die wir für die Energiewende benötigen.« Es geht demnach um die »Betrachtung wirtschaftlicher Entscheidungen auch unter geopolitischen Aspekten und die Steigerung unserer Resilienz.«

Das ist nicht leicht zu machen, wenn der gesamte deutsche Außenhandel 2022 einen Umfang von 1,5 Billionen Euro hatte und 20 Prozent davon auf den mit der VR China entfiel, wenn mehr als 90 Prozent der seltenen Metalle und zwei Drittel aller Mobiltelefone in der Bundesrepublik von dort bezogen werden. Es erklärt aber die pflaumweiche Diktion. Wenige Tage vor der Veröffentlichung hatte Scholz noch der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in

Vilnius seinen Segen gegeben. Darin wurde die standardmäßige EU- und NATO-Formel, China sei »Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale«, durch die Wortschöpfung, die Volksrepublik betreibe eine »Politik des Zwangs« verschärft. Zwang übt demnach nach Auffassung des Kriegspaktes allein China aus.

Wenige Monate später schien sich niemand mehr an die »China-Strategie« oder die »Nationale Sicherheitsstrategie« zu erinnern. Stattdessen scheinen sich auf Grund der deutschen China-Politik Panik und Galgenhumor im deutschen Außenhandel auszubreiten. So zitierte die FAS am 12. November 2023 BASF-Chef Martin Brudermüller, der in China gerade zehn Milliarden Euro in ein Chemiewerk in der Größenordnung des Stammsitzes in Ludwigshafen investiert, in Bezug auf die Windkraftindustrie: »Die Chinesen sind technisch besser als wir, und sie sind auch kostengünstiger als wir.« Brudermüller weiter: »Es gibt ja eine politische Diskussion, dass mit der Windkraft jetzt nicht die nächste Technologie weggeht. Ich würde tendenziell sagen: Die ist schon weg.« Das liege nicht an Preisdumping oder Subventionen, sondern: »Die sind einfach gut geworden mit ihren Produkten.« Forderungen nach Protektionismus gegen Produkte aus China, kommentierte der Konzernchef mit den Worten: »Für eine Exportnation wie Deutschland ist das gefährlich, sehr gefährlich.« Die EU dürfe jetzt nicht gegen Chinas Windräder »den Lattenzaun hochziehen«.

Das Thema war der »Frankfurter Allgemeinen« so wichtig, dass sie am 17. November 2023 nachlegte und Alarm schlug. Anlass waren düstere Aussichten für den deutschen Maschinenbau, der eine Exportquote von 80 Prozent hat und eine Million Menschen beschäftigt. Laut FAZ hat das mit der Qualität chinesischer Produkte zu tun: »Chinesische Maschinen seien viel besser als früher, heißt es jetzt unverblümt, das setze deutsche Mitbewerber unter Handlungsdruck.« Weder Indien noch Südostasien insgesamt hätten sich zu jenen Alternativen entwickelt, zu denen sie

regelmäßig erklärt wurden. China sei – trotz konjunktureller Schwäche – zu dominant. Und weiter: »Das Ganze wird mit einem Wort zusammengefasst, das auch in der Politik gerade sehr beliebt ist: Die Branche erlebe eine Zeitenwende im China-Geschäft.« Inzwischen wackelten sogar »Stützpfeiler, die bisher jede Erschütterung unbeschadet überstanden haben.« Das scheint zu bedeuten: China ist dabei, sich von Importen aus einer besonders wichtigen deutschen Industriesparte zu lösen. Das war vermutlich nicht die Intention der »China-Strategie«. Aber es bleibt ja noch die Kriegstüchtigkeit.

Habeck und die Doppelmoral

Leo Mayer

Volle sieben Minuten brauchte der deutsche Vizekanzler Robert Habeck von den Grünen, um in seiner mit englischen, arabischen und hebräischen Untertiteln versehenen Videobotschaft das Leid der Millionen von Zivilisten in Gaza zu erwähnen. Und das, nachdem die israelische Armee seit vier Wochen mit ihren Flächenbombardements mehr als 10.000 Menschen, darunter mindestens 4.100 Kinder, ermordet und eine ethnische Säuberung des Gaza von Palästinenser:innen in Gang gesetzt hat.

Der Gazastreifen ist zu einem »Friedhof für Kinder« geworden, sagen übereinstimmend UNO-Generalsekretär António Guterres sowie der Generalkommissar der UNRWA, Philippe Lazzarini, und UNICEF-Sprecher James Elder. »Es ist kein Krieg, sondern ein Völkermord, dem fast zweitausend Kinder zum Opfer gefallen sind, die nichts mit diesem Krieg zu tun

haben«, klagte Brasiliens Präsident Lula schon vor Wochen. »Die vollständige Belagerung des Gazastreifens in Verbindung mit undurchführbaren Evakuierungsbefehlen und erzwungenen Bevölkerungstransfers stellt eine Verletzung des humanitären Völkerrechts und des Strafrechts dar. Sie ist außerdem unsagbar grausam«, stellten der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, Pedro Arrojo Agudo, und die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, in einer gemeinsamen Erklärung fest. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, wirft sowohl der Hamas – die »Gräueltaten am 7. Oktober waren Kriegsverbrechen ebenso wie die anhaltende Geiselnahme« – wie auch Israel Kriegsverbrechen vor. »Die kollektive Bestrafung palästinensischer Zivilisten durch Israel stellt ebenfalls ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die unrechtmäßige Zwangsevakuierung von Zivilisten.« Es dürfe bei der Beschreibung der Situation keine doppelten Standards geben, sagte Türk.

Doppelte Standards zeichnen aber die Rede von Habeck wie auch die Politik der Bundesregierung und die »Leitmedien« aus.

»Straßen übersät mit Leichen und notdürftig verscharrte Körper. Es ist von Frauen, Kindern und Alten die Rede, die unter den Opfern sind. Die Ermordung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen. Die Täter und ihre Auftraggeber müssen zur Rechenschaft gezogen werden«, sagte Bundeskanzler Scholz (SPD) über den russischen Krieg gegen die Ukraine. Zu diesem Zeitpunkt (3. April 2022) wurden 1.417 getötete Zivilist:innen, darunter 201 Frauen und 62 Kinder als Opfer des russischen Angriffs gezählt.

Zu Gaza sagt Bundeskanzler Scholz: »Israel ist ein demokratischer Staat mit sehr humanitären Prinzipien, die ihn leiten. Und deshalb kann man sicher sein, dass die israelische Armee bei dem, was sie macht, die Regeln beachten wird, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. Daran habe ich keinen Zweifel.«

Zu diesem Zeitpunkt (26. Oktober 2023) waren bereits 7.028 Zivilist:innen, darunter 2.913 Kinder und 1.709 Frauen, Opfer der israelischen Bombardierungen geworden.

Der israelische Kriegsminister bezeichnete die Palästinenser:innen als »menschliche Tiere« und verkündete »wir handeln entsprechend«. Er ordnete die totale Blockade und das Aushungern des Gazastreifens an. Die Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Bäckereien, Energie- und Wasserversorgung – wird seitdem systematisch zerstört. Die UN-Organisationen WHO, UNRWA, UNFPA und UNICEF fordern in einer alarmierenden gemeinsamen Erklärung, die in deutschen Medien kaum Beachtung findet, eine sofortige Waffenruhe und betonen die Verpflichtungen der Konfliktparteien gemäß humanitärem Völkerrecht. Sie fordern besonderen Schutz für Kinder und betonen das Recht aller Zivilist:innen, einschließlich der Geiseln, auf medizinische Versorgung.

Alles kein Thema bei Habeck. Dazu passt, dass sich Deutschland in der UNO gegen die von einer überwältigenden Mehrheit erhobene Forderung nach einer »humanitären Waffenruhe« stellte. Erst jetzt, wo deutlich wird, dass sich außerhalb Israels und der westlichen Kernstaaten USA und Deutschland kaum jemand auf die Erzählung Netanjahus vom »Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Dunkelheit« und der »Verwirklichung der Prophezeiung Jesajas« einlassen will, wo massive Mobilisierung im Globalen Süden, aber auch in den westlichen Hauptstädten, sowie die scharfen Äußerungen von Staatsoberhäupter wie Lula oder Gustavo Pedro, aber auch von Regierungsmitgliedern in Irland, Belgien oder Spanien, die Aussetzung der diplomatischen Beziehungen einer wachsenden Zahl von Staaten Lateinamerikas zu Israel darauf hindeuten, dass sich hier ein veritabler Großkonflikt zwischen dem Westen und dem Globalen Süden andeutet, lenkt die US-Regierung und in ihrem Gefolge die Bundesregierung ein und fordern von Israel »humanitäre Feuerpausen«.

»Zusammen mit unseren amerikanischen Freunden machen wir Israel immer wieder deutlich, dass der Schutz der Zivilbevölkerung zentral ist. Der Tod und das Leid, das jetzt über die Menschen im Gazastreifen kommt, sind schlimm« – mehr fällt Habeck in seiner Rede dazu nicht ein. Allerdings nicht so schlimm, dass Habeck in einer neuen Video-Botschaft an die grüne Parteibasis nicht noch einen draufsetzen würde: »Im Grunde muss die Hamas zerstört werden, weil sie den Prozess des Friedens im Nahen Osten zerstört.«

Aber waren es nicht die Netanjahu-Regierungen, die den Friedensprozess und die Gründung eines Palästinenserstaates torpedierten – und die westlichen Staaten dabei untätig zusahen? Hat nicht Netanjahu während seiner Rede am 22. September 2023 bei der 78. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Landkarte gezeigt, die seine Version eines »New Middle East« darstellt? Dort existieren die palästinensischen Autonomiegebiete nicht mehr. Der Gazastreifen und das Westjordanland – insgesamt leben dort zusammengerechnet fast 5 Mio. Araber – sind beide im selben Blau gehalten wie das israelische Staatsgebiet. »From the river to the sea« auf israelische Art. Es ist nicht bekannt, dass Habeck, Baerbock oder ein anderes Mitglied der Bundesregierung protestiert hätte. Auch die Medien gingen kommentarlos darüber hinweg.

Habeck bietet die »Perspektive einer Zweistaatenlösung« als Lösung an, die aber »wollen die Hamas und ihre Unterstützer, insbesondere die iranische Regierung nicht«. Aber waren es nicht die Netanjahu-Regierungen und die israelische Armee, die die jüdischen Siedler ermuntern und unterstützen, illegale Siedlungen im Westjordanland zu errichten und die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren und zu vertreiben?

Der Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, verlangte jüngst sofortige Maßnahmen zum Schutz der Palästinenser:innen

im Westjordanland. Diese seien »täglich Gewalt durch israelische Sicherheitskräfte und Siedler, Misshandlungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Einschüchterungen und Demütigungen ausgesetzt«. »Man redet über eine Lösung, als ob sie existiere«, sagt der Redakteur der israelischen Zeitung Haaretz, Gideon Levy, in den Tagesthemen. »Wenn man 700.000 Juden im Westjordanland ansiedelt, dann ist damit die Zwei-Staatenlösung tot. Alles andere ist nur Gerede.«

»Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson« wiederholt Habeck die ständig vorgetragene Formel. Damit sie nicht zur »Leerformel« werde, erklärt Habeck, was er darunter verstehe. Dass »die Sicherheit Israels für uns als Staat notwendig ist«. In der Sendung von Markus Lanz ergänzte er, dass Staatsraison »natürlich« auch heiße, »dass Israel militärischen Beistand bekommt. Waffenlieferungen, die angefragt werden, werden erfüllt werden.« Waffen aus Deutschland an eine ultrarechte, rassistische Regierung für ihren völkermörderischen Krieg im Gaza? Kurz gefasst: Es ist uns egal, was Israel tut, wir unterstützen es, und alles andere ist antisemitisch.

So nebenbei schreibt er dazu auch den Vernichtungskrieg der Nazis um. »Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden, für das Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel.« Das Hauptziel der Nazis formulierten diese mit dem »Unternehmen Barbarossa«: die Vernichtung des »Bolschewismus« und die Eroberung der Sowjetunion. Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entrechtet werden. Mit dem Hungerplan, zu dem die totale Blockade Leningrads gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen von Kriegsgefangenen und Zivilisten einkalkuliert, und nach dem »Generalplan Ost« sollten großangelegte Vertreibungen folgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren.

Dies hat Habeck wahrscheinlich im Geschichtsunterricht sogar gelernt. Passt ihm aber nicht in die aktuelle politische Gemengelage. Da passt es besser, Putin vorzuwerfen, dass sich dieser »mit Vertretern der Hamas und der iranischen Regierung fotografieren« lässt. Dabei hatte er selbst keine Skrupel, sich bei seiner tiefen Verbeugung vor dem Emir von Katar fotografieren zu lassen. Bekanntlich gewährt Katar Hamas-Kadern Unterschlupf. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hatte keine Skrupel, sich bei seinem Antrittsbesuch in Ankara mit Erdoğan fotografieren zu lassen. Dabei ist Erdoğan ein ausgewiesener Förderer der Muslimbrüder und der Hamas. Ganz abgesehen davon, dass er für seinen völkerrechtswidrigen Krieg in Nord- und Ostsyrien auf die dschihadistischen Hilfstuppen einschließlich des IS setzt.

Wenn der Satz »Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung« wirklich ernst gemeint wäre, dann müssten Habeck und die Bundesregierung dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und seiner ultrarechten, rassistischen Regierung mit aller Kraft in den Arm fallen und mit aller Macht auf einen sofortigen Waffenstillstand, einem Ende der Belagerung des Gazastreifens, einem Ende der Siedlergewalt und der illegalen Besiedelung des Westjordanlandes und einem Ende der Apartheid in Israel drängen.

Denn eines ist sicher, die jüdischen Israelis werden niemals sicher sein, wenn die Palästinenser nicht sicher sind, und umgekehrt.

Oder wie der Präsident Kolumbiens, Gustavo Pedro, sagte: »Israelische Kinder können nur dann ruhig schlafen, wenn auch palästinensische Kinder ruhig schlafen können. Und palästinensische Kinder können nur dann ruhig schlafen, wenn auch israelische Kinder ruhig schlafen können. Mit Krieg ist das nicht zu erreichen, sondern nur mit einem Friedensabkommen, das die internationale Legalität und das Recht der beiden Völker auf eine Existenz in Freiheit respektiert.«

Die Ampel-Koalition ist eine besonders gefährliche Regierung

Bernhard Trautvetter

Sahra Wagenknechts Aussage, der zufolge die Ampel-Regierung die schlechteste Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei, bedarf angesichts fataler Entscheidungen früherer Bundesregierungen etwa zur Wiederbewaffnung und zugunsten der West- und Nato-Bindung der BRD in den 1950er Jahren einer Überprüfung. Immerhin verhinderten Friedenskräfte eine vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß vorgesehene atomare Aufrüstung der Bundeswehr.

1968 beschloss der Bundestag die Notstandsgesetze, die sogar den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen. Die große Koalition unter Kanzler Kiesinger, den Beate Klarsfeld wegen seiner NS-Vergangenheit ohrfeigte, ging dabei über einen breiten Widerstand hinweg.

Die 1970er Jahre waren stark durch den Vietnamkrieg der USA geprägt, über den die Nato und die Bundesregierung weitgehend schwiegen.

Durch Willy Brandts Ostpolitik kam es dann zu einer positiven Entwicklung durch die Entspannungspolitik. Doch bald schon setzte Kanzler Schmidt die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen durch, die 1986 nach dem INF-Vertrag wieder aus der BRD abgezogen wurden.

Wenige Jahre später, in den 1990ern warnte die DDR-Oppositionelle Bärbel Bohley¹, die Integration der DDR ins Staatssystem der BRD stärke einen autoritären Staat.

Anfang der 2000er-Jahre destabilisierte das Hartz-IV-Gesetz von Rot-Grün die

Lebensverhältnisse vieler Menschen. Schon ihre Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien hatte die Aussicht auf eine Friedensordnung in gemeinsamer Sicherheit zerstört. Die Nato-Ost-Expansion hat die Spannungen verschärft.

Die derzeitige Ampel-Regierung ist insofern eine besonders schlechte Regierung, als sie das vielleicht noch offene Zeitfenster zur Abwendung von fatalen Kipp-Punkten ungenutzt verstreichen lässt.

Zu den ökologischen Gefahren eines Kipp-Punktes, ab dem es keinen Weg mehr zurück zu einer bewältigbaren Krise gibt, schreibt das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung in einem aktuell veröffentlichten Forschungsbericht: »Bereits das Überschreiten einzelner Kippunkte hat weitreichende Umweltauswirkungen, welche die Lebensgrundlage vieler Menschen gefährden. Es besteht ... das Risiko, dass durch Rückkopplungsprozesse weitere Kippunkte ... überschritten werden und so eine ... Kettenreaktion ausgelöst wird.«

Solange die Gefahren für unser Klima im Raum stehen, hat jede Regierung Risikominimierung zu betreiben. Der Weltklimarat erwartet eine existenzielle Katastrophe, wenn das Restbudget von ca. 250 Gigatonnen CO₂-Emissionen in die Atmosphäre² aufgebraucht ist: Nach ihrer Schätzung bleiben »nur noch rund sechs Jahre, in denen so wie heuer CO₂ emittiert werden kann.«

In der Situation setzt Finanzminister Lindner auf die Verlängerung der Nutzung fossiler Energieträger: Er »zweifelt an, dass bei einem vorgezogenen Kohleausstieg im Jahr 2030 die Versorgungssicherheit gewährleistet wäre ... Zudem will er die deutsche Gasförderung intensivieren.« Er kündigt damit unausgesprochen die auf der Pariser Klimakonferenz eingegangene Verpflichtung, die Erderwärmung möglichst auf 1,50 °C zu begrenzen.

1 www.senf-naepfchen.de/2021/erinnerung-an-baerbel-bohley/

2 www.vienna.at/studie-zu-co2-ausstos-schlagt-alarm-15-grad-ziel-bald-nicht-zu-halten/8379100

Die Verletzung der Klimaziele von 2016 in Paris wird durch die von der Scholz-Regierung betriebene Hochrüstung verschärft. Die klimaschädliche Vorgabe der Nato, mindestens 2 % der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Staaten für den Militärsektor vorzusehen, setzt die Bundesregierung um.

Und das obwohl das Militär jetzt schon der größte institutionelle Einzelemittent von Treibhausgasen ist.³ Die Staaten der Welt geben aktuell circa sechsmal mehr für ihr Militär als für Klimaschutz aus. Hauptverantwortlich dafür ist die Nato, die mehr als die Hälfte aller Militärausgaben weltweit verantwortet. Für die Bundeswehr ist Klimaschutz nachrangig: »Klimaschutz ist wichtig, aber Einsatzbereitschaft der Bundeswehr hat Vorrang.« (ebenda) Passend zu diesem Etikettenschwindel hat das Außenministerium seine Sicherheitsstrategie⁴ veröffentlicht, die dem Militär einen Vorrang einräumt: »Wehrhaft, Resilient, Nachhaltig«. Diese folgt einer orwellschen Sprachumkehr (War is Peace); sie ist doppelt gefährlich, da sie die Botschaft verbreitet, dass die Zerstörung der Lebensgrundlagen und das Risiko einer finalen Katastrophe der Menschheit irgendetwas mit Nachhaltigkeit zu tun habe. Diese Sprachverwirrung lähmt selbst Gegenkräfte nachhaltig, wenn die Friedens-, Menschenrechts- und Klima-Bewegungen nicht zusammenfinden.

Dies ist besonders dramatisch, seit das Mitteilungsblatt kritischer Nuklearwissenschaftler erklärt, dass die Welt mit symbolischen 90 Sekunden vor ihrer finalen Katastrophe, also in der gefährlichsten Lage seit Hiroshima steht.

Als Gründe für diese Alarmstufe⁵ sind laut den Nuklearwissenschaftler/innen vor allem drei Punkte: 1. Die Atom- /Hochrüstung, 2. die

internationalen Spannungen und 3. die Risiken, aufgrund der alle Weltregionen erfassenden ökologischen Katastrophen. Dieser Mix aus sich gegenseitig verstärkenden Zukunftsgefährdungen kann auf Seiten von Krisenmanager/innen zu Kurzschlussreaktionen führen oder auch zu Katastrophen infolge technischer Fehler in Überwachungs-Systemen, der militärischen Radar-Aufklärung oder bei Meldungen über Cyber-Angriffe aus dem Netz.⁶

Die Gefährlichkeit der Ampel-Regierung steigert ganz aktuell »Verteidigungs«minister Pistorius, indem er die Bundeswehr zur »kriegstauglichen Armee« umbauen will. Kriegsvorbereitung in einem Europa mit circa 140 Atomreaktoren erfährt aus der Koalition vor allem Unterstützung aus der FDP und keine Ablehnung. Sie alle gehen ein Risiko ein, das niemand das Recht hat, jemals einzugehen.

Pistorius' Kriegskurs ist eine Konsequenz aus der Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz, die eine Abkehr von jeglicher Friedenspolitik bedeutete.

Zitat aus Olaf Scholz' Rede: »Wir werden deutlich mehr investieren müssen in die Sicherheit ... Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr ...«

Die Verpflichtung zu einer auf Diplomatie gerichteten Außenpolitik aus dem 2+4-Vertrag bricht Deutschland lange schon. Ihre Umsetzung hätte den Ukraine-Krieg verhindern können, sie hätte für Deutschland sozialere, ökologischere und gesündere Umstände gebracht und die Gefahr eines großen Krieges minimiert.

In den 1980er Jahren hatten die großen Demonstrationen das Motto »Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!« Das ist aktueller denn je, es ist zum Überlebenserfordernis für die Menschheit in unserer Zeit geworden.

3 www.watson.de/nachhaltigkeit/analyse/105834626-krieg-und-klima-so-klimaschaedlich-sind-bundeswehr-und-militaer

4 www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2023/nationalesicherheitsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=1

5 www.weltuntergangsuhr.com

6 <https://css.ethz.ch/ueber-uns/css-news/2023/05/nato-and-article-5-in-cyberspace.html>

Neutralität ist wichtiger denn je

Josef Meszlenyi, KPÖ

Führende Kommentator:innen und Politiker:innen wollen die österreichische Neutralität beseitigen. Dabei ist die Neutralität in der heutigen Welt wichtiger denn je. Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ist sich darüber mit der überwältigenden Mehrheit der Österreicher:innen einig. In einer Welt, in der sich neue Blöcke bilden, Eliten um Macht und Einfluss kämpfen und nicht davor zurückschrecken, diese militärisch zu erkämpfen, ist die Neutralität ein unverzichtbares Gut und kein Konzept aus der Vergangenheit.

Es war die KPÖ, die als erste Partei nach dem Zweiten Weltkrieg die Neutralität gefordert hat. Ab dem Frühling 1950 hat die KPÖ immer wieder Anträge für die Neutralität im Parlament eingebracht, sie wurden noch von den anderen Parteien abgelehnt. Die KPÖ setzte der Westorientierung von SPÖ und ÖVP militärische Allianzfreiheit, wirtschaftliche Beziehungen mit allen Ländern und Freundschaft mit allen Völkern entgegen. Dafür wurde ihr besonders von der SPÖ Hochverrat vorgeworfen. Erst nach und nach setzte sich die Linie der Neutralität auch in den beiden Großparteien durch, unter anderem deswegen, weil für die sowjetische Führung ein in die NATO integriertes Österreich nicht in Frage kam und sie darin auch die Gefahr eines neuerlichen Anschlusses sah.

Als Österreich seine Bereitschaft zur Neutralität erklärte, wurde der Weg frei zum Staatsvertrag und zur Wiedererlangung der Souveränität, zu der die KPÖ damit noch einmal einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ die Neutralität beschlossen. Der FPÖ-Vorgänger VdU war dagegen.

In den Jahren darauf hat sich das heute bekannte Bild von der österreichischen Neutralität gefestigt. Dieses Bild ist mit der Person von Bruno Kreisky verbunden, der 1958 für die SPÖ Außenminister wurde. Österreich war nach 1955 eindeutig nach Westen orientiert und ein kapitalistisches Land, wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen wurden aber mit Ost und West gepflegt. Kreisky war auch der erste westliche Regierungschef, der die DDR besuchte.

Für Kreisky war Friedenspolitik die beste Verteidigungspolitik, und so hat sich Österreich im Gegensatz zur Schweiz nicht militärisch hochgerüstet, sondern aktiv an der Schaffung einer Friedensordnung und der Konfliktvermeidung beteiligt. Internationale Organisationen wurden nach Wien geholt, wichtige Abrüstungsverträge wurden in Österreich bzw. auf Initiative Österreichs verhandelt.

Ein Konflikt, den Bruno Kreisky besonders beschäftigt hat, war jener im Nahen Osten. Kreisky hat früh erkannt, dass es in Palästina zu einem Erstarken religiöser Fundamentalisten kommen würde, wenn den Palästinenser:innen ihr Recht auf einen eigenen Staat und eine selbstbestimmte Entwicklung vorenthalten wird. Er hat sich mit Yasser Arafat getroffen und die PLO und die israelische Regierung an einen Tisch gebracht. Der anschließende Friedensprozess ist vor 20 Jahren »eingeschlafen«, auch weil niemand mehr vermittelt hat. Für die Folgen zahlen die Zivilbevölkerungen von Israel und Palästina heute einen schrecklichen Preis.

In den späten 80er Jahren begann eine Umorientierung der österreichischen Außenpolitik und nach dem Ende des kalten Krieges wollte man uns einreden, die Neutralität sei obsolet geworden. Die KPÖ hat damals die Schaffung eines neutralen und atomwaffenfreien Gürtels durch Europa vorgeschlagen.

Mit dem Beitritt zur EU 1995 begann die Aushöhlung der Neutralität immer mehr Form anzunehmen. FPÖ, ÖVP und Teile der SPÖ forderten auch einen NATO-Beitritt, während man auf der anderen Seite den Menschen

weismachen wollte, die EU hätte keinen Einfluss auf unsere »sicherheitspolitischen Besonderheiten«. Die breite Zustimmung der ÖsterreicherInnen zur Neutralität hat den NATO-Beitritt schließlich verhindert, ihre schrittweise Demontage wurde und wird von Eliten gegen den Willen der Bevölkerung fortgesetzt.

Bald begann man aber auch, sich in militärische Strukturen einzubringen, NATO-Partnerschaft, EU-Battlegroups, Auslandseinsätze, die ökonomischen Interessen folgen, die »ständige strukturierte Zusammenarbeit« PESCO, Sky Shield und so weiter. Die Mitwirkung Österreichs an der Sicherheitspolitik der EU wurde auch in die Verfassung geschrieben. Im Jugoslawien- und Irak-Krieg hat Österreich bereits den illegalen Überflug durch NATO-Bomber hingenommen.

Das Bundesheer wurde »bündnisfit« gemacht. Die Milizstruktur wurde aufgeweicht, zeitweise wurde auch versucht, das Bundesheer in ein Berufsheer umzuwandeln. In immer mehr Bereichen wird mit NATO-Armeen kooperiert: Bundeswehrsoldat:innen und US-Nationalgardist:innen sind Dauergäste auf österreichischen Übungsplätzen. Während uns vorgespielt wird, das Bundesheer wäre finanziell ausgehungert, steigen die Rüstungsausgaben seit Jahren.

Mittlerweile tragen die österreichischen Soldat:innen Uniformen, die deutlich an die deutsche Bundeswehr erinnern. Dabei hat der Staatsvertrag Österreich aus gutem Grund militärische Zusammenarbeit mit Deutschland verboten. In militärischen Zeitschriften wünschen sich Bundesheeroffiziere ganz offen freie Hand für, sie nennen es verharmlosend, »internationales Engagement«.

Während das österreichische Kapital und die Eliten sich zu Zeiten des kalten Krieges mit der Neutralität arrangiert und durchaus Profit daraus geschlagen haben, ist sie ihnen heute ein Hindernis geworden, wenn sie geopolitisch, als Juniorpartner der deutschen Monopole, mitspielen wollen. Darum betreiben sie die

Aushöhlung, Umgehung und Abschaffung der österreichischen Neutralität, und keine Parlamentspartei setzt diesem Kurs etwas entgegen.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich die Angriffe auf die Neutralität intensiviert. Es gibt ja auch wieder ein klares Feindbild.

Für die KPÖ ist die Neutralität im Interesse der österreichischen Bevölkerung, weil sie die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit Österreichs schützt. Weil sie ein Mittel ist zu verhindern, dass österreichische Soldat:innen für die Interessen der Mächtigen in fremden Ländern sterben.

Die Neutralität muss aber auch wieder zu einem Auftrag werden, aktiv in der Welt für Abrüstung, Dialog und Frieden einzutreten. Neutralität und Solidarität sind kein Widerspruch. Sie heißt nicht, dass man die Augen vor Ungerechtigkeiten verschließen kann, sondern sich im Gegenteil einzubringen hat in Konflikte, aber nicht im Fanclub der einen oder anderen Seite, sondern als Vermittler, als Ort für Verhandlungen.

Die UNO und mit ihr das Völkerrecht sind weitgehend abgemeldet, es scheint sich ein Recht des Stärkeren einzustellen. Ein internationales Friedenslager ist dringend notwendig und Österreich kann dazu nur beitragen, wenn es Glaubwürdigkeit als neutrales Land zurückgewinnt.

Dafür ist es notwendig, die Integration in die militärischen Strukturen der EU und die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik zurückzunehmen. Das Bundesheer muss aus den Battlegroups und den sonstigen multinationalen Verbänden und den NATO- und EU-Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

Österreich muss sein Engagement auf der Ebene der Diplomatie verstärken und sich als Verteidigerin der völkerrechtlichen Normen einbringen. Es muss Abrüstungsverträge auf den Weg bringen, und dabei nahtlos an seine Arbeit bei früheren Abkommen anknüpfen.

Österreich muss sich Verbündete suchen, nicht im militärischen Sinn, sondern Verbündete

für eine aktive Friedenspolitik. Dabei darf die Suche nicht in Europa enden, sondern muss sich gezielt an Länder der so genannten Dritten Welt richten.

Österreich hat mehrmals in kritischen Situationen die Führungen der USA und der Sowjetunion an einen Tisch gebracht. Im sich zuspitzenden Konflikt der USA mit China ist das auch wieder denkbar.

Die Wiederbelebung einer aktiven Neutralitätspolitik ist nur denkbar, wenn sich die Kräfteverhältnisse in Österreich verändern, wenn sich eine Friedensbewegung bildet und Druck auf die Regierung ausübt, den Neutralitätsbruch zu beenden.

Weil die KPÖ die einzige Partei ist, die die Neutralität verteidigt und nicht auf NATO-Kurs einschwenkt, wird sie scharf bekämpft und von den bürgerlichen Parteien und Medien wegen ihrer Friedenspositionen angegriffen. In der Bevölkerung zeigt sich ein anderes Bild: 80 % sprechen sich in Umfragen für die Neutralität aus, die KPÖ will sie ab dem kommenden Jahr auch im Parlament verteidigen.

Sechs Thesen ...

... zum Umgang mit dem Beschluss »Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch« des 6. ver.di Bundeskongresses

Michael Quetting

1. Der ver.di Kongress hat Grundsatzpositionen der Friedensbewegung verlassen. ver.di ist für Waffenlieferungen in die Ukraine. Das ist schlecht und erschwert die Friedensarbeit innerhalb von ver.di.
2. ver.di definiert sich weiterhin als Teil der Friedensbewegung und benennt wichtige Forderungen gegen Krieg, Militarismus und für Abrüstung, die aufgegriffen werden müssen.
3. Die Zeitenwende ist in ver.di angekommen. Der Einfluss von SPD und Grünen wächst wieder, allerdings verkürzt die Überschrift »Des Kanzlers Gewerkschaft« die Wahrheit und spiegelt nicht die Realität wider.
4. Sowohl Grundsatzreferat, Diskussion wie auch Beschlussfassung zeigen eine Gewerkschaft, die deutlich mehr auf offensive Interessenvertretung und Ausweitung von Kämpfen setzt, als sich einer Konzertierte Aktion unterzuordnen.
5. Die Verbindung zwischen Friedenskampf und sozialer Frage wird erkannt, wenn auch nicht deutlich genug ausgesprochen. Frank Werneke sagte unter Beifall in seiner Grundsatzrede als ver.di-Vorsitzender: »100 Milliarden Euro sind im Sonderfonds für die Bundeswehr. Das lehnen wir ab. Aber wenn 100 Milliarden Euro an Sondervermögen für die Bundeswehr möglich sind, dann muss es doch möglich sein, im gleichen Umfang auch Sondervermögen für Bildung, für Gesundheit, für Wohnen

und für Verkehrswende zur Verfügung zu stellen.«

6. Jede/r fünfte Delegierte stimmte gegen den Vorstandsantrag zur Friedenspolitik. Das ist bemerkenswert. Das Engagement von Friedensaktivist:innen – die ja alles andere als ein einheitlicher Block sind – war schon im Vorfeld und auf dem ver.di-Kongress beachtlich und nicht vergeblich. Das bietet die Chance für weitere Überzeugungsarbeit. Für uns muss die Diskussion Anlass sein, sich nicht zurückzuziehen und eine Abkehr von früheren Positionen zu beklagen. Es gibt unterschiedliche Positionen, folglich müssen wir für unsere Position werben – innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaft.

Zur Erläuterung

Richtig ist, ver.di hat im Bereich der Friedenspolitik einen Beschluss gefasst, der von ihren bisherigen Positionen abweicht. Darüber gab es sowohl auf dem Kongress als auch schon vorher eine heftige Diskussion. Dieser Leit-antrag wurde vom hauptamtlichen Bundesvorstand erarbeitet und vom ehrenamtlichen Gewerkschaftsrat eingebracht. Der Beschluss verurteilt scharf den Angriff Russlands auf die Ukraine und hält Militärhilfe für die Ukraine und Sanktionen für »grundsätzlich richtig«.

Allerdings werden weiterhin die 100 Mrd. Sonderschulden für die Bundeswehr und das 2 %-Ziel Militärhaushalt am BIP abgelehnt. Aus dem Krieg dürfe nicht der »Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der Nato gezogen werden.« Die »nukleare Teilhabe« Deutschlands wie auch die Anschaffung der F35-Kampffjets und die Lieferung der Taurus-Raketen an die Ukraine werden ausdrücklich abgelehnt. Es heißt dort ebenfalls: »Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in Kategorien wie ›Sieg‹ oder ›Niederlage«.

Das ist problematisch, da so weder Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer Auf- und Hochrüstungs-spirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.«

Wichtig erscheint mir auch: der Beschluss anerkennt nicht nur, dass es in ver.di unterschiedliche Positionen gibt. »ver.di steht für einen respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.«

Gerne wird in der Diskussion behauptet, faktisch wäre mit dem Beschluss die Satzung von ver.di außer Kraft gesetzt worden. Deshalb hätte er eine ⅔-Mehrheit gebraucht. Ich finde eine solche Diskussion nicht hilfreich. Die Satzung mit ihren Grundpositionen zu Menschenrechten, Freiheit, Solidarität etc. gilt weiterhin. Unser Leitbild bleibt: »Eine Welt ohne Konflikte wird es niemals geben. Aber eine Welt ist möglich, in der Konflikte friedlich geregelt werden. Allgemeine Abrüstung und eine durch die Völkergemeinschaft legitimierte Weltpolitik sorgen für Frieden. Wir setzen uns für eine Welt ohne Atomwaffen ein.«

Beachtlich war es, dass sich schon im Vorfeld des Kongresses viele Gewerkschafter:innen mit der Friedensproblematik befassten. Das kenne ich so nicht. Im Vorfeld des Kongresses hatte sich die Initiative »Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden« gebildet. Sie formulierte die Petition »SAGT NEIN! zum Leit-antrag für den ver.di-Bundes-kongress«. Ich fand die Sprache dieser Petition

nicht klug, weil sie nicht davon getragen war, auch schwankende oder zögernde Kolleg:innen zu gewinnen. Die linksradikale Sprache war m. E. nicht hilfreich. Trotzdem fand sie beachtliche Zustimmung. In kurzer Zeit wurde die Petition von 11.000 Gewerkschafter:innen unterstützt.

Auch auf dem Kongress selbst waren friedensbewegte Delegierte sehr sichtbar. Ein ganzer Tag wurde die Friedensfrage diskutiert, über 100 Redebeiträge zeigten die Zerrissenheit des Kongresses. Es gab 17 Änderungsanträge zum Leitantrag. Leider befasste sich lediglich ein Antrag aus Stuttgart mit der Vorgeschichte des Krieges und dem Unwillen der Ukraine und der Nato, das Minsker Abkommen umzusetzen.

Geschäftsordnungsanträge führten leider auch dazu, dass die 17 Änderungsanträge zum Leitantrag en bloc abgestimmt wurden. So konnte nicht mehr zu den einzelnen Änderungsanträgen diskutiert werden.

Resümee

Man muss diesen Beschluss schon als Niederlage für die Friedenskräfte bewerten, im Prinzip handelt es sich um ein Spiegelbild der herrschenden und veröffentlichten Meinung. Man sollte gleichzeitig auch zur Kenntnis nehmen, dass es beachtliche Abwehrkämpfe gegen diesen Beschluss gab. Jetzt heißt es: nicht nachlassen, sondern die begonnene Diskussion weiterführen und vorhandene Ansätze nutzen, um weitergehende Erkenntnisprozesse zu fördern. ver.di ist nicht auf Regierungskurs. Eine solche Einschätzung verkennt die Widersprüche und verbaut mögliche Chancen für weitere Auseinandersetzungen. Es gibt viele vorwärtsweisend Beschlüsse, die es anzupacken gilt.

ver.di ist an ihrem eigenen Anspruch zu messen, nämlich Teil der Friedensbewegung zu sein. Deswegen muss die Friedensbewegung auf ver.di zugehen und versuchen, sie zu Aktivitäten zu bewegen. Der Spielraum für eigenes Wirken ist zu nutzen.

Friedenspolitische Positionen geschärft

Klaus Pickshaus

Auf dem 25. Gewerkschaftstag der IG Metall fand angesichts des Ukraine-Kriegs am 24. Oktober eine bemerkenswerte Debatte statt, in deren Ergebnis die friedenspolitischen Positionen der IG Metall geschärft wurden. Eingangs wurde festgehalten, dass zwar unterschiedliche Ansichten in der Debatte zu vermerken seien, aber Krieg als Mittel der Politik von allen entschieden abgelehnt werden muss. Gegenüber dem Leitantrag des Vorstands (»Für eine verantwortliche Politik für Frieden und Sicherheit«) verlangte ein Ergänzungsantrag aus der Geschäftsstelle Hanau-Fulda, den die Geschäftsstelle Braunschweig unterstützte und von über 150 Delegierten unterzeichnet wurde, in mehreren Punkten klarere Aussagen. Bemerkenswert war, dass die Antragskommission in dieser Frage einen Konsens mit den Antragstellern suchte und auch fand.

Eine Kernaussage des Beschlusses lautet: »Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. ... die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.« Die 1. Bevollmächtigte der Geschäftsstelle Braunschweig, Garnet Alps, kritisierte genau diese Situation: »Die Strack-Zimmermanns und Hofreiters dieser Welt krähen seit anderthalb Jahren nach nichts anderem als nach mehr Waffen, neuen Waffensystemen, nach Sieg und Niederlage.«

Zur umstrittenen Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine heißt es jetzt neu: »Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst

einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien ›Sieg‹ oder ›Niederlage‹ ist der falsche Weg.«

Da zum Organisationsbereich der IG Metall auch zahlreiche Rüstungsunternehmen gehören, und Beobachtern zufolge in den letzten Jahren in diesem Feld wenige Initiativen zu beobachten waren, ist auch diese Aussage bemerkenswert und als Auftrag genau in dieser Situation zu vermerken: »Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein.« Die IG Metall bekräftigt ferner: »Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich.« Dies soll im Rahmen des DGB und gemeinsam mit weiteren Bündnispartner:innen angestrebt werden. Zum Rüstungshaushalt wird gesagt: »Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes Zwei-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab.«

Im Unterschied zum ver.di-Bundeskongress im September zeigte sich die IG Metall in diesen Fragen sehr geschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte mit überwältigender Mehrheit.

(Veröffentlicht auf der Webseite des Autors. Dort ist auch ausführlicher Bericht über alle Themen des Gewerkschaftstages zu finden. www.klaus-pickshaus.de)

Längste Blockade der Geschichte in Brüssel verurteilt

Anke Jonack

Die UNO-Generalversammlung verurteilte die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba am 4. November d.J. mit überwältigender Mehrheit (187:2 Stimmen) zum 31. Mal, und die sechs Richter des Internationalen Tribunals gegen die einseitige Blockade der USA gegen Kuba fällten am 17. November ein vernichtend klares Urteil.

Der Prozess, der in der Tradition der Russelltribunals steht, fand am 16. & 17. November in den Räumen des EU-Parlaments in Brüssel statt. Die sechs Richter und die Staatsanwälte hörten die Aussagen zahlreicher Zeugen aus verschiedenen Ländern der EU, aus den USA und Kuba zu den immensen Schäden der Blockade für die kubanische Bevölkerung.

Konkret benannte und belegte Folgen sind u.a. blockadebedingt nicht gelieferte Medikamente und medizinische Instrumente: Es wurde berichtet, dass dies bis hin zum Tod von Menschen, wie dokumentiert von an Krebs erkrankten Kindern, führt. Internationale Zeugen berichteten, wie die Blockade den wissenschaftlichen Austausch über den fehlenden Zugang zu Fachpublikationen und Onlinekonferenzen erschwert bis unmöglich macht. Insbesondere am Beispiel der Zeit des Kampfes gegen das Coronavirus wurde die Unmenschlichkeit der von den USA beschlossenen Maßnahmen deutlich. Als »besonders pervers« wurde auf dem Tribunal die Verhinderung der Lieferungen von Beatmungsgeräten und medizinischem Sauerstoff benannt. Darüber hinaus hat Kuba, welches über fünf selbst entwickelte Impfstoffe gegen Covid-19 verfügt, keinen Zugang

zum Kauf von Spritzen und Kanülen auf dem Weltmarkt. Dieser Mangel, so wurde auf dem Tribunal betont, konnte nur durch das weltweite Engagement von NGO und Solidaritätsorganisationen behoben werden.

Des Weiteren wurden die Auswirkungen der Blockade auf die Bereiche Bildung, Kultur, Transport, Energieversorgung und Technologie detailliert ausgeführt. Der entstandene Schaden für die kubanische Wirtschaft beläuft sich alleine für den Zeitraum zwischen März 2022 und Februar 2023 auf 3.081,3 Millionen Dollar.

So erklärte der vorsitzende Richter, Prof. Norman Peach, bei der Urteilsverkündung: »Die umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die seit 1960 bis heute gegen die Republik Kuba verhängt wurden, verstoßen gegen das Völkerrecht. Dazu gehören vor allem die Artikel 2(4) und 2(7) der UN-Charta zum Schutz der Souveränität, der Selbstbestimmung und des Interventionsverbots, die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) von 1966 sowie die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Schutz der Handelsfreiheit und zahlreiche Grundsätze des Vertrags über die Europäische Union (EUV, Maastrichter Vertrag).«

Punkt für Punkt belegten die Richter in der Urteilsbegründung die Verstöße der USA und forderten sie auf, für den wirtschaftlichen Schaden, den sie der kubanischen Bevölkerung und dem kubanischen Staat zugefügt haben, aufzukommen.

Ausführliche Informationen, Zeugenaussagen, Berichte und Videomitschnitte über den Verlauf des Tribunals können Sie dem Dossier auf der Homepage der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba entnehmen:

(www.fgbrdkuba.de/presse/artikel/20231117-urteil-des-tribunals-ueber-die-sanktionen-der-usa-gegen-kuba.php)

Zum Parteitag der LINKEN in Augsburg

Artur Pech

Objektiv standen vor diesem Parteitag drei Hauptprobleme:

Erstens: Es ist Krieg in Europa. Was ist zu tun, um diesen Krieg zu beenden? Diese Frage muss Vorrang vor allen anderen Problemen haben, denn wenn der Krieg fortgesetzt wird und ausufert, hätten sich alle anderen Fragen erledigt.

Der Parteitag hat sich in die Reihe derer eingeordnet, die Russland bezwingen wollen. Streit gibt es nur um die dafür zu nutzenden Mittel. Es gibt die Illusion, der Krieg ließe sich mit Sanktionen gewinnen und dafür werden im »Europa«-Wahlprogramm und in einem Dringlichkeitsbeschluss eigene Vorschläge unterbreitet.

Damit hat DIE LINKE wohl endgültig die Position von Karl Liebknecht geräumt. Der hatte schon 1915 gemahnt: *»Jede positive Mitwirkung in dieser Art wird stets in ein positives Eintreten für den Krieg umgeschmolzen, und alle Vorbehalte werden zur Dekoration, was das Erstgeburtsrecht des Sozialismus schließlich doch um ein Linsengericht verkaufen hieße.«*¹

Zweitens: DIE LINKE ist in der Krise. Auf dem Parteitag ist es dem Parteivorstand gelungen, die Krise der Partei so umzudeuten, dass er sich in seiner Politik bestätigt sehen kann.

Die Erzählung lautet: Am Niedergang war der Streit schuld. Wer dieser Erzählung folgt, muss stutzig werden, wenn zugleich eingestanden wird, *»es wäre ein Irrtum zu glauben, mit dem Weggang der zehn Bundestagsabgeordneten wären alle Probleme der LINKEN*

1 Karl Liebknecht, Prinzip für die sozialdemokratische Taktik im Kriege, Gesammelte Reden und Schriften Bd. 8, Berlin 1972, S. 143.

gelöst«². Da stimmt mehr als nur die Logik nicht.

Selbst bei gutwilligster Betrachtung des Wahlprogramms ist nicht zu übersehen, dass es sich um den Versuch einer Therapie ohne Diagnose handelt.

Auch die mit vielen Einzelmaßnahmen versehene Therapie für die Europäische Union muss scheitern, wenn sie die Auseinandersetzung mit deren Hauptproblemen meidet. Ohne eine schonungslose Bestandsaufnahme kein Ausweg.

Drittens: Im Juni 2024 stehen Wahlen vor der Tür. Dafür waren ein Wahlprogramm und ein Wahlvorschlag zu beschließen.

In der Hauptsache hat der Parteitag versagt. Das beschlossene Wahlprogramm hat einen Grundfehler, der durch viele richtige Einzelorderungen nicht aufgewogen wird: Verzichtet wurde sowohl auf die Analyse der Widersprüche, die innerhalb der Europäischen Union auszutragen sind, als auch auf die Analyse des Agierens der Europäischen Union in den weltweiten Konflikten.

Damit wurde die Mahnung des Ältestenrates der Partei von Anfang 2022 in den Wind geschlagen: »Wir dürfen diese Partei nicht aufgeben! Wir dürfen sie nicht einigen wenigen überlassen, deren Ziel offenkundig darin zu bestehen scheint, Helfer am Krankenbett des Kapitalismus zu sein. Wir wollen dieses System nicht heilen, sondern müssen es überwinden!«³

Entsprechend verlief auch die Klärung von Personalfragen. Die von Carola Rackete muster-gültig gelebte Solidarität mit den Opfern der EU-Abschottungspolitik im Mittelmeer wird als Hebel benutzt, um die Linke weiter zu entkernen. Wie sonst soll es zu verstehen sein, wenn unmittelbar nach der Präsentation des Personalvorschlages eine »radikale Erneuerung

der Partei unter anderem auch in der Außen- und Sicherheitspolitik« gefordert wurde? Oder wenn wenige Stunden vor der Abstimmung auf dem Parteitag die Forderung über die Medien geht, die Linke solle doch ihren Namen ändern und sich von ihrer Geschichte verabschieden? Und wie sonst sollte es zu verstehen sein, wenn derartige Einlassungen dann ohne weitere Klärung mit einer Entschuldigung vor dem Parteitag abgetan werden konnten? Deutlicher kann Selbstaufgabe kaum aussehen.

Im November 2023 mag es eigenartig klingen, aber zur Vorgeschichte gehört der sowohl vor als auch nach der Bundestagswahl vom damaligen Wahlkampfleiter der Linken vorgetragene Satz: »Die Friedensfrage ist nicht wahlentscheidend.«

Das ist doppelt verheerend. Es sagt zum einen: Um Frieden geht es uns nur, soweit es im Wahlkampf nützlich ist. So wird eine Existenzfrage zum verzichtbaren Mittel parteipolitischer Profilierung.

Dabei ist es in Augsburg geblieben. Dafür aber ist die Lage zu ernst: Nicht nur für die LINKE, sondern für die Menschheit.

Dass der Parteitag diese Politik nicht ändern wollte, machte der Umgang mit meinem Antrag deutlich, den Aufruf für die Friedensdemonstration am 25. November 2023 in Berlin zu unterstützen.

Gemeinsam mit vielen anderen hatte ich den Aufruf unterschrieben und den Antrag für seiner Unterstützung durch den Parteitag eingebracht.

Im Unterschied zur Friedensdemonstration im Februar '23 beschloss der Parteivorstand diesmal (eine Woche nachdem ich den Antrag an den Parteitag eingebracht hatte), zu dieser Demonstration auch aufzurufen – aber mit einem eigenen Aufruf und er brachte zum Parteitag einen Ersetzungsantrag ein.

War die Nichtunterstützung des Aufrufes für den 25. Februar das Wetterleuchten für das Zerschlagen der Bundestagsfraktion, so ging es nun wieder ganz offen um die Reduzierung des

2 Dringlichkeitsantrag D2 des Parteivorstandes: Die LINKE: Eine laute Stimme für Gerechtigkeit, Frieden und Antifaschismus.

3 Erklärung des Ältestenrates zum Austritt von Christa Luft aus der Partei Die Linke, junge Welt, 07.01.2022, S. 8

Friedens auf ein Wahlkampfthema, wenn es in der Begründung hieß:

»Der Parteivorstand hat sich für eine Verbindung zu (anderen) Kernthemen des Wahlkampfes ausgesprochen.«

Diese Reduzierung des Friedens auf ein Wahlkampfthema wirkt gegen die Breite des Bündnisses mit Mitgliedern anderer Parteien, die sich für den Frieden engagieren und nicht für die LINKE Wahlkampf machen.

So steht nicht Druck auf die Regierung, sondern die Abgrenzung von anderen Friedenskräften vorn. In der Begründung dafür fiel dann tatsächlich der Name, dessen Erwähnung auf dem Parteitag sonst tunlichst vermieden wurde.

Und wenn in dem beschlossenen Ersetzungsantrag des im Karl-Liebknecht-Haus tagenden Parteivorstandes Sanktionen gegen Russland gefordert werden, dann ist es Zeit, den Namensgeber zu Wort kommen zu lassen:

»Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung ... ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.«⁴

Nichts vergessen! Trotz alledem!

Leipziger Perspektive

Volker Külow¹

Warum befindet sich die Linkspartei in einer Existenzkrise und wie können sozialistisch orientierte Genossinnen und Genossen dort ihre weitere Arbeit gestalten?

Beginnen wir mit dem 1. Punkt: es hat in den letzten Jahren dazu viele treffende Analysen gegeben, die von der Parteiführung stets ignoriert wurden, egal ob es kollektive Beiträge von innerparteilichen Strömungen wie SL, AKL, KPF usw. oder prominente Einzelmeinungen wie z. B. von Fabio de Masi, Christa Luft, Hans Modrow und der Ältestenrat sowie Michael Brie waren. Die jeweilige Parteiführung hat das stets beharrlich ignoriert und sich in ihrer Scheinwelt bequem eingerichtet. Über Wahlniederlagen, Fehler, Defizite usw. wird schon lange nicht mehr substantiell diskutiert; magisches Denken ist an die Stelle ernsthafter Analyse und Erarbeitung einer linken Handlungsstrategie getreten.

Ekkehard Lieberam und ich haben seit Gründung des Liebknecht-Kreises Sachsen (LKS) im Jahr 2015 viele Beiträge insbesondere in der »jungen Welt« zu den Gründen für diese reformistische Mauserung der Linken publiziert. Hier noch mal in gebotener Kürze unsere Erkenntnisse: Ausgehend von Luxemburg, Lenin und Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben dann in den 1950er und 1960er Jahren vor allem Wolfgang Abendroth und Johannes Agnoli die Ursachen von Anpassungsprozessen linker Parteien in der Herausbildung bürokratischer Strukturen erkannt. Abendroth schreibt, dass sich auch in

4 Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Dietz Verlag Berlin 1971, S. 17

1 Redebeitrag des Leipziger Stadtrats (Partei Die Linke) und Mitgründers des Karl-Liebknecht-Kreises Sachsen bei der 2. Bundesweiten Wastun-Konferenz am 2.12.2023 in Ffm.

einer sozialistischen Partei eine »Sozialschicht« herausbildet, die eigene Interessen gegenüber den Interessen der Lohnarbeiter entwickelt und an »der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert ist«. Diese agiert »konservativ im Rahmen dieser Aufgabe ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können«. Sie verliert damit unweigerlich an »politischer Intelligenz« und entfernt sich zugleich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgibt.

Die Größe der Sozialschicht, die von der Partei lebt und zugleich auf Parteitagern oft die Mehrheit der Delegierten stellt, hatten wir im Herbst 2019 grob überschlagen: sie betrug in der LINKEN zusammen mit ihrer parteieigenen Stiftung ca. 2.300 Personen und war damit bedeutend größer als zu Zeiten der PDS (seinerzeit ca. 1.000). DIE LINKE hatte gegenüber der PDS ebenfalls signifikant bei den Einnahmen aus der Staatskasse zugelegt. Sie ist durch die existenzielle Abhängigkeit von pekuniären Zuschüssen und dem Angebot vielfältiger Karrieremöglichkeiten faktisch in eine verstaatlichte, systemkonforme Oppositionspartei verwandelt worden. Oder um es kurz und knapp mit Oliver Nachtwey zu sagen: »Die Kritik der politischen Herrschaft war lange ein zentrales Motiv der Linken. Aber nun lebt sie ganz gut mit und vom System.«

Damit komme ich zum 2. Punkt. Wie kann oder soll man unter diesen eher bedrückenden Umständen als Sozialist noch innerhalb der Partei agieren? Bevor ich auf diese Frage aus der Leipziger Perspektive eingehe (für anderes fühle ich mich nicht berufen), gestattet mir bitte eine kurze Vorbemerkung mit Blick auf unseren heutigen Kongress. Die Dynamik der gesellschaftlichen Bewegung ist ungeheuer gross und geht es immer schneller in Richtung einer Vertiefung der »kannibalischen Weltordnung« (Jean Ziegler). Wir brauchen daher zwingend mehr friedenspolitische und sozialpolitische Gegenmacht von links gegen die nun

fast täglich verschärfte Kanonen-statt-Butter-Politik der Herrschenden (siehe das Münkler-Interview in den letzten Tagen zur atomaren Aufrüstung Europas). Tatsächlich ist derzeit aber nicht die Linke, sondern die Rechtspartei AfD zur ersten Adresse des politischen Protestes sowohl bei Wahlen als auch im außerparlamentarischen Bereich geworden.

Das linke Parteienspektrum muss sich neu gruppieren und linke Genossinnen und Genossen sind dabei, dies zu tun. Aber es ist weder klar, *ob* dies gelingt, noch gibt es bislang ein überzeugendes Konzept, *wie* das gelingen kann. Wir sind noch alle auf der Suche nach dem richtigen Kompass. Bei dieser Suchbewegung brauchen wir eine Debatte über Grundfragen linker Politik und linker Parteitheorie. Allerdings m. E. weniger mit Bezug auf die Jahre im und nach dem Ersten Weltkrieg, sondern eher in Bezug auf die Traditionslinie der sozialistischen Zwischengruppen und des undogmatischen »westlichen« Marxismus der fünfziger und sechziger Jahre, wie sie in der Debatte um die Krise der SPD insbesondere Wolfgang Abendroth vertrat.

Es gibt auch heute (ähnlich wie damals) eine vage politische Unzufriedenheit inner- und außerhalb der Linkspartei, aber keine größere Massenbewegung für eine linke parteipolitische Alternative. Der weitere Niedergang der Linkspartei scheint mir unaufhaltsam – mit einzelnen möglichen Ausnahmen. In der größten ostdeutschen Stadt, meiner Heimatstadt Leipzig, ist die Linkspartei noch – um mit Wolfgang Abendroth zu sprechen – »Operationsbasis« für linke Politik. Im Leipziger Stadtrat, dem ich angehöre, sind wir die stärkste Fraktion; zusammen mit SPD und Grünen gibt es eine relativ stabile Mehrheit in der Ratsversammlung. Wir beeinflussen damit erheblich die Leipziger Kommunalpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen.

In dem Zusammenhang ein zweites Problem: Wolfgang Abendroth schlussfolgerte aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dass Gründungskongresse neuer linker Parteien

nicht willkürlich einberufen werden können. Nur dann haben neue linke Parteien Erfolg, wenn eine entsprechende Aufbruchsstimmung unter der arbeitenden Bevölkerung vorhanden ist, wenn Hunderttausende auf der Straße eine neue konsequente linke Partei fordern. In den Jahren 2005 ff. gab es diese Aufbruchsstimmung im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Agenda 2010. Heute ist sie offenkundig nicht vorhanden.

Mich beunruhigt in diesem Zusammenhang noch ein drittes Problem: die bisherige Theorieabstinenz vom BSW, wie sie aus der Video-Botschaft von Sahra Wagenknecht zur Gründung des Vereins und dem »Gründungsmanifest« hervorgeht. Die Banalität und Schwammigkeit der politischen Sprache ist schon erstaunlich, wie sie in dem Credo zum Ausdruck kommt: »Wir brauchen eine Rückkehr der Vernunft in die Politik.« Im Sinne von Wolfgang Abendroth sollten wir bekräftigen, dass die Durchsetzung von Vernunft in einer Klassengesellschaft eines sozialen Subjekts bedarf. Machtpolitische Grundlage linker Politik, so lehrte er, ist die Aktionskraft und Aktionsbereitschaft der abhängig Arbeitenden. In diesem Sinn stimme ich der Aussage völlig zu, dass unser Netzwerk zumindest kurz- und mittelfristig ein Forum der theoretischen Debatte und des politischen Dialogs zwischen der Linkspartei und der neuen Partei sein sollte.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Gerd Callesen (1940–2023)

Georg Fülberth/Hans-Norbert Lahme



In der Nacht zum 9. November 2023, einen Tag vor seinem 83. Geburtstag, starb in Wien der Historiker Gerd Callesen, Begründer und führender Kopf der Geschichtsschreibung über die dänische Arbeiterbewegung mit internationaler Wirksamkeit.

Geboren im nordschleswigschen Aabenraa (Appenrade) in einer Familie der dortigen deutschen Minderheit, wuchs er zweisprachig auf. Sein Studium führte ihn nach Marburg, wo er Wolfgang Abendroth kennen lernte, Tübingen, Kiel und Kopenhagen. 1965 wurde er Mitglied im SDS. 1970 promovierte er in Kiel mit der Dissertation

»Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912–1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus.« Es war die erste wissenschaftliche Abhandlung, die sich mit der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung beschäftigte. Bis dahin hatte es nur

zwei dänisch-sprachige Jubiläumsschriften zu diesem Thema gegeben. Nun inspirierte Gerd Callesen eine ganze Generation junger Historikerinnen und Historiker, die sich fortan mit der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung beschäftigten und diese zu einem selbstständigen Forschungsfeld machten. Eine gute institutionelle Basis fanden sie im Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv (Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung) in Kopenhagen – dem Archiv der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Gerd Callesen war dort ab 1973 beschäftigt, seit 1982 als Abteilungsleiter. Er gab der vorher wenig bekannten Einrichtung eine internationale, über die europäischen Grenzen hinausragende Position. Lange Zeit ist hier auch der Nachlass des ehemaligen KPD-Führers Heinrich Brandler aufbewahrt worden.

Bereits 1970 war Gerd Callesen an der Gründung der »Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung« (Selskabet til Forskning i Arbejderbevægelsens Historie) beteiligt. 1971 bis 1974 redigierte er deren »Jahrbuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (Årbog for Arbejderbevægelsens Historie), aus dem 1973 die »Mitteilungen zur Forschung in der Geschichte der Arbeiterbewegung« (Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie/Arbejderhistorie) hervorgingen. Drei Jahrzehnte lang waren das Kopenhagener Institut und seine Publikationen der Mittelpunkt einer umfangreichen Erschließung, Sammlung, bibliografischen Erfassung und wissenschaftlichen Auswertung von Quellen zur dänischen und internationalen Arbeiterbewegung, wobei Gerd Callesen die Hauptlast trug. Mit seiner kontinuierlichen Rezensionstätigkeit begleitete er die internationale Forschung. In den Jahrzehnten der Ost-West-Entspannung und der diese ablösenden neuen Konfrontation legte er großen Wert darauf, gleichermaßen Beziehungen zu den Wissenschaftseinrichtungen in den sozialistischen und nicht-sozialistischen Ländern zu unterhalten. Auch

nach dem Umschwung von 1989/91 hielt er die Verbindungen, die so entstanden, aufrecht. Auf den alljährlichen Tagungen der Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegungen in Linz hatte sein Wort Gewicht. In den aufgeregten westdeutschen Debatten zur Gewerkschaftsgeschichte Ende der siebziger Jahre wirkte sein unvoreingenommener Blick von außen versachlichend.

2002 verließ Gerd Callesen seine bisherige Kopenhagener Wirkungsstätte und ging 2004 mit seiner Frau, der Übersetzerin Lena Flugler, nach Wien. Hier widmete er sich verstärkt einem Arbeitsfeld, auf dem er ebenfalls von Anfang an intensiv gearbeitet hatte: der Marx-Engels-Forschung, unter besonderer Berücksichtigung von Friedrich Engels. Dessen Korrespondenz mit dänischen Sozialdemokraten war von ihm bereits 1973 ediert worden. 2011 gab er zusammen mit Wolfgang Maderthaler den Briefwechsel von Engels mit Victor Adler heraus. Als nach dem Zusammenbruch der DDR und der UdSSR die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) gefährdet war, gehörte er zu dem weltweiten Netzwerk, das sich erfolgreich für ihre Rettung einsetzte. Daraus entstand die Internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES), die jetzt diese Edition trägt. Gerd Callesen war bis zu seinem Tod Mitglied in deren Wissenschaftlichem Beirat. Innerhalb der Briefabteilung der MEGA erschien 2013 die von ihm und Svetlana Gavrilcenko bearbeitete Korrespondenz von Engels aus der Zeit vom Oktober 1889 bis November 1890. Danach bereitete er die Edition des Engels-Briefwechsels zwischen April 1888 und September 1889 vor, deren Veröffentlichung in der MEGA noch aussteht.

Wer mit ihm zu tun hatte, sah sich ermutigt, gefördert und aktiviert. Die gastfreundliche Wiener Wohnung von Lena Flugler und Gerd Callesen war – wie einst das Kopenhagener Institut – ein guter Ort des Austauschs für forschende Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Nun trauern sie um einen produktiven Autor, unermüdlichen Wissenschaftsorganisator und guten Freund.

Leser-Mails zur Jubiläumsausgabe »Mut und Marxismus«

Lieber Lothar, ich habe erfahren, dass die MB im November ihren 60. Geburtstag feiern.

Ich feierte dieses Jahr auch meinen 60. Geburtstag (obwohl im September). Anlässlich dieses doppelten Geburtstages habe ich mich entschlossen, zur Geburtstagsspendekampagne mit einer 1.000-Euro-Spende beizutragen. Ich will damit eine der besten marxistischen Zeitschriften (nicht nur in Deutschland) unterstützen und auch meinen Dank aussprechen: für ihre große Leistung in einem über mehrere Jahrzehnte sich entfaltenden theoretisch-politischen Kampf, der sich in einer zunehmend schwierigen politischen Lage entwickelt

Ich gratuliere zum Geburtstag! Mit solidarischen Grüßen

Vladimiro (Giacché)

Lieber Lothar, congratulations. Die MB 60 sind ganz ausgezeichnet geworden. Ich finde es sehr treffend, Marxismus und Mut zusammen zu denken. Auch Eure internationale Ausrichtung entspricht ganz meinen Auffassungen. Mein Geburtstagsgeschenk ist eine Bestellung von 10 Exemplaren von MB 60 auf Rechnung und die Anhebung auf ein Förderabo von 100,- Euro, wie in Eurer Anlage vorgeschlagen. Mit sehr herzlichem Gruß

Thomas (Metscher)

Lieber Lothar! Das Jubiläumsheft der MBl finde ich dank seiner Reichhaltigkeit sehr gelungen. Besonders wichtig ist für mich Ditte Gerns Russland-Artikel. Den Text des digitalen Belegexemplars habe ich mehrfach weitergeleitet, um Reklame für die MBlätter zu machen. Herzlich grüßt der sich auch auf das »Lob des Kommunismus« freuende

Hermann (Klenner)

Liebes Blätter-Kollektiv! Eure Jubiläumsausgabe hat mich endgültig überzeugt, die Blätter endlich wieder zu abonnieren. Haltung bewahren in diesen Zeiten können offenkundig nur wenige; aber Ihr.

Danke für Eure bemerkenswerte Arbeit!!!
Solidarische Grüße

Steuerkanzlei Heinz Schneider

Lieber Genosse Lothar, mit großem Gewinn habe ich die Jubiläumsausgabe angelesen. Für mich hätte es nicht so dick sein müssen, man kommt ja kaum hinterher. Aber insbesondere die alten Artikel haben mich »abgeholt«, wie man so schön sagt. Ein besonderes »Schmankerl« war das »Update« des Artikels von G. Fülberth. Ich fand bereits den Artikel Anno '87 sehr anregend. Über die Aktualisierung habe ich mich sehr gefreut; eine gute Wahl! In der beiliegenden Flugschrift waren ein paar Aussagen zum Thema »Entdollarisierung« enthalten, die ich nicht zur Gänze teile. Ich beschäftige mich seit einiger Zeit mit der Rolle des Dollars und der Frage ob und wie (!) man einen Niedergang feststellen kann. Gerne würde ich darauf reagieren, ich fürchte aber ein Leserbrief wäre dafür nicht ausreichend ... Solidarisch,

Markus Bernd

Lieber Genosse Lothar, die Jubiläumsausgabe ist bei Claudia M., der ich ein Geschenkabo gemacht hatte, sehr sehr großartig angekommen. Ich bin mal zu etwas Geld gekommen und möchte die Marxistischen Blätter daran teilhaben lassen ... Gedacht hatte ich daran, 10 Soliabos zu finanzieren, in erster Linie für Menschen im Knast und in zweiter Linie für Menschen, die sich unsere Publikation nicht mehr leisten können und deshalb gekündigt haben... Wenn die 10 Abos vergeben sind, könnt Ihr mich gerne benachrichtigen und ich werde mir überlegen, ob und wann ich erneut 10 Abos spende.

Steffen W. aus B.

Orientierung oder Nebelschwaden?

Karl-Heinz Peil zum Kommentar von Thomas Hagenhofer in MBL 5/6_2023

Den Kommentar von Thomas Hagenhofer ... finde ich leider wenig hilfreich. Inhaltlich ist das meiste zwar nicht falsch, beruht aber m. E. auf einem sehr oberflächlichen Verständnis friedenspolitischer Aktivitäten, was ich an mehreren zentralen Aussagen festmache.

Natürlich klingt es gut zu schreiben: »... die Friedensbewegung muss sich als anti-kapitalistische Kraft verstehen«. Das ist im Prinzip nichts Neues, denn der französische Sozialist Jean Jaurès prägte schon vor dem Ersten Weltkrieg den Satz: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen«. Aber: Organisationsübergreifende Aktivitäten sind immer ein Bündnis *unterschiedlicher* gesellschaftlicher Kräfte, das gilt ganz besonders für die Friedensbewegung ... Konsensfähiger ist vielleicht der Antimilitarismus, den Karl Liebknecht 1915 mit der Losung »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« prägte.

Eigentlich ist der Antifaschismus für die »moderne« Friedensbewegung unverzichtbar. Dieser wird heute jedoch nicht nur durch das Gefühl aufgeweicht, sich mit »rechtsoffenen« Akteuren auseinandersetzen zu müssen, sondern auch durch mangelndes Geschichtsbewusstsein. Antifaschismus heißt schließlich nicht, sich gegen vermeintliche »Faschos« zu wenden, sondern alle Facetten zu kennen, die 1933 zur Etablierung des NS-Terrorregimes geführt haben ...

Umfassende Vernetzung ist also ein historisches Wesensmerkmal der Friedensbewegung und kein aktuelles Wunschenken. Die nicht nur von Thomas Hagenhofer beschworene Vernetzung mit der

Klimabewegung ist leider nicht mehr als ein frommer Wunsch. Wenn heute schon wesentliche Teile der Friedensbewegung an einem moralisierenden Ansatz leiden, bei dem der Kampf gegen das absolut Böse, z. B. in der Person Putins, anstelle historischer Analysen zum Verständnis von Konflikten dient, so gilt dies erst recht für die Klimabewegung... Bei den Klimaaktivisten dominiert jedoch ein moralischer Ansatz, der durch die neo-liberale Indoktrination vor allem der jüngeren Generation massiv verstärkt wird. Als Ursache der Klimakrise erscheint der persönliche CO₂-Fußabdruck, was individuelles Handeln als naheliegend erscheinen lässt.

Voraussetzung für eine möglichst breite Vernetzung ist aber ein Verständnis dafür, mit welchen mächtigen Gegnern und Interessengruppen wir es zu tun haben und nicht eine moralische Empörung, die leicht manipulierbar ist. Die Aktivitäten von Fridays for Future sind ein gutes Beispiel dafür. Dass diese Kräfte nur schwer für Friedensaktivitäten zu gewinnen sind, hängt mit der immer noch vorhandenen Affinität zur Partei mit dem grünen Image zusammen, die zwar plakativ Klimaschutz propagiert, aber auf der gleichen moralisierenden Ebene wie der von ihr betriebene Bellizismus agiert.

Ein »strategisches Bündnis zwischen Arbeiter- und Friedensbewegung« wird den heutigen Bedingungen nur noch bedingt gerecht. Vor allem Gewerkschaften wie die IG Metall und ver.di leiden unter Mitgliederschwund, der vor allem auf die neoliberale Zerschlagung größerer betrieblicher Einheiten und der gerade dort vorhandenen Solidarität der Belegschaften zurückzuführen ist. Hinzu kommt das weitgehende Einschwenken der Gewerkschaftsführungen auf SPD-Regierungspositionen. So bleibt vielen engagierten Gewerkschaftern vor allem bei ver.di derzeit nur der mühsame Kampf innerhalb ihrer Organisation, um an das friedenspolitische Engagement früherer Jahre anzuknüpfen.

Letztlich geht es Thomas Hagenhofer aber wohl um »bündnispolitische Sackgassen«, in

die man sich manövrieren könnte. Gemeint ist offenbar die von ihm in einem Satz so bezeichnete »Rechtsentwicklung politischer Systeme und Zivilgesellschaften«. Hier werden aber zwei unterschiedliche Ebenen vermengt. Zivilgesellschaftlicher Protest ist heute meist politisch diffus und bietet Rechtspopulisten leichte Anknüpfungspunkte, wenn eine klar konturierte linke Alternative fehlt. Das eigentliche Problem sind aber Regierungen, die sich als »nach rechts offen« erweisen. Das betrifft in Deutschland nicht nur die offizielle Flüchtlingspolitik, die sich ganz im Sinne der AfD entwickelt. Noch gravierender ist der Umgang mit Faschisten in Regierungen, die von der deutschen Politik als Verbündete betrachtet werden. Es gibt eben auch »gute Faschisten«, wie in der Ukraine oder in Israel. Wenig beachtet wird hierzulande auch, dass Russland Jahr für Jahr UN-Resolutionen einbringt, in denen mit überwältigender Mehrheit die Verharmlosung und Verherrlichung von Nazi-Traditionen verurteilt wird. Die Gegenstimmen kommen stets von einigen wenigen westlichen Staaten wie z. B. Deutschland.

Doch zurück zur Bündnispolitik: Die Menschen, die heute regelmäßig mit Friedensfahnen auf die Straße gehen, kommen auch aus dem Milieu derer, die in den letzten Jahren durch die staatliche Corona-Politik politisiert wurden. Natürlich gibt es dort eine mitunter giftige Mischung aus aufrechten Friedensaktivisten und rechtspopulistischen Trittbrettfahrern. Friedenspolitische Arbeit bedeutet aber nicht nur, viele Menschen auf die Straße zu bringen, was die »alte« Friedensbewegung nicht mehr schafft ..., sondern auch viel Überzeugungsarbeit in den bestehenden Strukturen.

Zumindest in Organisationen mit historischen Wurzeln müssen Programme und Ressourcen für friedenspolitische Bildungsarbeit mobilisiert werden, um ein Verständnis für kriegerische Konflikte zu ermöglichen. Natürlich spielt dabei der Antikapitalismus eine zentrale Rolle. *Bei den neuen Friedensbewegten, die in ihrer Orientierungssuche auch*

»nach rechts offen« sind, dürfte dies erfolgreicher gelingen als derzeit bei den Gewerkschaften. Letztere sind natürlich wegen des Mobilisierungspotentials aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Zerstörungen durch Aufrüstung und kontraproduktive Wirtschaftsanktionen bündnispolitisch vorrangig. Neue Organisationsstrukturen, die sich als Demokratie- und/oder Freiheitsbewegung verstehen, als »rechtsoffen« zu etikettieren, ist der falsche Weg.

(Anmerkung: Die Denunziation fortschrittlicher Kräfte als »rechtsoffen« halten auch wir für wenig zielführend. In seinem Kommentar benutzt unseres Mitherausgebers Thomas Hagenhofer diesen Kampfbegriff auch gar nicht. Seine Warnung vor »bündnispolitischen Sackgassen« finden wir hingegen sehr berechtigt. Denn was nützen »neue« Bündnispartner (die K.H. Peil leider nicht konkret benennt), wenn sie »alte« (und wichtige Vertraute) verdrängen bzw. ihre Reaktivierung erschweren? Die sachliche Prüfung, ob ein Selbstbild als »Demokratie- und/oder Freiheitsbewegung« (z.B. der Partei Die Basis) substanziell gerechtfertigt ist, halten wir für legitim und notwendig. »Ein strategisches Bündnis zwischen Arbeiter- und Friedensbewegung« und die Vernetzung mit der Klimabewegung bleibt dabei für uns eine unerlässliche, zentrale Kampfaufgabe, bei der es keine bequeme Abkürzung des steinigen Weges gibt und kein Kapitulieren geben darf. Auch hier bedarf es »viel Überzeugungsarbeit in den bestehenden Strukturen«, der wir uns als Zeitschrift auch weiterhin gerne stellen. Eine konstruktive Debatte darüber finden wir sehr wünschenswert. LoG)

Besucherrekord bei den 16. Gramsci-Tagen

Timo Reuter

Die 16. Braunschweiger Gramsci-Tage (www.gramsci-tage.de) fanden am 6. und 7. Oktober unter dem Titel »Der Kapitalismus an den Kippunkten von Natur und Gesellschaft – Perspektiven für einen nachhaltigen Sozialismus« statt. Am Freitag sprach Prof. Dr. Klaus Dörre zum Thema »Kompass für einen nachhaltigen Sozialismus«, am Abend gab es ein Kulturprogramm von Isabel Neuenfeld zum 125. Geburtstag von Bertolt Brecht. Samstag startete der Tag mit einem Inputreferat von Ingar Solty unter dem Titel »Der globale Kapitalismus in der Dauerkrise«, ergänzt von Ines Schwerdtner und Prof. Dr. Michael Brie. Nach verschiedenen Workshops zur Vertiefung der Themen fand das Abschlussplenum »Eine lebenswerte Zukunft gestalten – wie geht das?« mit Jugendlichen aus Gewerkschaft und politischen Verbänden statt. Die 16. Gramsci-Tage brachen dabei mit rund 200 Teilnehmenden alle bisherigen Besucherrekorde. Besonders erfreulich war die stärkere Beteiligung von jüngeren Menschen als in den Vorjahren.

Prof. Dr. Klaus Dörre¹

Wir müssten Kapitalismus heute als etwas begreifen, das wegen seiner ökonomischen Erfolge in Schwierigkeiten gerät und nicht wegen seiner zyklisch wiederkehrenden Krisen, so Klaus Dörre einleitend. Seine erste These daher: *»Für moderne, ausdifferenzierte, komplexe Gesellschaften rentiert sich der Kapitalismus nicht mehr, denn diese Gesellschaften müssen einen immer größeren Aufwand betreiben, um den Konkurrenz- und gewinnorientierten*

Expansionszwang kapitalistischer Marktwirtschaft überhaupt noch am Leben zu erhalten. Deshalb plädiere ich für eine nachhaltig-sozialistische Alternative.« Gewinne seien für die zentralen und führenden Geschäftsmodelle nur noch möglich, wenn die Rahmenbedingungen und negative Einflüsse auf Natur und Mensch aus dem privatkapitalistischen Kalkül herausgerechnet würden. Würde man alle Einflüsse auf die heutige Gesellschaft den Unternehmen und Konzernen in Rechnung stellen, wären kaum mehr privatwirtschaftlich gewinnbringende Produktionen möglich. Als Beispiel nannte er hier das Tesla-Werk in Grünheide, welches nur durch massive Subventionierung durch die Gesellschaft möglich geworden sei.

Seine zweite These: *»Sozialistische Ideen des 21. Jahrhunderts müssen ihre Überzeugungskraft aus der Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution beziehen. Sie entstehen zumindest in den frühindustrialisierten Ländern, zunehmend aber auch in den großen Schwellenländern, aus einer Kritik an Überproduktivität, Luxusproduktion und Luxuskonsum. Und sie präsentieren sich als Alternative zu einem ›Imperialismus gegen die Natur‹, sie attackieren die Ökonomie der billigen Güter und mit ihr die Abwertung reproduktiver Tätigkeiten. Und sie beanspruchen, gleichwertig mit der Beseitigung von Klassenherrschaft, eine Überwindung aller patriarchalisch, rassistisch oder nationalistisch legitimierten Herrschaftsmechanismen anzustreben. Sozialismus bedeutet heute die Suche nach einem Notausgang, nach Auswegen aus einer epochalen ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, die das Überleben menschlicher Zivilisation infrage stellt.«*

Wir müssten die »Arbeit der Natur« stärker in unsere Betrachtungen einbeziehen, denn es existiere kein Dualismus von Mensch und Natur. Der Mensch könne die Natur nicht weiter nur nutzen und beherrschen. Der Kapitalismus habe uns damit in eine ökonomisch-ökologische Zangenkrise geführt, so Klaus Dörre. Diese resultiere aus dem Umstand,

1 www.youtube.com/watch?v=hsdozM4rdXw

dass das wichtigste Mittel des Kapitalismus zur Befriedung sozialer Konflikte die Erzeugung von Wirtschaftswachstum, nach den Kriterien des BIP, sei. Unter seinen heutigen Bedingungen – hoher Emissionsausstoß, hoher Ressourcen- und Energieverbrauch – führe dies zur Verschärfung ökologischer Gefahren, insbesondere des Klimawandels.

Ökologische Nachhaltigkeit sei nur mit sozialer Nachhaltigkeit zu realisieren. Vernachlässige man die soziale Nachhaltigkeit, triebe dies die Menschen, die wir für die Nachhaltigkeitsrevolution brauchten, in die Hände der ökologischen Konterrevolution. Dazu verwies er auf die Studie »Global carbon inequality over 1990–2019« von Lucas Chancel, der darin den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen untersuchte. Chancel stellte fest, dass die untersuchten Unterschiede 1990 vor allem zwischen den Nationen lagen (Nord-Süd-Gefälle und entwickelte vs. unterentwickelte Länder), hingegen sich 2019 dieses Verhältnis vor allem auf Unterschiede innerhalb der Gesellschaften (Reiche tragen wesentlich mehr zum Klimawandel bei als Arme) verlagert hat. Der Rückgang der Emissionen in den reicheren Nationen wurde insbesondere durch die untere Hälfte der Einkommensbezieher:innen erbracht, wohingegen das reichste 1% dieser Gesellschaften sogar zugelegt habe. Die Luxusproduktion der Reichsten der reichen Gesellschaften werde damit zum wesentlichen Treiber des Klimawandels.

Wenn von den Teilen der Gesellschaft, die den geringsten Teil zum Klimawandel beitragen, verlangt werde, sich in Relation zu den Reichen stärker an den Kosten seiner Bewältigung zu beteiligen, während die Reichen weitermachen könnten wie bisher, entstehe ein fundamentales Gerechtigkeitsproblem.

Als Kernelemente eines »nachhaltigen Sozialismus« schlägt Dörre deshalb u. a. vor:

- Kollektives Selbsteigentum, das die Verantwortung für das Eigentum erhält (Mitarbeitergesellschaften, Genossenschaften,

Sozialunternehmen, Stiftungsunternehmen);

- Umfassende Wirtschaftsdemokratie, mindestens aber die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung auf Produktionsentscheidungen;
- Übergang zu einer Qualitätsproduktion langlebiger Güter und nachhaltiger Dienstleistungen nach der einfachen Formel: besser statt mehr, für alle statt für wenige;
- Demokratische Umverteilung zugunsten der Ärmsten und der Peripherie;
- Transformations- und Nachhaltigkeitsräte, auf Basis der 17 »Sustainable Development Goals« der UN;
- Eine robuste, öffentlich finanzierte soziale Infrastruktur, die gesellschaftliche Aufwertung von Sorgearbeit, eine Care-Revolution;
- Demokratische makroökonomische Verteilungsplanung;
- Neuorganisation der Arbeitsprozesse und Arbeitsvermögen, Aufhebung der funktionalen Arbeitsteilung, kurze Vollzeit für alle und Zeit für Arbeit an Gesellschaft und Demokratie.

Bei der Formulierung von Alternativen dürfe es keine Bilderverbote geben, Kapitalismuskritik alleine reiche nicht mehr aus. Wer heute von Alternativen spreche, müsse diese benennen, sofern er die Menschen für eine Nachhaltigkeitsrevolution gewinnen wolle. Sozialismus sei heute auch eine Lebensweise.

Ingar Soltý²

»Wir müssen uns radikalieren, wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit; die Wirklichkeit ist radikal, sie schreit nach Veränderung, sie schreit nach einer Veränderung zum bestehenden System und die heißt immer noch Sozialismus«, so die einleitenden Worte von

2 www.youtube.com/watch?v=mjXB3mR9zVE&t=1892s

Ingar Solty. Diese Alternative müsse wieder stärker in die Debatten und die alltäglichen Gespräche eingebracht werden.

Bei seiner Bestandsaufnahme des heutigen Kapitalismus ging der Referent von einer Sechsdimensionen-Krise aus:

1. Krise des kapitalistischen Akkumulationsmodells, spätestens seit der Wirtschaft- und Finanzkrise von 2007/2008 erreichte dies auch die kapitalistischen Zentren;
2. Krise der Geschlechterverhältnisse, die durch eine Unterfinanzierung der sozialen Daseinsvorsorge verschärft wurde;
3. Krise des sozialen Zusammenhaltes, u. a. durch den Umbau des Sozialstaates (Fördern und Fordern);
4. Krise der bürgerlichen Demokratie und der politischen Repräsentationsmodelle, Zerfall der Volksparteien, Polarisierung der Gesellschaften;
5. Krise der Ökologie, der Nachhaltigkeit und des Klimas;
6. Krise der Weltordnung, Abstieg der Hegemonialmacht USA und Aufstieg Chinas von der verlängerten Werkbank des Westens zu einem Hochtechnologierivalen.

Die Dimensionen der Krise seien nur mit einem Blick auf die Maßnahmen der Regierungen auf die Krise von 2007/2008 zu verstehen. Die USA und die EU wählten damals den Weg der Austerität und wälzten die Krisenlasten auf die breiten Bevölkerungsschichten und die arbeitende Klasse ab, (Halbierung der Löhne in der Automobilindustrie in den USA für Neueingestellte und Abwicklung von Flächentarifverträgen, sowie die Kürzung öffentlicher Ausgaben im europäischen Süden). Die VR China wählte damals den Weg der (durch die KPCh) staatsgelenkten Wirtschaft, der sich heute der westlichen Austeritätspolitik und einer Politik der inneren ökonomischen Abwertung als überlegen erwies. Dies zeige sich in Zukunftstechnologien (künstliche Intelligenz, autonomes Fahren, Cloud- und Big-Data, grüner Industrien), in denen China dem Westen mindestens ebenbürtig sei.

Der Westen stehe nicht erst seit heute an einem Scheideweg, China entweder mit seinen eigenen Mitteln, d. h. einem massiven Staatsinterventionismus, oder militärischen und nichtmilitärischen Mitteln, von seinem Weg abzubringen. Aktuell sei ein Weg der industriepolitischen Nachahmung, z. B. durch den Inflation Reduction Act (Zurückholen ganzer Lieferketten in die USA) oder den CHIPS and Science Act (Förderung der Chipentwicklung und -produktion in den USA), bzw. die massive Förderung für TSMC und Intel in Ostdeutschland zu sehen. Der Westen ginge aktuell den Weg der massiven Förderung von Industriekapital, bei gleichzeitiger Austerität für die arbeitenden Klassen und die privaten Haushalte (Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU). Parallel forcieren die NATO eine massive Aufrüstung, manifestiert durch das Bekenntnis aller europäischen NATO-Staaten, ab sofort 2 % ihres BIP für Rüstung auszugeben. Die Option, einen Krieg gegen China zu führen, sei im Pentagon ziemlich weit entwickelt.

Der Ukrainekrieg sei der Katalysator einer neuen Blockkonfrontation und die USA zum jetzigen Zeitpunkt der einzige Gewinner. Russland solle geschwächt und Europa stärker von den USA abhängig gemacht werden. Diese Abhängigkeiten seien dabei:

1. Energiepolitische; durch Kappung der Versorgung mit russischem Erdgas unter Weltmarktpreisen (Preise aktuell in Europa 3× höher als in USA und 7× höher als in China),
2. Wirtschaftspolitische; durch forcierte Abkopplung von China,
3. Geopolitische; durch Militärkapazitäten der USA, sollte es zu einer großen Auseinandersetzung kommen,
4. Militärindustriepolitische; Bestellungen der Rüstungsgüter im Rahmen der NATO-Aufrüstungspolitik würden in den USA erfolgen.

Ausblickend verwies Ingar Solty darauf, dass es für die gesellschaftliche Linke drei zentrale Herausforderungen gebe. Erstens müsse

die Blockkonfrontation und die damit verbundene Abkopplung von China verhindert werden, da mit dieser auch die Zusammenarbeit in Zukunftstechnologien verloren ginge und sie die Gefahr eines großen Krieges berge. Zweitens konterkarriere eine Abkopplung auch alle Bekundungen für einen grünen Umbau der Wirtschaft, die z. B. in Fragen der Solar- und Windkraftproduktion, sowie bei Hochgeschwindigkeitszügen auf chinesisches Knowhow angewiesen sei. Drittens müsse die historische Chance der Krise – privates Kapital sei auf staatliche Rettung angewiesen – genutzt werden, um die Eigentumsfrage zu stellen. Wenn nun ein Industriestrompreis gefordert werde, wie es ein Bündnis aus Kapital und Gewerkschaften tut, dann müsse das mit sozialen Garantien für Beschäftigung und einer Überführung von Eigentumstiteln in die öffentliche Hand einher gehen.

Ines Schwerdtner stellte an den Beginn ihres Referats die Feststellung, dass wir es heute mit einer massiven Krise der bürgerlichen Demokratie und ihrer Repräsentation zu tun haben. Wir erlebten eine Phase hoher Politisierung, ohne politische Folgen. Der Neoliberalismus führe bei den Menschen zu einer Individualisierung, bei gleichzeitig abnehmender Organisierung (in Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Verein, etc.). Daher sei der größte Gegner des Kampfes für Alternativen die Resignation. Der gesellschaftlichen Linke fehle es an politischer Macht und Strahlkraft, um als Alternative wahrgenommen zu werden.

Strategische Felder, auf denen die gesellschaftliche Linke bereits gezeigt habe, dass sie Kraft und Ausstrahlung entfalten könne, sei die Wohnungsfrage und die Daseinsvorsorge. Diese gelte es wieder stärker aufzugreifen. Zudem brauche sie ein strategisches Zentrum, um ihre Zersplitterung und damit verbundene Schwäche zu überwinden.

Michael Brie wies darauf, dass das Wort »Krise« im chinesischen aus zwei Zeichen bestünde. Dem für Gefahr und dem für Chance.

Um aus einer Gefahr eine Chance zu machen, bedürfe es eines handelnden Akteurs. In seiner Analyse hob er sechs für ihn zentrale Punkte hervor:

- Die lohnabhängige Klasse in Deutschland sei politisch heimatlos geworden;
- Der Sieg des Neoliberalismus über die alte Linke, habe dem Neofaschismus zum Erfolg verholfen;
- Die gesellschaftliche Linke habe sich in den vergangenen Jahren zu sehr auf identitätspolitische Fragen und Orientierungen konzentriert und damit versucht, den Neoliberalismus auf seiner eigenen diskursiven Grundlage zu kritisieren;
- Die Linke müsse dies erkennen und heute verstärkt auf eine klassenpolitische Orientierung, mit dem Ziel einer sozialistischen Klassenpolitik, setzen;
- Die Partei die Linke habe es nicht geschafft in zentralen Fragen, etwa der Migrationspolitik, oder der Kriegsgefahr, politische Hegemonie zu erringen;
- Die akademische Linke müsste ihre eigene Klassenlage reflektieren.

Auf die Frage, ob es heute Beispiele für eine erfolgreiche Mobilisierung linker Kräfte und die Entfaltung von sozialistischer Gegenmacht gebe, wurde immer wieder auf die Arbeit der KPÖ in Österreich und die Entwicklung der PvDA in Belgien verwiesen.

Gemeinsame Konferenz österreichischer Kommunist:innen

Anne Rieger, Mitglied im
Landesvorstand der KPÖ Steiermark

»Erstmals seit Jahrzehnten könnte die KPÖ wieder im Nationalrat landen«. Dieses Zitat aus der überregionalen Zeitung »Die Presse« beschreibt die Stimmung vieler Medien in Österreich. Es beschreibt aber auch die Stimmung im Grazer Volkshaus am ersten Novemberwochenende. 105 Jahre nach Gründung der KPÖ am 3. November 1918 kamen weit über 300 Kommunistinnen und Kommunisten aus ganz Österreich in der Steiermark zusammen.

Sie berieten, in der ersten gemeinsamen Konferenz nach 20 Jahren, wie das Wahljahr 2024 genutzt werden kann, um die Kommunistische Partei organisatorisch flächendeckend österreichweit zu entwickeln. Zugleich wurde der Grundstein für die Nationalratswahl (vergleichbar Bundestag) im kommenden Jahr gelegt. Die mitgliederoffene Bundeskonferenz beschloss in großer Einigkeit, gemeinsam als »KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs« anzutreten. Sie legte die beiden Spitzenkandidat:innen fest. Der 33jährige Bundessprecher Tobias Schweiger aus Wien, der die Wohnkampagnen bundesweit koordiniert und selbst Mietberatungen durchführt, und Bettina Prochaska aus Salzburg, die seit 40 Jahren in der Pflege arbeitet, wurden mit 88,9 bzw. 91,9 Prozent auf die beiden ersten Plätze gewählt.

Das gemeinsame offensive Antreten der KPÖ-Steiermark und der KPÖ-Bund zur Nationalratswahl und der formulierte Anspruch, im kommenden Jahr in den Nationalrat einzuziehen, führte nach jahrelangem Verschweigen zu einem enormen österreichweiten Medienecho.

Was rief die Aufmerksamkeit der Medien hervor? In dem Land, in dem die FPÖ seit Monaten bei Wahlumfragen mit 29 Prozent vor der SPÖ mit 23 Prozent, und der ÖVP mit 21 Prozent an der Spitze liegt, werden das frische entschlossene Auftreten, die selbstbewusste Anstrengung der KPÖ, politisch wahrgenommen und sind medial nicht mehr zu ignorieren.

Was bringt die KPÖ dazu, diese Herausforderung anzunehmen? Wie überall ist das Leben für der Mehrheit der Menschen kaum mehr bezahlbar. Die Preise wurden enorm erhöht, stärker als in den übrigen EU-Ländern. Wohnen, Heizen, Essen, Energie, alles wird zunehmend für viele, bis in den Mittelstand hinein, zur Existenzfrage. Die Regierung hat trotz vielfacher Aufforderung – aus unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Lagern – nicht in die Preise eingegriffen, sie nicht reguliert. Vielmehr hat sie durch Einmalzahlungen die Teuerung weiter angefeuert, den Profiten der Konzerne zuliebe.

Soziale Themen, die der breiten Mehrheit der Menschen unter den Nägeln brennen, stehen daher im Mittelpunkt der Forderungen der KPÖ im Superwahljahr: Mieten und Wohnen, Teuerung und Wirtschaftskrise, Pflege und Gesundheit, Frieden und Neutralität, Klima und Ökologie sowie Bildung. Entsprechend werden die Kandidaturen auf der Basis marxistischer Standpunkte erarbeitet und vorbereitet. Die beiden Spitzenkandidat:innen repräsentieren mit ihrer Arbeit die Wohnungs- und Pflegefrage.

Die ermutigenden Ergebnisse der Wahlen in der Steiermark und Salzburg (Grazer Gemeinderat 29 Prozent, Salzburger Landtag 12 Prozent), aber auch achtbare Wahlergebnisse darüber hinaus, spornen die Kommunist:innen an, sich gemeinsam den Herausforderungen von sechs Wahlkämpfen in einem Jahr zu stellen. Dabei werden genau die brennenden Themen und die damit verbundene politisch-soziale Arbeit in den Mittelpunkt von Wahlkämpfen, Kampagnen gerade aber auch von Beratungen/

Unterstützungen gestellt werden. Verbunden mit der große Einigkeit und in dem Willen, als nützliche Partei für und mit den Menschen voran zu kommen, öffnet sich ein Fenster für deutliche bessere Ergebnisse bei der Nationalratswahl. 2019 wählten 0,7 Prozent die KPÖ.

Seit Monaten wurde die bundesweite gemeinsame Konferenz vorbereitet. Der harmonische Ablauf, die solidarischen, durchaus auch kontroversen, Redebeiträge waren das Ergebnis. Deutlich verjüngt, nicht nur der Bundesvorstand, sondern auch die Mitglieder. Das zeigte sich in den engagierten Redebeiträgen der Jugendorganisationen: »Wir wollen einen wesentlichen Beitrag zur Nationalratswahl leisten und als Junge Linke hunderte junge Menschen, vom Bodensee bis zum Neusiedlersee, für unsere Interessen, für eine Partei der arbeitenden Klasse, auf die Straße bringen. ... Unsere Generation braucht eine starke Kommunistische Bewegung, die Orientierung bietet, die Alternativen aufzeigt, die Verzweiflung und Wut zu Hoffnung macht. Kommendes Jahr bietet sich die Chance, unsere Idee von einer besseren Welt auf die politische Bühne und in den Alltag der Menschen zu bringen«. Die Vertreterin der Kommunistischen Jugend ergänzte: »Denn nur wir Kommunist:innen können diese Alternative bieten: Und das ist der Sozialismus. Ein System, wo nicht jeder vierte Jugendliche unter Depressionen leidet. Ein System, in dem die Erde nicht brennt. Ein System, wo Krieg kein Normalzustand ist«.

Am zweiten Tag, mit immer noch über 200 Mitgliedern, wurden in sechs Programmforen die Schwerpunkte und Formulierungen für das kommende Wahljahr beraten. Die Klugheit der Expert:innen des Alltags und die kollektive Intelligenz der Partei gaben den Startschuss für den bundesweiten, nachhaltigen Austausch der Erfahrungen in den Sozialberatungen und Wahlkämpfen. Die Flexibilität der Konferenz zeigte sich auch darin, dass zu den fünf ursprünglich vorgesehenen Schwerpunkten, auf Antrag aus der Konferenz, ein

sechster Schwerpunkt, Bildung, beschlossen wurde.

Zuvor freilich sind die zu bestehenden Wahlen, die Arbeiterkammerwahlen in allen neun Bundesländern, die Gemeinderatswahlen in Innsbruck und Salzburg, dort die Oberbürgermeisterwahl, die EU- und Nationalratswahlen sowie die Landtagswahl in der Steiermark, in gemeinsamer Kraftanstrengung für den Aufbau der Partei zu nutzen. In Wahlzeiten erhalten politische Themen erhöhte Aufmerksamkeit bei den Menschen. So kann für unsere Forderungen mehr Interesse geweckt werden. Elke Kahr, die kommunistische Bürgermeisterin in Graz, ist guter Dinge, dass der Einzug in den Nationalrat gelingen und die KPÖ so »den arbeitenden Menschen im Land wieder eine Stimme gibt«.

In der Woche zuvor hatte die KPÖ-Fraktion als einzige im Grazer Gemeinderat gegen das Aufhängen der Israelischen Fahne vor dem Rathaus gestimmt. »Wir begrüßen alle Initiativen der Stadt Graz für Deeskalation und für ein friedliches, respektvolles Zusammenleben, gegen die Dehumanisierung ganzer Menschengruppen. Und darum meinen wir, dass das Hissen einer Nationalflagge in diesem komplexen Konflikt nicht das richtige Zeichen ist. Wir können uns keineswegs auf die Seite der aktuellen Regierung Israels, geführt von Benjamin Netanyahu, stellen. Führende israelische Politiker:innen haben sich in einer Weise geäußert, die die Spirale der Gewalt nur weiter vorantreibt«, hieß es aus der KPÖ-Fraktion.

»Wir haben einen schrecklichen politischen Fehler begangen«

Jeffrey Sachs

Wenige Tage vor den Jubelfeiern zum »Tag der deutschen Einheit« und dem Massaker von Hamaskämpfern an israelischen Zivilisten fand am 1. Oktober 2023 im Frankfurter Haus Gallus eine bemerkenswerte Friedenskonferenz statt, mit etwa 250 Teilnehmenden in Präsenz und ebenso vielen Online-Zuschaltungen. Eingeladen hatte die »Initiative Frieden schaffen!«, der sich selbst so bezeichnenden »Viererbande« Peter Brandt, Reiner Braun, Reiner Hoffmann und Michael Müller.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Widerstand gegen die von der Bundesregierung getragene Kriegspolitik gegen Russland auch in Teilen der SPD verankert ist. Dies wurde in Beiträgen zu dieser Konferenz dokumentiert, wie z.B. vom früheren EU-Kommissar Günter Verheugen, der früheren SPD-Spitzenpolitikerin Bärbel Dieckmann und dem ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters. Die Video-Mitschnitte aller aufgezeichneten Einzelbeiträge sind abrufbar unter www.friedenschaffen.net/2023/10/02/video-mitschnitte-der-friedenskonferenz-vom-1-10-2023-in-frankfurt/. Wir dokumentieren hier den Beitrag des bekannten US-Ökonomen Jeffrey Sachs.

Ich bin sehr dankbar für die Gelegenheit, heute bei Ihnen zu sein. Ich bin dankbar dafür, dass ich jederzeit die Möglichkeit habe, über den Frieden zu sprechen, vor allem mit Ihnen in Deutschland, wo es für Deutschland und für uns alle so wichtig ist, dass wir in Bezug auf den Ukraine-Krieg die richtigen Antworten finden. Denn bisher haben wir beim Finden von Antworten versagt!

In der Tat glaube ich, dass wir uns gerade in einer Art Endphase befinden. Es ist ein sehr dramatischer Moment. Vielleicht wissen unsere Mainstream-Medien das nicht richtig einzuschätzen, aber wir müssen in den nächsten Wochen einige wichtige Entscheidungen treffen. Der Grund hierfür ist das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive sowie der Rückgang der internationalen Unterstützung. Die Verwüstungen in der Ukraine sind immens. Es ist wirklich ein Blutbad. Die Ukraine ist durch die gescheiterte Gegenoffensive mit massiven Verlusten an Menschen und Ausrüstung schwer geschwächt worden. Russland wird wahrscheinlich schon sehr bald eine große und sehr gefährliche Gegenoffensive starten.

Ich halte das für wahrscheinlich, und ich denke, dass die Folgen für alle, für die Ukraine, für Europa und schließlich für die gesamte Welt sehr, sehr groß sein könnten, wenn wir jetzt nicht verhandeln, um die Ukraine zu retten. Ich war schon immer der Meinung, dass dieser Krieg in vielen Punkten hätte vermieden werden können, dass es ein Krieg ist, der im Wesentlichen von den USA verursacht wurde. Insbesondere wegen der US-amerikanischen Idee, die NATO auf die Ukraine und sogar auf Georgien und den östlichen Rand des Schwarzen Meeres auszudehnen. Es ist nicht nur eine alte US-Idee, sondern sogar eine alte britische Idee, denn es war im Grunde die britische, imperiale Idee des Krimkriegs, um die russische Macht vom Schwarzen Meer zu verdrängen. Brzeziński hat diese Idee in den 1990er Jahren wiederbelebt und unsere Neokonservativen in den Vereinigten Staaten versuchen seit mehr als 25 Jahren, sie in die Tat umzusetzen.

Dies ist also ein Krieg, der im US-amerikanischen Unilateralismus und Neokonservatismus verwurzelt ist. Das ist nicht die Art und Weise, wie der Krieg in unseren Medien dargestellt wird, die den Menschen die Geschichte, die sie brauchen, völlig vorenthalten. Wie jeder in diesem Raum weiß, bin ich mir sicher, dass Hans Dietrich Genscher

und James Baker sich gegenüber Präsident Gorbatschow sehr deutlich geäußert haben. Die NATO wird sich nicht nach Osten bewegen. Die Vereinigten Staaten haben gemogelt und Deutschland hat mitgespielt. Die Osterweiterung der NATO begann unter Clinton und beschleunigte sich unter George Bush mit sieben neuen NATO-Mitgliedsstaaten im Jahr 2004. Aber der große entscheidende Moment war die Durchsetzung der Aussicht auf eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008. Wir wissen, dass Bundeskanzlerin Merkel und die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs sehr dagegen waren. Aber offen gesagt, die europäischen Staats- und Regierungschefs boten den Vereinigten Staaten ebenso wenig die Stirn, wie es ihr aktueller Kanzler im Moment tut. Die USA drängten auf eine Verpflichtung zur NATO-Erweiterung für die Ukraine und Georgien, obwohl die europäischen Staats- und Regierungschefs wussten, dass dies sehr gefährlich und fehlgeleitet war, und unsere eigenen US-Diplomaten wussten, dass dies ein Fehler war.

Unter US-amerikanischem Druck wurde die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO versprochen. Dies hat sich als verheerend für die Ukraine erwiesen. Als Janukowitsch 2010 Präsident wurde, forderte er klugerweise die Neutralität und diese Forderung wurde von der Rada verabschiedet und zum Staatsgesetz erklärt. Dann haben sich die Neokonservativen in den Vereinigten Staaten zum Ziel gemacht, Janukowitsch zu stürzen. In welchem Maße auch immer sie die Maidan-Revolution als anständigen Protest darstellen wollen, sie war dennoch in erheblichem Maße eine US-amerikanische Regimewechsel-Operation. Das ist für jeden, der genau hinschaut, offensichtlich.

Auch hier leugnen unsere Medien das Offensichtliche. Zufällig hat Russland einen Anruf von Victoria Nuland (bedeutende US-Diplomatin, aktuell geschäftsführende US-Außenministerin, Anmerkung der Redaktion) abgefangen, der

alles erklärt, denn drei Wochen vor dem gewalttätigen Staatsstreich, durch den Janukowitsch gestürzt wurde, war Victoria Nuland bereits dabei, die neue Regierung nach Jankowitsch Sturz auszuwählen. Nach dessen Sturz nahm Präsident Putin die Krim zurück. Also auch Sewastopol. Der Flottenstützpunkt Russlands seit 1783 würde nicht in die Hände der NATO fallen und die abtrünnigen Regionen der Ukraine lehnten die putschistische Regierung, die eine russophobe, westukrainische Regierung war, die den russischstämmigen Ukrainern feindlich gegenüberstand, ab. Diese beiden Provinzen, Donezk und Lugansk, spalteten sich ab und die Gewalt brach aus.

Der Krieg begann im Jahr 2014. Natürlich wurden die Minsker Vereinbarungen ausgehandelt, um den Krieg zu beenden. Deutschland und Frankreich waren die Garanten für das Minsker Abkommen, aber wie selbst Bundeskanzlerin Merkel letztes Jahr in Interviews sagte, hat niemand im Westen das Minsker Abkommen ernst genommen. Russland hat es ernst genommen, aber weder die Ukraine noch Deutschland noch die Vereinigten Staaten noch Frankreich haben es ernst genommen. So wurde die Autonomie, die für den Donbass versprochen war, von den ukrainischen Regierungen nicht in die Tat umgesetzt. Stattdessen begannen die Vereinigten Staaten in den Jahren 2018/2019 eine massive Armee aufzurüsten. Diese Armee drohte, wie ihre Generäle deutlich gemacht haben, den Donbass im Jahr 2021/2022 zu erobern. Dies ist die Wahrheit. Das ist keine Putin-Propaganda oder Putin-Entschuldigung. Das sind die US-Neokonservativen, die die NATO gegen Russlands rote Linien drängten und wussten, dass dies zu einem Krieg führen würde. Es gibt sogar ein Video von Zelenskys Chefberater Aristovich im Jahr 2019, in dem er sehr deutlich sagt: »Wir wissen, dass die Fortsetzung der NATO einen Krieg mit Russland bedeutet, aber wir sind bereit für einen Krieg mit Russland.«

Wir provozieren also wissentlich diesen Krieg, weil wir Russlands Großmachtstatus

beenden wollen, indem wir Russland in der Schwarzmeerregion einkreisen. Der Plan war von Anfang an, dass die Ukraine, Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Georgien Russland und das Schwarze Meer vollständig umzingeln würden. Dies würde es Russland nach der Theorie von Brzeziński, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, unmöglich machen, seine Macht im Mittelmeerraum und im Nahen Osten zu entfalten.

Wie Sie wissen, legte Präsident Putin am 17. Dezember 2021 den Entwurf eines amerikanisch-russischen Sicherheitsabkommens auf den Tisch, um den Krieg abzuwenden, und das Abkommen forderte mehrere Dinge, aber das Wichtigste war ein Ende der NATO-Erweiterung. Ich habe persönlich im Weißen Haus angerufen, nachdem dieses Abkommen auf den Tisch gelegt wurde und habe Präsident Biden dringend gebeten, zu verhandeln. Die Position der USA, und das ist die offizielle Position der NATO, ist allerdings, dass die NATO-Erweiterung Russland nichts angeht. Dies ist die so genannte Politik der offenen Tür: Nur die NATO und die Gegenseite, in diesem Fall die Ukraine, haben demnach ein Mitspracherecht bei der NATO-Erweiterung. Die Interessen Russlands hingegen haben keinerlei Bedeutung. Das ist schiere, rücksichtslose Arroganz. Das ist Amerika. So werden wir in Kriege verwickelt, weil wir uns geweigert haben, über die Erweiterung der NATO zu verhandeln. Denken Sie bitte an den Kontext, in dem Russland dies gesehen hat. Erstens hatten die Vereinigten Staaten im Jahr 2002 einseitig den Vertrag zur Abwehr ballistischer Raketen aufgekündigt und dann, angefangen mit Polen und Rumänien, Raketen in Mittel- und Osteuropa stationiert, worauf Russland lautstarken Einspruch erhob. Die Vereinigten Staaten sagten, das ginge sie nichts an. Natürlich haben die USA wiederholt Kriege geführt, in Serbien 1999, Afghanistan 2001, Irak 2003, Syrien 2011, Libyen 2011 und in der Ukraine im Jahre 2014, mit dem gewaltsamen Sturz von Janukowitsch.

Die USA haben sich geweigert, in all diesen Angelegenheiten zu verhandeln. Die USA haben einseitig eine massive Armee in der Ukraine aufgebaut. Das ist es, mit dem sich Russland Anfang 2022 konfrontiert sah. Ich rechtfertige diesen Krieg nicht, ich erkläre ihn nur. Wir sind mit offenen Augen in einen Krieg hineingelaufen. Natürlich dachten die Vereinigten Staaten, dass die Sanktionen, wie das Abschneiden Russlands vom SWIFT-System, die russische Wirtschaft zu Fall bringen würden, aber diese Gedanken waren dumm. Es war der Glaube hochrangiger US-Beamter, die dachten, dass Putin in Russland nicht mobilisieren würde und dass er politisch zu schwach wäre. Das war wiederum außerordentlich naiv, denn aus russischer Sicht ist diese Frage der NATO-Erweiterung eine existenzielle Frage und keine Nebensache. Die Vereinigten Staaten haben also diesen Krieg provoziert und Putin hat eine Militäroperation gestartet. Innerhalb von zwei Wochen rief Zelensky zu Verhandlungen auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine auf.

Wie Sie wissen, stand Ende März tatsächlich ein Dokument kurz vor der Unterzeichnung, welches den Krieg beendet hätte. Die Vereinigten Staaten intervenierten und verhinderten dieses Abkommen. Haben Sie darüber in den Mainstream-Medien gelesen? Nein, aber so ist es geschehen. Ich habe mit den Unterhändlern gesprochen und bin nach Ankara geflogen, um mich über all das zu informieren. Ich habe mit vielen Leuten darüber gesprochen, und die Vereinigten Staaten haben dies blockiert, weil die Vereinigten Staaten zu Zelensky gesagt haben, sie können Russland besiegen. Sie müssen die Neutralität nicht akzeptieren. Denn dieses Projekt der NATO-Erweiterung war das Projekt von Biden, Nuland, Lincoln und Sullivan. Und: Die deutsche Regierung hat die ganze Zeit gejubelt, insbesondere der deutsche Außenminister, ebenso wie ein Großteil der Politiker Europas.

Es ist sehr traurig. Es war von Anfang an klar, dass die Sanktionen die russische Wirtschaft

nicht zerstören und Russland nicht daran hindern würden, diesen Krieg fortzusetzen. Es war auch von Anfang an klar, dass die so genannten Wunderwaffen der NATO nicht ausreichen würden, wenn Russland sich für einen Zermürbungskrieg entscheiden würde, weil es sich für Russland nicht um eine kleine Angelegenheit handelte, bei der Putin einfach nachgeben würde. Dies war eine existenzielle Frage. Unsere Generäle tun immer wieder genau das, was sie in der Ukraine getan haben. Mein ganzes Leben lang haben die US-Generäle gesagt, der Sieg stehe unmittelbar bevor. Sie sagten es in Vietnam. Sie sagten es im Irak. Sie sagten es in Libyen. Sie sagten es in Syrien. Sie sagten es in Afghanistan. Und sie sagten es in der Ukraine. Machen sie sich keine Sorgen. Wir haben alles unter Kontrolle.

Aber dort, wo wir heute stehen, ist eindeutig nichts unter Kontrolle. Die Ukraine hat schwer gelitten. Sie hat Tote und Verwundete auf dem Schlachtfeld, die Zerstörung der Infrastruktur, die Flucht von mehr als 10 Millionen Menschen und die Annexion eines riesigen Gebiets mit vielen Millionen Menschen mehr zu beklagen. Die Vereinigten Staaten sagen immer wieder: Kämpft weiter, kämpft weiter, kämpft weiter. Unsere Senatoren haben die Dreistigkeit zu sagen, dass der Krieg unser Geld wert ist, weil keine Amerikaner sterben. Wir schwächen Russland und wir zeigen China, dass wir stark sind. Das ist tatsächlich das, was Erwachsene in den Vereinigten Staaten sagen. Es ist abscheulich. Wie kann ein Senator so etwas sagen? Das ist so zutiefst unmoralisch und so zutiefst dumm. Übrigens, Russland wird dadurch nicht geschwächt. Das russische Militär wird dadurch gestärkt. Wir zeigen China nicht, wie hart wir sind. Im Gegenteil, denn wir bauen unsere Arsenale ab und zeigen, dass Russland es mit der militärischen Stärke der NATO aufnehmen und sie in Schach halten kann. Was hat zudem ein Kampf in der Ukraine mit Hunderttausenden von Ukrainern damit zu tun, China zu zeigen, dass wir stark sind? Allein die Vorstellung ist entsetzlich. Aber eigentlich zitiere ich die

hochrangigen Mitglieder des *U.S. Foreign Relations Committee* des US-Senats. Das ist die Linie. Die Politiker in Washington sagen, dass es um China geht und in der Zwischenzeit ist die Ukraine in einer verzweifelten Lage. Nun, lassen Sie mich sagen, dass die Situation noch ungünstiger ist. Denn immer mehr Menschen dämmert der Schrecken der Situation. Bei der gestrigen Wahl in der Slowakei wurde gerade eine Regierung an die Macht gebracht, die den Wahlkampf auf der Grundlage der Beendigung jeglicher Unterstützung für die Ukraine geführt hat. Ferner hat Polen angekündigt, jegliche Unterstützung für die Ukraine einzustellen. Ungarn hat sich natürlich die ganze Zeit gegen dieses Abenteuer gewehrt und behauptet, es handele sich um eine neokonservative Illusion und nicht um eine proukrainische Initiative. Die Ukraine verliert also Stück für Stück ihre Unterstützung in Europa. Es gibt nicht einen hochrangigen Politiker in einem westeuropäischen Land, dessen Zustimmungsrate höher ist als seine Ablehnungsrate. Alle westeuropäischen Politiker sind unpopulär. Dieser Krieg ist zutiefst unpopulär. Die wirtschaftlichen Bumerang-Effekte sind zutiefst unpopulär. Was dies der deutschen Wirtschaft angetan hat, ist zutiefst unpopulär. Dass die USA Nord Stream gesprengt haben, hat auch nicht geholfen. Europa hat sich also zurückgezogen. Dann, meine Damen und Herren, haben Sie wahrscheinlich gesehen, dass der Kongress der Vereinigten Staaten Bidens Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung für die Ukraine gestern in letzter Minute abgelehnt hat, um die US-Regierung am Leben zu erhalten, mit der so genannten *Continuing Resolution* am Leben zu erhalten. Das ist eine Art Überbrückungsgesetz, das verabschiedet wird, um die Regierung noch ein paar Monate am Laufen zu halten, während die Haushaltsdebatte weitergeht.

Präsident Biden scheiterte daran, sechs Milliarden Dollar an kurzfristiger Hilfe für die Ukraine in diese Resolution einzubringen. Tatsächlich war die Resolution nur erfolgreich, als das Geld für die Ukraine vom Tisch genommen

wurde. Das liegt daran, dass die Republikanische Partei in den Vereinigten Staaten, sowohl an der Basis der Parteimitglieder in den Vereinigten Staaten als auch zunehmend in den Führungsgremien der Partei in Washington, gegen mehr Ausgaben für die Ukraine ist. Dafür haben sie unterschiedliche Gründe: Einige sind finanzpolitischer Natur. Einige wollen das Geld ausgeben, um China zu bekämpfen, nicht um Russland zu bekämpfen. Einige glauben einfach nicht an den Krieg. Die Motive sind vielfältig, aber die Republikaner wollen ihn nicht finanzieren. Sie wollen diesen Krieg nicht mehr finanzieren, und die Republikaner kontrollieren das Unterhaus unseres Kongresses.

Das ist also eine andere Realität. Wenn Sie diese Punkte aufaddieren, dann hat die Ukraine bei ihrer Gegenoffensive verloren, sie verliert die Unterstützung in Europa, sie verliert die Unterstützung in den Vereinigten Staaten und sie sieht sich mit der Aussicht auf eine massive Offensive Russlands konfrontiert. Das ist es also. Noch ist es nur eine Hypothese, aber eine mögliche. Was ist zu tun? Nun, wenn Sie Großbritannien sind, ist die Sache klar. Großbritannien sagt, wir sollten eskalieren. Großbritannien schickt jetzt britisches Militär in die Ukraine, um vor Ort zu trainieren. Die Briten sind meiner Meinung nach ein wenig verrückt. Trotzdem, mit ihrer Nostalgie für ihr Imperium, das immer noch den ersten Krimkrieg führt, denken sie so. Ich versuche, die britische Sichtweise zu verdrängen, denn sie ist Unsinn und eine Gefahr, denn was wir tun müssen, ist, nicht weiter zu eskalieren, was mit der vollständigen Zerstörung der Ukraine enden könnte. Bei einer Eskalation bis hin zum Atomkrieg müssen wir verstehen, dass all dies die ganze Zeit über zu Clausewitz' berühmter Formulierung passt, dass Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Wir müssen uns der Politik in dieser Frage stellen.

Dies ist ein Krieg um die NATO-Erweiterung und ein interner Krieg zwischen der Westukraine und der Ostukraine. Der Weg, der die Ukraine sicher gemacht hätte, wäre Neutralität

und Vielfalt gewesen, eine föderale Struktur für die Ukraine, die Anerkennung der russischen Sprache und der russischen Kultur und kein Kulturkonflikt. Wir aber haben das Schlimmste aus beiden Welten bekommen: Die NATO-Erweiterung und ein russophobes, westliches ukrainisches Regime, das Hass versprüht, der vielleicht nachvollziehbar, aber gegen Russland gerichtet ist und die Friedensperspektiven völlig zunichtemacht. Wir müssen also zur Politik zurückkehren. Meiner Meinung nach ist die Politik in etwa die Folgende:

Ich denke, dass es mindestens vier Komponenten für ein Friedensabkommen gibt. Die erste und grundlegende Komponente ist der Stopp der NATO-Osterweiterung. Stoppen Sie sie. Das ist so gefährlich und provokativ, und da die Ukraine der NATO nicht beitreten wird, bedeutet das Versprechen, dass sie es tun wird, wenn der Krieg vorbei ist, einen ewigen Krieg oder eine totale Niederlage der Ukraine. Stoppen Sie also die NATO-Erweiterung, stoppen Sie die Absurdität dieser so genannten Politik der offenen Tür. Verstehen Sie, dass die NATO-Erweiterung Russland betrifft und dass Russland hier ein Mitspracherecht haben muss und sollte

Der erste Punkt besteht darin, die NATO-Erweiterung als Teil eines Friedensabkommens zu stoppen. Der zweite Punkt ist jetzt sehr schwierig. Was machen wir mit den Territorien? Wissen Sie, 2014 hat Russland keine Gebiete beansprucht. Dann wurde Janukowitsch gestürzt. Russland berief sich nur auf das *Minsk-II*-Abkommen. Dann aber wurde das *Minsk-II*-Abkommen abgelehnt, also beanspruchte Russland das Gebiet des Donbass. Wir verweigern uns weiterhin dem gesunden Menschenverstand, und die Situation wird immer schlimmer. An diesem Punkt muss eine Grenzänderung ausgehandelt werden und wir müssen verstehen, dass sich Grenzen manchmal ändern.

Die Vereinigten Staaten haben eine Grenzänderung Serbiens erzwungen, um den Kosovo aus Serbien herauszulösen. Das war eine

NATO-Operation, bei der Belgrad 49 Tage lang am Stück bombardiert wurde, um die Grenze zu ändern. Die Vereinigten Staaten taten dasselbe mit dem Sudan, indem sie sich auf die Seite der Aufständischen im Südsudan stellten, um die Grenze zu ändern. Wir werden also über Grenzen verhandeln müssen. Um Frieden zu erreichen, wird die Krim sicherlich in russischer Hand bleiben. Die stark ethnisch geprägte, russischstämmige Bevölkerung der Ukraine wird am Ende in russischer Hand sein, wenn wir Frieden wollen. Das ist also ein zweiter Punkt, der meiner Meinung nach offensichtlich ist. Ein dritter Punkt ist: Die Vereinigten Staaten und Russland müssen zu den Verhandlungen über Atomwaffen zurückkehren. Die USA hätten den *ABM-Vertrag* niemals aufgeben dürfen. Die USA hätten niemals den *Intermediate Nuclear Force Treaty* aufgeben dürfen, was sie 2019 getan haben. Jetzt ist der *New START-Vertrag* in der Schwebe. Wir brauchen die Wiederaufnahme der Atomverhandlungen. Und die Vereinigten Staaten müssen akzeptieren, dass Russland in Bezug auf die Gefahr der Stationierung von *Aegis*-Raketen Recht hat. Das ist also ein drittes Standbein, das wir brauchen.

Ein vierter Punkt ist die Rückkehr zum Konzept der kollektiven Sicherheit. Die OSZE basiert nämlich genau auf dem Punkt, dass kein Land ein Militärbündnis in einer Weise wählen kann, das ein anderes Land gefährdet, anders als die NATO-Doktrin der offenen Tür, die besagt, dass die NATO nicht mit Russland reden muss. Die gesamte OSZE basiert auf der kollektiven Sicherheit, dass kein Land Maßnahmen ergreifen kann, die ein Nachbarland gefährden. Das ist der richtige Weg. Die OSZE ist wirklich der beste Weg für die Sicherheit in Europa. Ich sollte übrigens erwähnen, dass ich zwar die ganze Zeit gegen die NATO-Erweiterung war, aber ich möchte mich ganz klar ausdrücken, dass sich die NATO nicht von dort zurückziehen wird, wo sie ist, aber sie wird aufhören zu expandieren. Die NATO sollte in diesen Verhandlungen nicht die baltischen Staaten oder Rumänien oder Bulgarien oder

andere ausschließen. Nein, das kann sie nicht tun. Sie kann aber akzeptieren, dass sie die Osterweiterung stoppen wird. Lassen Sie mich abschließend sagen, dass ich, auch wenn es heute unmöglich erscheint, fest davon überzeugt bin, dass normale Beziehungen zu Russland zwischen Deutschland und Russland und in der Tat zwischen der Europäischen Union und Russland hergestellt werden sollten, und mit normalen Beziehungen meine ich Handel und Finanzen sowie Tourismus und Kultur.

Die Vorstellung, dass wir uns darauf versteifen, nie wieder mit Russland zu sprechen oder Rachmaninoff zu hören oder ein Tschaikowsky-Ballett zu spielen oder eine russische Sopranistin in unseren Opernhäusern singen zu lassen, ist in meinen Augen verwerflich. Was tun wir da eigentlich? Wir haben einen schrecklichen politischen Fehler begangen. Wir haben uns immer tiefer in den Konflikt mit Russland hineingesteigert, anstatt respektvoll und verlässlich zu handeln.

Wir haben die roten Linien Russlands wissentlich und wiederholt überschritten. Wir haben eine Regierung in der Ukraine gestürzt. In den Mainstream-Medien geben wir nichts von alledem zu. Ich werde jeden Tag angegriffen, weil ich einfach die historischen Wahrheiten wiederhole. So soll es sein. Es ist mir egal. Dies sind die Wahrheiten und das ist der Weg zum Frieden. Wir müssen dies als Politik begreifen und zur Politik zurückkehren, denn ansonsten wird dieses Problem nicht gelöst werden. Die Ukraine wird nicht auf dem Schlachtfeld gerettet werden. Ich danke Ihnen vielmals.

Transkription und Übersetzung: Lukas Seidensticker

Editorial

»Dass ein gutes Deutschland blühe ...«

Wir haben uns für diese Zeile aus Bertolt Brechts Kinderhymne, an die wir auf der Heft-rückseite auszugsweise erinnern, als Motto des Schwerpunktes entschieden. Anlässlich des 75. Jahrestages der BRD-Gründung, wollen wir daran erinnern, was nach 1945 aus dem militärisch besiegten faschistischen Deutschland hätte werden können, wenn es nach den Nazigegnern gegangen wäre. Wie weit wir heute davon entfernt sind, wird vor allem in den aktuellen Kommentaren deutlich. Die Schwerpunktbeiträge sollen wichtige Denkanstöße liefern, die aus marxistischer Sicht in die zu erwartenden »Feiertagsreden« zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 eingebracht werden müssen. Ein geplanter Beitrag zu Remilitarisierung und Friedenspolitik muss später nachgeliefert werden. Darin sollten u. a. die Stalin-Noten für ein entmilitarisiertes, aber vereintes Deutschland sowie die Initiative des polnischen Außenministers Adam Rapacki für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa behandelt werden.

Das Fundament für den Schwerpunkt legen die Thesen von **Raimund Ernst**, der fragt, was eigentlich dieses Deutschland sei. Er schlägt einen Bogen vom 19. Jahrhundert, dem Beginn der Nationen-Werdung verbunden mit der kapitalistischen Entwicklung, skizziert in der gebotenen Kürze Entwicklungswege und leuchtet aus, welche Alternativen angedacht, aber nicht umgesetzt wurden und warum. Es ist zu wünschen, dass seine Thesen dazu anregen, sich mit den darin angerissenen Fragen vertiefend zu beschäftigen.

Ulrich Schneider bleibt enger in dem Zeitfenster der Nachkriegszeit 1945–1949, indem er untersucht, was die alternativen Vorstellungen der Nazigegner in den Haftstätten und im politischen Exil gewesen sind. Er hinterfragt, inwieweit die Vorstellungen der deutschen Antifaschisten mit den politischen Zielen der Alliierten deckungsgleich waren und welche Möglichkeiten, aber auch welche Grenzen sich aus dieser Situation ergaben. Dabei untersucht er nicht allein die politisch-ökonomischen Ziele, sondern auch die sozialen und kulturellen Vorstellungen.

Um die Frage, welche gesellschaftspolitischen Vorstellungen für den antifaschistisch-demokratischen Neuanfang die Nazigegner 1945 konkret hatten, anschaulich zu beantworten, sind in der Rubrik **Dokumentation** zwei Originaltexte aus dem Jahr 1945 abgedruckt, nämlich die Entschließung des Buchenwalder Volksfrontkomitees vom 19. April 1945 und der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Auffällig in der Entschließung des Buchenwalder Volksfrontkomitees, in dem Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrumsvertreter zusammenarbeiteten, ist deren Prägnanz in der Auflistung der Handlungsvorschläge, die das neue Deutschland deutlich verändert hätten.

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 ist in dieser Hinsicht umfangreicher. Auch er listet im zweiten Teil in der gebotenen Kürze die zehn unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben für die demokratische Erneuerung Deutschlands, »für die Wiedergeburt unseres Landes« auf. Die Kommunisten gaben Antworten, wer die Verantwortung für diese »Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes« hat. Aber die KPD zeigte nicht nur auf

die Kriegstreiber und Kriegsprofiteure, sondern beleuchtete selbstkritisch die Schwäche der Arbeiterbewegung in den vergangenen zwölf Jahren. Eine solche Selbstkritik suchte man bei anderen Parteien 1945 vergeblich.

In einem übergreifenden Beitrag beleuchtet **Beate Landefeld** die Entwicklungswege der deutschen Spaltung. Basierend auf dem Material von Reinhard Opitz und anderen Quellen zeichnet sich nach, wie sich das deutsche Kapital bereits vor der militärischen Niederlage mit einer geopolitischen Neuaufstellung beschäftigte, wie es gelang, die Westalliierten als Gewährsträger der Restaurationspolitik und der Spaltung Deutschlands in ihre Interessen einzubinden und sowohl Kalten Krieg, als auch beginnende Entspannungspolitik zur Durchsetzung deutscher Hegemonialpolitik zu nutzen. Die Einverleibung der DDR war damit nicht nur das Ende einer alternativen gesellschaftlichen Entwicklung, sondern logischer Entwicklungsschritt im europäischen Großmachtstreben des deutschen Imperialismus. (Wie diese Strategie »zeitgemäß« weitergedacht wird, zeigt **Arnold Schölzel** in seinem Kommentar zur ersten »nationalen Sicherheitsstrategie« der BRD und der »China-Strategie«.)

Ralf Hohmann beschäftigt sich mit einem durchaus wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Restauration, nämlich die fehlende juristische Aufarbeitung der Verbrechen der NS-Justiz und ihrer Akteure. Im Westteil des Landes verhinderten Politik und Justiz, dass tatsächlich die faschistischen Verbrechen juristisch gesühnt worden wären. »Dass ein gutes Deutschland blühe ...« war mit diesem Justizapparat, der Anhänger von Brechts »Kinderhymne« als »Staatsfeinde« verfolgte, aber NS-Verbrecher mit Samthandschuhen anfasste, nicht zu machen. In einem Ausblick verweist Homann darauf, dass »die Schärfe des Gesetzes« jedoch nach dem Anschluss der DDR gegen dortige Richter:innen angewandt wurde.

Welche verheerende Auswirkung der Umgang mit dem alternativen deutschen Staat in der Wissenschaftssphäre hatte, beschreibt **Friedrich-Martin Balzer** exemplarisch an der Biographie des Jenaer Historikers Kurt Pätzold. Er zeichnet nach, wie unterschiedlich die Aufarbeitung des Faschismus in der Geschichtswissenschaft beider deutschen Staaten gewesen ist und wie Kurt Pätzold mit dem Pauschalvorwurf des »Unrechtstaates« aus seiner Professur an der Universität Jena verdrängt wurde, wie es fast allen DDR-Wissenschaftlern ging. Beeindruckend, wie Kurt Pätzold trotz dieser Ausgrenzung und Anfeindung den »aufrechten Gang« bewahrt hat.

Zwei unterschiedliche Beiträge bilden den Abschluss des Schwerpunktes. **Joachim Hösler** stellt in seinen »Zahlen der Woche« den alltäglichen sozialen Wahnsinn in den Jahren 2021 bis 2023 zusammen. Jede Zahl – verbunden mit Zusatzinformationen – schreibt danach, dass eine andere Gesellschaft nötig ist, die nicht von Armut, sozialer Ungerechtigkeit, Vernichtung von gesellschaftlichem Reichtum und andere Unzumutbarkeiten geprägt ist.

Da die heutigen jungen Generationen im besonderen Maße die Leidtragenden dieser Entwicklungen sind, haben wir **Andrea Hornung** und **Simon Massone** von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) gebeten, ihre alternativen Zukunftsvorstellungen zu skizzieren. Sie zeigen, dass man auch heute noch aus den Erfahrungen einer vierzigjährigen alternativen gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR Anregungen und Hinweise entnehmen kann, damit ein »gutes Deutschland blühe«.



Raimund Ernst,
Ostseebad Rerik,
Historiker, Selbst-
ständiger Finanz-
berater, Mitheraus-
geber der MBI

Deutschland 2024: Schlimmer geht immer Gedanken zu Deutschland, den Deutschen und ihrer Geschichte

Raimund Ernst

Vorbemerkung: »Wir sind wieder wer«! Diese Ansage hat längst den Stammtisch verlassen und Eingang in die offizielle Politik gefunden. Das unverhohlene Streben nach Hegemonie spiegelt sich in einer eigens definierten Staatsräson, selbst wenn sie sich versteckt hinter einer historisch gebotenen Solidarität mit Israel oder einem offen russlandfeindlichen Beistand für die Ukraine. Es wird gesprochen von der besonderen Verantwortung Deutschlands in der Welt für die Bewahrung der Werte, die eben die Vorherrschaft des Westens über den Rest der Welt absichern sollen. Mit der Entscheidung für den Westen scheint Deutschland »endlich in der Welt angekommen zu sein«, zwar (noch) nicht als erster, aber auch an zweiter Stelle lässt es sich in einer kapitalistischen Welt gut leben, solange der Zugang zu den Märkten ebenso wenig behindert ist, wie die Verfügung über die Rohstoffquellen dieser Welt den eigenen Interessen untergeordnet bleibt. Angesichts des unübersehbaren deutschen Anspruchs, sich als weltpolitischer Akteur zu begreifen und in dieser Rolle sich politisch einzumischen, ist es Zeit zu fragen, wer und was ist eigentlich dieses Deutschland.

1. Deutsche Geschichte, als Geschichte der Deutschen betrachtet, ist wesentlich älter als die Geschichte der deutschen Nation bzw. des deutschen Staates. Auch die Kennzeichnung der deutschen Geschichte als »Geschichte des deutschen Volkes« ändert nichts an dieser Feststellung. Das Werden der Nation und die souveräne Staatlichkeit im eigenen Territorium, die sich im Begriff Deutschland manifestieren, sind Ergebnisse der geschichtlichen Entwicklung, sind Resultate der Auseinandersetzung zwischen den sich im objektiven Widerstreit befindlichen Klassen, sie bilden damit immer das jeweilige Kräfteverhältnis ab. Mit einem Wort: Sie sind Ergebnis und nicht Ursache deutscher Geschichte.
2. Von Deutschland in seiner nationalstaatlichen Gestalt sprechen wir seit 1871. Die Entstehung des einheitlichen Deutschen Reiches wurde betrieben mit Hilfe des Krieges gegen Frankreich vor allem von Preußen unter Bismarck, gleichsam in einer Revolution von oben (E. Engelberg). Sie war nicht Ergebnis einer nationalen und demokratischen Bewegung von unten. Einen solchen Versuch hatten der Adel und die zaghafte Bourgeoisie im Jahre 1848 zunichte gemacht.

Dominiert wurde dieser Staat von den Interessen des alten Adels und der neuen aufstrebenden Bourgeoisie. Allerdings wuchs in der jungen politischen Arbeiterbewegung eine Kraft heran, die ihren Platz in Staat und Gesellschaft erobert hatte und fortan den Anspruch auf die Schaffung einer neuen Gesellschaft verkörperte.

Zügig entwickelte sich Deutschland zu einer führenden imperialistischen Macht, die bald mit anderen Großmächten im Widerstreit der Interessen lag. Durch das eigene Streben nach einer Rolle als Weltmacht wurde der erste Weltkrieg ausgelöst. Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung sahen sich trotz gegenteiliger Bekenntnisse und Beschlüsse nicht in der Lage, den ersten globalen Krieg aufzuhalten. 3.

Durch den Sieg der Oktoberrevolution in Russland erhielten die Kräfte, die für eine Beendigung des Krieges eintraten, deutlichen Auftrieb. Im November 1918 waren es die Matrosen der kaiserlichen Marine, die sich gegen ihre militärische Obrigkeit erhoben und damit für ein Ende des Krieges sorgten. In der Folge wurde der Kaiser zur Abdankung gezwungen, Verhandlungen für einen Waffenstillstand wurden aufgenommen. Im Ergebnis dieser revolutionären Kämpfe, in denen die Arbeiterbewegung die treibende und Richtung weisende Kraft war, wurde Deutschland zur Republik, die allerdings von einem gegenrevolutionären Bündnis aus Mehrheitssozialdemokratie und Oberster Heeresleitung ihre abschließende Gestalt erhielt. 4.

Innerhalb dieser neuen Republik änderten sich die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse nicht grundlegend. Die Macht des großen Industrie- und Bankkapital blieb unangetastet, die neuen Eliten in Staat und Gesellschaft waren die alten, die jeder Erweiterung sozialer und demokratischer Rechte für die Mehrheit des Volkes feindlich gegenüberstanden. Vertreter der Sozialdemokratie, der weiteren politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sowie des liberalen Bürgertums besaßen zu wenig Einfluss, um eine politische Perspektive in Richtung Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt für die junge Republik durchzusetzen. So blieben die Fragen zum weiteren Schicksal Deutschlands, wie sie sich aus dem Versailler Vertrag ergaben, ebenso wenig gelöst wie die wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen als Folge von Reparationsforderungen, Inflation und Weltwirtschaftskrise. 5.

Spätestens Ende 1923, nach der gewaltsamen Absetzung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen sowie dem gescheiterten Hamburger Aufstand, hatte sich das Kräfteverhältnis endgültig zu Gunsten der Bourgeoisie verschoben. Die in der Regierungsverantwortung stehenden politischen Kräfte der Weimarer Republik waren zwar nicht in der Lage, die drängenden Probleme des Landes zu lösen, aber auch 6.

der nach der Novemberrevolution mögliche linksrepublikanische Ausweg konnte für Deutschland nicht erkämpft werden. Die Vertreter der herrschenden Klasse der Republik entschieden sich am Ende für den von der Rechten in Gestalt der NSDAP angebotenen Weg, an dessen Ende nicht Deutschlands neue Größe stand, sondern nach dem von ihm entfesselten Weltkrieg sein Untergang als Staat und Nation.

7. So wenig es der internationalen Arbeiterbewegung 1914 gelang, die Gefahr des drohenden Krieges zu bannen, so wenig gelang es der deutschen Arbeiterbewegung 1933 durch eine kämpferische Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution den Aufstieg des deutschen Faschismus aufzuhalten. In der Folge blieb nur der aktive Widerstand gegen das Regime im Landesinnern oder die Emigration und der antifaschistische Kampf von außen. Begleitet wurden all diese politischen Bemühungen, ob im Zuchthaus oder im KZ, ob im Untergrund in der Heimat oder bei der antifaschistischen Propaganda im Ausland, ob als deutscher Deserteur an der Front oder in der Uniform eines Staates der Anti-Hitler-Koalition im Kampfeinsatz, von der kontinuierlichen Diskussion über die zwei alles andere beherrschenden, brennenden Fragen, wie der Sieg des Faschismus hätte verhindert werden können und wie nach der Befreiung vom Faschismus das neue Deutschland aussehen sollte.
8. Der deutsche Nationalstaat war 1945 kollabiert. Das bisherige Staatsgebiet war, vermindert um Gebietsverluste im Osten, aufgeteilt in vier Besatzungszonen, die von den siegreichen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition verwaltet wurden. Zu diesem Zeitpunkt schien die weitere Perspektive Deutschlands, seines Volkes und des Nationalstaates offen.

Die Vorschläge der antifaschistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung – teilweise gemeinsam mit liberalen Vertretern des Bürgertums – für einen demokratischen Neubeginn Deutschlands gingen weit über die Wiederherstellung der alten Weimarer Ordnung hinaus. Programmatische Richtschnur waren die »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln«, was die Brechung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln einschloss, und die »Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit«, was eine Wiederkehr des deutschen Militarismus unmöglich machen sollte. Diese Vorschläge scheiterten jedoch, da es keine echte Wahlfreiheit für den künftigen Weg gab.
9. Die alten deutschen Eliten stellten mit nachdrücklicher Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte frühzeitig die Weichen in Richtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Restauration, die nur im Rahmen eines künftigen westdeutschen Separatstaates zu verwirklichen war. Der Versuch von Kommunisten und konsequenten Antifaschisten, auf der Grundlage des Schwurs von Buchenwald und der Potsdamer Beschlüsse

den Weg einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zu gehen und damit Konturen eines künftigen neuen Deutschlands zu entwickeln, konnte sich nur auf das Wohlwollen der sowjetischen Besatzungsmacht, Teilen der politischen Arbeiterschaft und des antifaschistischen Widerstands stützen. Die Kräfte waren schon damals und blieben künftig ungleich verteilt.

Es entbehrte daher nicht einer gewissen Folgerichtigkeit, dass 1949 im Mai die westdeutsche Bundesrepublik (BRD) und im Oktober die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet wurden. Das Adenauersche Diktum »Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb« wurde historische Wirklichkeit. Der Kampf um ein einiges Deutschland wurde vom Osten her und auch über die sowjetische Besatzungsmacht über vielfältige politische und diplomatische Initiativen letztlich ohne greifbaren Erfolg betrieben. Der Westen beschränkte sein Bemühen um die Einheit auf Sonntagsreden und vergleichbare Deklamationen. Der Neuanfang eines wiedervereinigten »Neuen Deutschland« war im Westen nicht gewollt und vom Osten nicht durchsetzbar. So verkörperte die BRD das »Alte Deutschland« in der selbst erklärten Nachfolge des alten Reiches und mit ihrem überheblichen Alleinvertretungsanspruch. Die DDR musste, nachdem das Konzept der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung eines deutschen Gesamtstaates nicht durchsetzbar war, eine eigene staatliche und nationale Perspektive als eine grundsätzliche, sozialistische Alternative zur BRD entwickeln. 10.

In der Folgezeit existierte Deutschland – unter Berufung auf eine gemeinsame Sprache, Kultur und Nationalität – in zweifacher staatlicher Gestalt. Dies war alles andere als etwas historisch Neuartiges. Lebten doch die Deutschen bis 1871 in unterschiedlichen staatlichen und übernationalen Zusammenhängen. Bismarck schuf dann den einheitlichen Nationalstaat »von oben« und mit »Blut und Eisen«. Er zögerte nicht, die Angehörigen des künftigen deutschen Staatsvolkes aufeinander schießen zu lassen, und so blieb Österreich, das sich mit Recht und guten Gründen als Deutschland zugehörig verstand, aus dem neuen Reich ausgeschlossen. Stimmen, die dies als widernatürlich bezeichneten, gab es damals, wie sie auch nach 1945 in der Klage über die »Spaltung bzw. Teilung« laut wurden. Sie belegen aber nur ein rückschrittliches Verständnis von Nation und Staat, das der konstitutiven Bedeutung des »Blutes und der Herkunft von Geburt« verpflichtet ist und zugleich die Rolle der Gewalt bei der Entstehung des eigenen Nationalstaats sträflich ignoriert. 11.

Vom Standpunkt des historischen Materialismus aus sind die 1949 entstandenen zwei deutschen Staaten das Ergebnis der entgegengesetzten Klassenlinien innerhalb der deutschen Geschichte, der »Krupps« und der »Krauses«. Demnach stand die historische Frage, welche Klassenlinie sich 12.

nach Ende des Krieges durchsetzen würde, zugespitzt in der Alternative »Altes oder Neues Deutschland«, d. h. kapitalistisches oder sozialistisches Deutschland. Gegen die Fortsetzung des Alten und gegen die Herrschaft von Kapital und Bourgeoisie wurde durch einen revolutionären Bruch in der DDR der Weg für ein Neues geebnet, für eine sozialistische Gesellschaft. Allerdings unter ungleich schwierigeren Bedingungen als in einem gesamtdeutschen Staat.

13. Das politische Ringen um die Zukunft Nachkriegsdeutschlands wurde bestimmt durch die zwei Klassenlinien in der deutschen Geschichte trotz der historischen Chance, diese durch Eliminierung des Faschismus mit all seinen Wurzeln zu entschärfen. Diese Klassenlinien prägten auch weiterhin das Verhältnis der beiden Staaten zueinander. Der Gedanke bzw. die Idee der Einheit der Nation, im Westen wortreich beschworen, blieb der realen Klassenauseinandersetzung, wie sie sich in der Ost-West-Konfrontation spiegelte, nachgeordnet, wurde vom realen Klassenkampf dominiert, prallte von der »Mauer« ab. Auch hier galt, frei nach Lenin: »Wer – wen«.
14. Wer die DDR betrachtet als Ergebnis einer revolutionären Umwälzung durch die Deutschen, die nach Krieg und Faschismus für einen demokratischen Neubeginn mit sozialistischer Perspektive eingetreten waren, wird nicht umhinkommen, ihre Krise und Auflösung als einen Sieg der Kräfte zu bewerten, die in einem gegenrevolutionären Prozess das alte Deutschland wieder auferstehen ließen. Das für historisch kurze Zeit bestehende »Neue Deutschland« mit seinen Hoffnungen und Verheißungen, die in eindrucksvollen sozialen Errungenschaften ebenso Ausdruck fanden wie in einer konstruktiven Friedenspolitik, wurde dem »Alten Deutschland« angeschlossen und ist in ihm absichtsvoll aufgegangen worden.
15. Nicht zu übersehen ist dabei, wie der Rückgriff auf ein diffuses Nationalgefühl offensichtlich ohne nennenswerten Widerstand große Teile Bevölkerung der DDR in Bewegung gesetzt hat. Mit der Losung »Wir sind das Volk«, die von interessierter Seite sogleich in die Losung »Wir sind ein Volk« scheinbar nur geringfügig verändert wurde, war der Standpunkt der arbeitenden Klasse aufgegeben worden und damit der historische Bezugspunkt für ein »Neues Deutschland« verloren gegangen. Jetzt muss nur noch die Erinnerung daran ausgelöscht werden, welche historischen Möglichkeiten und Chancen für die Deutschen und ihre Nachbarn in Mitteleuropa infolge der Existenz zweier deutscher Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestanden.
16. Die herrschende Klasse sieht sich in Deutschland zurückgesetzt auf die Lage von 1871. Das Streben nach Weltgeltung ist geblieben und setzt

sich fort unter dem »Schutz«, aber auch in Konkurrenz der inzwischen stärksten imperialistischen Macht, des US-Imperialismus. Trotz verkleinertem Territorium infolge von Gebietsverlusten durch zwei von Deutschland ausgehenden Weltkriegen beansprucht es aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke die Führungsrolle in Europa. Ein Blick auf die Landkarte Europas klärt darüber auf, wie sehr die größte militärische Ausdehnung Deutschlands im zweiten Weltkrieg sich gegenwärtig deckt mit der von ihr dominierten »Europäischen Union«, deren Konzipierung bekanntlich im April 1943 begann. Noch scheint die Dominanz Deutschlands allein auf der Stärke seines »Geldes« zu beruhen. Im völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 wurden jedoch erstmals wieder »deutsche Interessen« mit militärischen Mitteln durchgesetzt. Es folgte der militärische Einsatz in Afghanistan, um »deutsche Interessen« am Hindukusch zu verteidigen. Der Krieg in der Ukraine wird wegen angeblich gleicher Interessenlage von den herrschenden Kräften bislang vorbehaltlos unterstützt mit dem Ziel, Russland niederzuringen und auf Dauer entscheidend zu schwächen. Diese Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands erreicht hiermit eine neue Qualität der Gefährdung des Friedens weltweit.

Welche Gründe auch immer für das Scheitern dieses Versuches eines »Neuen Deutschland« angeführt werden können, nie darf vergessen werden, mit welchem Wagemut an diese Jahrhundertaufgabe herangegangen wurde und mit welchem mächtigem Gegner man es zu tun hatte. So bleibt, wenig überraschend, der Kampf um ein »Neues Deutschland« (oder wie es als Zwischenschritt einmal hieß »Für eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt«) weiterhin aktuell. Der historische Versuch von 1949 in Gestalt der DDR bietet nach wie vor noch heute politische Orientierung.

17.

Das, was mit dem Phänomen »Nation« erfasst und beschrieben wird, ist äußerst vielschichtig und unterliegt selbst einer eigenen Geschichte. Die etymologische Wurzel des aus dem Lateinischen entlehnten Begriffs verweist auf die Ursprünge, als da zu nennen wären Geburt und Familie, Verwandtschaft und Sippenverbund, Stamm und Stammesverband. Der Begriff ist daher in der Regel ethnisch konnotiert. In seiner staatlichen Ausgestaltung ist die Nation untrennbar verbunden mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise einschließlich der Herrschaft ihres Trägers, des Bürgertums, und ist insofern selbst ein Ergebnis des weltrevolutionären Prozesses. Sie ist der Form und dem Inhalt nach ein politischer Akteur, der das jeweils herrschende, kapitalistische (Gesamt-) Interesse vertritt, verteidigt und nach Bedarf erweitert. Auf keinen Fall hebt sie den Klassenwiderspruch auf. Dies geschieht nur dadurch, dass die Entscheidung der Zugehörigkeit zu einer Nation nicht mehr nur durch »Blut« und »Geburt« bestimmt wird, sondern

Nach-
bemerkung

durch eigene Willensentscheidung herbeigeführt werden kann. Dieser Wille wird bestimmt von der Klassenlage und dem Bewusstsein davon, er mündet in den Versuch, eine neue, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Hier verlieren die ursprünglichen Kennzeichnungen der Nation tendenziell ihre Bedeutung und weichen allgemein menschlichen Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens in dem Bestreben, künftig eine Assoziation zu schaffen, die »mit der Sorge für die gemeinsame gesellschaftliche Wohlfahrt ... ihren Zweck erfüllt« (F. Engels). Wir haben einzusehen gelernt, dass historische Gesetzmäßigkeiten zwar erkannt und benannt werden können, aber nicht selbst die Geschichte bestimmen. Dies bleibt den Menschen vorbehalten, selbst wenn sie sich auf Irrwege begeben. Die Nation und ihre Selbstbehauptung sind nicht der Irrweg, zum Irrweg werden sie erst, wenn sie ihren sozial emanzipatorischen Charakter aufgeben.

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927



Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

»Ein besseres Deutschland soll es werden« Vorstellung der Antifaschisten nach der Befreiung

Ulrich Schneider



Ulrich Schneider,
Kassel, Historiker,
Generalsekretär
der FIR, VVN/BdA

Für die Frauen und Männer, die bereit waren, ihre Freiheit, ihre Gesundheit und sogar ihr Leben im antifaschistischen Widerstand zu riskieren, war eine der wichtigen Motivationen, dass ihr Engagement verbunden war mit den Vorstellungen für ein anderes, ein besseres, ein demokratisches oder sogar ein sozialistisches Deutschland. Ihr Eintreten für antifaschistische Zielsetzungen war verbunden mit ihren Vorstellungen eines »guten Deutschlands«, für das es sich zu kämpfen lohne.

Die Bandbreite dieser Vorstellungen war so vielfältig, wie die politische Breite des antifaschistischen Kampfes. Denn es waren nicht nur Einzelne, die in privaten Zirkeln Pläne für ein neues Deutschland entwickelten oder, wie die Frauen und Männern des Kreisauer Kreises, bereits an einer Regierung für die Zeit nach dem Sturz der Hitler-Herrschaft, die sie im Gefolge des militärischen Attentats erwarteten, bastelten. Auch die illegalen Gruppen des Widerstands, die auf einen Volksaufstand setzten, stellten sich vor, wie das zukünftige Deutschland, in dem ihre Stimme von politischem Gewicht sein würde, aussehen müsste. Selbst in den Haftstätten und Konzentrationslagern, in denen die politischen Gegner zwangsweise zusammengepfercht waren, entwickelte sich unter den Inhaftierten eine Vision eines anderen, eines »besseren Deutschlands«. So gab es beispielsweise im KZ Buchenwald sogar eine »pädagogische Kommission« unter den Häftlingen, die früher einmal Lehrer waren, in der Überlegungen für eine Reform des Schulwesens formuliert wurden, mit der die von der faschistischen Indoktrination beeinflusste Jugend wieder für eine demokratische Perspektive gewonnen werden könne.

Den Antifaschisten ging es aber nicht allein um »Teilbereiche« der Gesellschaft, sondern um eine Vision, die in dem Schwur der überlebenden Häftlinge von Buchenwald am 19. April 1945 mit der Formulierung »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und Schaffung einer neuen Welt des Friedens« in umfassender Weise formuliert wurde.

Diese kurze Formulierung war für alle Überlebenden – aus Deutschland, aber auch aus den vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern – eindeutig verstehbar, dennoch musste dieser Satz für die politische Praxis konkretisiert werden.

In Buchenwald entstanden in diesem Zusammenhang verschiedene umfangreiche Erklärungen, die sich zwar in ihrer parteipolitischen Richtung unterschieden, die aber in ihrer Grundtendenz eine einheitliche Ausrichtung hatten. (siehe Dokumentation)

Natürlich war den Antifaschisten, die solche Visionen entwickelten, klar, dass sie in der aktuellen Situation der militärischen Zerschlagung der faschistischen Herrschaft durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition nicht das Heft des politischen Handelns in ihren Händen hielten. Sie waren aber überzeugt, dass ihre Stimme bei den Alliierten Gehör finden würde.

Gemeinsam für den anti- faschistischen Neubeginn

Insbesondere unter den ersten Gruppen der Besatzungsoffiziere, die beim Vormarsch an vielen Orten auf die Zeugnisse für die Verbrechen des deutschen Faschismus in den Lagern und Haftstätten, aber auch gegenüber der Zivilbevölkerung gestoßen sind, fanden die Vorstellungen der Nazigegner für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn offene Ohren und Unterstützung. Auch wenn die Besetzung von Verwaltungsstellen teilweise bereits in den Hauptquartieren der Besatzungsmächte vorbereitet worden war, fanden sich viele aufrechte Antifaschisten in wichtigen Positionen zur Reorganisation des öffentlichen Lebens wieder, sie wurden Bürgermeister, Polizeichefs, Leiter:innen der Wohlfahrtseinrichtungen und der Betreuungsstellen für politisch, rassisch und religiös Verfolgte. In diesen Positionen konnten sie zwar keine gesellschaftsverändernden Initiativen ergreifen, aber dazu beitragen, dass nicht mehr die faschistischen Konzepte der »Volksgemeinschaft« und des Herrenmenschtums das gesellschaftliche Leben prägten.

Sie gehörten nicht nur zu dem politischen Personal des Neuanfangs, sie schufen auch in den verschiedenen Besatzungszonen eine überparteiliche Organisation der Nazigegner, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Um das zu illustrieren, seien an dieser Stelle exemplarisch nur vier Beispiele – eines aus jeder Besatzungszone – genannt. In der amerikanischen Zone war Lore Wolf (Frankfurt), als Kommunistin viele Jahre im Zuchthaus Ziegenhain eingekerkert, nach der Befreiung Verantwortliche für die Betreuungsstellen in Hessen. In der britischen Zone wirkte Hans Schwarz (Hamburg). Als österreichischer Sozialdemokrat wurde er im Deutschen Reich bereits 1933 verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt, später ins KZ Neuengamme. Nach der Befreiung war er Sekretär der VVN in der britischen Zone. In der französischen Zone war es Edith Leffmann, die als Kommunistin nach Belgien und Frankreich emigrieren musste. Nach der Befreiung baute sie die VVN in Rheinland-Pfalz auf, sie machte sich aber besonders als Kinderärztin einen Namen als »Engel vom Hemshof«. In der sowjetischen Zone war es Walter Bartel (Berlin), der viele Jahre im KZ Buchenwald eingekerkert war, wo er im Internationalen Lagerkomitee den illegalen Widerstand organisierte. Nach der Befreiung wurde er Vorsitzender der VVN in Berlin.

Einheit der Arbeiter- bewegung

Zu den Erfahrungen von vor 1933 gehörte die Erkenntnis, dass der Faschismus an die Macht kommen konnte, nicht weil er zu stark war, sondern weil die Arbeiterbewegung aufgrund ihrer politischen Spaltung zu schwach war, ihn aufzuhalten. Und es war daher das gemeinsame

Anliegen aller programmatischen Erklärungen, aus dieser Niederlage der Arbeiterbewegung die politischen Lehren zu ziehen. So traten sowohl das Prager Manifest der SoPaDe von 1934 als auch der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale für die Schaffung einer Arbeitereinheitsfront ein. Trotz dieser gemeinsamen Ausrichtung waren nicht die ideologischen Unterschiede zwischen Rätevorstellung und parlamentarischer Orientierung aufgehoben. Die KPD ließ sich aber von der richtigen Erkenntnis leiten, dass der Aufbau des Sozialismus und damit die »Diktatur des Proletariats« in dieser Phase des politischen Kampfes nicht auf der politischen Tagesordnung standen. In diesem Sinne ging es vorrangig darum, die durch die Verfolgung geschwächten Kräfte der Arbeiterbewegung zu bündeln und zu einer einflussreichen Kraft im antifaschistisch-demokratischen Neubeginn zu machen.

So gab es in allen Gebieten des von den Alliierten militärisch befreiten Deutschlands von Anfang an die Bestrebungen, Einheitsgewerkschaften und einheitliche Arbeiterparteien zu schaffen, auch wenn alle vier Besatzungsmächte in ihrer Vorstellung vom Wiederaufbau der ehemaligen Parteistrukturen der Weimarer Zeit ausgingen. So wurden ab Juni 1945 in der SBZ vier antifaschistisch-demokratische Parteien, die KPD, die SPD, die CDU (als Zusammenfassung der früheren konfessionell orientierten Parteien) und die LDP (als Nachfolgerin der DDP bzw. Staatspartei) zugelassen. Dieser Linie folgten auch die drei anderen Besatzungsmächte, wobei der Wiederaufbau jeweils unter verschiedenen Bedingungen stattfand. So genehmigte die sowjetische Besatzungsmacht von Anfang an überregionale Organisationen, während in der amerikanischen Zone die Gründung erst auf regionaler Ebene zugelassen war.

Vor dem Hintergrund dieser alliierten Festlegungen unterbanden zudem in Hessen die amerikanischen Besatzungsbeamten alle Ansätze, die auf die Schaffung einer Arbeitereinheitspartei hinausliefen. Während es in der Mitgliedschaft und an der Parteibasis von KPD und SPD eine hohe Akzeptanz für das Projekt einer gemeinsamen Arbeiterpartei gab, war die amerikanische Blockadehaltung verbunden auch mit den Interessen von einem Teil der Westzonen-Leitung der SPD, nämlich dem Hannoveraner Büro um Kurt Schumacher, das seinen Einfluss bei den britischen und amerikanischen Besatzungsmächten nutzte, um solche Einheitsbestrebungen mit allen Kräften zu torpedieren.

Worauf die deutschen Antifaschisten zu diesem Zeitpunkt keinen Einfluss hatten, war die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Tatsächlich ging es auch in ihren Augen in den ersten Wochen und Monaten insbesondere darum, dass die Reorganisation des Alltagslebens, die Wiederherstellung von Energieversorgung, der Lebensmittelversorgung, der Umstellung der Fabriken weg von der Kriegsproduktion zu zivilen Produkten und damit die Reorganisation des Arbeitsalltags ermöglicht wurde.

Der politische
Neuanfang
und die
Potsdamer
Konferenz

Ungeachtet dessen wurde in allen Programmen und Manifesten für den Neubeginn deutlich die Entmachtung des großen Kapitals und der Kriegsprofiteure gefordert. Es gehörte zu der Grunderkenntnis der Nazi-gegner, nicht nur der Kommunisten, dass die Herren von Rhein und Ruhr, die großen Banken und Konzerne nicht nur vom Kriege profitiert, sondern ihren aktiven Beitrag zur Errichtung der faschistischen Herrschaft und zur Vorbereitung des Krieges geleistet hatten. Daher folgte die Forderung nach einer Sozialisierung der Großbanken, Versicherungen und der Schlüsselindustrie nicht allein einer sozialistischen Vorstellung, sondern war die Konsequenz deren politischer Einflussnahme zugunsten des NS-Regimes.

Hatten die Alliierten sich in den Konferenzen von Teheran und Jalta auf die gemeinsamen Kriegsziele zur Niederwerfung der faschistischen Gefahr geeinigt, so ging es 1945 darum, sich über die zukünftige Gestaltung Deutschlands zu verständigen. Sie formulierten auf der Potsdamer Konferenz sehr weitgehende Grundsätze für ein zukünftiges Deutschland, mit denen eine Wiederholung der faschistischen Gefahr verhindert werden sollte.

Das Abkommen regelte die Behandlung Deutschlands als Ganzes. Es enthielt politische und wirtschaftliche Zielsetzungen, die mit den vier »D«s beschrieben werden können:

- Demilitarisierung
- Denazifizierung
- Demonopolisierung/Dezentralisierung
- Demokratisierung.

Die Demilitarisierung folgte aus den leidvollen Kriegserfahrungen und war Ausdruck der Losung »Nie wieder Krieg!«. Sie bedeutete nicht allein die Auflösung der Wehrmacht und die juristische Verfolgung der verantwortlichen Militärführer, sondern auch die Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, das durch militaristische Erziehung, durch Militarisierung der Arbeit und den Strukturen von »Befehl und Gehorsam« in den Verwaltungen geprägt war.

Unter Denazifizierung verstand man nicht allein die Auflösung der NSDAP und aller faschistischen Massenorganisationen, sondern auch die Ausschaltung des Einflusses ehemaliger Nazis aus allen gesellschaftlichen Bereichen, in den Verwaltungen, im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft. Zur Ausschaltung des gesellschaftlichen Einflusses ehemaliger Nazis wurden in allen vier Zonen Internierungslager für Belastete und »suspect persons« geschaffen. Dies diente auch der Ausschaltung möglicher ideologischer Einflussnahme, eine Voraussetzung für den Beginn der antifaschistischen Aufklärungsarbeit gegen Militarismus, Nationalismus und Rassismus, also der Entnazifizierung in den Köpfen. Und wie es im »Schwur von Buchenwald« hieß, seien die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, vor das Gericht der Völker zu stellen.

Die »Zerschlagung des Faschismus mit seinen Wurzeln« – wie es im Schwur der überlebenden Häftlinge von Buchenwald hieß – beinhaltete die Erkenntnis, dass es die wirtschaftlich Mächtigen waren, die ein nicht nur ökonomisches Interesse an der Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Herrschaft hatten. Als Konsequenz wurde die Forderung nach Entmonopolisierung formuliert. Dies beinhaltete nicht allein die Entflechtung von Monopolbetrieben, wie z. B. den IG-Farben-Konzern, sondern auch die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie, der Banken und der Enteignung von Großgrundbesitz zugunsten von demokratischer Kontrolle der Wirtschaft.

Gegenüber dem faschistischen Führerprinzip und der Gleichschaltung bzw. der Auflösung aller Parteien und Organisationen durch die Nazis stand die Forderung einer umfassenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Dies meinte nicht allein die Wiederzulassung von politischen Parteien und Organisationen wie den Gewerkschaften, sondern es beinhaltete vielmehr die Forderung nach umfassender Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung in allen gesellschaftlich relevanten Fragen.

Plebiszitäre Formen wie Volksbegehren und Volksentscheid sollten wieder ein tatsächlicher Ausdruck des Willens der Bevölkerung werden. Die Demokratisierung sollte jedoch nicht nur Staat und Gesellschaft, sondern auch Wirtschaft bzw. Betriebe umfassen. Hiermit sollte verhindert werden, dass erneut wirtschaftliche Macht zu undemokratischen Zwecken missbraucht würde.

Zwar waren deutsche Antifaschisten bei der Formulierung und Beratung dieser Grundsätze nicht gehört worden, aber dennoch entsprachen die dort festgelegten Positionen weitgehend deren Vorstellungen. Als Beispiel sei hier nur die Bremer »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« genannt, die bereits am 6. Mai 1945 in einem Sofortprogramm forderte:

- »a) Auflösung der NSDAP und aller ihrer Gliederungen (...)
 - g) sofortige Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten beseitigten Grundrechte (Koalitions- und Streikrecht, Pressefreiheit, gleiches, geheimes und allgemeines Wahlrecht) (...)
 - II. Umstellung der Produktion auf Friedensbedürfnisse unter vornehmlicher Berücksichtigung der Bedürfnisse der breiten Masse (...)
 - IV. a) Völlige Überwindung der nationalsozialistischen Ideologie durch Umgestaltung des Unterrichts- und Erziehungswesens.«
- (»Gemeinsam begann es 1945. Der Aufbau schrieb das erste Kapitel«, Frankfurt/M. 1978, S. 13 ff)

Diese Übereinstimmung zeigte sich auch darin, dass die Grundsätze des Potsdamer Abkommens die inhaltliche Ausrichtung der Beratungen für die von den Deutschen selbst zu formulierenden Länderverfassungen mitprägten.

Volksabstimmungen zur Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern

Den entscheidenden Hebel, die Ausrichtung auf ein »besseres Deutschland« zu erreichen, sahen die Antifaschisten in der grundlegenden Änderung der ökonomischen Machtverhältnisse. Und es waren nicht allein die Kommunisten, sondern viele aufrechte Antifaschisten, die die Forderungen nach ökonomischer Entmachtung des großen Kapitals und der Kriegsverbrecher-Konzerne, wie sie aus dem Potsdamer Abkommen abgeleitet werden konnten, unterstützten.

Zwei Beispiele verdeutlichen das anschaulich. In der SBZ war es der Volksentscheid in Sachsen über das Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes. Es war die erste direktdemokratische Abstimmung in Deutschland nach dem Krieg. Das Gesetz sah die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern, Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten vor, deren Eigentum zuvor durch Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) bereits enteignet und deren Besitz und Nutznießung im Mai 1946 in das Verfügungsrecht der Landes- und Provinzialverwaltungen überführt worden war. Mit dem Volksentscheid sollte dies auch nach deutscher Rechtslage legitimiert werden. Der am 30. Juni 1946 zur Abstimmung gestellte Gesetzentwurf legte im Artikel 1 fest, diese Vermögen als enteignet zu erklären. Tatsächlich bestätigten mit einer Mehrheit von 77,56 % die Abstimmenden das Gesetz.

Eine vergleichbar breite Zustimmung fand diese wirtschaftspolitische Forderung auch in der amerikanischen Zone, als die amerikanische Besatzungsmacht bei der Volksabstimmung über die zukünftige Hessische Landesverfassung eine Separatabstimmung über den § 41 (Überführung der Schlüsselindustrie und Versorgungseinrichtungen in Gemeineigentum) angeordnet hatte. In einer breiten gesellschaftlichen Debatte traten die Arbeiterparteien und Gewerkschaften für die Annahme ein. Selbst die CDU, die noch von den »Frankfurter Leitsätzen« geprägt war, sprach sich für die Sozialisierung der Schlüsselindustrie aus – immerhin verkündete sie noch im Ahlener Programm, dass der Kapitalismus den Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei. In Hessen gab es nur eine Partei, die sich öffentlich gegen diese Artikel stellte, die LDP, aus der später die FDP hervorging, in deren Reihen auch ehemalige Mitglieder der NSDAP Zuflucht fanden.

Das Ergebnis war deutlich: 76,8 % stimmten für die Verfassung und 72 % stimmten für die Aufnahme des Artikels 41 in die Landesverfassung.

Diese Voten in Hessen und Sachsen zeigen, dass solche Überzeugungen damals tatsächlich eine gesellschaftliche Mehrheit fanden.

Kultureller Neuanfang und die Vorstellungen der Antifaschisten

Wenn man über eine Neugestaltung des Landes sprach und von einem »besseren Deutschland«, dann war damit nicht nur eine politische und ökonomische Umgestaltung verbunden, sondern auch ein geistiger Neuanfang. Es ist bis heute beeindruckend, wie viele Künstler:innen, Schriftsteller:innen und bildende Künstler:innen sich in diesen Monaten

mit konkreten Beiträgen zur geistigen Neuorientierung – wie sie es nannten – beteiligten.

Die erste Adresse für diese Aufklärungsarbeit war der Rundfunk, der unter der Kontrolle der jeweiligen Besatzungsmächte zur Aufklärung der deutschen Bevölkerung eingerichtet wurde. Bei Radio Frankfurt im amerikanischen Sektor arbeitete beispielsweise der Germanist und Philosoph Hans Mayer, der später erster Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Hessen wurde, bevor er einem Ruf an die Universität Leipzig folgte. Auch Stefan Heym arbeitete zeitweilig als Sprecher für den amerikanischen Rundfunk.

Obwohl die Publikation von Büchern aus praktischen Gründen (Papiermangel, Druckereikapazitäten, Vorzensur durch die Alliierten, fehlende Geldmittel bei den Leser:innen) kompliziert war, ist es erstaunlich, wie viele Ansätze für eine Versorgung der Menschen mit demokratischer Literatur in allen Besatzungszonen zu finden waren. Und es gab nicht nur Publikationen zur politischen Aufklärung, die sich mit den Verbrechen des deutschen Faschismus und der Wirklichkeit der faschistischen Verfolgung befassten, in der ehemalige Verfolgte ihre Erfahrungen als authentische Zeugen des faschistischen Terrors wiedergaben. Es gab auch »schöngestige« Werke, die von den Nazis aus den öffentlichen Bibliotheken ausgesondert worden waren. So veröffentlichte der Reclam Verlag in Leipzig als Nummer eins seiner Paperback-Ausgaben Heinrich Heine, »Deutschland – ein Wintermärchen«. Der Rowohlt Verlag in Hamburg legte als erste Ausgabe seiner Rotationsromane, dem Vorläufer der späteren Taschenbücher, Kurt Tucholsky, »Schloss Gripsholm« auf. Beide Autoren waren als »verfemte Dichter« auf die schwarze Liste der Nazi-Kulturpolitik gesetzt worden.

Ohne jetzt die Geschichte des beginnenden »Kalten Krieges« auszubreiten, ist es unstrittig, dass die weltpolitische Entwicklung, die zunehmende Konfrontation zwischen den USA und ihren Vasallen und der Sowjetunion und die damit einhergehende Tendenz der Ost-West-Spaltung praktische Konsequenzen für die Realisierung der Vorstellungen der Antifaschisten haben würden.

In der sowjetischen Zone konnten sich die Nazigegner auf die Unterstützung durch die Besatzungsoffiziere stützen, auch wenn diese manchmal weit vopreschende Initiativen zur gesellschaftlichen Umgestaltung bremsen mussten. Andererseits wurde der Prozess durch politische Einflussnahmen, die weniger mit den von allen Antifaschisten akzeptierten Vorstellungen zu tun hatten, konterkariert. Statt im antifaschistisch-demokratischen Prozess möglichst viele Menschen zu überzeugen und auf diese Weise zu integrieren, war – gestützt auf die Besatzungsmacht – oftmals ein Dekretieren richtiger politischer Vorschläge zu erleben. Zu wissen, dass das auch mit der Ungeduld von weniger erfahrenen Kadern zu tun hatte, mag die Situation erklären, macht sie aber nicht besser.

Die Grenzen
des gesell-
schaftlichen
Neuanfangs

In den westlichen Besatzungszonen wurden die Bestrebungen für einen antifaschistischen Neubeginn zunehmend von den – mit den Besatzungsmächten verbundenen – restaurativen Kräften blockiert. In Hessen untersagten die amerikanischen Besatzungsoffiziere ausdrücklich die Umsetzung des § 41 der Landesverfassung. Auch an anderen Stellen wurden die Forderungen der Nazigegner hintertrieben. Selbst im Fall des im Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses verurteilten Krupp-Konzerns wurde die Beschlagnahmung des Vermögens von Alfried Krupp von Bohlen und Halbach in den westlichen Besatzungszonen nicht umgesetzt. Dass der Hohe Kommissar der USA fast alle Verurteilten 1951/52 vorzeitig entließ und sie wieder in ihre Eigentumsrechte setzte, war sichtbares Zeichen dieser Restauration.

Selbst das Entnazifizierungsverfahren in den Westzonen mit Hilfe von Fragebögen und Spruchkammern entsprach nicht den Vorstellungen der Überlebenden. Schon bald setzte sich die Erkenntnis durch: »Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen«, so dass die KPD Ende der 1940er Jahre ihre Mitwirkung einstellte. Gleichzeitig waren Restauration und Renazifizierung zuerst im wirtschaftlichen Bereich, später im öffentlichen Dienst, in Polizei und Justiz erkennbar.

So stießen die Vorstellungen der Überlebenden »Ein besseres Deutschland soll es sein« in den Westzonen an ihre politischen Grenzen.

Gleichzeitig bewirkte dies, dass Antifaschisten die SBZ und später die DDR tatsächlich als das »bessere Deutschland« verstehen konnten, waren doch dort grundlegende gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen vollzogen worden. Das bedeutete nicht, dass kritiklos alle dogmatischen Entwicklungen dort akzeptiert wurden, aber aus der Sicht der Antifaschisten waren hier zumindest die Voraussetzungen geschaffen worden, unter denen die Ideale des antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs verwirklicht werden konnten.

Marxistisches Blättern im Rückspiegel

Weitere, nach wie vor interessante Beiträge zur deutschen Geschichte nach 1945 finden sich auch in unserem Internet-Archiv unter www.marxistische-blaetter.de z. B. in folgenden Schwerpunkt-Heften:

- **Verteidigung einer Ruine**, www.marxistische-blaetter.de/de/topic/396.2019-3.html
- **Kulturstaat DDR**, www.marxistische-blaetter.de/de/topic/399.2019-4.html
- **Befreiung und dann?** www.marxistische-blaetter.de/de/topic/349.2015-3.html
- **Der beste deutsche Staat?** www.marxistische-blaetter.de/de/topic/313.2009-3.html
- **Die Linke und das Nationale**, www.marxistische-blaetter.de/de/topic/305.2008-1.html
- **8. Mai 1945-Befreiung**, www.marxistische-blaetter.de/de/topic/288.2005-2.html
- **50 Jahre zurück nach Berlin**, www.marxistische-blaetter.de/de/topic/252.1999-2.html

Deutsche Spaltung und Europastrategie des deutschen Kapitals

Beate Landefeld



Beate Landefeld,
Essen, Redaktion
Marxistische
Blätter

Kapital muss expandieren, um in der Konkurrenz zu bestehen. Nationale Grenzen wurden dabei von Beginn an überschritten. Englands Rolle als Großmacht beruhte auf seinen Kolonien. Schon 1841, Jahrzehnte vor der Reichsgründung, beschäftigte sich Friedrich List, der erste bedeutende Ökonom des deutschen Bürgertums, mit der »Mitteleuropaidee«. Ausgehend von der geografischen Lage und Größe Deutschlands, bildet sie bis heute den Kern der Europastrategien des deutschen Kapitals. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass Wirtschaftsgroßräume günstigere ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten bieten als kleine Länder.

Um den Abstand zum ökonomisch führenden England zu verringern, empfahl List, Holland mitsamt seinen Kolonien »zum Anschluss an den Zollverein zu zwingen«. ¹ Anzustreben sei eine »Continental-Allianz«, in der später auch England gegen die künftige »amerikanische Übermacht« Schutz suchen könne. Auch riet List zur Steuerung der deutschen Auswanderung: »[W]ir haben Hinterland (blackwoods) so gut wie die Amerikaner – die Länder an der untern Donau und am Schwarzen Meer – die ganze Türkei – der ganze Südosten jenseits Ungarn ist unser Hinterland.« ² Statt nach Nordamerika auszuwandern, sei es sinnvoller, wenn deutsche Auswanderer »in Brüderschaft mit Ungarn« Südosteuropa bis zum Schwarzen Meer kolonisierten.

1904 gründeten Volkswirte, Industrielle und Verbände den »Mittel-europäischen Wirtschaftstag« mit Filialen in Österreich und Ungarn. Neben diese eher »liberale« Tradition bürgerlicher Europastrategien trat im Übergang zum Monopolkapitalismus eine reaktionäre, sozialdarwinistische, nach innen und außen aggressivere Linie, gefördert von Kreisen der Schwerindustrie und des Junkertums. Ihre Ideologen sammelten sich im Alldeutschen Verband (1891–1939). Ziele waren deutsche Weltmachtgeltung, der Anschluss deutscher Teile Österreichs und der Schweiz ans Reich und Kolonialbesitz. Militarismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Rassismus wurden gefördert.

- 1 Friedrich List, Das nationale System der Politischen Ökonomie (1841), in Reinhard Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, 1994. S. 52. [Abkürzung: Europastrategien]
- 2 Friedrich List, Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung (1842), in: Europastrategien, S. 61

1. Traditionen deutscher Europastrategie

Nach Beginn des ersten Weltkriegs griffen Großeigentümer und Konzernvertreter beider Richtungen rege in die Kriegszieldiskussion ein, mit Denkschriften, deren Inhalte zum Teil in Reichskanzler Bethmann-Hollwegs »September-Programm« eingingen.³ Der Schwerindustriering es dabei primär um die Eroberung lothringischer und französischer Eisenerzgebiete. Die »Mitteleuropäer« legten besonderen Wert auf die Südostexpansion. Einer von ihnen, Paul Rohrbach, empfahl, das Russische Reich in seine »natürlichen, geschichtlichen und ethnischen Bestandteile zu zerlegen« (»Orangentheorie«). Im Kriegsverlauf verschmolzen die Ziele beider Gruppen und harmonisierten umso mehr miteinander, »je größer die Siegesaussichten erschienen.«⁴

Kriegsniederlage und Novemberrevolution führten im staatsmonopolistischen Machtkartell zur Dominanz der »liberalen« Variante imperialistischer Politik. Ihre Träger waren die »neuen« Industrien der Elektro- und Chemiebranche. Innenpolitisch setzten sie auf Einbeziehung der SPD in die Regierung. 1931 kam es unter Kanzler Brüning zur Zollunion mit Österreich. Gustav Stolper, prominenter »Mitteleuropäer« aus Österreich, enger Freund von Theodor Heuss und Kurt Riezler, lobte sie enthusiastisch als »Aufrollung des herrschenden europäischen Systems von der ökonomischen Seite her.«⁵ Frankreich, das den Anschluss Österreichs und eine Hegemonierolle Deutschlands in Mitteleuropa fürchtete, brachte die Zollunion zu Fall.

Hitlers Machtübernahme billigten beide Gruppen. Im Machtkartell wurde nach 1933 die Gruppe der Schwerindustriellen und Großagrarier dominant. 1936 gewann, angesichts eines Roh- und Werkstoffmangels in der Rüstungsproduktion, die Gruppe der Chemieindustrie erneut die Oberhand.⁶ Nach Kriegsbeginn bedienten sich beide Kapitalgruppen im Zuge der »Arisierungen« in annektierten und besetzten Ländern. Wie im ersten Weltkrieg schmolzen ihre Kriegszieldifferenzen in Phasen militärischer Erfolge dahin. Zudem beschleunigte der Faschismus ihre Verflechtung untereinander.⁷ Die nunmehr forcierte »Großraumpolitik« schloss, über die traditionelle Südostrichtung hinaus, die »Germanisierung« von Gebieten und Versklavung von Völkern der Sowjetunion bis zum Ural ein.⁸

Als sich 1944 die deutsche Kriegsniederlage abzeichnete, gingen Versuche, mit den Westmächten zu einem Separatfrieden zu kommen, noch

3 Denkschrift Hermann Röchlings betr. französische Erzgebiete, Kriegszieldenkschrift Walther Rathenaus an Bethmann-Hollweg, Kriegsziel-Richtlinien Bethmann-Hollwegs, Denkschrift von August Thyssen, u. a., in Europastrategien, S. 211 ff.

4 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 31 f.

5 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 35

6 Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 47 (1968), S. 173 ff.

7 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 38

8 Vgl. Dokumente ab Juli 1941 zur Neuordnung des Ostens, in Europastrategien, S. 812 ff.

einmal von den »neuen Industrien« aus, im Vorgriff auf die dann die Nachkriegszeit prägenden Europastrategien der gesamten deutschen Monopolbourgeoisie. Sie setzte nach 1945 auf die gemeinsame Frontstellung mit den Eliten der Westmächte gegen die UdSSR. An die Idee des europäischen Wirtschaftsraums ließ sich dabei nahezu nahtlos anknüpfen. Das Beispiel des Aufsichtsratsvorsitzenden der (zur IG Farben gehörenden) Donau-Chemie Richard Riedl zeigt den Formwechsel, dem die Europaidee dabei unterlag. Riedl verfasste 1943 die Denkschrift »Wege zur Entbolschewisierung und Entrussifizierung des Ostraums«. 1944 schrieb er die Denkschrift »Wege nach Europa«. In ihr warb er für ein freiwilliges Wirtschaftsbündnis europäischer Staaten mit gemeinsamer »Europabank« und einem gemeinsamen »Europagulden«.⁹

Die Niederlage Nazideutschlands veränderte die internationalen Kräfteverhältnisse tiefgehend. Die USA etablierten sich als stärkste Macht des Kapitalismus. Im Befreiungskampf der europäischen Völker, dessen Hauptlast die UdSSR trug, waren überall antifaschistische Kräfte und kommunistische Parteien erstarkt. Sie leiteten in vielen Ländern revolutionäre Umwälzungen ein. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen geteilt. Die Anti-Hitler-Koalition hatte sich 1945 in Potsdam auf die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung ökonomischer und politischer Macht im Zuge der Neuordnung Deutschlands geeinigt. Das entsprach der Stimmung der Völker. In der deutschen Bourgeoisie löste es Panik aus.

Der 1933 nach New York emigrierte »Mitteleuropäer« Gustav Stolper klagte, die amerikanische Besatzungsmacht halte 1947 »noch Tausende von Menschen gefangen, deren einziges bewiesenes Verbrechen war, dass sie leitende Stellungen im deutschen Industrie- und Bankwesen bekleidet hatten.«¹⁰ 1947 gehörte er zur Hoover-Kommission, die Präsident Truman beim deutschen Wirtschaftsaufbau beriet. Stolpers früherer DDP-Parteifreund Reinhold Maier, erster Ministerpräsident Baden-Württembergs, beschrieb die Hoffnungen, die die deutsche Bourgeoisie mit Stolper verband: »Wir unterdrückten Freudeäußerungen. Nur wenn die Objektivität dieses Mannes unangetastet blieb, vermochte er sachlich zu unserem Vorteil zu wirken.«¹¹

1947 gingen die USA zur Politik des Kalten Krieges, der Eindämmung und des Rollback des Sozialismus über. In den Besatzungszonen der Westmächte wurden nicht mehr nur unbelastete bürgerliche Emigranten wie Stolper, sondern immer ungenierter frühere Militaristen und Nazis als »Fachleute« unter dem Vorwand der »Linderung der wirtschaftlichen

2. Westintegration und Restauration Hand in Hand

9 Europastrategien, S. 948 ff., S. 990 ff.

10 Gustav Stolper, German Realities (1948), in Europastrategien, S. 1018 f.

11 Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947 (1964), in: Europastrategien, S. 1014. Maier war 1957–1960 FDP-Bundesvorsitzender

Not« wieder eingesetzt. Unternehmerverbände reorganisierten sich unter neuem Namen, um Einfluss zu nehmen. Arbeiterparteien und Antifaschisten bekämpften die Restauration der Kapitalmacht und die Rückkehr ehemaliger Nazis in Wirtschaft und Verwaltung. Sie verwiesen auf gegenläufige Entwicklungen in der SBZ. Dem begegnete die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von den westlichen Besatzungsmächten, mit wachsender antikommunistischer Hetze.

Ab 1948 flossen auf Basis des European Recovery Program (Marshall-Plan) Gelder der USA an 16 westeuropäische Länder, die Türkei und die Westzonen Deutschlands. Die Empfängerländer bildeten die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) in Paris. Sie sollte die ERP-Mittel verteilen, Handelsbeschränkungen abbauen, »die Wirtschaftspolitik der teilnehmenden Länder koordinieren und die wirtschaftliche Integration in Westeuropa fördern«. ¹² Die USA wollten mit dem Marshall-Plan einer Ausbreitung des Kommunismus in Europa vorbeugen. Zudem schuf er Nachfrage für Waren der USA und half, ihre Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft umzustellen. Vor Gründung der BRD etablierte sich mit der OEEC ein gemeinsamer (west)europäischer Wirtschaftsraum.

Im gleichen Jahr sorgte die separate Währungsreform in den Westzonen und Westberlin, die die Besitzer von Sachwerten begünstigte, für Umverteilung von unten nach oben und den Abbau von Preiskontrollen. Gegen Preiserhöhungen kam es Ende 1948 zu Massenaktionen der Gewerkschaften bis zum Generalstreik. Die KPD forderte die Entmachtung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften in der Sozialpolitik, in Planung, Verwaltung, Erzeugung und Verteilung, Auflösung der alten Wirtschaftsverbände. ¹³ Auf die illegale Einbeziehung Westberlins in die Währungsreform reagierte die UdSSR mit der Berlin-Blockade. Das nutzten die bürgerlichen Medien im Westen, um hysterischen Antikommunismus zu entfesseln und den »Frontstadt«-Mythos Westberlins zu begründen.

Die Besatzungsmächte hatten vereinbart, das Ruhrgebiet als »Waffenschmiede des Deutschen Reichs« zu entmilitarisieren. Trotz Demontagen übertraf 1948 die Stahlproduktion der Bizone die von Frankreich. 1949 bildeten Frankreich, Großbritannien, die USA und die Beneluxstaaten die »Internationale Ruhrbehörde« zur Kontrolle der Produktion des Ruhrgebiets an Kohle, Koks und Stahl. Das auch von der SPD damals noch verfolgte Ziel der Sozialisierung der Schwerindustrie unter Mitbestimmung der Gewerkschaften war damit ausgehebelt. Stattdessen kam es zur kapitalistischen »Entflechtung« durch Ausgliederungen, Tausch

¹² Gerd Hardach, Der Marshall-Plan, 1994, S. 101

¹³ Max Reimann, Entscheidungen 1945–1956, 1973, S. 114

und Verkauf von Aktienpaketen. Auf ähnliche Weise wurde die Chemieindustrie »entflochten«.

Das Ruhrstatut wurde 1951 durch die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (Montanunion) abgelöst, einem Kartell der Konzerne der Montanindustrie Frankreichs, der BRD, der Beneluxländer und Italiens. Frankreich erhoffte sich damit Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Schwerindustrie. Die junge BRD wollte sich vom Besatzungsstatus lösen.¹⁴ Die EGKS war die Keimzelle der EWG/EU.

Ökonomische Spaltungsschritte und Westintegration gingen der politischen Spaltung in Form der Gründung der BRD 1949 voraus. Die Spaltung war weder zwangsläufig noch alternativlos. Sie war von der deutschen Großbourgeoisie gewollt, die darin ihre Chance sah, einer Entwicklung zu entgehen, die die bürgerliche Geschichtsschreibung als »Sowjetisierung« bezeichnet: einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung, die, bei entsprechenden Kräfteverhältnissen, im Sozialismus münden kann. Diesem Risiko zog die deutsche Bourgeoisie die Option vor, ihre Macht unter den Fittichen der USA zu restaurieren, Akzeptanz und Wiederaufstieg im Schoß der Eliten des »freien Westens« zu suchen. »Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb,« beschrieb Adenauer die Entscheidung 1953.

Was mit dem Label »Sowjetisierung« als erzwungene Fremdsteuerung dargestellt wird, waren demokratisch-antifaschistische Bestrebungen der Bevölkerung, die es nach 1945 in ganz Deutschland gab. In der SBZ wurden sie von der Besatzungsmacht gefördert, in den Westzonen behindert oder verboten. Die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf führten zur Bildung des Separatstaates BRD und zur deutschen Spaltung. In diese Kräfteverhältnisse ging die Politik der Besatzungsmächte als eine Komponente mit ein.¹⁵

In der SBZ war das Kräfteverhältnis für antifaschistische Umwälzungen vor allem auch deshalb günstiger, da KPD und SPD sich 1946 als Konsequenz aus der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 zu einer einheitlichen Arbeiterpartei, der SED, zusammenschlossen. Im Westen unterband die SPD-Führung unter Kurt Schumacher, unterstützt von den Westmächten, alle Vereinigungsbestrebungen. Die Spaltung der Arbeiterklasse schwächte ihre Rolle im Kampf gegen die Restauration.

Die im Osten verlorenen Gebiete gab die deutsche Bourgeoisie mit Gründung der BRD keinesfalls auf. Die Präambel des Grundgesetzes proklamierte dessen Geltung für »das ganze deutsche Volk« und das Ziel des »vereinten Europa«. Dabei umfasste der Begriff »deutsch« auch die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete jenseits

14 Andreas Wehr, Die Europäische Union, 2012, S. 18 ff.

15 Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Entstehung und Entwicklung der BRD, Restauration und Spaltung 1945–1955, S. 217 ff. und S. 317 ff.

3. Kalter Krieg und Westintegration

der Oder-Neiße-Grenze. »Dreigeteilt – niemals!« war eine bekannte Losung nationalistischer Kräfte und starker Vertriebenenverbände.

Mit der Berlin-Krise verschwanden in den bürgerlichen Parteien die 1945 verbreiteten pazifistischen Bekenntnisse und ertönten Rufe nach Wiederbewaffnung. 1949 entstand die NATO als US-geführtes Militärbündnis gegen den Sozialismus. Die Einbeziehung Westdeutschlands in den Militärpakt stand für die USA von vornherein fest, war für sie sogar ein Beweggrund für die Gründung der BRD. Wegen ihrer Gebietsansprüche im Osten und des Viermächte-Status Berlins eignete sich die BRD ideal als Spannungsherd und Rammbock gegen den Osten. Der Rollback-Politiker John Foster Dulles schrieb über Westdeutschland:

»Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.«¹⁶

Gegen die Remilitarisierung gab es in der Bundesrepublik eine starke Bewegung. Die KPD war ein Teil davon. Sie umfasste auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und antimilitaristische Kreise des Bürgertums. Die Bundesregierung reagierte mit Repression. Sie verbot 1951 die Volksbefragung gegen die Militarisierung. Im gleichen Jahr folgte das Verbot der FDJ und die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die KPD. Trotz aufgepeitschtem Antikommunismus, Verhaftungen und Verfolgung stimmten bis zum Verbot der Volksbefragung fast zehn Millionen gegen die Remilitarisierung. 1955 kam es zum NATO-Beitritt und zur Bundeswehrgründung, 1956 zum KPD-Verbot.

Gustav Heinemann, Bundesminister des Inneren in der ersten Regierung Adenauer, der aus Protest gegen die Wiederbewaffnung zurücktrat, beschrieb 1959 die expansionistische Grundlinie der Adenauer-Ära wie folgt:

»An die Politik der Zurückrollung des Kommunismus Anschluss zu gewinnen und sich für sie durch Aufrüstung und Kalten Krieg, insbesondere von Westberlin aus, zur Verfügung zu stellen, wurde Leitgedanke der Bonner Politik. Die Sowjetunion sollte zur Räumung Deutschlands gezwungen werden, um damit Platz für eine Ausdehnung alles dessen zu schaffen, was sich unter Dr. Adenauer in schmählicher Verleugnung des Ahlener Programms von 1947 an wiederbelebter alter Gesellschaftsordnung in Westdeutschland entwickelte. Den Weg dorthin sollte die engste Anlehnung an den ›stärksten Bundesgenossen aller Zeiten«, die USA, bahnen. Diese enge Anlehnung an Amerika wurde als Voraussetzung für ein Auftreten gegenüber dem Osten aus einer ›Position

16 John Foster Dulles, Krieg oder Frieden, 1950, S. 163

der Stärke«, für eine »Befreiung der besetzten deutschen Gebiete«, ja sogar für eine Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa propagiert.«¹⁷

Bis in die 1960er Jahre schrieb man den Namen des zweiten deutschen Staates, der DDR, in Gänsefüßchen. Nach der »Hallstein-Doktrin« stufte die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als »unfreundlichen Akt« ein. Im Fall Jugoslawiens und Kubas brach sie die Beziehungen ab. Doch im Zuge des Zusammenbruchs des Kolonialsystems entstanden immer mehr Länder, die die DDR anerkannten. Zudem gingen nach der Kuba-Krise 1962 US-Präsident John F. Kennedy und der Staatschef der UdSSR Nikita Chruschtschow zur Politik der Entspannung über. Die BRD lief Gefahr, sich international zu isolieren.

Im Bonner Bundestag begriff zuerst die SPD den Geist der neuen Zeit, während die Hauptpartei des Monopolkapitals CDU/CSU an der Politik der Stärke festhielt. Erst 1972 passte sich, unter dem Druck der Friedensbewegung, nach heftigen Auseinandersetzungen bis hin zum Misstrauensantrag gegen die Brandt/Scheel-Regierung, der Bundestag den Realitäten an und es kam zur Anerkennung der Grenzen zu Polen und zur DDR. Die Entspannungspolitik hob die kapitalistische Expansions-tendenz Richtung Osten nicht auf, unterzog sie aber einem Formwandel: statt Rückeroberung, »Wandel durch Annäherung« (Egon Bahr).

Mit der Auflösung der UdSSR 1991 und dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus sah sich der Westen als Sieger im Kalten Krieg. In den USA sprachen die Ideologen der Neocons vom »Sieg der liberalen Demokratie«, vom »Ende der Geschichte« und vom »neuen amerikanischen Jahrhundert«. Heute bezeichnet man diese Phase als »unipolares Moment«. Sie dauerte bis zur Krise 2008 ff. Um die Krise zu bewältigen, musste China in die globale Regulierung einbezogen werden.

China hatte auf dem Hintergrund der Spaltung des Kommunismus seit 1971 seine Beziehungen zu den USA verbessert und 1978 die »Politik der Öffnung und Reform« eingeleitet, in deren Verlauf das Land zum begehrten Investitionsstandort der Großkonzerne der USA und anderer kapitalistischer Länder wurde. China bewahrte seine Wirtschaftssouveränität als Voraussetzung für die Organisierung eines Technologietransfers mittels des Aufstiegs von der Low-End zur High-End-Produktion innerhalb der Wertschöpfungsketten internationaler Konzerne.

Der deutsche Imperialismus profitierte vom »unipolaren Moment« besonders stark. Die Einverleibung der DDR stärkte seine Dominanz in der EU. Die Ostexpansion von EU und NATO ermöglichte eine weitgehende Realisierung alter Träume vom »europäischen Wirtschafts-großraum«. Die Ostexpansion erfolgte aus einer Position der Stärke, die es erlaubte, Russlands Sicherheitsinteressen zu ignorieren. Die Expansion

4. Entspannungsphase und zweiter Kalter Krieg

verlief keineswegs nur »friedlich«. Sie schloss Konfrontationen, Kriege und Regime Changes ein, vom Jugoslawienkrieg, über Belarus, bis zur Ukraine.

Während des unipolaren Moments überwog in der Politik des Westens gegenüber Russland und China zunächst eine Strategie der Integration in das US-geführte, imperialistische Weltsystem. Russland war die Rolle eines Rohstofflieferanten und Absatzmarkts für westliche Waren zgedacht. Auf Chinas großem Markt mussten Kapitalisten präsent sein. Sie setzten auf weitere »Liberalisierung«. Nach 2000 bremste Putin den Ausverkauf russischer Ressourcen an westliches Finanzkapital. Putins Verteidigung der Souveränität der Russischen Föderation und Chinas Aufstieg bewirkten den Strategiewechsel der USA von einer Strategie der Integration zu einer erneuten Strategie der Eindämmung und des Roll-back, zu einem neuen Kalten Krieg. Die politische Klasse der BRD zog 2013 mit der Studie »Neue Macht – neue Verantwortung« des German Marshall Fund und der Stiftung Wissenschaft und Politik nach.

Der Ukrainekrieg ab 2014 und erneut seit 2022 zielt seitens NATO und EU auf die Fortsetzung ungehinderter Ostexpansion. Mitte 2022, als man die ukrainische Bandera-Armee auf der Siegerstraße währte, kursierten in transatlantischen Außenpolitik-Magazinen und auf einer illustren Konferenz im EU-Gebäude in Brüssel erneut Pläne zur Aufteilung Russlands nach Putins Sturz.¹⁸ Das Muster blieb Rohrbachs Orangen-Theorie aus dem ersten Weltkrieg. Ende 2023 zeichnet sich die Niederlage der NATO-Proxy-Armee in der Ukraine ab. Zwar reagiert EU-Chefin von der Leyen mit beschleunigten Beitrittsverhandlungen der Ukraine und einiger Balkanländer und kündigt Bundeskanzler Scholz die Verdoppelung der deutschen Militärhilfe in einem langen Krieg an, aber der Ukraine gehen die Soldaten und die Munition aus.

Russland scheint die Ostexpansion – wieder einmal – gestoppt zu haben. Die USA sind nicht mehr der »stärkste Bundesgenosse aller Zeiten«, von dem Gustav Heinemann 1959 sprach, seine Bonner CDU-Kollegen ironisch zitierend.

18 Casey Michel, Decolonize Russia, in: The Atlantic vom 27. Mai 2022

Braune Kontinuitätslinien

Ralf Hohmann



Ralf Hohmann,
Rechtswissen-
schaftler, Autor

Zu den dunkelsten Kapiteln der westdeutschen Nachkriegszeit gehört der Umgang von Justiz und Strafverfolgungsorganen mit den von ihren Berufskollegen während der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Gräueltaten. Die Zahlen zu dieser Blutspur des nationalsozialistischen Justizapparats sprechen eine klare Sprache: Von 16.700 Angeklagten, die zwischen 1934 und 1945 vor den Strafsenaten des Volksgerichtshofs standen, wurden 5243 zum Tode verurteilt. 3.800 Todesurteile ergingen allein in den Kriegsjahren 1943–1945. Im Dienst des Volksgerichtshofs standen 570 Richter und Staatsanwälte. Die NS-Militärgerichte ahndeten 20.000 Angeklagte wegen Wehrkraftzersetzung, Kriegsverrat und Fahnenflucht mit der Todesstrafe. Mehr als 3.000 Richter und Staatsanwälte waren in diese Verfahren verwickelt. Die 1933 eingerichteten Sondergerichte verhängten etwa 11.000 Todesurteile, zumeist aufgrund der »Volksschädlingsverordnung vom 5. September 1939«, davon allein in den Jahren 1941–1943 10.288. Die Anzahl der beteiligten Richter und Staatsanwälte an diesen Verfahren wird auf etwa 3.000 geschätzt. Hinzu kommt eine unbekannt Anzahl standrechtlich verhängter Todesurteile, vor allem im letzten Kriegsjahr.

Seit Bestehen der BRD wurde kein einziger der insgesamt etwa 6570 an den zehntausendfach verhängten Todesurteilen der Nazi-Justiz beteiligten Juristen durch ein westdeutsches Gericht abgeurteilt.

Was waren die Ursachen?

Carl-Theodor Schütz (1907–1985) war ein Faschist der ersten Stunde, 1923 im Freikorps, gefolgt von der Mitgliedschaft im Bund der Frontsoldaten, SA und NSDAP, tätig in der Staatspolizeistelle Trier und der Sicherheitspolizei, 1931 Eintritt in die SS als Hauptsturmführer. Aus Vergeltung für ein Bombenattentat des italienischen Widerstands auf eine Polizeistation trieb die SS am 24.03.1944 335 Römer in den Tuffsteinhöhlen des südlichen Stadtteils Ardeatino zusammen. Schütz befahl das Hinrichtungskommando. Den Opfern waren die Hände auf den Rücken gefesselt, sie mussten in Fünfer-Gruppen niederknien und wurden durch aufgesetzte Genickschüsse ermordet. Schütz beteiligte sich auch mit eigener Hand an den Tötungen. Nach dem Krieg zeitweise untergetaucht, lebte er ab den 1950er Jahren in Köln. Die Antworten seiner Selbstauskunft im obligatorischen »Entnazifizierungsfragebogen« führten lediglich zur Einstufung in die Kategorie »Mitläufer«¹. Auf persönlichen

I. Zahlen

II. Zwei Fälle, symptomatisch für alle

1 Nach der Kontrollratsdirektive 38 war Mitläufer, »wer nur als nomineller Parteigänger an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft teilgenommen oder sie unterstützt hat«.

Wunsch von Reinhard Gehlen, Generalmajor und vormaliger Chef der Wehrmachtsabteilung »Fremde Heere Ost«, trat Schütz 1952 in die Organisation Gehlen (OG) ein. Diese ging 1956 nahtlos in den neugegründeten Bundesnachrichtendienst (BND) über. Gehlens dienstliche Beurteilung aus dem Jahr 1957 bescheinigt Schütz eine »charakterlich einwandfreie, ausgereifte, sensible ... Persönlichkeit ... jederzeit ein Vorbild«. Für die 335 Morde vom März 1944 wurde Schütz nie belangt.

Der Marineoffizier **Rudolf Petersen** (1905–1983) gehörte zur Handvoll von Militärrichtern, die wegen ihrer Taten durch die westdeutsche Justiz verfolgt wurden². Sein Verfahren endete, wie die der anderen, mit einem Freispruch. Wir schreiben den 4. Mai 1945. Auf dem Timeloberg unweit Lüneburg unterzeichnen an diesem Tag deutsche Verbände die letzte Teilkapitulation. Fünf Tage zuvor hatte bereits die Heeresgruppe C im italienischen Caserta kapituliert, am 02.05.1945 war Berlin durch General Helmuth Weidling den sowjetischen Truppen unter Marschall Georgij Schukow übergeben worden. Die Nachricht von der unmittelbar bevorstehenden Gesamtkapitulation verbreitete sich auch unter den Mannschaften der im dänischen Svendborg stationierten Schnellboottruppe. Für sie war – so schien es jedenfalls – der Krieg vorbei. Am Abend des 05.05.1945 beschlossen der Marinefunker Alfred Gail und seine Kameraden Martin Schilling, Kurt Schwalenberg und Fritz Wehrmann – alle in ihren Zwanzigern – zu ihren Familien aufzubrechen. Bei Tagesanbruch schlichen sie aus der Unterkunft, versuchten ein Boot für das Übersetzen aufs Festland zu organisieren, wurden dabei aber durch die dänische Hilfspolizei aufgebracht. Unschlüssig, was zu tun sei, brachten die Hilfspolizisten die Vier zur deutschen Ortskommandantur. Man nahm sie wegen »Fahnenflucht« fest, schaffte sie auf ein Marine-Begleitboot. Der zuständige Marine-Gerichtsherr, Kommodore Rudolf Petersen, setzte die Verhandlung gegen sie auf den 09.05.1945 an. Tags zuvor hatte die Wehrmacht kapituliert, das Deutsche Reich war untergegangen. Stabsrichter Adolf Holzweg (an dessen Händen buchstäblich noch das Blut von elf Matrosen klebte, die auf seinen Antrag hin vier Tage zuvor wegen Meuterei auf dem Minensuchboot M 612 standrechtlich erschossen wurden), verurteilte die Matrosen Wehrmann, Gail und Schilling, die ohne Verteidiger waren, zum »Tod durch Erschießen«. Einzig Schwalenberg kam mit drei Jahren Zuchthaus davon. Petersen sorgte mit seiner Unterschrift für die Rechtskraft des Urteils. Am Nachmittag des 10.05.1945 band man die Drei aneinander, füsilierte sie auf dem Achterdeck und versenkte die Leichen in der Ostsee. Petersen wurde am 04.06.1948 durch das Hamburger Landgericht in der britischen Zone freigesprochen, Stabsrichter Holzweg kam mit einer Strafe von lächerlichen 2 Jahren weg. Holzweg hatte erklärt, ihm sei es bei den Todesurteilen

2 Wobei das Verfahren bereits vor Bestehen der BRD eingeleitet worden war, also eher eine »Altlast« darstellte.

um die »Manneszucht« gegangen, und darum, einen Matrosenaufstand »wie 1918« zu verhindern. Petersen sah für sich keine Schuld: Fahnenflucht sei »ein ganz schweres Verbrechen«, »wir (...) waren nicht kriegsmüde, sondern (hätten) am liebsten gegen Russland weitergemacht«. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone am 07.12.1948 das Urteil auf. Das Landgericht Hamburg musste neu entscheiden. Dem Obersten Gerichtshof folgend, verurteilte es am 04.08.1949 alle Angeklagten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Petersen bekam zwei Jahre Gefängnis, Holzwegs Strafe erhöhte sich auf 5 Jahre. Dagegen gingen die Verurteilten in Revision. Vor dem Bundesgerichtshof hatten sie am 29.05.1952 Erfolg, er hob das Urteil auf. Begründung: Eine Rechtsbeugung durch die Todesurteile scheidet aus. »Solange der Richter bestrebt ist, in einem ordnungsgemäßen Verfahren das sachliche Recht zu verwirklichen, ist er für eine etwaige Fehlentscheidung unter keinen Umständen strafrechtlich verantwortlich«³. Und ans Gesetz hatten sich die Mörder ja gehalten. Die »Richtlinien des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht« vom 14.04.1940 sahen bei Desertion die Todesstrafe vor. Dies beherzigten auch die Richter des Hamburger Landgerichts, das alle Angeklagten am 27.02.1953 freisprach. Petersen arbeitete fortan als Handelsvertreter, leitete die Hanseatische Yachtschule und verdingte sich späterhin als Informant des Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Die Mutter des Matrosen Gail nahm sich bei Bekanntwerden des Freispruchs das Leben, die Mutter des Matrosen Wehrmann verlor den Verstand und wurde zum Pflegefall.

Im Potsdamer Abkommen vom 02.08.1945 stellten die vier Alliierten für die Entnazifizierung die Weichen: »Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, (...) sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.« In den Kontrollratsdirektiven Nr. 3 vom 20. Oktober 1945, Nr. 4 vom 30. Oktober 1945, Nr. 24 vom 12. Januar 1946, Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 sollte das umgesetzt werden. Sie legten den Schwerpunkt darauf, gerade den wieder entstehenden Justizapparat vor einer Renazifizierung zu schützen. Der Einsatz der sogenannten Entnazifizierungsfragebögen führte in der britischen, der französischen und der amerikanischen Zone alsbald zu einem organisatorischen Kollaps. Überlastete Spruchkammern prüften die Selbstauskünfte (131 Fragen) und ordneten sie in fünf Kategorien ein: Hauptschuldige (I), Belastete (II), Minderbelastete (III), Mitläufer (IV) oder Entlastete (V). Je nach Kategorie führte dies zur Inhaftierung

III. Justizmord
kann nicht
strafbar sein

3 BGH, Urteil vom 29.5.1952, in: Justiz und NS-Verbrechen, 1970, Bd. 10, S. 509.

und Strafverfolgung, zum Arbeitsplatzverlust oder Arbeitsverbot, oder zu geringeren bis gar keinen Konsequenzen. Schon die Erfassung war lückenhaft, in den drei Westzonen wurden etwa 2,5 Mio. Bögen geprüft, was etwa einem Anteil von 5 % der Bevölkerung entsprach. Davon wurden 1,4 % als Hauptschuldige und Belastete angesehen. Jeder Fünfhundertste von ihnen wurde strafrechtlich sanktioniert, in den Westzonen ergingen etwa 800 Todesurteile. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23.05.1949 läutete die Zäsur ein. Sämtliche Strafverfahren, die von den Ermittlungsbehörden der vormaligen Westzonen gegen NS-Juristen eingeleitet worden waren, kamen zur Einstellung. Andere, die sich bereits im Revisionsstadium befanden, kamen in den Genuß von Freisprüchen durch den ab dem 01.10.1950 zuständigen Bundesgerichtshof. Die wenigen Restverfahren, die zwischen 1949 und 1958 wegen Verbrechen der Nazi-Justiz neu eingeleitet wurden, darunter 10 Verfahren gegen Richter des Volksgerichtshofs, wurden eingestellt. Seit den frühen 1950er Jahren bis zum letzten 1968 vom BGH verhandelten Revisionsfall 1968 bediente man sich eines juristischen Kunstgriffs, um die Strafbarkeit zu verneinen. Mit seiner Entscheidung vom 30.04.68 hob der 5. Senat des Bundesgerichtshof die Verurteilung von Hans Joachim Rehse auf. Rehse amtierte als beisitzender Richter im Senat von Roland Freisler und unterschrieb 231 Todesurteile. »Als Mitglied eines Kollegialgerichts war der Angeklagte bei der Abstimmung nach dem auch damals geltenden Recht unabhängig, gleichberechtigt, nur dem Gesetz unterworfen und seinem Gewissen verantwortlich. Seine Pflicht forderte, allein der eigenen Rechtsüberzeugung zu folgen«⁴, daher könne er keine Rechtsbeugung begangen haben. Das nun wieder zuständige Landgericht Berlin Rehse sprach ihn am 06.12.1968 frei. Im Urteil hieß es, ein Richter könne nur dann »bestraft werden, wenn er [...] wider seine bessere Überzeugung die Todesstrafe verhängte. Das ist dem Angeklagten [...] nicht nachzuweisen«. Je verblendeter, je fanatischer, desto weniger Vorsatz – war die Quintessenz dieser Rechtsprechung.

IV. Was sagt die Verfassung?

Aber verstoßen solche Urteile nicht gegen die Verfassung? Besagt nicht gerade Art. 139 Grundgesetz (GG), dass nationalsozialistischem Gedanken- und Fanatismus stets und überall ein Riegel vorgeschoben werden muss? Art. 139 GG ist eine schillernde Norm, die juristisch, wie politisch für allerlei Spekulationen gut war, und noch immer ist. Vom Wortlaut her eher nüchtern (»Die zur ›Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‹ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt«), war sie für den marxistischen Rechtstheoretiker Wolfgang Abendroth (1906–1985) ein das gesamte Grundgesetz prägendes Bekenntnis »zur Gedankenwelt der Befreiung von Nationalsozialismus und Faschismus und deren rechtlicher

und politischer Fixierung«, eine antifaschistische Grundnorm also. Eine Vorstellung, die in weiten Teilen der Linken heute noch verbreitet ist. So forderte z. B. die Lehrgewerkschaft (GEW) in einem Flugblatt vom 20. Januar 2022 »die konsequente Umsetzung des Art. 139 GG« mit dem Ziel des Verbots aller neonazistischen Organisationen. Auch die Bundesregierung schien bei ihrer Erklärung vor der UNO (1970), wonach »das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen« aus dem Grundgesetz folge und die von den »Alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist« von Ähnlichem auszugehen. Glaubt man hingegen dem Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 04.11. 2009-1 BvR 2150/08), »kennt das Grundgesetz kein allgemeines antinationalsozialistisches Grundprinzip«. Wie es zu Art. 139 GG kam, ist ebenso schnell erzählt, wie dargelegt ist, weshalb er über die Jahre juristisch zu einer leeren Hülle geworden ist. Während der Sitzungen des Parlamentarischen Rats 1948 tat sich ein Problem auf: Einerseits sollte durch Art. 5 GG Meinungsfreiheit gewährt werden, gleichzeitig war man gezwungen, die Anti-Nazi-Dekrete des alliierten Kontrollrats in den Direktiven und den Kontrollratsgesetzen 2,5 und 10 zu beachten. Diese stellten die Verbreitung und Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts unter Verbot und lagen damit zum Teil quer zu Art. 5 GG. Eine Übergangsvorschrift musste her, in der die Fortgeltung des Besatzungsrechts (»Befreiungsgesetze«) festgeschrieben war. So kam es zu Art. 139 GG. In der Zeit von 1951 bis 1955 wurden nach und nach in den Bundesländern einzelne »Gesetze zur Beendigung der Entnazifizierung« verabschiedet und damit die antifaschistische Prägung, die aus Art. 139 GG herauszulesen war, außer Kraft gesetzt. Die letzte Direktive fiel 1955 durch das Gesetz Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission. Art. 139 GG war jetzt der Boden entzogen. Seine verbliebene Hülle ist lediglich Widerschein des Vergangenen. Eine Reminiszenz, aus der heute weder ein juristischer noch ein politischer Anspruch im Kampf gegen alte und neue Nazis abgeleitet werden kann.

Es gab auch andere Juristen. Am 1. Juli 1968 fand man den hessische Generalstaatsanwalt und bundesweit bekanntesten Nazijäger Fritz Bauer tot in seiner Frankfurter Wohnung. Sein Tod war einsam. Ebenso einsam wie sein Kampf zur Aufklärung und Aburteilung nationalsozialistischer Mordtaten gegen die verkrusteten Strukturen in Justizapparat, Strafverfolgungsbehörden und Politik. Hans Maria Globke, unter Konrad Adenauer Chef des Bundeskanzleramtes und im Dritten Reich Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, sah in Bauer einen »ostzonalen Parteigänger« mit gefährlicher »Nähe zum Kommunismus«. Bauer sorgte für Unruhe im revanchistischen Nachkriegsdeutschland, ein Störenfried für die Nazi-Seilschaften in Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Die kleine Schar seiner Vertrauten in den Büros der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft

V. Einer unter Wenigen

kannte seinen oft wiederholten Ausspruch: »Wenn ich mein Arbeitszimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.« Aus seinem Exil in Skandinavien war Bauer Ende 1948 nach Deutschland zurückgekehrt; 1950 wurde sein Name bundesweit bekannt, als er wegen Verleumdung der Widerständler des 20. Juli 1944 gegen den früheren Kommandeur des Wachbataillons »Großdeutschland«, Otto Ernst Remer, Ermittlungen einleitete. Bauer sorgte durch die – damals illegale – Weitergabe von Informationen an den israelischen Mossad dafür, dass am 11.05.1960 der Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann, der Ahndung seiner Verbrechen zugeführt werden konnte. Ziel Bauers war es eigentlich, den seit 1956 per deutschem Haftbefehl ausgeschriebenen Eichmann in Deutschland anklagen zu lassen, aber in Bonn zeigte man keinerlei Interesse, den Bitten Bauers um ein Auslieferungsverfahren nachzukommen. Wie später aufgedeckt wurde, aber Bauer damals schon bekannt war, schlummerte in den Archiven des BND eine Karteikarte zu Eichmann, auf der dessen Aufenthaltsland und sein Deckname vermerkt war. Die Karte aus dem Jahr 1952 entstammte dem Fundus der »Organisation Gehlen«. Bauer scheute auch nicht die Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR. 1960 wurden ihm Akten zu 529 Verfahren, die in der DDR gegen NS-Täter geführt wurden, zugespielt, 1963 übergaben ihm DDR-Staatsanwälte Ermittlungsunterlagen zu den NS-Euthanasiemorden, deren Täter sich auf dem Boden Westdeutschlands befanden. Ohne Fritz Bauer hätte es die drei Frankfurter Auschwitz-Verfahren (1963–1965) nicht gegeben: 22 Angeklagte aus der Kommandoebene des Konzentrationslagers Auschwitz, 359 Zeugen aus fast 20 Ländern. Am 20.08.1965, dem 183. Verhandlungstag, erging gegen die Haupttäter »Lebenslang«, drei Angeklagte wurden freigesprochen. Bauer hatte weitere Verfahren vorbereitet. Doch mit seinem Tod, dessen Umstände bis heute nicht restlos aufgeklärt wurden, fiel die Justiz wieder in ihr altes Muster. Die Strafverfolgung versandete, das von Bauer noch zu Lebzeiten eingeleitete Verfahren gegen die Schreibtischtäter der Euthanasiemorde endete zu Beginn der 1970er Jahre durch Freisprüche und Verfahrenseinstellungen wegen »fehlenden Unrechtsbewusstseins«.

VI. Kontinuitäten

Nach 1949 machten viele der während der Zeit des Nationalsozialismus tätigen Juristen weiter Karriere. Im Jahr 1954 waren in Westdeutschland 74 % der Amtsrichter, 68,3 % der Richter an den Landgerichten 68,3 Prozent und 88,3 % der Stellen an den Oberlandesgerichten 88,3 durch »altgediente« Juristen besetzt, beim Bundesgerichtshof fast 75 %. In nicht wenigen Gerichtsentscheidungen vor allem der 1950er Jahre lässt sich der Weitertransport rassistischen Gedankenguts offen ablesen, wie im Urteil des IV. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes vom 07.01.1956: Danach gelten »Zigeuner« als »asozial. Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremdem Eigentum, weil

ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist [...]«⁵. Personelle und ideologische Kontinuitäten gab es vor allem bei der Polizei und den Geheimdiensten. Beim Bundeskriminalamt gehörten 33 von 47 Beamten der Leitungsebene vor 1945 der SS an. 1953 waren 92 der 247 Beamtenplanstellen im BKA von Personen besetzt, die vor 1945 im Dienst nationalsozialistischer Institutionen standen. Nach der Gründung des BKA rekrutierte die Personalabteilung »eifrig frühere Mitarbeiter von Kriminalpolizei und Gestapo«⁶. Bei den Landeskriminalämtern sah es nicht anders aus: »4 von 11 LKA-Chefs waren in Nazi-Verbrechen involviert«⁷. Das BKA ist bemüht, der eigenen bräunlichen Vergangenheit etwas Positives abzugewinnen. Geradezu magische Selbstheilungskräfte hätten dafür gesorgt, NS-Seilschaften zu neutralisieren: »In der Summe (läßt sich) konstatieren, dass sich das Bundeskriminalamt trotz der biografischen Prägungen seiner Gründungsgeneration in den Rechtsstaat eingefügt, ihn letztlich gestärkt und verteidigt hat«⁸. Wie gut, dass es das BKA gibt, das den in die Jahre gekommenen Altnazis eine Chance zur Bewährung bot.

Der Abschlussbericht »Die Akte Rosenberg – das BMJ und die NS-Zeit«, der 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, bescheinigt dem Bundesjustizministerium eine ähnliche personelle Grundausrüstung. »Von den 170 Juristen, die von 1949 bis 1973 in Leitungspositionen des Ministeriums tätig waren, hatten 90 der NSDAP und 34 der Sturmabteilung angehört«⁹.

Im Oktober 2022 strahlte der Hessische Rundfunk eine Dokumentation aus. Titel: »Wie der BND gezielt Mörder aus der Nazi-Zeit rekrutierte«¹⁰. Befund: »10 bis 20 Prozent der Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes hatten Blut an den Händen«. Aus 66 Jahren unter Verschluss gehaltenen Akten erfuhr die Öffentlichkeit nun etwas über die Generation der Gründergeneration des BND, wie z. B. über Helmut Schreiber, aktive Dienstzeit von 1957 bis 1980. Auf sein Konto ging die SS-Mordaktion vom 10.06.1944 in Oradour-sur-Glane: 642 Männer, Frauen und Kinder wurden abgeschlachtet. Schreiber, Mitglied der Totenkopfstandarte im KZ-Buchenwald, beteiligt am Überfall auf Polen, im Ghetto Lublin, war zudem Führungsoffizier der SS-Division »Das Reich«.

Wir erinnern uns an das Rehse-Urteil des Bundesgerichtshofs. Richter, die der Überzeugung von der Richtigkeit ihres Tuns folgen, können keine Rechtsbeugung begehen. Als 1989 die »Wende« ein neues Kapitel juristischer Begriffsakrobatik aufschlug, änderte sich das. Tat die

VII. Epilog

5 Az. IV ZR 273/55

6 Schatten der Vergangenheit, S. 327.

7 Dieter Schenk, in: Czasopismo Stowarzyszenia Germanistów Polskich, 2014, S. 57ff.

8 Wie vor, S. 341.

9 www.bmj.de/DE/ministerium/geschichte/rosenburg/rosenburg.html

10 Hessenschau vom 11.10.22

bundesdeutsche Justiz jahrzehntelang alles, um das »Systemunrecht« der Nazi-Justizmorde ungesühnt zu lassen, stellte sich die Frage für die Verfolgung von DDR-Richtern und Staatsanwälten nun neu und anders: Ohne Zeit zu verlieren wurden 35.000 Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung eingeleitet und 223 Anklagen gegen Justizangehörige der DDR erhoben. 27 Verurteilungen wegen Rechtsbeugung zu Freiheitsstrafen waren die Folge. Aus den Richtern, die in der DDR der 1950er Jahre Nazi-Täter aburteilten, wurde nun Straftäter: »Rechtsbeugung liegt hier in der Form grausamen und überharten Strafens vor. Der Senat hat bereits entschieden, dass eine Beugung des Rechts durch das Verhängen einer überhöhten Strafe möglich ist«. Und weil selbst dem Bundesgerichtshof auffiel, dass das so gar nicht zur eigenen Praxis passte, setzte er nach: »Der Senat verkennt nicht, dass Maßstäbe, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland bei der Beurteilung von NS-Justizunrecht angewandt worden sind, weit weniger streng waren«¹¹. Das war nach 1989 anders, denn beim politischen Gegner¹² gelten eben andere »Maßstäbe«.

11 BGH 5 StR 747/94 – Urteil vom 16. November 1995 (LG Berlin)

12 Vgl. BGH 5 StR 236/98 – Beschluss v. 18. Februar 1999 (LG Leipzig)

Krenz & König zur Entstehung und Entwicklung der DDR

Eine gemeinsame Veranstaltung der SDAJ und der Marx-Engels-Stiftung

am **Donnerstag, den 4. April 2024**
um **19.00 Uhr** (bis voraussichtlich 22 Uhr)

im Holbornschen Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen

Unsere Gäste sind Egon Krenz, ehemaliger Vorsitzender der »Freien Deutschen Jugend« und später Staatsratsvorsitzender der DDR und Hartmut König, Mitglied des »Oktoberclubs« und heute Kolumnist der Wochenzeitung »unsere zeit«, der die Veranstaltung nicht nur mit Worten, sondern auch mit Musik bereichern wird.

Notwendiges Erinnern an einen deutschen Historiker im Streit um die Geschichte von DDR und BRD

Friedrich-Martin Balzer



Friedrich-Martin Balzer, Dr. phil., 1968–1997
Gymnasial-
lehrer, Autor und
Herausgeber,
insbesondere zu
Erwin Eckert.

In seiner Schrift »Streitfrage Geschichte«, die 2011 im Verlag edition ost erschien, berichtet Pätzold über seine Erlebnisse als »Reisekader« der DDR, ein Privileg, das bekanntlich nur äußerst wenigen zuteil wurde. Die mit fotografischem Gedächtnis und dem ihm eigenen Humor und Sarkasmus, mit Scharfsinn und Parteilichkeit aufgeschriebenen Erfahrungen und Erinnerungen belegen, wie die Anerkennung der DDR-Wissenschaft im Laufe der Zeit wuchs. Dies zeigte sich nicht zuletzt in der großen Zahl an Einladungen, die er aus dem nichtsozialistischen Ausland erhielt – u. a. nach Bonn, Paris, London, Rom, Wien, New York, Princeton, Neu-Delhi, Madrid, Helsinki und Stockholm.

In krassem Gegensatz dazu ist an die Tatsache zu erinnern, deren Folgen auch nach mehr als drei Jahrzehnten »Wiedervereinigung« spürbar sind, offiziell gern beschwiegen oder heuchlerisch gerechtfertigt, aber gerade in den aktuellen Debatten erneut thematisiert werden.

1989/90 verloren 75% der DDR-Akademiker ihre Arbeitsplätze an den Universitäten, Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. In Jena, wo Pätzold studiert hatte und promoviert worden war, wurden z. B. 95% der Professoren und Dozenten aus dem Bereich gesellschaftswissenschaftlicher Einrichtungen entlassen. In Sachsen betraf es 81,9% aller Hochschullehrer. Von den 1.878 Professoren, die in den Jahren 1994–1998 in akademischen Einrichtungen der sogenannten neuen Bundesländer beschäftigt waren, kamen nur etwas mehr als einhundert aus Ostdeutschland.

Die »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaftler und die Auflösung zahlreicher Forschungsinstitutionen wurde nach dem vollzogenen Anschluss der DDR u. a. damit begründet, dass die DDR eine »Wissenschaftswüste« gewesen sei, nichts anderes als ein »Dienstleistungsunternehmen der führenden Staatspartei«. Dahinter verbarg sich in Wahrheit der strategische Vorsatz, eine Strömung geschichtswissenschaftlichen Denkens, Forschens und Lehrens, deren Ausgangspunkt, Grundlage und Theorie auf einem dialektisch-materialistischen Weltbild beruhen, nicht nur weiter zu diskreditieren, sondern regelrecht auszuschalten. Am Ende stand unter vielfachem Protest – u. a. von Eric Hobsbawm – kompromissloses Liquidatorientum, das auch vor der Schließung des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte unter Thomas Kuczynski und des international hochangesehenen Instituts für Kultur- und

Die Rede ist hier von Kurt Pätzold (1930–2016), einem der vielen herausragenden Historiker der DDR.

Universalgeschichte in Leipzig mit Walter Markov und Manfred Kossok, nicht Halt machte.

Nach dem euphemistisch und fälschlich als »Wiedervereinigung« bezeichneten Anschluss des zweiten deutschen Staates an die alte Bundesrepublik wurde die DDR »behandelt wie ein im Krieg besiegter Staat« (Ronald Friedmann). Ob Roll-Back-Strategie oder Politik des »Wandels durch Annäherung«: Die Bundesregierung hatte sich mit der Existenz eines zweiten deutschen, sozialistischen Staates nie abfinden wollen.

Übersehen wird im »deutschen Völkerrecht« (Helmut Ridder, 1988 Ehrendoktor der Universität Jena), dass kein Staat dem »Geltungsbereich des Grundgesetzes« beitreten kann, es sei denn, man betrachtet die DDR-Staatsgründung in völkerrechtlich abenteuerlicher Weise als abtrünnige Sezession von der BRD. Eine »Wiedervereinigung« zwischen zwei Staaten, die nie zusammengehört haben, ist »Blödsinn«. Die bedingungslose Kapitulation des »Dritten Reiches« hatte die Existenz des Deutschen Reiches definitiv beendet.

Die DDR – ein »Unrechtsstaat«?

Die das Leben und Wirken von Kurt Pätzold so einschneidend betreffende Zeitenwende von 1989/90 sah sich auch mit der Aussage begründet, dass die DDR ein »Unrechtsstaat« gewesen sei. Auch wenn es in ihr zweifellos Unrechtsstaatsbestände gab, so sollten sich doch jene, die ihn so etikettieren, an das englische Sprichwort erinnern: »Wer im Glashaus sitzt, soll nicht andere mit Steinen bewerfen.«

Zu fragen wäre nach dem Umgang in beiden deutschen Staaten mit den verbrecherischen und so folgenreichen Unrechtstaten der deutschen Faschisten. Gegenüber der sich als »Rechtsstaat« gerierenden BRD, die mit Verachtung auf den »Unrechtsstaat« der DDR herabblickte, konstatierte Ingo Müller 2006 in einer vergleichenden Studie über die Aufarbeitung des Nazi-Unrechts in beiden deutschen Staaten, es seien in der Bundesrepublik und in West-Berlin gegen 106.496 Personen Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden, von denen allerdings nur 4.482 verurteilt wurden. Er schreibt: »Auf dem Gebiet der DDR gab es hingegen 12.879 Verurteilungen. Das sind mehr als doppelt so viele und bezogen auf die Bevölkerungszahl sogar sechsmal mehr. Freisprüche waren in der DDR-Rechtsprechung gegen NS-Täter seltener (BRD 49 % der Anklagen, DDR 17 %), die Strafen waren höher, der Prozentsatz der Schreibtischtäter unter den Verurteilten sehr viel höher.«

Die BRD war eher von Antikommunismus als von Antifaschismus geprägt. Der westdeutsche Staat war einer, in dem

- das 131er-Gesetz vom 11. Mai 1951 in Ausführung des Art. 131 GG, das allen Nazis – mit Ausnahme derjenigen, die im Entnazifizierungsverfahren zu Hauptschuldigen (Gruppe I) und Schuldigen (Gruppe II) eingestuft worden waren – einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung gewährte, was zu einer regelrechten Renazifizierung der BRD in den 50er Jahren führte, und auch Angehörigen des Sicherheitsdienstes

- (SD) und der Gestapo die Wiederverwendung im öffentlichen Dienst eröffnete,
- das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951 (»Blitzgesetz«) dazu führte, dass gegen 250.000 Bundesbürger, Mitglieder der 1956 verfassungswidrig verbotenen KPD und andere Linksoppositionelle des Adenauer-Regimes ermittelt wurde, was 10.000 Verurteilungen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen zur Folge hatte,
 - mit der Einführung eines neuen § 50 Abs. 2 StGB eine »Amnestie durch die Hintertür« (Ingo Müller) dazu führte, dass Mordplaner nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnten,
 - gegen die Schreibtischtäter des Reichssicherheitshauptamtes, der Mord-Zentrale des Nazi-Regimes, kein bundesdeutsches Hauptverfahren eröffnet wurde,
 - von den 170 Juristen, die von 1949 bis 1973 in Leitungspositionen des bundesdeutschen Justiz-Ministeriums tätig waren, 90 der NSDAP und 34 der SA angehört hatten (Manfred Görtemaker/Christoph Safferling),
 - noch 1962 77% der Richter am Bundesgerichtshof ihre Spuren im Nazi-Regime erworben hatten,
 - beim Generalbundesanwalt im höheren Dienst zwischen 1953 und 1959 Dreiviertel der Mitarbeiter frühere NSDAP-Mitglieder waren,
 - bei den Bundesanwälten 1966 zehn von elf zuvor der Nazipartei angehörten,
 - Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Minister einst Mitglied der NSDAP bzw. ihrer Unter- und Nebenorganisationen gewesen waren sowie Ministerpräsidenten und Bundeskanzler (Filbinger, Kiesinger – beide CDU), die im Naziregime eine unrühmliche Rolle gespielt hatten, sich mehr oder weniger unbehelligt am politischen Geschehen der BRD beteiligen konnten,
 - der offizielle Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke zur grauen Eminenz unter Konrad Adenauer aufsteigen konnte,
 - Theodor Maunz als einer der maßgeblichen Repräsentanten des NS-Staatsrechts, als Kronjurist des NS-Polizeirechts und als wissenschaftlicher Experte bei Instituten, die im Dienst des Reichssicherheitshauptamtes standen, zu den Verfassern des Standard-Kommentars des Grundgesetzes gehören konnte und gleichzeitig als Gutachter für die neofaschistische »Deutsche Volksunion« des Herrn Gerhard Frey sowie als anonym Autor der »*Nationalzeitung*« tätig war.

Kurz: »Die Re-Etablierung reueloser nationalsozialistischer Funktionselementen ist durch Namen wie Globke, Oberländer, General Foertsch, Friedrich Flick, Hermann Josef Abs (des NS-Chef-Ariseurs) vollzogen worden.« (Hans E. Schmitt-Lermann) Dabei haben alle drei Staatsgewalten im Nachkriegsdeutschland bei der Strafverschonung der NS-Täter, so Ingo Müller, perfekt zusammengearbeitet (»Strafvereitelungskartell«).

Es bleibt mit Fug und Recht an die völlig zutreffende Aussage von Georg Iggers zu erinnern: »Während es nach 1990 in den neuen Bundesländern einen fast totalen Elitewechsel gab, waren wenige Jahre nach 1945 fast alle ehemaligen Nazis in die Hochschulen, die Justiz, das Beamten-tum und die Bundeswehr zurückgekehrt.« Die *unterlassene* Säuberung in Staat und Gesellschaft nach 1945 in Westdeutschland und die *massive* Säuberung nach 1990 in Ostdeutschland verfolgten einen und denselben Zweck: Die Stabilisierung und Ausdehnung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse.

An der Humboldt-Universität war der frühere Generalstabsoffizier und SS-Standartenführer des Panzer-Grenadier-Bataillons Götz von Berlichingen, Dr. Krelle, für die Abwicklung verantwortlich. Unter seinem Vorsitz entließ die Struktur- und Berufungskommission 644 von insgesamt 782 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Humboldt-Universität. Hierfür wurde Krelle – unter Protest u. a. von Klaus Fuchs-Kittowski – mit dem ersten Ehrendoktor der neugestalteten Humboldt-Universität ausgezeichnet.

Wie Werner Röhr in seinem zweibändigen Werk *Abwicklung: Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR* dokumentiert, handelt es sich um die umfangreichsten Berufsverbote in der deutschen Geschichte, den Faschismus eingeschlossen. »Die Eliminierung, zumindest aber die Marginalisierung von Marxismus, Sozialismus und jeder Art von kritischer antikapitalistischer Geschichtsforschung (hatte) oberste Priorität«, so der US-amerikanische Professor William A. Pelz unter dem Titel *Die Rache der Krupps*.

Aufarbeitung
des Faschis-
mus in der
Geschichts-
wissen-
schaft beider
deutschen
Staaten

In der DDR, dem ersten deutschen Friedensstaat, betrachtete sich die Geschichtswissenschaft – anders als in der BRD – als antifaschistisch und antiimperialistisch. Unterschiede zeigten sich nicht nur im Herangehen an historische Themen, sondern auch in der Wahl der Themen.

Naheliegender war, dass sich die DDR-Geschichtswissenschaft nach 1945 zunächst mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung, hauptsächlich mit dem kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus beschäftigte, während demgegenüber die BRD-Geschichtswissenschaft ihr Augenmerk vor allem auf den »bürgerlichen Widerstand« richtete. Es bedurfte allerdings des Engagements von Fritz Bauer im Remer-Prozess, dass die Männer und Frauen des 20. Juli nicht mehr als »Landes- und Hochverräter« diffamiert werden durften. Fortan wurde der zum Mythos erhobene Widerstand des 20. Juli 1944 offiziell gepflegt. Dabei wurde die verspätete Revolte einiger Generale Hitlers und einiger großbürgerlicher Politiker fälschlicherweise als »die« deutsche Widerstandsbewegung dargestellt.

Auch in der DDR wurden die »Verschwörer« des 20. Juli 1944 ab 1967 gewürdigt, was zahlreichen Buch-Veröffentlichungen von Kurt Finker entnommen werden kann, wobei die Angehörigen des Kreisauer Kreises, Julius Leber und Adolf Reichwein, sich mit Angehörigen des

KPD-Widerstandes trafen, was zu ihrer Verhaftung und zu ihrem Tod führte.

In diesem Zusammenhang ist nicht zuletzt auf die Kirchengeschichtsschreibung, aber auch die übrige Literatur zum »Widerstand« in der BRD gegen den Faschismus zu verweisen. Die Tatsache, dass die Kirchen nicht vom allerersten Augenblick gegen die Mächte der Finsternis und Gegenrevolution Stellung nahmen, hat weite Massen irre werden lassen. Ein Nein der Kirchen zum Faschismus hätte dazu geführt, dass Hitlers Macht nur von kurzer Dauer gewesen wäre. Bis 1945 beschränkten sich die Kirchen – von einzelnen antifaschistischen Christen wie Erwin Eckert abgesehen – im Wesentlichen auf institutionelle und organisatorische Selbstverteidigung.

Der Nestor der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, Gerhard Ritter, einer der treibenden Kräfte im Geschäft bei der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, verstieg sich zu der vielzitierten, aberwitzigen These, »nur die Kirchen in der Hitler-Zeit« hätten »so etwas wie eine Volksbewegung gegen den Nazismus in Gang gebracht«.

Der Begriff »Faschismus« und die Tatsache, dass Kommunisten den größten Teil des antifaschistischen Widerstands stellten, wurden nicht zufällig aus der herrschenden Geschichtsschreibung der BRD verdrängt. Man war nicht an der Überwindung des Faschismus interessiert, »sondern an der Selbstrechtfertigung der deutschen Bourgeoisie gegenüber ihrer faschistischen Vergangenheit« (Hanfried Müller). Statt des Begriffs Faschismus wurde die demagogische Selbstbezeichnung der Nazis »Nationalsozialismus« verwendet, weil damit der sog. »Totalitarismus-Theorie« Vorschub geleistet werden konnte: Sozialismus gleich Nationalsozialismus. Diese Ideologie dient einzig und allein der Rechtfertigung und Selbstreinigung der Bourgeoisie, die den systemischen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus (Max Horkheimer) damals und heute zu leugnen sucht.

Stets ist der in der DDR betriebenen Faschismusforschung in völliger Verkennung der Rolle der Wirtschaftsmächtigen in der Geschichte vorgeworfen worden, sie sei »ökonomistisch« orientiert und habe daher dem Antisemitismus nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Aber nicht nur dies. Es wurde der DDR selbst Antisemitismus unterstellt. Diesem Vorwurf ist die wissenschaftliche Forschungsarbeit von Detlef Joseph und der Leiterin der Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin/DDR, Renate Kirchner, entgegenzuhalten, die unter der Überschrift »Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945–1990« 2010 »eine bibliografische Meisterleistung« (Kurt Pätzold) vorgelegt hat, in der sie 1086 Veröffentlichungen zu den Themen »Nationalsozialismus und Judenverfolgung« über »Palästina–Israel–Naher Osten« bis zu »Lebens- und Werkbetrachtungen berühmter und bekannter Juden« registrierte.

Pätzold selbst publizierte mehrere Arbeiten, die eine große politische, künstlerische und wissenschaftliche Publizistik gegen den Antisemitismus

in der DDR belegen. Vorbehalte, die es gegen die Politik Israels gab, waren kein Ausdruck antijüdischer Position. Es hat in der DDR keinen Antisemitismus gegeben, was natürlich nicht ausschließt, dass es unerschwinglich in der Bevölkerung nach so vielen Jahren Faschismus auch antisemitische Vorurteile gab. Verordneter Antifaschismus ist allemal besser als erlaubter Faschismus.

Auf einer Pressekonferenz befragt, warum die 1979 aus den USA kommende Holocaust-Fernsehserie nicht in der DDR gezeigt werde, antwortete Kurt Julius Goldstein¹, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Intendant der »Stimme der DDR«: »Seit acht Jahren hat es in der Sahel-Zone nicht geregnet. Wenn es dort jetzt mal Scheiße regnete, wäre das für die ganze Sahel-Zone ein Segen«, und fuhr fort: »In der DDR gibt es keinen Tag, an dem nicht in Presse, Rundfunk oder Fernsehen das, was der Hitlerfaschismus in Deutschland und der ganzen Welt angerichtet hatte, Thema ist. In der Bundesrepublik ist der Film ein Segen, weil es das erste Mal war, daß dies den Menschen dort gezeigt wurde.«

In den an die Adresse der DDR gerichteten Vorwürfen – sie trafen u. a. auch Kurt Pätzold – spielte die Disziplinierung andersdenkender Studierender eine Rolle, ohne allerdings an die eigene Nase fassen zu wollen. Während Kritiker des NS-Militärstrafrechtlers Erich Schwinge zu Beginn der 60er Jahre relegiert, d. h. vom Studium ausgeschlossen wurden, war Schwinge in der BRD ein gefragter Gutachter bei der Verteidigung in Strafprozessen gegen NS-Täter à la Hans Filbinger (»Freiheit statt Sozialismus«). In der SBZ wurde Schwinge auf die Liste der auszu-sondernden Literatur (Index) gesetzt.

Die Restaurationsgesellschaft des von den Westmächten angeordneten Separatstaates BRD (»Am Anfang stand die Weisung«), die seit der US-amerikanischen Wendung zum Kalten Krieg entstanden war, beruhte darauf, »dass die Macht und die Positionen der Gesellschaftsgruppen, die seit der großen Weltwirtschaftskrise in der ersten Phase die Wendung zur autoritären Diktatur des Reichspräsidenten, in der zweiten Phase die Machtüberleitung zum nationalsozialistischen Regime, im Endergebnis das Dritte Reich und damit die Krisenüberwindung durch Hochaufrüstung, imperialistische Außenpolitik, innenpolitischen Terror und Raubkrieg getragen haben, wiederhergestellt worden sind. Das einzige Lösegeld, das die herrschende Klasse und die hohe Bürokratie zahlen mussten, war die formelle Preisgabe der antisemitischen Zwangsvorstellungen und also die

1 Siehe: Kurt Goldstein, Wir sind die letzten – fragt uns. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974–2004). Mit einer autobiographischen Einführung, Gratulatoria und Nekrologen. Bonn 1999, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 2023. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer in Zusammenarbeit mit dem Max-Stirner-Archiv (MSA) Leipzig, 2023. In: Philosophie digital 2.0, www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/Goldstein.pdf

Bekundung formellen Bedauerns für die Mordaktionen, denen einst alle diese Schichten ihren Segen erteilt hatten«.

Kurz: Von der antijüdisch-antibolschewistischen Zielrichtung der Nazis blieb in der BRD nur der Antibolschewismus übrig. »Das Feindbild ›Jude‹ musste man aufgeben. Aber gegen die Kommunisten konnte man weitermachen wie zuvor.« (Ingo Müller).

Wer Pätzolds 2012 in Köln erschienenes Buch »Wahn und Kalkül. Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz«² liest, wird sich mit dem Autor fragen, ob es sich bei der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft nicht um ein Stelldichein vom Wahn des Antimarxismus und Antikommunismus mit dem Kalkül der territorialen Expansion von Macht und Herrschaft gehandelt hat. Bei allen Spielarten von Wahn gab und gibt es auf allen Ebenen eine erhebliche Zahl an willigen Profiteuren zuhauf.

Hingegen verpflichtet das Schicksal der in Arbeitslosigkeit und geringe Verdienstmöglichkeiten getriebenen, vom offiziellen Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossenen Menschen zur Erinnerung sowie endlich auch zur Aufarbeitung dieser geschichtlich einmaligen Vorgänge.

Viele Opfer dieser Säuberungsaktionen verstummten keineswegs. Auch Kurt Pätzold³ ließ sich nicht unterkriegen und setzte seine Forschungs- und Publikationstätigkeit nach seiner Kündigung 1992 in verstärktem Maße rastlos fort. Sein Publikationsverzeichnis enthält *nach* 1990, also für seine letzten 26 Jahre allein 38 selbstständige Buchveröffentlichungen, 6 Herausgeberschaften, 98 Aufsätze und Vorträge, 343 Rezensionen und 714 Artikel in Zeitungen und Zeitschriften.⁴ Kurt Pätzold war folglich kein »geschmeidiger Wendehals« (Hermann Klenner), der vom »Umsatzeifer« (Wolfgang Ruge) getrieben wurde.

In einem Nachruf auf Kurt Pätzold distanzierte sich Wolfgang Benz vom »Mangel an Courtoisie im Wendetaumel«. Die »Begründungen und Umgangsformen«, mit denen Pätzold als Lehrstuhlinhaber »abgehalfert« wurde, seien »skandalös«. Pätzold sei mit seinen »beachtlichen Forschungsleistungen« über den materialistisch-dialektisch orientierten Kreis hinaus auch für die Historikerzunft insgesamt ein »bedeutende[r] Kollege« gewesen.

Konrad H. Jarausch, Professor für Europäische Zivilisationen in North Carolina, sprach von »unleugbaren Verlusten«, die durch die Zerschlagung der DDR-Geschichtswissenschaft entstanden sind. Und Georg

Aufrechter
Gang

2 Siehe www.max-stirner-archiv-leipzig.de/dokumente/KurtPaetzold_WahnOderKalkuel.pdf

3 Siehe u.a. Kurt Pätzold, *Wendezeit und Zeitwende*. Persönliche Rechenschaft. In: *Vorwärts und nicht vergessen*. Reden, Vorträge, Aufsätze, Rezensionen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Marburg 2023, In: *Philosophie digital 2.0*

4 Die von mir überarbeiteten, korrigierten und erweiterten Bibliographien von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker sind nachlesbar im Max Stirner Archiv Leipzig unter *Philosophie digital 2.0*.

G. Iggers, Emeritus an der Universität Buffalo, stellte explizit fest, dass die »DDR-Wissenschaft im Jahre 1989 einen Stand erreicht hatte, der es ihr erlaubte, einen substantiellen Beitrag zum internationalen Forschungsstand zu leisten«.

Der Tod von Kurt Pätzold am 18. August 2016 war ein großer Verlust für die Entfaltung antifaschistischen Geschichtsbewusstseins in Deutschland – gegen den Strom scheinbar unausrottbar herrschender Legenden im Geschichts- und Alltagsbewusstsein und einer von teils blindwütigem Antikommunismus verseuchten Kultur, einem Antikommunismus, den Thomas Mann 1946 die »Grundtorheit unserer Epoche« bezeichnet hatte.

»Die Ideologie des Antikommunismus«, das »klapprige Gespenst des Kommunismus von 1848, 1918 und 1933« (Alexander Abusch) und 1945 ist, so Wolfgang Abendroth, »unter dem Vorwand der Verteidigung von ›Demokratie‹, ›Humanität‹ und ›rechtsstaatlichem Schutz gegen totalitäre Staatsmacht‹ in der Realität das Gleiche geblieben, was sie einst als (wenn auch nicht einzige) Basis des deutschen ›Nationalsozialismus‹ gewesen war – die ideologische Begründung für die extremste Negation von Humanität und Demokratie zwecks Aufrechterhaltung monopolkapitalistischer Herrschaft.« Die weitgehend institutionelle und personelle »Abwicklung« der Geschichtswissenschaft der DDR konnte nur gelingen, weil, so Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, sich ein »antikommunistischer Furor Bahn gebrochen« hatte.

Das Leben von Kurt Pätzold und kritischen Wissenschaftlern in beiden deutschen Staaten kann uns jedoch helfen, unserem Weg Kraft und Stärkung zu geben und trotz alledem am Ende die aus Freud und Leid, Erfolg und Niederlage, Tatkraft und Bewährung gewachsene und erfahrene Erkenntnis auszusprechen, die Louis Fürnberg in die Worte gefasst hat:

*»Jedes Feuer, das mein Herz gefangen
Jede Sorge, die mein Herz beschlich
War's oft schwer, so ist's ja doch gegangen.
Narben blieben, doch es lohnte sich.
Unser Leben ist nicht leicht zu tragen.
Nur wer fest sein Herz in Händen hält,
hat die Kraft zum Leben Ja zu sagen
und zum Kampf für ein neue Welt.«*

Höslers Zahl der Woche

Joachim Höslers



Joachim Höslers,
Marburg, Lehrer
und Historiker,
Mitherausgeber
MBI

Eine »Zahl der Woche« nimmt Dr. Joachim Höslers, der als Lehrer an einer Marburger Schule arbeitet, zum Anlass, um im Unterricht über Zustände und Entwicklungen in der Welt zu diskutieren. Für unseren Heftschwerpunkt haben wir zum 75. Geburtstag der Bundesrepublik ein paar Zahlen, Daten, Fakten ausgewählt, die ein Licht auf Aspekte der deutschen Wirklichkeit werfen.

Alle 14 Minuten

... tötet irgendwo auf der Welt eine Waffe des Rüstungsunternehmens Heckler und Koch einen Menschen, so die Schätzung des Rüstungsinformationsbüros Freiburg. (Quelle: junge welt, 1.9.2021, S. 1)

Zusatzinformation: Rüstungsunternehmen Heckler & Koch, 1949 gegründet u. a. von dem Nazi Edmund Heckler und weiteren Ingenieuren aus NS-Rüstungsbetrieben. Heckler war nachweislich für etwa tausend Zwangsarbeiter verantwortlich, die unter unmenschlichen Bedingungen Schwerstarbeit leisten mussten. Hohe Todesrate. Heckler & Koch meldet für das Jahr 2020 rund 15 Prozent Umsatzsteigerung auf 275 Millionen Euro, gehört zu den fünf größten Herstellern von Gewehren und Pistolen. Hauptgeschäft: Kleinwaffen – diese gelten als *die* Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts: Pistolen, Sturmgewehre, Handgranaten, Minen (36. KW 2021)

Nur 13 Prozent

...der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2021 sind unter 30 Jahren alt. (Quelle: der Freitag, 1. Juli 2021, S. 6f.)

Zusatzinformation: 47 Prozent zwischen 30 und 60 Jahre, 38 Prozent der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt. (38. KW 2021)

Rund 65 Prozent

...aller Beschäftigten erhalten einen Stundenlohn unter 20 Euro brutto. (Aus der Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag. Quelle: Oberhessische Presse, 16.9.2021, S. 19)

Zusatzinformation: Mehr als die Hälfte der Beschäftigten, etwa 57 Prozent, erhalten weniger als 18 Euro Stundenlohn brutto, 42 Prozent der Beschäftigten liegen unter 15 Euro brutto, etwa ein Drittel (32 %) unter

13 Euro, ein Viertel (26 %) unter 12 Euro, 12 Prozent aller Beschäftigten unter 10 Euro. Seit Einführung der sog. Hartz-Gesetze (I–IV) durch die Regierung Schröder (SPD)/Fischer (Grüne) ist die Bundesrepublik zu einem Niedriglohnland geworden. Folge: Frage der Leistungsgerechtigkeit stellt sich; Problem der Altersarmut; Problem für demographische Entwicklung: zu wenige generativ vollwertige Arbeitsplätze! (39. KW 2021)

1.539 Euro Rente

... Brutto bekommt der sogenannte »Eckrentner« (mit Daten für eine beispielhafte Berechnung): er hat 45 Jahre lang ohne Unterbrechung gearbeitet und immer das Durchschnittseinkommen erhalten, dabei immer sozialversicherungspflichtig gearbeitet (also ohne Unterbrechung in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt), netto derzeit: 1.369 Euro. (Quelle: der Freitag, 9.9.2021, S. 1)

Zusatzinformation: Das Durchschnittseinkommen liegt 2021 bei 3.462 Euro brutto pro Monat. (40. KW 2021)

4,6 Milliarden Euro

... Vermögenssteuer wurden zum letzten Mal 1996 in der BRD erhoben; Gesamtaufkommen rund neun Milliarden DM (ca. 4,6 Milliarden Euro). (Quelle: junge Welt, 1.9.2021, S. 5)

Zusatzinformation: Damalige Höhe der Vermögenssteuer: 0,5 Prozent auf Betriebsvermögen, ein Prozent auf Vermögen natürlicher Personen. Urteil des BVerG 1995: Steuer sei verfassungswidrig, verstoße gegen Gleichheitsgrundsatz, bevorzuge Immobilienbesitz gegenüber Bargeld; Kohl-Regierung: kein Grund zur Abschaffung, Korrektur sei möglich; dann – mit Wirkung zum Jahr 1997 – keine weitere Erhebung mehr. Zur Orientierung: Corona-Soforthilfen des Bundes an kleine Unternehmen und Soloselbstständige in 2020: 14,1 Mrd. Euro (43. KW 2021)

82 Prozent

... der gesetzlichen Renten in der Bundesrepublik liegen unter 1.500 Euro brutto pro Monat. (Quelle: Aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag, berichtet vom Redaktionsnetzwerk Deutschland am 12.9.2021)

Zusatzinformation: Nach der gleichen Quelle liegen 95 Prozent der monatlichen Pensionen von Beamten über 1.500 Euro. (45. KW 2021)

132 Frauen

... wurden im Jahr 2020 in Deutschland von ihren Partnern oder Ex-Partnern umgebracht, so die Polizeistatistik. (Vgl. Julia Cruschwitz/

Carolin Haentjes: Femizide. Frauenmorde in Deutschland, Stuttgart 2021
(47. KW 2021)

Über 21 Millionen Menschen

... haben einen Migrationshintergrund. Das sind 26 Prozent der Bevölkerung der BRD. In den einzelnen Fraktionen des neu gewählten Deutschen Bundestages sind das: Die LINKE 28,2%, SPD 17%, Grüne 13,6%, AfD 7,2%, FDP 5,4%, Union 4,6%.

Zusatzinformation: Definition Migrationshintergrund: Person oder mindestens ein Elternteil geboren ohne deutsche Staatsangehörigkeit
(48. KW 2021)

Mindestens 213 Menschen

... kamen seit dem Wendejahr 1990 bei rechten Gewalttaten ums Leben. Dazu kommen 14 weitere Verdachtsfälle. (Quelle: www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/)

Zusatzinformation: Todesopfer in Folge linker Gewalt seit 1990: vier.
(Vgl. SZ, 10.7.2017; katapult-magazin.de) (49. KW 2021)

43 Prozent

... stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merkels. (Quelle: Oberhessische Presse, 4.12.2021)

Zusatzinformation: Wenn Wirtschaftswachstum und Emissionen anhalten, wird die Bundesrepublik Deutschland in weniger als zehn Jahren ihr CO₂-Budget für das Ziel, die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten, aufgebraucht bzw. den 1,5-Grad-Pfad verlassen haben. (7. KW 2022)

4,91 Milliarden Euro

In den letzten neun Amtstagen genehmigte die Merkel-Regierung noch Rüstungsexporte in Höhe von 4,91 Milliarden Euro. (Quelle: junge Welt, 27.12.2021)

Zusatzinformation: Ägypten erhält den Löwenanteil dieses Kriegsgüter im Wert von 4,16 Milliarden Euro ungeachtet der Menschenrechtsverletzungen in Ägypten, seiner Verwicklung in die Kriege gegen Jemen und in Libyen. Der neue Bundeskanzler Scholz (SPD), dessen Regierung verkündet hatte, die Rüstungsexportpolitik der vergangenen Jahre auf den Prüfstand zu stellen, hat die Entscheidung der Merkel-Regierung mitgetragen (als Finanzminister und als Mitglied des Bundessicherheitsrates)
(9. KW 2022)

497 Kinder und Jugendliche

Mindestens 497 Kinder und Jugendliche wurden zwischen 1945 und 2019 (!) in katholischen Bistümern von mindestens 235 Priestern, Diakonen u. a. Mitarbeitern sexuell missbraucht.

Zusatzinformation: Opfer- und Täterzahlen entsprechen dem sog. Hellfeld. Einer der Gutachter, Ulrich Wastl: Bilanz des Schreckens. (Quelle: Gutachten der Anwaltskanzlei Westphal – Spilker – Wastl; Oberhessische Presse (OP), 21.1.2022) (10. KW 2022)

170 Milliarden US-Dollar

Schäden in Höhe von mehr als 170 Milliarden US-Dollar (150 Milliarden Euro) haben allein die zehn finanziell folgenreichsten Unwetterkatastrophen im Jahr 2021 verursacht.

Zusatzinformation: Diese Summe ist ca. 20 Milliarden US-Dollar höher als 2020. Die Flutkatastrophe in BRD und Belgien gehört auch zu den finanziell schlimmsten: ca. 43 Milliarden US-Dollar! Die teuerste Katastrophe: Hurrikan »Ida« August 2021 im Osten der USA (65 Milliarden USD). (Quellen: NGO Christian Aid; junge Welt, 28.12.2021) (11. KW 2022)

350 Euro Miete

In Marburg muss für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft (WG) im Durchschnitt 350 € Warmmiete (also inkl. Nebenkosten) gezahlt werden. (Quelle: OP, 2.3.2022)

Zusatzinformation: Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Preis für ein WG-Zimmer in Hochschulstandorten mit mehr als 5.000 Studierenden aktuell bei 414 €. (Quelle: Forschung & Lehre 3/22, S. 188.) (14. KW 2022)

45 Prozent

Bevor es Auswirkungen durch die Corona-Pandemie gab, waren im Sommersemester 2020 rund 45 % der Studierenden erwerbstätig ohne finanzielle Schwierigkeiten.

Zusatzinformation: 13 % der Studierenden waren aufgrund finanzieller Schwierigkeiten erwerbstätig. 5 % der Studierenden hatten finanzielle Schwierigkeiten, aber keinen Job. Nur 37 % der Studierenden waren nicht erwerbstätig und ohne finanzielle Schwierigkeiten. (Quelle: Forschung & Lehre 3/22, S. 189) (25. KW 2022)

12 Milliarden Euro

... für Leistungen in der Pflege werden pro Jahr in Deutschland nicht (!) abgerufen.

Zusatzinformation: 93 % der Berechtigten haben keine Tagespflege, 86 % der Berechtigten keine Kurzzeitpflege, 80 % der Berechtigten keine Entlastungszahlungen für haushaltsnahe Dienstleistungen usw. Solche und andere Leistungen der Pflegeversicherung werden im Wert von zwölf Milliarden Euro nicht abgerufen, kommen also bei den Menschen, die Hilfe brauchen und mit ihren Probleme selbst zurechtkommen müssen, nicht an. Ursachen: fehlende oder fehlerhafte Information für Betroffene, Mangel an Angeboten, Versäumen von Fristen (Quelle: VdK-Pflegestudie, hier nach VdK Zeitung, Juni 2022, S. 1) (27. KW 2022)

200 Millionen

... alte Mobiltelefone liegen nach Angaben der Verbraucherzentralen in deutschen Schubladen.

Zusatzinformation: Ab 1. Juli 2022 sind Lebensmittelgeschäfte und Discounter ab einer Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern dazu verpflichtet, alte Elektrogeräte zurückzunehmen, vorausgesetzt die Geschäfte vertreiben zumindest mehrmals im Jahr Elektroprodukte. (Quelle: Oberhessische Presse, 21. Juni 2022, S. 20) (28. KW 2022)

145 Milliarden Euro

... haben die Folgeprobleme der Globalen Erwärmung in Deutschland von 2000 bis 2021 gekostet.

Zusatzinformation: Mithin ergibt sich ein Durchschnittswert von knapp sieben Milliarden Euro pro Jahr, die bislang die Globale Erwärmung in Deutschland an Kosten verursacht. Erwartung der Klimafolgenforschung: Ansteigen der Kosten, Sinken der Produktivität (Quelle: Tagesthemen vom 18.7.2022) (38. KW 2022)

417.000 Wohnungslose

Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) gab es im Jahr 2020 circa 417.000 wohnungslose Menschen in der BRD.

Zusatzinformation: 417.000 Menschen – das entspricht etwa der doppelten Einwohnerzahl Kassels. Immer mehr Menschen in der BRD sind betroffen von Mietsteigerungen, Immobilienspekulation und Zwangsräumungen. Bundes- und Landesregierungen ermitteln und wissen nicht, wie viele Menschen im Land tatsächlich wohnungs- und obdachlos sind. Verbände und Sozialarbeiter, die sich zuständig fühlen, warnen, dass die von der BAGW angegebene Zahl zu niedrig sei und die

Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen in Deutschland dramatisch steige. (Quelle: junge Welt, 12.9.2022, Seite 1) (40. KW 2022)

4 junge Männer

... wurden im August 2022 innerhalb einer Woche von Beamten der Polizei getötet.

Zusatzinformation: Am 2.8. ein 23jähriger obdachloser, aus Somalia geflüchteter Mann in Frankfurt; am 3.8. ein 48jähriger Straßenmusiker aus Russland in Köln; am 7.8. ein 39jähriger Mann aus Recklinghausen; am 8.8. ein 16jähriger, aus dem Senegal geflüchteter Jugendlicher. Im September wurden von Polizei drei Menschen getötet. Im Oktober zwei Menschen. Gemeinsamkeiten der Opfer: alle arm, alle in sogenannten sozialen Brennpunkten lebend, alle psychisch krank oder extrem belastet, alle mit dunkler Hautfarbe oder Migrationsgeschichte. (Informationsquelle: junge Welt, 5./6. November 2022, S. 12 f.) (45. KW 2022)

Faktor 53

Die Vorstandsgehälter der 40 DAX-Konzerne sind durchschnittlich 53 Mal so hoch wie die Gehälter ihrer Mitarbeiter.

Zusatzinformation: Im Jahr 2020 waren die Gehälter der DAX-Vorstandsmitglieder im Durchschnitt 47 Mal so hoch wie die der Mitarbeiter. Durchschnittliche Höhe der Bezüge der Vorstandsmitglieder 2022 voraussichtlich 3,9 Millionen Euro; 24 Prozent mehr als 2021. Spitzenreiter aktuell: Steve Angel, Chef der Linde AG: 19 Mio. €/Jahr (Quelle: Oberhessische Presse, 29.9.2022) (46. KW 2022)

Fifty Fifty

Auf die Frage, ob wir für den Klimaschutz auf Wirtschaftswachstum verzichten müssten, antworteten Mitte November 46 Prozent der Befragten mit Ja, 46 Prozent der Befragten mit Nein. (Quelle: Report Mainz, infratest dimap, Mitte November 2022) (46. KW 2022)

Plus 70 Prozent

Um 70 Prozent ist der Nettogewinn beim Waffenhersteller Heckler & Koch in den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 gestiegen.

Zusatzinformation: Angabe des Nettogewinns in diesen drei Quartalen: 29,1 Millionen Euro. Profitable Produkte – vor allem Sturmgewehre, exportiert nach Litauen, Lettland, Norwegen und in die USA. »Die operative Fähigkeit unserer Firma kommt nun voll zur Geltung.« Firmenchef Jens Bodo Koch. Man sei für die weiter steigende Nachfrage

infolge des Kriegs in der Ukraine gut aufgestellt. (Quellen: dpa, junge Welt vom 2.12.2022) (49. KW 2022)

4 von 5 Kliniken

80 Prozent der bundesdeutschen Kliniken mussten in den vergangenen Jahren die Zahl ihrer Betten im Bereich der Pädiatrie (Kinderheilkunde, vom Griech. pais, paidos = Kind) verringern.

Zusatzinformation: Die Zahl der Betten in Kinderkliniken sank von 2018 bis 2020 um 455. Von 2020 bis 2012 um weitere 288 auf derzeit noch etwa 25.900. Die Zahl der jährlich stationär zu behandelnden Kinder und Jugendlichen stieg von ca. 900.000 auf über eine Million an. Dazu Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ): »Und die Politik nimmt [die aktuelle Situation] nicht nur billigend in Kauf, sie hat sie mitverursacht, indem sie die Pädiatrie seit Jahren aushungert.« Jetzt wurde zugesagt, 2023 und 2024 jeweils 300 Millionen Euro für Kinderkliniken zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Gesundheitsminister Lauterbach: »Ein System, das ausgerechnet Gewinne macht, indem bei Kindern gespart wird, ist ein krankes System.« (Quellen: junge Welt, 9.12.2022; Unsere Zeit, 9.12.2022; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.12.2022) (50. KW 2022)

61 Prozent

... der Befragten haben Ende 2022 der Aussage zugestimmt: »Wenn man mal an die aktuellen Krisen und Probleme denkt, war das vergangene Jahr 2022 das schlimmste Jahr seit Langem.«

Zusatzinformation: Diese Art der Befragung wird seit zehn Jahren durchgeführt. Ende 2012 antwortete noch eine Mehrheit von 53 Prozent, das Jahr sei für sie ein gutes Jahr gewesen. Aktuell finden 73 Prozent der Befragten, dass die bestehenden Verhältnisse Anlass zur Beunruhigung böten. Der Wert war im Lauf des Jahres schon höher. (Quelle: Oberhessische Presse, 22.12.2022) (2. KW 2023)

3 Prozent

...des bisherigen Erdgas-Verbrauchs der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2021 sollen künftig aus Katar in Form von Flüssiggas (LNG = Liquefied Natural Gas) geliefert werden.

Zusatzinformation: Konkret geht es um die Lieferung von zwei Millionen Tonnen LNG, das entspricht 2,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas) pro Jahr. Der Preis von LNG ist mindestens dreimal so hoch, manche Fachleute sagen vier- bis siebenmal so hoch wie bei klassischem Erdgas; jedenfalls tendenziell weiter steigend. Zur Verflüssigung durch Abkühlen auf tiefkalte (kryogene) minus 162 Grad Celsius wird enorm viel Energie

benötigt, der Transport über die Weltmeere verursacht massive Treibhausgasemissionen: LNG ist signifikant teurer, umwelt- und klimaschädlicher als die Nutzung von klassischem Erdgas. (Quellen: Unsere Zeit, 9.12.2022; www.youtube.com/watch?v=jKX_5h37AXo (Zugriff am 15.1.2023)) (3. KW 2023)

761 Millionen und 2,6 Millionen

Erste Schätzungen der Denkfabrik Agora Energiewende gehen davon aus, dass Deutschland im Jahr 2022 761 Millionen Tonnen CO₂ emittiert hat, etwa so viel wie 2021.

Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hat im Lauf des Jahres 2022 in Deutschland 2,6 Millionen Neuzulassungen an Personenkraftwagen (PKW) gezählt, 1,1 Prozent mehr als 2021.

Zusatzinformation: Fachleute gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre sogenannten Klimaziele verfehlt. Schlagzeile der Oberhessischen Presse: »Der Endspurt rettet das Autojahr«. Diesem Thema ist ein fünfspaltiger Artikel gewidmet, auf das Verfehlen der Klimaziele macht ein kleiner Einspalter aufmerksam. (Quelle: OP, 5.1.2023) (4. KW 2023)

4.700 Milliarden Euro

... befanden sich im Jahr 2014 in sogenannten Steueroasen, also in Banktresoren in Gebieten, in denen dieses Geld nicht versteuert werden muss, überwiegend in der Schweiz, sonst in Singapur, Hongkong, Luxemburg, auf den Bahamas, den Kaimaninseln, der Kanalinsel Jersey. Würde diese Steuerhinterziehung effektiv unterbunden, hätten viele Länder dieser Erde keine Haushaltsprobleme mehr.

Zusatzinformation: Zu dieser Zahl kam eine Untersuchung unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman. Die Umverteilung von unten nach oben hat sich während der Corona-Pandemie 2020/22 und seit dem 24. Februar 2022 beschleunigt. (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.7.2014) (36. KW 2023)

9,3 Millionen

... der derzeit sozialversicherungspflichtig Vollbeschäftigten (!) werden mit einer monatlichen Rente von weniger als 1.500 Euro brutto rechnen müssen.

Zusatzinformation: Derzeit sind rund 22 Millionen Menschen in Deutschland in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis vollbeschäftigt. Weitere rund 20 Millionen sind teilzeitbeschäftigt (oder nicht sozialversicherungspflichtig). Um auf eine monatliche Brutto-Rente von 1.500 Euro zu kommen, muss derzeit 45 Jahre lang voll (40 Stunden

pro Woche) für einen Stundenlohn von 20,78 Euro gearbeitet werden. VdK-Präsidentin Verena Bentele dazu: »Wenn die Bundesregierung jetzt nicht gegensteuert, werden Millionen von Menschen im Alter geringe Renten erhalten – und das trotz einer durchgehenden Arbeitsbiographie und einer Bezahlung, die über dem Mindestlohn liegt.« Eine Erhöhung des Rentenalters führe unweigerlich zur Rentenkürzung. Der Mindestlohn liegt derzeit bei 12 Euro, soll ab 2024 auf 12,41 € erhöht werden. (Quellen: VdK Zeitung, Oktober 2023, S. 1; junge Welt, 27.9.23, S. 5) (40. KW 2023)

32 Prozent

... von 2.000 Befragten in der BRD haben geantwortet, sie sorgten seit Beginn des Krieges wegen des Preisanstiegs weniger für den Ruhestand vor.

Zusatzinformation: Ebenfalls 32 Prozent haben in der Umfrage gesagt, sie sparten für die Rentenzeit überhaupt nicht. 59 Prozent sagten, sie würden gern (mehr) vorsorgen, könnten es sich aber finanziell nicht leisten. (Quelle: Oberhessische Presse, 5.10.23; vgl. Zahl der Woche in der 40. KW!)

129

Paragraph 129 des Strafgesetzbuchs verbietet die Bildung krimineller Vereinigungen. Wegen angeblicher Bildung einer kriminellen Vereinigung hat die Generalstaatsanwaltschaft München Ermittlungen gegen sechs Nürnberger Antifaschist:innen eingeleitet.

Zusatzinformation: Am 11. Oktober, drei Tage nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, bei denen rechtsradikale und radikal konservative Kräfte massiv zugelegt haben, begannen die Hausdurchsuchungen. Vorwurf: Graffiti mit Solidaritätsbekundungen für Antifaschist:innen, die im sogenannten Antifa-Ost-Verfahren vor Gericht stehen, womit die Antifa verherrlicht werde; Beispiel: »Free Lina«. (Quellen: antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur, November/Dezember 2023, S. 15; www.labournet.de/interventionen/grundrechte/grundrechte-all/terror/hausdurchsuchungen-und-ermittlungen-nach-129-gegen-mehrere-antifaschistinnen-in-nuernberg-mit-dem-vorwurf-die-antifa-zu-verherrlichen-mit-graffitis/ (aufgerufen am 6.11.23))

50

Um 50 Prozent ist die Zahl der Auszubildenden seit 1980 in Hessen gesunken.

Zusatzinformation: 1980 gab es in Hessen ca. 160.000 Auszubildende, 2023 ca. 80.000. Kultusminister Lorz erklärte dies mit der gesunkenen Anzahl junger Menschen in Hessen, mit dem weitverbreiteten Glauben,

akademische Bildung garantiere bessere Arbeit und höheres Einkommen, und mit der Attraktivität und Sogwirkung städtischer Ballungsräume. Auf die Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik ging er dabei nicht ein. Vertreter der Unternehmer kritisierten die veränderte Anspruchshaltung junger Menschen (z. B. den Anspruch auf Work-Life-Balance), die »unsere wirtschaftliche Stellung« gefährde. (Quelle: Oberhessische Presse, 14.10.23)

3

Jeden dritten Tage wird in der Bundesrepublik Deutschland eine Frau ermordet.

Zusatzinformation: Statistisch gesehen misshandelt alle drei Minuten ein Mann in Deutschland eine Frau, durchschnittlich gibt es jeden Tag einen Tötungsversuch. Jeden dritten Tag gelingt dies. In den weitaus meisten Fällen handelt es sich um Gewalt eines Mannes gegen seine Partnerin. Bislang schauen Mehrheitsgesellschaft und Staat weg. (Quellen: Christina Clemm: Gegen Frauenhass, München 2023; Asha Hedayati: Die stille Gewalt – Wie der Staat Frauen alleinlässt, Hamburg 2023; antifa, Nov./Dez. 2023, S. 30.)

4 Arbeiter

... sind Ende Oktober 2023 auf einer Hamburger Großbaustelle tödlich verunglückt.

Zusatzinformation: Auf anderen Großbaustellen Hamburgs waren am 2. September vier Arbeiter lebensgefährlich verletzt worden, am 9. Juni hat sich ein Arbeiter Brandverletzungen zugezogen. Im April 23 hatte die Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG Bau) gewarnt vor »alarmierend« hohem Unfallgeschehen auf deutschen Baustellen. Statistisch sei 2022 deutschlandweit alle dreieinhalb Arbeitstage ein Bauarbeiter tödlich verunglückt. (Quelle: junge Welt, 31.10.23) (48. KW 2023)

Faktor 10

Fast zehnmal größer als 2022 ist in diesem Jahr bisher schon das Volumen der Rüstungsexporte der BRD nach Israel.

Zusatzinformation: Im gesamten laufenden Jahr gab es 218 Genehmigungsanträge. Die Rüstungsexporte nach Israel wurden vor allem nach den Angriffen der Hamas am 7. Oktober ausgeweitet. Seitdem wurden 185 Einzelgenehmigungen erteilt; bis 2. November beliefen sich diese Genehmigungen auf einen Wert von mehr als 303 Millionen Euro (gegenüber 32 Mio. im Jahr 2022). (Quellen: junge Welt, 9.11.23, tageschau.de vom 8.11.23) (49. KW 2023)

Wem gehört die Welt?



Dein Abo zählt.

Bestellungen unter jungewelt.de/abo
telefonisch: 030/53 63 55-82
per E-Mail: abo@jungewelt.de



Andrea Hornung,
Physikerin, SDAJ-
Bundesvorsitzende

Das Zukunftspapier der SDAJ

Andrea Hornung und Simon Massone



Simon Massone,
Soziologie-Student,
Wissenschaftliche
Hilfskraft an der
TU Dortmund

Dreißig Jahre nach der Konterrevolution herrscht in der arbeitenden und lernenden Jugend in Deutschland Vereinzelung, Ohnmacht und Konkurrenzdenken oder kurz: Perspektivlosigkeit vor. In dieser Zeit diskutieren wir in der SDAJ die Überarbeitung unserer programmatischen Grundlage, des Zukunftspapiers. Auf dem 26. Bundeskongress Ende März soll das überarbeitete Zukunftspapier nach mehr als einem Jahr gemeinsamer Diskussion beschlossen werden. Damit wollen wir deutlich machen: Die Jugend hat eine Perspektive und eine Zukunft, und zwar im gemeinsamen Kampf für ihre Rechte, im gemeinsamen Kampf für eine bessere, sozialistische Welt! Dabei lohnt sich auch der Blick in die real existierenden Staaten: Nach Kuba, wohin wir im vergangenen Sommer zwei Solidaritätsbrigaden mit insgesamt 50 Jugendlichen organisiert haben, und in die DDR, die für 40 Jahre gezeigt hat, dass ein besseres Deutschland möglich ist.

Der Bewusstseinsstand der Jugend – Perspektiven aufzeigen!

Im anderen, schlechteren Deutschland ist die Lebensrealität von Jugendlichen seit Jahren geprägt von Angst um den Arbeitsplatz, Massenarbeitslosigkeit, fehlenden Ausbildungsplätzen, schlechten Ausbildungsbedingungen mit unsicherer Übernahme, maroden Schulgebäuden, Leistungsdruck und unzureichender schulischer Bildung. So geht jeder neunte Ausbildungsplatzsuchende leer aus und mehr als die Hälfte der Auszubildenden wissen im dritten Ausbildungsjahr nicht, ob sie übernommen werden. Jugendliche trifft Kapitaloffensive und Sozialabbau besonders hart. Bereits jetzt ist ein Viertel der Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut bedroht. Durch die Kürzungen im Bildungsbereich wird die Schulbildung immer schlechter, so geht z. B. das Leseniveau von Grundschulern seit Jahren zurück. Es fehlen Lehrkräfte, die Schulkosten steigen, die Schulgebäude sind marode und immer häufiger nehmen Unternehmen durch »Öffentlich-Private Partnerschaften« Einfluss auf die Bildung. Während Ausgaben für Krieg und Rüstung steigen, werden Gelder für Soziales, Gesundheit, Umwelt und Bildung immer weiter gekürzt. Schwimmbäder, Jugendzentren, Sportplätze werden geschlossen, es fehlt Geld zur Sanierung im Sportverein, die Bafög-Mittel werden gekürzt.

Für Jugendliche heute ist die Existenz von Hartz-IV/Bürgergeld Normalität – an eine Zeit ohne kann sich kein Jugendlicher mehr erinnern. Im Bewusstsein Jugendlicher gab es schon immer offene Kriegsbeteiligung Deutschlands in aller Welt, gab es schon immer Bundeswehrwerbung. Die Schuldenbremse besteht mindestens seit unserer Kindheit, wenn nicht schon bei Geburt und mit der Bedrohung des Klimawandels

sind wir aufgewachsen. Armut, Prekarität und leider auch schwache Gewerkschaften sind normal für uns. Wissen über Alternativen zu dieser »Normalität« und zum Kapitalismus überhaupt sind kaum verbreitet. Die DDR wird oft als zweite deutsche Diktatur gesehen – wobei das gerade in Ostdeutschland weniger verfangt. Starke Proteste für Frieden, gegen Hartz IV, die Bildungsstreiks und starke Streikbewegungen sind kaum bekannt und Schülervertretungen werden ebenso wie Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Gewerkschaftsjugend zunehmend inaktiver und unpolitischer. Resignation, Perspektivlosigkeit und Ohnmacht sind die Folge.

In der Folge wächst auch die Unzufriedenheit mit der Ampel-Regierung, die die Interessen des Monopolkapitals aktuell durchsetzt: Die Zustimmung ist auf dem niedrigsten Stand seit der letzten Bundestagswahl. Die Grünen, die gerade von Jugendlichen als angebliche Umweltpartei wahrgenommen werden, entlarven sich als schärfster Kriegshetzer und als Partei der Automobilindustrie. Die AfD schafft es über die Kritik an der Ampel, sich als scheinbare Alternative zu präsentieren, stimmte jedoch ebenfalls für das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen. Sie vertritt lediglich einen anderen Weg für Deutschlands Aufstieg zur Weltmacht. Mit Rassismus und Hetze gegen Migranten und Arbeitslose sowie sozialer Demagogie repräsentiert sie einen deutlich schärferen Kurs gegen die arbeitende Bevölkerung. Wie die Landtagswahlen in Hessen und Bayern gezeigt haben, wird die AfD mittlerweile auch vermehrt von jungen Menschen gewählt.

Die Widersprüche des Kapitalismus führen zu einer widersprüchlichen Verarbeitung der Situation. Ein Teil der Jugendlichen negiert jede Veränderbarkeit der Situation und zieht sich ins Private zurück. Andere propagieren Konsumkritik als vermeintlichen Ausweg. Die unterschiedlichen Bewusstseinsinhalte lavieren dabei zwischen der systemischen Integration und Prozessen der Desintegration, in denen aktiv das System und die Gesellschaft hinterfragt wird. Die gewählten Lösungsansätze sind dabei allerdings häufig für das Monopolkapital ungefährlich.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Jugendliche aus der Arbeiterklasse nicht für einen Kampf um ihre Interessen ansprechbar wären. Jugendliche sind durchaus Teil von Kämpfen – ob bei immer wieder aufflammenden Bildungsprotesten, bei Umweltprotesten, Anti-Nazi-Blockaden, in Tarifrunden oder aktuell in der Palästina-Solidarität. An einer Schule in Dortmund konnte vor kurzem die Ausweitung von Schulbuslinien erkämpft werden, im Mega-Streik im März kämpften Beschäftigte im Verkehrsbereich von ver.di und EVG gemeinsam, nach Palästina-Demos in Kassel organisierte sich ein Offenes Schülertreffen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen und Kämpfe: Die Solidarität wird gestärkt und Jugendliche lernen, dass es sich lohnt, sich zu organisieren, dass sie gemeinsam etwas erreichen können, ja, auch dass die arbeitende und lernende Jugend gemeinsame Interessen hat. Der Resignation wird so

entgegengewirkt. Unsere Aufgabe als SDAJ ist, Teil dieser Kämpfe zu sein, diese zu stärken und über sich hinauszutreiben, weitere Aktions- und Bildungsangebote zu schaffen – die Perspektive über den einzelnen Kampf hinaus aufzumachen. Ein Kampf- und Diskussionsangebot dafür: Das Zukunftspapier.

Unsere Zukunftsvor- stellungen im Zukunfts- papier

Das Zukunftspapier ordnet ein: All die Zustände und Erscheinungen, die wir erleben, haben eine gemeinsame Ursache: Der Kapitalismus befindet sich in einer tiefen, allgemeinen Krise. Der Kapitalismus unserer Zeit ist Imperialismus (Abschnitt 1). Abgeleitet aus dem aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsstand zeigt es, was möglich wäre: Die Durchsetzung der Grundrechte der Jugend, des Rechts auf Ausbildung, Bildung, Frieden usw. (Abschnitt 2). Nicht zuletzt zeigt das Zukunftspapier eine Handlungsperspektive auf: Den Sozialismus, unseren Kampf darum, unser Ziel, Klassenbewusstsein und Klassenorganisation zu schaffen (Abschnitt 3). Es knüpft dabei an die Erfahrungen und Interessen Jugendlicher an.

Im kommenden Zukunftspapier wollen wir insgesamt zwölf Grundrechte fordern: Das Recht auf ein Leben in Frieden, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Ausbildung, das Recht auf intakte Natur und Umwelt, das Recht auf Mobilität, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Mitbestimmung und Demokratie, das Recht auf ein Leben ohne Rassismus und Faschismus, das Recht auf Gleichstellung der Geschlechter, das Recht auf Freizeit, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und das Recht auf Jugend. Damit wollen wir positiv formulieren, wofür wir kämpfen und deutlich machen, was beim gegebenen Stand der Produktivkräfte möglich wäre. Denn was man uns erzählt – »there is no alternative« – das stimmt nicht. Die Grundrechte und ihre Forderung bieten uns in Kämpfen mit den dort formulierten Zielvorstellungen Orientierung und sind zugleich Ergebnis des Kampfs der Arbeiterbewegung und Arbeiterjugend:¹ So wird das Recht auf Arbeit und Bildung seit über 100 Jahren von ihr eingefordert. Die Forderungen sind nachvollziehbar, weil sie an die Erfahrungen Jugendlicher, an den Kämpfen demokratischer Bewegungen anknüpfen. Zugleich stößt die Durchsetzung der Grundrechte aber auf den Widerstand der Herrschenden, da ihre Macht-, Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse durch sie in Frage gestellt werden. Das bietet uns zugleich die Möglichkeit, in Kämpfen darum aufzuzeigen, wer den Interessen der Jugend entgegensteht und Klassenbewusstsein zu schaffen. So beschreiben wir bspw. in unserem Recht auf Arbeit, wie die Lohnarbeit im Kapitalismus aussieht – von der Notwendigkeit von

1 Auch die SDAJ fordert schon seit 1972 die Grundrechte der Jugend ein. Inhaltlich beziehen sie sich auf die fünf zentralen Gründungsforderungen der SDAJ von 1968 (1. Soziale Sicherheit und beruflicher Aufstieg; 2. Ein demokratisches und auf die Zukunft gerichtetes Bildungssystem; 3. Ausreichende Jugendförderung; 4. Ein Leben in Demokratie und Freiheit; 5. Eine Welt des Friedens).

Arbeitslosigkeit über Ausweitung von Arbeitszeiten hin zum ständigen Drücken des Lohns und des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum. Dem stellen wir das Interesse auf ein Recht auf Arbeit, das ein selbstständiges Leben und nicht nur »Überleben« sowie die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten erlaubt, gegenüber. Wir machen die gegensätzlichen Interessen deutlich, wir fordern ein Ende prekärer Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung und das Recht auf einen Arbeitsplatz, und machen dabei klar, dass wir dafür letztlich eine Gesellschaft brauchen, in der Arbeit dem Interesse der gesamten Gesellschaft dient, in der es kein Lohnsystem mehr gibt und die Wirtschaft planmäßig im Interesse der Bevölkerung produziert. Ähnlich stellen wir im Recht auf Bildung den Widerspruch dar und zeigen auf, was für ein Bildungssystem wir bräuchten. Wir machen klar: »Die Verwirklichung unserer Grundrechte steht vor einer Hürde: Dem kapitalistischen System. Sein Grundprinzip, die Schaffung und Vergrößerung des Profits durch Ausbeutung der LohnarbeiterInnen und die Unterwerfung aller gesellschaftlicher Bereiche unter seine Profitinteressen, steht den Grundrechten der Jugend entgegen.« (Leitantrag Zukunftspapier)

Zur Beschreibung unserer Zukunftsperspektive – des Sozialismus – werfen wir im Zukunftspapier auch einen Blick in die Vergangenheit, denn: »Trotz seiner Niederlage in den Jahren 1989–91 hat der Sozialismus bewiesen, dass er in der Lage ist, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Er ist die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, weil er dessen Grundlage aufhebt: Das private Eigentum an den Produktionsmitteln.« (Leitantrag Zukunftspapier) Im Zukunftspapier halten wir zugleich strategische und taktische Überlegungen fest, wie wir zum Sozialismus kommen. Dazu gehört unsere Orientierung auf die Arbeit an Schule und Betrieb: Hier lernt und arbeitet die Arbeiterjugend und kommt zusammen. An diesen Orten sind die Auswirkungen der Kapitaloffensive unmittelbar zu spüren. Hier wird die Erfahrung gemacht, dass eine bessere Bildung und Ausbildung oder Verbesserungen der Arbeitssituation kein Geschenk von Unternehmern und Staat sind, sondern ständig erkämpft werden müssen. Im Betrieb verfügen die Beschäftigten zudem *über das effektivste Druckmittel im Klassenkampf*, den Streik. Wir bestimmen zugleich unseren Platz in demokratischen Bewegungen, die das Potenzial haben, breite Teile der Bevölkerung gegen die Monopole und ihren Staat zu vereinen. Unser Fokus liegt dabei immer auf einer kämpferischen Auseinandersetzung mit denjenigen, die den Jugendlichen ihre Grundrechte verweigern: dem Kapital, den deutschen Banken und Konzernen sowie ihrem Staat. Die Herrschaft des Kapitals ist die Ursache für Krieg und Krise, für Umweltzerstörung, Unterentwicklung und Ausbeutung in aller Welt. Erst im Sozialismus können Produktionsmittel, Arbeitskraft, Wissenschaft und Technik zum Nutzen der ganzen Gesellschaft eingesetzt werden. Bereits kleine Veränderungen, die gegen die Interessen der Kapitalisten und ihren Staat laufen, werden von ihnen mit

inbrünstiger Vehemenz verweigert und bekämpft und jedes Zugeständnis, dass wir ihnen abringen können, wird bei der nächstbesten Gelegenheit wieder zurückgenommen.

In der
Diskussion
gemeinsam
lernen

Seit über einem Jahr diskutieren wir nun schon mit hunderten von Jugendlichen eben jene Zukunftsperspektive. Wir aktualisieren das zuletzt 2012 auf einem Bundeskongress diskutierte Papier, um der aktuellen Lage, aktuellen Kämpfen und der Weiterentwicklung der SDAJ Rechnung zu tragen. Auf einer Konferenz zum Zukunftspapier konnten wir schon in der Erarbeitung des Leitetrags mit fast 200 Jugendlichen in Vorträgen informieren, in Workshops austauschen und in die gemeinsame Diskussion kommen. Aus den Diskussionen im Verband ist der Leitetrags für das neue Zukunftspapier entstanden, den wir auf dem 26. Bundeskongress der SDAJ beschließen wollen. Im gesamten Verband wurde bis vor kurzem der Antrag diskutiert und die Gruppen hatten die Möglichkeit, Änderungsanträge zu formulieren – viele hundert Anträge sind eingegangen. Vielerorts wurde die Diskussion durch Bildungsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Lesekreise begleitet. Aufgabe des Verbandes war es, die Einschätzung zur politischen Lage, die Grundrechte sowie unseren Weg zum Sozialismus mit den Erfahrungen und dem Wissen der Mitglieder, der Gruppen, aber auch Bündnispartnern und Jugendlichen außerhalb unseres Verbandes abzugleichen und entscheidende Korrekturen, Ergänzungen und Nachschärfungen in Änderungsanträgen vorzunehmen. Im Herbst dieses Jahres haben wir uns dann erneut als Verband zusammengefunden und auf einem bundesweiten Treffen die Diskussionen, die im Verband geführt wurden, gemeinsam besprochen. Bis Ostern werden nun die einzelnen Änderungsanträge in allen Gliederungen diskutiert und dann schließlich auf dem Bundeskongress abgestimmt. Ziel bei der Erarbeitung des Zukunftspapiers ist es, möglichst breit und kollektiv zu diskutieren, dabei aus den Erfahrungen von Jugendlichen zu abstrahieren und daraus, auf einer marxistischen Grundlage, unsere Schlüsse für eine bessere Zukunft abzuleiten. Zugleich können wir mit der Diskussion auch ausstrahlen: Denn wir haben Vorstellungen über unsere Perspektive und Zukunft.

Mit dem Zukunftspapier werden wir auch nach dem Kongress im März nach außen gehen. Wir wollen es als Grundlage für unser Handeln nutzen. Es dient uns aber nicht nur für die interne Diskussion, sondern wir wollen mit dem Zukunftspapier nach außen strahlen. Das heißt nicht, dass wir es Jugendlichen einfach in die Hand drücken, sondern wir wollen es gemeinsam mit Jugendlichen diskutieren, in einem Kampf gegen Leistungsdruck bspw. gemeinsam das Recht auf Bildung lesen. Für uns ist es ein Instrument, um auf Grundlage unserer Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus, zu diskutieren, zu kämpfen, Bewusstsein zu schaffen und zu organisieren. Oder, wie es auf dem Zukunftspapier heißt: Grundrechte erkämpfen, Imperialismus überwinden – die Zukunft muss sozialistisch sein!

Entschließung des Buchenwalder Volksfrontkomitees vom 19. April 1945¹

Die nächsten Aufgaben der Volksfront

Die demokratischen Kräfte der ganzen Welt stehen vor dem Sieg über den Nazismus. Die deutschen Antinazisten dürfen stolz darauf sein, unter vielen Opfern und Leiden ihren Teil zu diesem Sieg beigetragen zu haben. Aber noch liegt der furchtbare Gegner nicht zerschmettert am Boden. Die geschichtliche Stunde erfordert vielmehr die Mobilisierung aller antifaschistischen Kräfte, um den blutbefleckten Feind jeder Kultur endgültig niederzuwerfen und jede Wiederholung seiner verbrecherischen Diktatur verhindern zu können. Deshalb fordern wir für den Augenblick:

1. Sofortige Bildung antifaschistischer Volksausschüsse in Stadt und Land.

1 Das sicherlich bekannteste Dokument der Überlebenden der Konzentrationslager war der »Schwur von Buchenwald«, den die ehemaligen Häftlinge bei ihrem »Freiheitsappell« am 19. April 1945 in verschiedenen Sprachen vorgetragen haben. Gleichzeitig entstanden im Lager weitere programmatische Dokumente für die deutsche Nachkriegsentwicklung, von denen hier die Entschließung des Buchenwalder Volksfrontkomitees wiedergegeben werden soll. Bereits im Jahr 1944 entstand unter dem Schutz des Internationalen Lagerkomitees ein illegales Deutsches Volksfrontkomitee, in dessen Leitung folgende Antifaschisten vertreten waren: Hermann L. Brill (SPD) als Vorsitzender; Dr. Werner Hilpert (Zentrumspartei, später CDU); Ernst Thape (SPD) und Walter Wolf (KPD). Am 19. April 1945 trat das Komitee mit der hier abgedruckten Entschließung an die Öffentlichkeit.

2. Übernahme der öffentlichen Gewalt durch die Volksausschüsse im Einvernehmen mit den Besatzungsbehörden.
3. Säuberung der Polizei von nazistischen Elementen, Errichtung einer Verteidigungstruppe auf der Grundlage der Miliz gegen Saboteure, Werwölfe und dergleichen.
4. Einstellung jeder Tätigkeit für Hitler, Verhinderung jeder weiteren Zerstörung Deutschlands, Verhinderung jeder Arbeit, jedes Transports, jeder Nachrichtenübermittlung, jeden Kampfes für die Reste des Dritten Reiches durch die Volksausschüsse und ihre Organe.
5. Verhaftung und Überwachung aller nazistischen Elemente, ihre Überstellung an Volksgerichte.
6. Beschlagnahme aller Nazivermögen und Nazibetriebe.
7. Schaffung einer neuen demokratischen Ordnung gegen die Nazis.
8. Organisation eines Reichsausschusses der Antinazisten, Bildung einer republikanischen Volksregierung.
9. Wiederaufnahme der Arbeit in Stadt und Land, ausschließlich zur Versorgung des deutschen Volkes unter menschenwürdigen Bedingungen. Baldiger Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft, unverzügliche Aufnahme enger ökonomischer Beziehungen zur Sowjetunion als des natürlichen Wirtschaftspartners auf dem europäischen Festlande.
10. Bildung von antifaschistischen Einheitsgewerkschaften.
11. Herausgabe neuer Zeitungen, Zeitschriften, Ausnutzung des Nachrichtendienstes, des Rundfunks und aller Bildungseinrichtungen zur Aufklärung des deutschen Volkes über die Verbrechen des Nazismus, über die wirkliche Lage Deutschlands sowie zur Schaffung einer demokratischen öffentlichen Meinung.

Es lebe die Freiheit!

Es lebe die deutsche Volksrepublik!

Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

Schaffendes Volk in Stadt und Land!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

»Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!«

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem

Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazi-banditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muss in jedem deutschen Menschen das Bewusstsein und die Scham brennen, dass das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: »Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!«

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riss, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug

und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die »Größe Deutschlands« sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, dass Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie fielen, dass das Gift der tierischen Rassenlehre, des »Kampfes um Lebensraum« den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, dass breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!
Deutsche Arbeiterjugend!
Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des

»Dritten Reiches«, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, dass sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

- Keine Wiederholung der Fehler von 1918!
- Schluss mit der Spaltung des schaffenden Volkes!
- Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.
- Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion;
- denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

»Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!«

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

»Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker.«

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

»Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluss zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluss zu machen, muss Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!«

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muss beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewusst, dass der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muss gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophopolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. **Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei.** Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.
2. **Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.** Allseitige aktive Unterstützung der

Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung. Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. **Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.** Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der »Lehre vom Lebensraum«, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.
4. **Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der**

- Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.**
5. **Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.** Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.
 6. **Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher,** Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.
 7. **Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.** Es ist selbstverständlich, dass diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.
 8. **Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.**
 9. **Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.** Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.
 10. **Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die**

Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicherer auch eine größere Last tragen.

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, dass das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Dokumenten Zentrums- und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den

Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volk neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefasst! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Auftrage

Wilhelm Pieck, Walter Ukrbicht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Gustav Sobottka, Ottomar Geschke, Johannes R. Becher, Edwin Hörnle, Hans Jendretzky, Michel Niederkirchner, Hermann Matern, Irene Gärtner, Bernhard Koenen, Martha Arendsee, Otto Winzer, Hans Mahle

Berlin, den 11. Juni 1945

Warum wir DIE LINKE verlassen

Sahra Wagenknecht, Amira Mohamed Ali, Christian Leye, Lukas Schön, Jonas Christopher Höpken, Fadime Asci, Ali Al-Dailami, Sevim Dagdelen, John Lucas Dittrich, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Amid Rabieh, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Sabine Zimmermann

Wir haben uns entschieden, DIE LINKE zu verlassen und eine neue Partei aufzubauen. Dieser Schritt ist uns nicht leichtgefallen. Denn DIE LINKE war jahre- oder sogar jahrzehntelang unser politisches Zuhause. Hier haben wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter kennengelernt, von denen viele zu Weggefährten und einige zu Freunden wurden. Mit ihnen gemeinsam haben wir Abende und Wochenenden bei Parteiveranstaltungen verbracht und in Wahlkämpfen Sonderschichten eingelegt. All dies hinter uns zu lassen, fällt uns schwer – politisch wie persönlich. Hätte es einen besseren Weg gegeben, wir wären ihn gerne gegangen. Weil wir uns mit vielen von Euch verbunden fühlen, möchten wir unsere Entscheidung begründen. Die Konflikte der letzten Jahre wurden um den politischen Kurs der LINKEN geführt. Immer wieder haben wir argumentiert, dass falsche Schwerpunkte und die fehlende Konzentration auf soziale Gerechtigkeit und Frieden das Profil der Partei verwässern. Immer wieder haben wir angemahnt, dass die Fokussierung auf urbane, junge, aktivistische Milieus unsere traditionellen Wähler vertreibt. Immer wieder haben wir versucht, den Niedergang der Partei durch eine Änderung des politischen Kurses aufzuhalten. Damit hatten wir keinen Erfolg – und im Ergebnis hatte die Partei bei den Wählerinnen und Wählern immer weniger Erfolg. Die Geschichte der LINKEN seit der Europawahl 2019 ist die Geschichte eines politischen Scheiterns. Die

jeweiligen Parteiführungen und die sie stützenden Funktionäre auf Landesebene waren entschlossen, dieses Scheitern auf keinen Fall kritisch zu diskutieren. Es wurde weder eigene Verantwortung dafür übernommen, noch wurden inhaltliche Konsequenzen daraus gezogen. Vielmehr wurden diejenigen, die dem Kurs der Parteiführung kritisch gegenüberstanden, als Schuldige für die Ergebnisse ausgemacht und immer weiter ausgegrenzt. Wir sehen vor diesem Hintergrund für unsere Positionen keinen Platz mehr in der Partei. Als Beispiel sei an den »Aufstand für den Frieden« vom Februar 2023 erinnert. Es war die größte Friedenskundgebung der letzten knapp 20 Jahre. Zehntausende versammelten sich vor dem Brandenburger Tor. Obwohl, und gerade weil etwa die Hälfte der Bevölkerung den militärischen Kurs der Regierung ablehnt, hat sich das gesamte politische Establishment des Landes gegen die Kundgebung gewehrt und sie diffamiert. Statt uns in dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, stand die Parteiführung der LINKEN Schulter an Schulter mit den anderen Parteien: Sie hat den Initiatoren der Kundgebung vorgeworfen, »rechtsoffen« zu sein und war so Stichwortgeber für Vorwürfe gegen uns. Die politischen Räume für uns in der Partei wurden so klein, dass wir mit geradem Rücken nicht mehr reinpassen. Aus unseren Landesverbänden wissen wir: So geht es vielen Mitgliedern der LINKEN. Auch für sie wollen wir mit der neuen Partei eine neue politische Heimat schaffen. Dies tun wir aus innerer Überzeugung, denn eine Partei ist kein Selbstzweck. Was uns antreibt: Wir wollen die politische Entwicklung nicht länger hinnehmen. Die sozial verheerende Politik der Ampel kostet große Teile der Bevölkerung Einkommen und Lebensqualität. Die deutsche Außenpolitik munitioniert Kriege, statt sich um Friedenslösungen zu bemühen. International eskalieren Konflikte, die sich abzeichnende Blockbildung ist eine Bedrohung für den Weltfrieden und wird massive ökonomische Verwerfungen mit sich bringen. Gleichzeitig wird Widerspruch gegen

diese politische Entwicklung in der öffentlichen Diskussion immer häufiger sanktioniert und an den Pranger gestellt. Aber Demokratie braucht Meinungsvielfalt und offene Debatten. Die Unfähigkeit der Regierung, mit den Krisen unserer Zeit umzugehen, und die Verengung des akzeptierten Meinungskorridors haben die AfD nach oben gespült. Viele Menschen wissen schlicht nicht mehr, wie sie anders ihren Protest artikulieren sollen. DIE LINKE tritt in dieser Situation nicht mehr als klar erkennbare Opposition auf, sondern als weichgespülte »Ja, aber ...«-Partei. Sie ist mit diesem Kurs unter die Wahrnehmungsgrenze der Bevölkerung gesunken. Aktuell spricht alles dafür, dass sie im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein wird, während die AfD in Umfragen bei über 20 Prozent steht. Wir haben die Verantwortung, den Kampf um die Ausrichtung der Politik und um die Zukunft unseres Landes wieder ernsthaft zu führen. Dafür wollen wir eine neue politische Kraft aufbauen, eine demokratische Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Vernunft und Freiheit. Wir gehen ohne Groll und ohne Nachtreten gegen unsere alte Partei. Der Konflikt ist für uns abgeschlossen. Wir wissen: Einige von Euch haben diesen Schritt herbeigesehnt, andere werden enttäuscht sein und wieder andere werden nun abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Euch allen sagen wir: Wir möchten uns wie Erwachsene trennen. Ein Rosenkrieg würde uns allen schaden. Die Partei DIE LINKE ist nicht unser politischer Gegner. Den vielen unter Euch, mit denen wir lange Jahre vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, sagen wir auch: Wir sind bereit für Gespräche und würden uns freuen, Euch zu einem geeigneten Zeitpunkt in unserer Partei begrüßen zu können.

Was heißt Europäische Sicherheits- und Friedenspolitik?¹

Rolf Mützenich

1. Einleitung – Eine Welt im Umbruch

»Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster« – mit diesen Worten beschrieb der italienische Kommunist und Philosoph Antonio Gramsci die weltpolitischen Umbrüche zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939. Auch heute erleben wir wieder Zeiten großer Umbrüche und globaler multipler Großkrisen: Der Aufstieg neuer und alter Mächte, der Krieg in Europa, die Klimakrise, die Folgen der Pandemie, die Entwicklung neuer Technologien und der Wandel von Wirtschaft und Arbeit. Wir sind mitten in einer Zeitenwende der Weltpolitik. Die internationale Ordnung sortiert sich neu. Nach fünf Jahrhunderten westlicher Dominanz beanspruchen aufstrebende Mächte in Asien, Afrika und Lateinamerika die internationale Ordnung mitzuprägen und mitzugestalten. Das globale Mächtegleichgewicht verschiebt sich deutlich in Richtung indopazifischer Raum und jener Länder, die wir einst abschätzig als »Dritte Welt« bezeichneten.

1 Dieser Artikel ist erstmals in einer leicht veränderten Fassung am 14. Juni 2023 im Blog der Republik erschienen. Siehe: Mützenich, Rolf (2023): »Die Zeit der Monster: Vom unipolaren Moment zurück zum globalen Mächtekonzert«, Blog der Republik, online aufrufbar unter: www.blog-der-republik.de/die-zeit-der-monster-vom-unipolaren-moment-zurueck-zum-globalen-maechtekonzert-ein-gastbeitrag-von-rolf-muetzenich/ [letzter Abruf: 29.8.2023].



Noch ist ungewiss, wie die Gestalt der neuen, sich herausbildenden Weltordnung des 21. Jahrhunderts im Einzelnen aussehen wird. Doch spätestens seit dem Abzug aus Afghanistan und dem Krieg in der Ukraine steht fest: Die liberale Ordnung, die der Westen und insbesondere die USA nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer errichtet haben, neigt sich ihrem Ende zu. Die Welt ist endgültig multipolar geworden.

2. Der neue Wettbewerb der Großmächte im multipolaren Zeitalter

Als Katalysatoren dieser epochalen Veränderungen wirken insbesondere der Krieg in der Ukraine und der Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht ersten Ranges. Manche Zeitgenossen wähen den Westen bereits in einem neuen »Kalten Krieg 2.0«. Allerdings ist die heutige weltpolitische Lage – trotz einiger Ähnlichkeiten – eine völlig andere. Gewiss: Die

strategische Rivalität zwischen China und den USA wird die Welt grundlegend prägen und verändern – vielleicht sogar tiefgreifender als die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Doch die multipolare Welt des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich zugleich in wesentlichen Aspekten von der Welt des Ost-West-Konflikts. Der Kalte Krieg war geprägt von Bipolarität und einem Ideologiekonflikt zwischen zwei großen euro-atlantischen Ideen: dem Kapitalismus im Westen und dem Kommunismus im Osten.

Heute gibt es indes keinen vergleichbaren ideologischen oder intellektuellen Wettbewerb zwischen China, Russland und dem Westen. Der Grundkonflikt zwischen Autokratien und Demokratien ist zwar vorhanden, aber nicht systemprägend. Denn das im Westen gegenwärtig dominante Narrativ einer neuen Systemkonfrontation zwischen Autokratien und Demokratien trifft nur bedingt zu. Es ist richtig, dass Demokratien bereits seit geraumer Zeit weltweit unter Druck stehen. Laut dem »Democracy Report 2023«² des V-Dem Instituts der schwedischen Universität Göteborg gab es im Jahr 2022 zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahrzehnten mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien. Autokratien umfassen inzwischen rund 72 Prozent der Weltbevölkerung (5,7 Milliarden Menschen) und erwirtschaften 46 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die in den drei Jahrzehnten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs weltweit erzielten demokratischen Fortschritte wurden in den vergangenen Jahren fast völlig rückabgewickelt. Am dramatischsten ist

dabei der Abbau demokratischer Ordnungen im asiatisch-pazifischen Raum, der auf den Stand von 1978 zurückgefallen ist. Selbst innerhalb der Europäischen Union (EU) und in den USA konnten wir in den letzten Jahren das Abgleiten ehemals stabiler Demokratien und das Erstarren illiberaler Kräfte beobachten.

Doch so besorgniserregend diese Entwicklung auch sein mag, sie stellt keinen neuen Wettbewerb der Ideologien dar. China, Russland, Nordkorea und Iran sind allesamt autoritäre Diktaturen, doch haben sie ideologisch und ideell letzten Endes wenig gemein. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ebenfalls nicht das Ergebnis einer neuen Systemkonfrontation zwischen Autokratien und Demokratien, sondern vielmehr eines ungeklärten Verhältnisses zwischen russischer Nation und russischem Imperium und einer seit Jahrhunderten fortwährenden imperialen Logik der russischen Elite. Auch Pekings Außenpolitik wird weniger von Ideologie bestimmt als von purer Interessenpolitik und der Suche nach ökonomischen, technologischen und machtpolitischen Vorteilen. Kommunistisch ist an der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) eigentlich nur noch ihr Aufbau. Auch aufstrebende demokratisch-geführte Länder, wie beispielsweise Indien und Brasilien, lehnen eine Einteilung der Welt in Demokratien und Autokratien ab. So ist Indien – immerhin die größte Demokratie der Welt – zugleich Mitglied der Quad-Gruppe (USA, Australien, Indien, Japan) sowie der BRICS-Staaten, der von Peking dominierten Asiatischen Infrastruktur-investmentbank (AIIB) und der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Ideologische Konflikte und Werte spielen offenbar in der Welt des 21. Jahrhunderts nur noch eine nachrangige Rolle und werden zunehmend durch Macht- und Interessenpolitik ersetzt.

Im Gegensatz zur bipolaren Welt des Kalten Krieges spricht deshalb vieles dafür, dass die neue Welt des 21. Jahrhunderts eine multipolare Welt mit verschiedenen globalen Zentren sein wird, die auf unterschiedliche Art und Weise

2 Evie Papada, David Altman, Fabio Angiolillo, Lisa Gastaldi, Tamara Köhler, Martin Lundstedt, Natalia Natsika, Marina Nord, Yuko Sato, Felix Wiebrecht, and Staffan I. Lindberg. 2023. *Defiance in the Face of Autocratization. Democracy Report 2023*. University of Gothenburg: Varieties of Democracy Institute (V-Dem Institute), online aufrufbar unter: www.v-dem.net/publications/democracy-reports/ [letzter Abruf:29.8.2023].

Macht und Einfluss ausüben. Zu diesen Zentren gehören sicherlich die »großen Fünf«: die USA, China, die EU, Indien und – zumindest in militärischer und rohstoffpolitischer Sicht – ein wenig stabiles und zunehmend an Bedeutung verlierendes Russland (»Tankstelle mit Atomwaffen«). Daneben wird es noch weitere einflussreiche regionale Pole geben, wie z.B. Brasilien, Mexiko, Indonesien und die ASEAN-Staaten, Iran, Saudi-Arabien, Nigeria und Südafrika. Diese neuen, aufstrebenden Länder des Globalen Südens werden sich zu Recht mit einer neuen uni- oder bipolaren Ordnung nicht abfinden oder irgendeinem Land unterordnen. In Europa und in den USA wird oft vergessen, dass der Kalte Krieg nur im Westen und innerhalb der Sowjetunion »kalt« blieb und vor allem in den Ländern des Globalen Südens ausgetragen wurde. Zwischen 1945 und 1989 fanden in der damaligen »Dritten Welt« mehr als 150 größere bewaffnete Konflikte statt – oftmals von den USA und der UdSSR angeführte sogenannte »Stellvertreterkriege«. Mehr als 20 Millionen Menschen kamen Schätzungen zufolge bei diesen, zum Teil langwierigen militärischen Auseinandersetzungen in der »Dritten Welt« ums Leben.

Auch der »unipolare Moment« (Charles Krauthammer) nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde in den Ländern des Globalen Südens keineswegs als eine Ära des Friedens und der Stabilität wahrgenommen. Dazu trugen nicht nur die gescheiterten westlichen Interventionen im Nahen Osten und Afrika bei, sondern auch, dass der Westen hinter den selbst geweckten Erwartungen oftmals zurückblieb und durch die Missachtung internationaler Normen und der einseitigen Kündigung von Abrüstungsverträgen wichtiges Vertrauen verspielte. Dies erklärt in Teilen, warum selbst ein Jahr nach Kriegsbeginn viele Staaten dieser Welt Russlands Angriffskrieg nach wie vor nicht eindeutig verurteilt haben. Nicht wenige Staaten des Globalen Südens sehen die Verantwortung für den Krieg in der Ukraine nicht nur bei Russland, sondern auch

im Westen. Auch wenn nichts Putins Überfall rechtfertigt, sollten wir uns offener für die Frage zeigen, ob der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges alles Mögliche unternommen hat, um Russlands imperialer Besessenheit keinen zusätzlichen Nährboden zu geben.

Bei der dritten Abstimmung in der UN-Generalversammlung am 23. Februar 2023 stimmten zwar wie bereits vor einem Jahr erneut 141 Staaten für eine Resolution zum Ende des Krieges und den Rückzug Russlands aus der Ukraine. Doch haben sich nach wie vor bislang nur 35 Staaten den westlichen Sanktionen gegen Moskau angeschlossen. Dies bedeutet nicht, dass diese Staaten Russlands Angriffskrieg gutheißen oder dass die Anziehungskraft aus Moskau und Peking im Globalen Süden größer ist als die des Westens. Aber wir müssen anerkennen, dass es in anderen Weltregionen offenkundig andere Interessen und Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine gibt als in Washington oder Brüssel.

Der Westen sollte deshalb nicht versuchen, die Länder des Globalen Südens zu einer Entscheidung zwischen Russland, China und dem Westen zu zwingen. Eine solche Strategie würde die Fähigkeiten des Westens übersteigen und wäre letzten Endes zum Scheitern verurteilt. Viel zu lange hat der Westen den Interessen und Bedürfnissen des Globalen Südens nicht ausreichend Beachtung geschenkt. Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank spiegeln nach wie vor die machtpolitischen Realitäten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nicht die von heute wider. Der Globale Süden fordert deshalb bereits seit langem eine institutionelle Neuordnung, die die Interessen der Länder des Globalen Südens stärker einbezieht und repräsentiert. Längst versuchen die BRICS-Staaten sich in diesem Zusammenhang als Gegenmodell zum Westen zu positionieren. Bereits im Jahr 2015 gründeten die BRICS die »New Development Bank« (NDB) als Alternative zur Weltbank und dem IWF. Zu der NDB gehören mittlerweile

neben den fünf BRICS-Staaten auch Ägypten, Bangladesch, Uruguay und die Vereinigten Arabischen Emirate. Bei dem 15. Treffen der BRICS-Staaten vom 22. bis zum 25. August 2023 in Johannesburg in Südafrika beschlossen die BRICS zudem die Aufnahme von sechs neuen Mitgliedsstaaten. Demnach treten zum 1. Januar 2024 Ägypten, Argentinien, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die zwei Erzrivalen Saudi-Arabien und Iran dem Verbund von Schwellenländern bei. Darüber hinaus sollen über 20 weitere Staaten ihr Interesse an einer BRICS-Mitgliedschaft bekundet haben. Dies zeigt deutlich: Immer mehr Staaten des Globalen Südens – selbst (einstige) strategische Partner des Westens wie Saudi-Arabien – suchen zunehmend die Nähe zu den BRICS oder wollen sich zumindest mehrere Optionen offenhalten. Wie groß der Einfluss der BRICS-Staaten letzten Endes sein wird, bleibt dennoch abzuwarten. Anders als die G7 setzen sich die BRICS aus sehr unterschiedlichen politischen Systemen und Volkswirtschaften zusammen und konkurrieren darüber hinaus noch untereinander um Macht und Einfluss. Hinzu kommt, dass sich einige BRICS-Mitgliedstaaten wie Indien und Brasilien weiterhin keinem Lager eindeutig zuordnen wollen. Unterschätzen sollte der Westen die gegenwärtigen Entwicklungen im Rahmen der BRICS und der SOZ dennoch nicht, denn die BRICS-Staaten eint ein gemeinsames Ziel: Die Transformation der Weltordnung hin zu einer weniger westlichen und zunehmend multipolaren Welt.

Wenn der Westen den Globalen Süden nicht an Russland und China verlieren möchte, ist es daher unerlässlich, dass wir die internationalen Institutionen reformieren und eine gerechtere Ordnung gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens errichten. Dabei müssen wir auch nicht bei Null anfangen. Bereits vor mehr als 40 Jahren entwickelte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Nord-Süd-Bericht eine wegweisende Strategie, um den Nord-Süd-Ausgleich voranzubringen.

Ganz in dieser Tradition agiert auch heute Bundeskanzler Olaf Scholz, wenn er gerechte Partnerschaften und neue Formen der Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens fordert. Dazu gehört die Einladung von Indien, Südafrika und den Vorsitzländern der Afrikanischen Union und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten zum G7-Gipfel in Elmau im vergangenen Jahr, ebenso wie die Initiative zur globalen Mindeststeuer, der Klimacub und der Aufbau von neuen, beidseitig vorteilhaften Partnerschaften im Bereich der Energieversorgung (»Just Energy Transition Partnerships«) und in der Entwicklungszusammenarbeit.

Der Globale Süden hat wie der Westen ein fundamentales Interesse am Erhalt einer multilateralen und regelbasierten Ordnung, in der die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren. Eine multipolare Ordnung schafft nicht automatisch eine gerechtere und sicherere Welt. Im europäischen Großmächtekonkordat des 19. Jahrhunderts waren kleinere und mittelgroße Staaten oftmals nur Spielfiguren auf dem geopolitischen Schachbrett der fünf Großmächte. Ohne einen globalen Rahmen von internationalen Normen, Regeln und Gesetzen sowie Institutionen, um diese aufrechtzuerhalten, werden sich die kleinen und mittleren Mächte auch im 21. Jahrhundert der Logik des Großmächte Wettbewerbs nicht entziehen können.

3. Europäische Sicherheits- und Friedenspolitik im neuen Konzert der Mächte

Auch für Europa stellt sich die Frage, ob es im globalen Mächtekonkordat der Zukunft ein eigenständiger Machtpol oder ein Spielball geopolitischer Großmachttrivalität sein wird. Vor allem der russische Überfall auf die Ukraine hat die Frage der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Europas so deutlich ins Licht gerückt wie noch nie zuvor seit 1945. Der Krieg in

der Ukraine bedeutet das endgültige Ende der europäischen Nachkriegs- und Friedensordnung und leitet eine neue, weitere Phase des Misstrauens und der Aufrüstung in den internationalen Beziehungen ein, die das politische Gesicht der Welt für viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte, verändern wird.

Wie und wann der Krieg enden wird, ist selbst eineinhalb Jahre nach Kriegsbeginn weiterhin ungewiss. Vieles deutet gegenwärtig auf einen langen Zermürbungskrieg hin. Doch bereits heute lässt sich konstatieren, dass Putin mit seiner imperialen Rekonstruktion gescheitert ist. Trotz enormer menschlicher und materieller Verluste ist es Putin weder gelungen, die Ukraine zu erobern noch den Westen zu spalten. Im Gegenteil: Der Krieg hat die ukrainische Gesellschaft zusammengeschweißt und zu einer Renaissance der militärischen Sicherheitspolitik geführt. Sowohl die Europäische Union als auch das nordatlantische Bündnis sind heute weitgehend geeint und geschlossen wie seit langem nicht mehr. Insbesondere die NATO, noch vor wenigen Jahren von US-Präsident Trump als »obsolet« und vom französischen Präsidenten Macron als »hirntot« bezeichnet, ist wieder das wichtigste sicherheitspolitische Bündnis in Europa. Bei dem jüngsten NATO-Gipfel in Vilnius am 11. und 12. Juli wurden wichtige Weichen für die Verteidigungspolitik der Allianz und zur langfristigen Unterstützung der Ukraine gestellt. Darüber hinaus hat die Türkei nach langem Widerstand dem Beitritt Schwedens zur NATO zugestimmt. Der Beitritt Finnlands und nun Schwedens nach vielen Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten der Bündnisfreiheit ist ein historischer Schritt, der noch vor kurzem undenkbar schien.

Die Wiederbelebung des atlantischen Bündnisses ist einerseits sicherlich auf die völlig veränderte Sicherheitslage in Europa und auf die Veränderungen in der internationalen Ordnung zurückzuführen. Mindestens ebenso wichtig war allerdings die Rückkehr der amerikanischen Führungsrolle unter der derzeit amtierenden Biden-Administration,

mit der auch die Bundesregierung sehr eng zusammenarbeitet. Die Welt würde heute gewiss anders aussehen, wenn Donald Trump am Morgen des 24. Februars 2022 noch im Oval Office des Weißen Hauses gesessen hätte. Der russische Überfall auf die Ukraine hat den Westen nach einer tiefen Krise während der Trump-Jahre wieder zusammengeführt, aber er hat uns zugleich unsere Abhängigkeit von den USA nochmals auf besonders grausame Weise vor Augen geführt. Darüber hinaus sollten wir uns nichts vormachen: Präsident Biden könnte der letzte US-Präsident sein, der sein Hauptaugenmerk auf Europa richtet. Die USA werden sich künftig vorrangig noch mehr zu Asien und dem Indopazifik hinwenden – mit weitreichenden Folgen für die europäische Sicherheit.

Europa steht vor einer Weggabelung. Wir können im Wettbewerb der Großmächte nur bestehen, wenn es uns gelingt, ein geopolitisches und strategisch souveränes Europa zu gründen. Der Krieg in der Ukraine und die geopolitischen Verwerfungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass wir die europäischen Institutionen stärken und die Balance zwischen Inter-gouvernementalismus und Supranationalismus innerhalb der Europäischen Union neu definieren müssen. Wir müssen zwischen den einzelnen Bereichen und Ebenen der EU-Außenpolitik mehr Synergienmöglichkeiten und Gemeinsamkeiten schaffen, vom Militärischen bis hin zum diplomatischen Dienst und wirtschaftlicher Integration. Dazu gehört auch die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Europa muss lernen, mit einer Stimme zu sprechen und seine geopolitischen Interessen gegenüber anderen Großmächten effektiver zu vertreten. Die USA bleiben dabei ohne Zweifel unser wichtigster Verbündeter. Gleichzeitig sollte sich aber die EU nicht in einen neuen Hegemonialkonflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China hineinziehen lassen. Statt auf Entkoppelung und Konfrontation zu setzen, sollte die EU alles dafür tun, die regelbasierte

Ordnung zu retten und das Denken in Nullsummenspielen zu überwinden. Deshalb war es richtig, dass sich Bundeskanzler Olaf Scholz beim letzten G7-Gipfel in Hiroshima erfolgreich für »de-risking« und konstruktive und stabile Beziehungen mit China einsetzte. Dies bedeutet allerdings keinesfalls, dass Europa eine Position der Äquidistanz zwischen Peking und Washington einnehmen sollte. Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt gerade in Zeiten des Umbruchs eine wichtige Säule der internationalen und regelbasierten Ordnung. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass unsere Interessen in einer multipolaren Weltordnung nicht immer mit jenen in Washington identisch sein werden. Unser Ziel sollte es daher sein, die transatlantische Partnerschaft zu stärken und zugleich unsere europäische Souveränität auszubauen und mehr strategische Verantwortung zu übernehmen.

All dies zeigt deutlich: Auf die entstehende multipolare Weltordnung wird es keine einfachen Antworten geben. Wir dürfen die Welt jedoch nicht in ein neues Schwarz-Weiß-Denken aufspalten. Seit der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine können wir eine zunehmende Fragmentierung der Welt und eine Veränderung der Globalisierungsmuster beobachten. Vor allem die sich zuspitzende machtpolitische Rivalität zwischen den USA und China macht eine wirksame Zusammenarbeit bei zentralen globalen Menschheitsaufgaben, wie der Bekämpfung des Hungers, dem Klimawandel und Pandemien immer schwieriger. Gleichzeitig steht die globale vertragsbasierte Rüstungskontrolle vor ihrem Ende. Ein neuer Rüstungswettlauf sowohl bei konventionellen wie auch nuklearen Waffen und Waffen mit künstlicher Intelligenz ist längst im Gange. Bereits heute verfügen Russland, China und auch der Westen über zahllose Waffensysteme, die die Welt, in der wir leben, zerstören können. Dennoch ist laut dem Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI die Zahl gefechtsbereiter nuklearer Sprengköpfe im Vergleich

zum Vorjahr nochmals gestiegen³. Vor allem die Volksrepublik China baut ihr nukleares Arsenal weiterhin massiv aus. Dem SIPRI-Bericht zufolge könnte China bis Ende dieses Jahrzehnts über genauso viele ballistische Interkontinentalraketen verfügen wie die USA und Russland. Diese Entwicklungen zeigen, dass wir die Rüstungskontrolle grundlegend neu ausrichten müssen. Wir brauchen neue Rüstungskontrollforen und Regelwerke, die sowohl neue wichtige Akteure wie China als auch neue technologische Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Autonomie, Cyber und Weltraum, stärker mit einbinden.

Die Zeitschrift »Bulletin of the Atomic Scientists« hat angesichts der gegenwärtigen tiefgreifenden geopolitischen Verwerfungen und geopolitischen Verschiebungen vor kurzem den Zeiger der Weltuntergangsuhr auf 90 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt – so nah an einer globalen Katastrophe wie noch nie seit ihrer Einführung im Jahr 1947⁴. Deshalb ist umso wichtiger, dass wir immer wieder versuchen, gemeinsame Interessen zu finden und auch schwierige Partner in multilaterale Ansätze einzubinden. Gerade in Zeiten globaler Großkrisen, machtpolitischer Verwerfungen und geopolitischer Spannungen brauchen wir eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamen Regeln und Gesetzen, auf Kooperation und Multilateralismus gründet. Ansonsten werden sich noch mehr Monster unserer Welt bemächtigen.

3 SIPRI Yearbook 2023: Armaments, Disarmament and International Security, SIPRI. Oxford: Oxford University Press, 2023.

4 The Bulletin of the Atomic Scientists: A time of unprecedented danger: It is 90 seconds to midnight, 2023 Doomsday Clock Statement, 24. Januar 2023, online aufrufbar unter: www.thebulletin.org/doomsday-clock/current-time/ [letzter Abruf: 29.8.2023].

Die KPÖ und der 12. Februar 1934

Winfried R. Garscha

Friedrich Hexmann – als einer der jungen Führer des Januarstreiks 1918, Mitbegründer der KPÖ am 3. November 1918 und Redner bei zahllosen öffentlichen Aktionen der kleinen Partei in den 1920er Jahren erzählte, wie er 1934 vergeblich versucht hatte, sich den kämpfenden Schutzbündlern auf dem Laaer Berg anzuschließen, die den riesigen Gemeindebau-Komplex des George-Washington-Hofes in Wien-Favoriten verteidigten. Sobald er sich den Stellungen des Republikanischen Schutzbundes genähert habe, hätten ihn die bewaffneten Sozialdemokraten aufgefordert zu verschwinden, denn: »Das ist unser Kampf!«

Die massive Übertrittsbewegung nach der Niederlage, als sich rund Zwölftausend sozialdemokratische Februarkämpfer der bereits seit Mai 1933 in den Untergrund gedrängten Kommunistischen Partei anschlossen, machte die KPÖ zum zahlenmäßig ebenbürtigen Rivalen (und zeitweiligen Partner) der Revolutionären Sozialisten im illegalen Kampf gegen das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime. ... Damit wurden die Februarkämpfe zum Bestandteil der KPÖ-Geschichte.

Ernst Wimmer, der sich als »KPÖ-Chefideologe« in den 1970er und 1980er Jahren sowohl in Abgrenzung vom »Eurokommunismus« als auch von den in der Partei vorherrschenden stalinistisch geprägten Vorstellungen um eine Neupositionierung der KPÖ bemühte, war – bei aller Unduldsamkeit gegenüber seinen Kritiker:innen – peinlich darauf bedacht, die Gefühle der Generation der antifaschistischen Widerstandskämpfer:innen innerhalb der Partei zu respektieren. Als im Vorfeld des 50. Jahrestags der Februarkämpfe in der Historischen Kommission der KPÖ die Idee diskutiert wurde, zu versuchen, prominente

sozialdemokratische Antifaschisten für eine gemeinsame – und damit ausdrücklich nicht nur kommunistische – Gedenkveranstaltung zu gewinnen, um ein Signal gegen die seit 1980 verstärkten neonazistischen Umtriebe zu setzen, schnitt Wimmer die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass die 1934 zur KPÖ übergetretenen Februarkämpfer für solche taktischen Überlegungen kein Verständnis aufbringen würden: Der Februar 1934 sei unser Kampf gewesen und daher kein Anlass für Bündnisveranstaltungen, sondern für eine Manifestation kommunistischer Identität.

Das Bewusstsein der ehemaligen Schutzbündler von »ihrem Kampf« prägte die Erinnerung an die Februarkämpfe in einem so starken Ausmaß, dass es konkurrierende Erinnerungen ausschloss – etwa die an die Rolle von Frauen, aber auch die an die Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen. Selbstverständlich bestand die übergroße Mehrheit der Kämpfenden auf Seite der Arbeiterschaft aus Männern des Republikanischen Schutzbundes, doch war der Anteil der Kommunisten gemessen am Stärkeverhältnis zwischen KPÖ und Sozialdemokratie vor 1934 überproportional. Das geht auch aus den Nachforschungen der Staatspolizei über die Parteizugehörigkeit von toten und verwundeten »Zivilisten« hervor. Nach einer polizeiinternen Liste vom 6. Oktober 1934 standen in Wien den 55 Toten auf Seiten des Regierungslagers 131 Tote auf Seiten der Zivilbevölkerung gegenüber; von diesen waren 16 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, 36 sonstige Sozialdemokraten und 6 Kommunisten. Unter den Verwundeten, die Polizei und Bundesheer in die Hände gefallen waren, befanden sich nach Polizeiangaben 19 Schutzbündler, 122 sonstige Sozialdemokraten und 4 Kommunisten.

Es ist anzunehmen, dass zumindest ein Teil der getöteten und verwundeten Kommunisten Angehörige der so genannten Arbeiterwehr waren, einer nach dem Ausschluss der Kommunisten aus dem Republikanischen Schutzbund 1928 gegründeten Organisation

nach dem Muster des von der KPD geleiteten »Roten Frontkämpfer-Bundes«. Nach der behördlichen Auflösung des Republikanischen Schutzbundes (31. März 1933) und dem Verbot der KPÖ (26. Mai 1933) hatten sich kommunistische »Arbeiterwehler« vor allem in Oberösterreich wieder dem Schutzbund angeschlossen und mitgeholfen, jene Untergrund-Strukturen aufzubauen, die im Februar 1934 Oberösterreich zu einem der Zentren der Februar-Kämpfe machten.

Nach Recherchen des wichtigsten Chronisten des antifaschistischen Widerstandskampfs in Oberösterreich, Peter Kammerstätter, war eine Reihe linker Sozialdemokraten, die im Laufe des Jahres 1933 aus Empörung über den Kapitulationskurs ihres Parteivorstands gegenüber den fortwährenden Attacken der aus Christlichsozialen und austrofaschistischen Heimwehren gebildeten Dollfuß-Regierung auf die Arbeiterschaft der illegalen KPÖ beigetreten waren, nach außen hin Mitglieder der (noch legalen) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geblieben – unter ihnen der Bezirkskommandant des Republikanischen Schutzbundes von Vöcklabruck, Karl Sulzberger, der im Oktober 1933 in die oberösterreichische SDAP-Parteileitung gewählt wurde. Die KPÖ versuchte über diese Kontakte auch, putschistischen Tendenzen, die vor allem im Umfeld des Linzer Schutzbund-Führers Richard Bernaschek an Einfluss gewannen, entgegenzuwirken. Die Verbindung zwischen der Exil-Leitung der KPÖ in Prag und den linken Sozialdemokraten in Linz und Steyr wurde vom erfahrenen Wiener kommunistischen Gewerkschaftsfunktionär Leopold Hornik und dem später vor allem durch seine Arbeiten zur Herausbildung der österreichischen Nation bekannt gewordenen kommunistischen Publizisten Alfred Klahr aufrechterhalten; sie wandten sich vor allem dagegen, ohne ausreichende politisch-militärische Vorbereitung einfach »loszuschlagen«. Als entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Abwehrkampf hielten sowohl linke sozialdemokratische

Gewerkschafter wie der Vorsitzende des Arbeiterbetriebsrats der Steyr-Werke (neben der Alpine-Montan damals der größte Betrieb Österreichs), August Moser, als auch die KPÖ-Führung die gleichzeitige Durchführung eines lückenlosen Generalstreiks.

Die Sozialdemokratie verlor zwar in den Monaten ihres Zurückweichens vor der schrittweisen Aufrichtung der Diktatur seit dem März 1933 Hunderttausende Mitglieder, doch zahlreiche enttäuschte Sozialdemokrat:innen begannen sich Ende 1933/Anfang 1934 für die Politik der KPÖ zu interessieren, die sich von ihrem ultralinken Kurs verabschiedete und auch durch ihre Erfolge bei illegalen Aktionen als Vorbild für den Untergrundkampf galt, auf den sich nunmehr auch Tausende Sozialdemokrat:innen ernsthaft vorzubereiten begannen. Das wachsende Ansehen der KPÖ war in nichtgeringem Ausmaß auf die Ausstrahlung des so genannten Reichstagsbrandprozesses in Deutschland zurück zu führen, wo es dem der »Brandstiftung« angeklagten bulgarischen Funktionär der Kommunistischen Internationale (Komintern), Georgi Dimitroff, gelungen war, den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring in einer persönlichen Konfrontation vor dem Reichsgericht aus der Fassung zu bringen und die Nazis als die eigentlichen Nutznießer, wenn nicht Anstifter des Brandes darzustellen.

Die von Dimitroff in seinem Schlussplädoyer entworfene neue Linie für die internationale kommunistische Bewegung bedeutete eine radikale Abkehr von der seit Ende der 1920er Jahre durch die Kommunistische Internationale propagierte Vorstellung, unmittelbar vor einer neuen Runde von Kriegen und Revolutionen zu stehen, der eine (mitunter putschistisch anmutende) Offensivstrategie und eine scharfe Abgrenzung von der Sozialdemokratie entprochen hatte. Dem gegenüber trat Dimitroff für die Organisation der Defensive gegenüber dem ganz Europa bedrohenden Faschismus ein – seine Maxime lautete »Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine

Abenteuer«, sie wurde auch für die KPÖ zur Richtschnur ihrer illegalen Tätigkeit. In Graz und Eisenstadt konnten mit Sozialdemokraten »Einheitsfront«-Vereinbarungen abgeschlossen werden, die illegale Landeskonferenz der KPÖ in Oberösterreich wurde von Aktivisten mit-organisiert, die kurz zuvor noch Mitglieder der SDAP gewesen waren, in Graz und Wien-Favoriten traten Gruppen von Mitgliedern der SAJ und des »Wehrsports« zum illegalen Kommunistischen Jugendverband über.

Als Anfang Februar 1934 die faschistischen Heimwehren mit Unterstützung der Exekutive dazu übergingen, unter dem Vorwand von »Waffensuchen« systematisch sozialdemokratische Einrichtungen zu zerstören, gab die KPÖ zusätzlich zu der von der ČSR nach Österreich geschmuggelten Parteizeitung »Die Rote Fahne« mehrere in Österreich selbst hergestellte Sondernummern heraus, in denen die Auflösung der faschistischen Organisationen, die Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung des Verbots der KPÖ gefordert und auf die Gefahren der Hitler-Diktatur in Deutschland für Österreich verwiesen wurde.

Der bereits erwähnte Leopold Hornik wurde vom Zentralkomitee beauftragt, gemeinsam mit dem niederösterreichischen kommunistischen Gewerkschafter Franz Honner einen »Aufruf zum Generalstreik« zu verfassen, den er am 7. Februar 1934 Johann Schorsch, dem Sekretär der »Gewerkschaftskommission« (der Zentralleitung der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften), vorlegte – als Vorschlag für einen gemeinsamen Aufruf von SDAP, Freien Gewerkschaften und KPÖ. Der Aufruf enthielt keine kommunistischen Forderungen, sondern bezog sich auf die Absetzung demokratisch gewählter sozialdemokratischer Stadtverwaltungen durch die Dollfuß-Regierung, Gewaltakte der Heimwehren gegen sozialdemokratische Einrichtungen in den Bundesländern und die Besetzung der sozialdemokratischen Parteizentrale in Wienzeile durch die Polizei und rief zur Wahl von Streikleitungen auf, um den

Abwehrkampf gegen die faschistischen Angriffe zu organisieren. Schorsch antwortete, er sei für einen Streik bereits wiederholt eingetreten, doch niemals damit durchgedrungen; er allein habe außerdem kein Entscheidungsrecht. Daraufhin ergänzte die KPÖ den Aufruf um eine (im Vergleich zu früheren Formulierungen eher sanfte) Kritik am Kapitulationskurs des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsvorstandes und verbreitete ihn – als Sonderausgabe der »Roten Fahne« mit dem Datum 10. Februar 1934 – in ihrem eigenen Namen in den Betrieben.

Auch während der vier Kampftage zwischen 12. und 15. Februar waren es fast ausschließlich Kommunisten, die mit Flugblättern und Streuzetteln so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda durch Zeitungen und Radio herstellten, wobei diese – in Wien und in der Obersteiermark verbreiteten – Flugschriften meist mit »K. P. Ö./S. P. Ö.« unterzeichnet waren. In Steyr übernahmen kommunistische Arbeiter der Steyr-Werke während der Kämpfe die Reparatur der Waffen, in Wien gelang es dem kommunistischen Medizin-Studenten Fritz Jerusalem (der später unter dem Namen Fritz Jensen bekannt wurde, vor den Nazis nach China flüchtete und sich an dem von Mao Zedong geführten »Langen Marsch« beteiligte), eine Art Sanitätsdienst aufzubauen, indem er schwerverwundete Schutzbündler heimlich im Lainzer Krankenhaus unterbrachte und besonders gefährdete Februarkämpfer später in seiner Beiwagenmaschine in die ČSR in Sicherheit brachte.

Die Februarkämpfe in Österreich waren – neben der erfolgreichen Abwehr eines faschistischen Putschversuchs in Frankreich zwischen 9. und 12. Februar 1934 durch Massendemonstrationen und einen von Kommunisten und Sozialisten gemeinsam organisierten Generalstreik – für Georgi Dimitroff Anlass, die Bedeutung des Zusammengehens von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der Abwehr der faschistischen Gefahr herauszustreichen, unter anderem in seinem auch als

Broschüre verbreiteten »Brief an die österreichischen Arbeiter«. Der Februar 1934 war somit – nach dem X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933, das noch einmal die »Sozialfaschismustheorie« bekräftigt hatte – der Anlass zu jener Änderung der Politik der Komintern, die schließlich zu der auf dem VII. Weltkongress 1935 propagierte »Volksfront«-Politik führte.

Von den in die Tschechoslowakei geflüchteten Schutzbündlern fanden 750 Zuflucht in der Sowjetunion, 160 von ihnen fuhren 1936/37 nach Spanien, um als Angehörige der Internationalen Brigaden (meist im »12.-Februar-Bataillon«) im dreijährigen Bürgerkrieg die republikanische Regierung gegen die Franco-Putschisten zu verteidigen, über 200 kehrten noch vor 1938 nach Österreich zurück. Von den rund 400 in der UdSSR verbliebenen Schutzbündlern fielen vermutlich rund 150 dem stalinistischen Terror zum Opfer, weitere 20 bis 30 kehrten erst nach jahrelanger Lagerhaft zurück. 46 Schutzbündler wurden zwischen 1939 und 1941 den Behörden Nazi-Deutschlands übergeben, einige davon kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Das Schicksal dieser Menschen, von denen der größte Teil Mitglieder der Kommunistischen Partei war, blieb auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 innerhalb der KPÖ ein Tabu, das erst in den späten 1980er Jahren gebrochen wurde – zunächst, noch zögerlich, in der 1987 erschienenen Parteigeschichte und nach der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive in Form eines Forschungsauftrags des Parteivorstands an Barry McLoughlin, der 1991, gemeinsam mit Walter Szevera, die erste Liste mit Biografien rehabilitierter »Stalin-Opfer« publizierte, die zu einem Großteil aus ehemaligen Februarkämpfern bestand.

Es war offenbar diese Tabuisierung des stalinistischen Terrors, die fast vier Jahrzehnte lang eine Darstellung der KPÖ-Geschichte zwischen 1934 und 1938 verhinderte.

Quelle: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Heft 1/2004, leicht gekürzt.

Pädagogin, Aktivistin, Abolition-Feministin¹

Angela Davis zum 80. Geburtstag

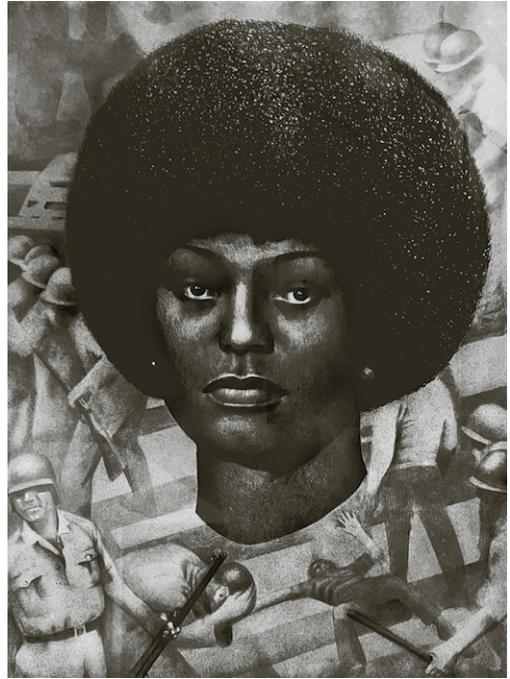
Volkmar Schöneburg

Ich war 12 Jahre alt, da schickte ich wie Tausende andere eine Postkarte in die USA. Adressiert war sie an die Afroamerikanerin Angela Davis, inhaftiert in einem Frauengefängnis. Die mit einer roten Rose verzierte Postkarte war Bestandteil einer im Januar 1971 anlässlich ihres Geburtstags initiierten Solidaritätsaktion unter dem Motto »Eine Million Rosen für Angela Davis«.²

Angela Davis wurde am 26. Januar 1944 in Birmingham, Alabama geboren. In der Stadt herrschte eine rassistische Apartheid, die die afroamerikanische Bevölkerung einer rigiden Praxis der Rassendiskriminierung und Segregation unterwarf. Gewalt und Lynchjustiz zählten zum Alltag. Der Stadtteil, in dem Angelas Familie wohnte, erhielt aufgrund der Bombenanschläge, die der Ku Klux Klan auf die Häuser afroamerikanischer Familien verübte, den Namen »Dynamite Hill«. Begleitet wurde dieser Rassismus durch einen regional spezifischen Antikommunismus. Diese Verhältnisse prägten neben den politischen Aktivismus ihrer Eltern die junge Angela. Mit 15 Jahren zog sie nach New York, wo sie auf Beschluss ihrer Familie ihren High-School-Abschluss machen sollte. In diese Zeit fällt auch ihre erstmalige Lektüre des »Kommunistischen Manifests«. Aus der marxistischen Klassenkampflehre erschloss sich für Davis ein theoretischer Bezug zur

- 1 So bezeichnete sich Angela Davis selbst in einem Interview am 1. Oktober 2019 mit René Guzman.
- 2 Vgl. Sophie Lorenz, »Schwarze Schwester Angela« – Die DDR und Angela Davis, Bielefeld 2020, S. 190 ff.

rassistischen Unterdrückung, wie sie sie in den USA erlebte.³ 1961 begann sie ihr Französischstudium. Zwei Jahre später ging sie für ein Auslandsjahr an die Pariser Sorbonne. Zurück in den USA besuchte Davis Vorlesungen von Herbert Marcuse, der sich selbst als Marxist und den Marxismus als kritische Theorie sah. Marcuse avancierte nun zu Angelas intellektuellem Mentor. Seinem Einfluss ist es zu verdanken, dass Davis, um Kant, Hegel und Marx besser zu verstehen, 1965 ein Philosophiestudium am Frankfurter Institut für Sozialforschung aufnahm. In jener Zeit besuchte sie auch mehrfach die DDR, u. a., um sich die Marx/Engels-Werkausgabe zu kaufen. In Frankfurt hingegen diente ihr die studentische Protestbewegung als Inspirationsquelle bei der Formulierung einer praxisorientierten internationalistischen Kritik am kapitalistischen System und US-Imperialismus. Zurück in den USA beteiligte sich Angela Davis direkt an der Black Power-Bewegung, in der es aber auch ideologische Differenzen und reichlich politische Konflikte gab. 1968 wurde Davis Mitglied in der Kommunistische Partei der USA. Hier stand sie für ein Bündnis mit neuen radikalen linken Gruppen. In der Form klassischer Graswurzelaktivitäten fand so die Zusammenarbeit mit der Black Panther Party statt. 1969 trat Davis als eine der ersten Afroamerikanerinnen die Stelle einer Associate Professor an der University of California, Los Angeles an. Wegen ihrer politischen Aktivitäten wurde sie sofort medial scharf angegriffen. Sogar der Gouverneur Kaliforniens, Ronald Reagan, später Präsident der USA, sagte ihr den Kampf an. Denn Angela Davis verkörperte gleich mehrere Feindbilder des konservativen Amerikas: Kommunistin, Black Power-Aktivistin, schwarze Feministin und Gegnerin des Vietnamkriegs! Damit war sie geradezu



Harald Duwe (1926–1984), »Portrait Angela Davis – vor Bürgerkriegsszene«

prädestiniert für die Rolle **der Hassfigur** der herrschenden weißen Eliten.

1970 engagierte sich Davis im Fall der Soledad Brothers, worunter drei afroamerikanische Gefangene des kalifornischen Gefängnisses Soledad firmierten, die wegen eines angeblichen Mordes an einem Wärter angeklagt worden waren. Unter ihnen befand sich mit George Jackson eine Leitfigur des Widerstands der Black Panther in den US-amerikanischen Gefängnissen. Unterstützer der Soledad Brothers waren neben Davis u. a. Jane Fonda, Pete Seeger, Marlon Brando und Noam Chomsky, für die es hier um politische Gefangene und politische Justiz ging. Während einer Gerichtsverhandlung kam es zu einer missglückten Befreiungsaktion. Da dabei mitgeführte Waffen auf den Namen von Angela Davis registriert waren, wurde sie im August 1970 auf die FBI-Liste der zehn meist gesuchten Verbrecher der USA gesetzt. Am 13. Oktober

3 Vgl. ebenda, S. 111; zur Auseinandersetzung afroamerikanischer Intellektueller mit dem Marxismus vgl. Cedric J. Robinson, *Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill 2000.

1970 erfolgte die Verhaftung. Vor laufender Kamera beglückwünschte Präsident Nixon FBI-Chef Hoover zu ihrer Festnahme. Es folgte eine beispiellose öffentliche Vorverurteilung. Zugleich erhob sich ein nationaler und internationaler Protest gegen das Vorgehen des Staates gegen die Black Power-Aktivistin. Aretha Franklin, die Soulkönigin, erklärte sich bereit, die Kaution für eine Entlassung aus der U-Haft zu übernehmen. Franz Josef Degenhardt, John Lennon und die Rolling Stones widmeten der politischen Gefangenen jeweils einen Song. Doch ein Großteil der Medien stilisierte Angela Davis noch vor Anklageerhebung zum Inbegriff des gewaltsamen Staatsfeinds. Die Anklage warf ihr Mord, Geiselnahme und »Verschwörung« vor, weshalb ihr bei einer Verurteilung in Kalifornien die Todesstrafe durch die Gaskammer drohte.⁴ Im März 1972 begann der Prozess.⁵ Auf der Geschworenenbank saß kein Schwarzer. Der Prozess endete trotz des unzweifelhaft vorhandenen institutionellen Rassismus in der Justiz im Juni 1972 mit einem Freispruch. Dazu beigetragen hat die einzigartige, weltweite Solidaritätsbewegung, zu der die Postkartenaktion zählte. Angela Davis sieht deshalb Bilder dieser Kampagne »als symbolisch dafür, die Macht der Vielen zu nutzen und das zu erreichen, was damals als unmöglich galt.«⁶

Es war für den nun Vierzehnjährigen Postkartenschreiber ein erhebendes Gefühl, Teil der erfolgreichen »Free Angela«-Bewegung gewesen zu sein. Angela Davis stand mit dem Vietnamkrieg und dem Sturz der Regierung der Unidad Popular in Chile am Beginn meiner

Politisierung. Sie war von nun an für mich, den Sportfan, neben Tommie Smith, John Carlos⁷ sowie Muhammad Ali alias Cassius Clay eine Symbolfigur für Black Power und Antirassismus.

Erst in den letzten Jahren rückte Angela Davis wieder in mein Blickfeld. Wissenschaftlich vertrete ich eine strafrechtskritische Position. Diese kollidiert nicht selten mit Auffassungen in der LINKEN oder auch in den »neuen sozialen Bewegungen«, die eine alternative Kriminalisierung fordern. Eine solche Erfahrung machte ich 1997, als ich im Auftrag der Bundestagsgruppe der PDS einen Gesetzentwurf⁸ zur Entkriminalisierung des Strafrechts in der Gruppe zur Diskussion stellte. Entkriminalisierung schön und gut, aber bei sexualisierter Gewalt müsse das Strafrecht verschärft werden, war da eine Haltung. Auch die Vorverlagerung des Sexualstrafrechts auf das »Grabschen« nach den Vorkommnissen in der Silvesternacht 2015 in Köln und die kürzlich vom Bundestag beschlossene Strafschärfung bei »geschlechterspezifischer« und »gegen die sexuelle Orientierung« gerichteter Gewalt wurden teilweise von der politischen Linken mit Beifall bedacht.

Gegen diese »atypischen Moralunternehmer« (Sebastian Scheerer) kam mir quasi Angela Davis, die unmittelbar nach ihrem Freispruch Fragen der rassistischen und politischen Unterdrückung im Kontext des Knastsystems in das Zentrum ihrer Arbeit stellte, intellektuell zu Hilfe. Sie entwickelte sich zu einer bedeutenden Theoretikerin des Gefängnis-Abolitionismus, also einer Bewegung, die die Abschaffung der Gefängnisse fordert. Nach Angela Davis' Auffassung⁹ hat die Käfighaltung von Menschen

4 Im April 1972 hob der Oberste Gerichtshof des Staates Kalifornien das Gesetz zur Verhängung der Todesstrafe als verfassungswidrig auf, was wohl auch dem internationalen Druck geschuldet war. 1977 wurde sie wieder eingeführt.

5 Vgl. zum Prozess Klaus Steiniger: *Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte*, Berlin 2010. Steiniger, Journalist aus der DDR, war einer der etwa 500 akkreditierten Medienvertreter aus dem In- und Ausland, die über den Prozess berichteten.

6 So Davis im Gespräch mit Guzman.

7 Tommie Smith und John Carlos erhoben bei der olympischen Siegerehrung 1968 in Mexiko zum 200-Meter-Lauf die Faust zum Black-Power-Gruß.

8 Vgl. BT-Drucksache 13/10272.

9 Vgl. dazu die Beiträge von Davis (»Gefängnisreform oder Abschaffung des Gefängnisses?« und »Strategien zur Abschaffung des Gefängnisses«) in: Daniel Loick/Vanessa E. Thompson, *Abolitionismus. Ein Reader*, Berlin 2022, S. 127 ff; 504 ff.

ihr vermeintliches Ziel der Resozialisierung/ Besserung der Inhaftierten verfehlt. Die in den 80er Jahren in den USA beginnenden »Masseneinkerkerungen« haben sich so gut wie gar nicht auf die Kriminalitätsrate ausgewirkt. Deshalb fragt Davis nach der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Rolle der Gefängnisse.¹⁰ Folgerichtig stellt sie die neue »Lust am Strafen« in den Kontext der globalen Entwicklung des Kapitalismus, der Deindustrialisierung der US-Wirtschaft und der Ausprägung des Neoliberalismus. So bestimmen in erster Linie Klassenzugehörigkeit und Rassismus – etwa 70% der etwa 2,5 Millionen Gefangenen in den USA sind people of color –, wer in den Knast kommt. Die Institution Gefängnis diene als Lagerstätte für Menschen, die ihrerseits große soziale Probleme widerspiegeln. Es verwalte den Auswurf der kapitalistischen Gesellschaft.¹¹ Zudem ist das Gefängnis durch seine zunehmende Privatisierung und durch das Outsourcen von Dienstleistungen an Privatkonzerne ein gewaltiges Profitgeschäft. Umso größer die Gefangenenpopulation, desto größer die Profitrate. Insofern spricht Angela Davis auch von einem »gefängnisindustriellen Komplex«, um die Verflechtung von Einsperrung und Kapitalismus hervorzuheben. Außerdem ist mit dem Strafrecht eine Individualisierung sozialer Probleme verknüpft. Der Ruf nach einem Mehr an Freiheitsstrafen ist damit zugleich ein Ausblendungsmechanismus für tieferliegende Probleme – Rassismus, Verarmung, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel, fehlende Gesundheitsfürsorge.¹² Das entlastet wiederum die Politik, strukturelle Lösungen für sozioökonomische Probleme zu finden. Vielmehr nutzt sie die in der Gesellschaft tief verwurzelten Ideologien zu Verbrechen und

Strafe, um mit einer Law and Order-Politik Wahlkämpfe zu gewinnen.

Von dieser grundsätzlichen Position aus kritisiert Angela Davis den meist von weißen Frauen aus der Mittelschicht praktizierten »Strafrechtsfeminismus«, nach dem die Strafverfolgung und die Inhaftierung Hauptlösungen beim Kampf gegen sexualisierte Gewalt sind.¹³ Der »Strafrechtsfeminismus« verkennt zweierlei: *Erstens*. Knäste sind ihrer Struktur nach totale Institutionen. Der Vollzug einer Freiheitsstrafe ist durch eine isolierte Existenz, durch autoritäre Regeln, Gewalt, Rechtlosigkeit und eine Verletzung der Menschenrechte charakterisiert. Gefängnisse produzieren Gewalt. *Zweitens*. Mit seinen Forderungen trägt der »Strafrechtsfeminismus« allgemein zur Legitimation der staatlichen Strafe bei.

Angela Davis dagegen, gespeist aus ihrer eigenen Knasterfahrung und ihren theoretischen, staatskritischen Erkenntnissen, durchbricht die auch bei den Linken verbreitete unheilige Symbiose von sozialen Unwerturteilen und Strafjustizsystem. Sie hält eine Gesellschaft ohne Gefängnisse für realistisch – »allerdings in einer neugestalteten Gesellschaft, in der nicht Profite, sondern menschliche Bedürfnisse die Triebfeder sind.«¹⁴ Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, ist Angela Davis in vielfältigen Initiativen aktiv. Besonders hervorzuheben ist die Konferenz *Critical Résistance: Beyond the Prison Industrial Complex* von 1998.¹⁵ Hier findet man die für Davis und den Abolitionismus typische Verknüpfung von Theorie und Bewegungen, die die Machtstrukturen von unten aufbrechen sollen. Für Angela Davis sind das Bewegungen

10 Vgl. Angela Davis, Freiheit ist ein ständiger Kampf, Münster 2022 (erste Auflage 2016), S. 38.

11 Vgl. ebenda, S. 118 f.

12 Vgl. Angela Davis, Freiheit ist ein ständiger Kampf, a. a. O., S. 20.

13 Vgl. Angela Y. Davis/Gina Dent/Erica R. Meiners/Beth E. Richie, Abolitionismus. Feminismus. Jetzt. Eine intersektionale Intervention, Münster 2023, S. 117 ff.

14 Angela Davis, Freiheit ist ein ständiger Kampf, a. a. O., S. 20.

15 Vgl. Abolitionismus. Feminismus. Jetzt., a. a. O., S. 45 f.

in »Richtung Sozialismus«¹⁶. Der reale, 1989/90 untergegangenen Staatssozialismus war jedoch von ihrer Vision von der Abschaffung der Gefängnisse weit entfernt. Aber eine einseitige Verteufelung liegt Davis, die 1991 aus der Kommunistischen Partei austrat, sich aber weiter Kommunistin nannte, nicht. Ihre Sorge ist, dass Errungenschaften des sich real nennenden Sozialismus wie eine kostenlose Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung, der Bruch des Bildungsprivilegs oder die Stellung der Frau vergessen werden. Aber wenn der nur an Profit interessierte Kapitalismus die Zukunft des Planeten ist, werden wir keinen Planeten mehr haben. Für eine bessere Zukunft sind die widersprüchlichen Erfahrungen des Staatssozialismus konstitutiv.¹⁷

Man kann bei Angela Davis, der es immer um soziale Gerechtigkeit geht, viele Anregungen gewinnen – hinsichtlich außergerichtlicher Konfliktlösungen als Alternativen zum staatlichen Strafen (Restorative Justice, Wahrheitskommission in Südafrika), zur Polizeikritik oder zum Befreiungskampf der Palästinenser. Mich haben ihre Erkenntnisse in meiner abolitionistischen Grundhaltung bezüglich der Gefängnisse bestärkt.

Was man von Angela Davis noch lernen kann ist das Zusammendenken unterschiedlicher Dimensionen von Unterdrückung – speziell von race, class und gender. Ihr Ansatz heißt Intersektionalität.¹⁸ Eine unsägliche Gegenüberstellung von Klassen- und »Identitätspolitik«, die hierzulande gerade eine linke Partei zerlegt, ist mit Angela Davis nicht zu machen.

Würdigung eines bemerkenswerten Revolutionärs

Zum hundertsten Todestag Lenins

Joachim Hösler

Vor hundert Jahren, am 21. Januar 1924, ist Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, im Alter von 53 Jahren gestorben. Im herrschenden Denken gilt er als mausetot. Was spricht dafür, Lenin für lebendig, für lesenswert und anregend zu halten?

Geboren am 22. April 1870 in Simbirsk an der Wolga, am östlichen Rand des europäischen Russlands, wuchs Wladimir Iljitsch in einer Intellektuellenfamilie auf. Sein Vater – der Sohn eines Schneiders und früheren Leibeigenen war zum höheren Staatsbeamten in der Schulverwaltung aufgestiegen. Die Großeltern mütterlicherseits – der wohlyniendeutsche Arzt Aleksander Blank und die Tochter einer Lübecker Großbürgerfamilie. Seine Mutter – eine gebildete Frau. Wladimirs Eltern gehörten zur liberalen Intelligenz Russlands.

Wladimir Iljitsch war noch keine 16 Jahre alt, als sein Vater am 24. Januar 1886 starb. Doch das war nur Teil I der ersten Zäsur im Leben des jungen Mannes. Denn ein Jahr später beteiligte sich sein vier Jahre älterer Bruder am Attentatsversuch auf Zar Aleksander III. am 13. März 1887. Er wurde verhaftet und am 20. Mai hingerichtet. Die Mutter hatte am Zarenhof ein Gnadengesuch eingereicht, das nur unter der Voraussetzung eines Reuebekenntnisses Aleksanders Aussicht auf Erfolg hatte. Dieses Bekenntnis verweigerte der von Wladimir geliebte und bewunderte Bruder.

So rückte Wladimir Iljitsch in die Rolle des männlichen Oberhauptes der Familie. Diesen Schicksalsschlägen trotzend setzte er seine

16 Angela Davis, Freiheit ist ein ständiger Kampf, a. a. O., S. 20.

17 So Angela Davis in dem Interview mit Guzman.

18 Vgl. Angela Davis, Freiheit ist ein ständiger Kampf, a. a. O., S. 32f., 41.

Schullaufbahn fort und erlangte am 22. Juni 1887 den gymnasialen Abschluss mit Auszeichnung – er war immer ein Musterschüler gewesen. Im Wintersemester 1887/88 begann er an der Universität Kasan sein Jurastudium und eine hochschulpolitische Aktivität, die nach der Teilnahme an Studentenunruhen bereits im Dezember zu Verhaftung, Relegation und einer ersten Verbannung führte. Wladimir Iljitsch war unter dem Eindruck des Todes seines Vaters Atheist geworden und hatte sich nach der Hinrichtung des Bruders geschworen, die politische Oppositionsarbeit anders, besser und effizienter zu machen. Es ist wohl nicht verkehrt anzunehmen, dass in diesen jungen Jahren ein Prozess einer gewissen Verhärtung und Selbstdisziplinierung begann. Seiner Mutter, seinem jüngeren Bruder Dimitri und seinen Schwestern Anna, Olga und Maria blieb er eng verbunden. Mit ihnen gemeinsam musste er auch damit fertig werden, dass die feine Simbirsker Gesellschaft sich nach der Hinrichtung Aleksanders von der Familie abgewandt und sie geschnitten hatte. Im zweiten Studienjahr hörte Wladimir auf zu rauchen, er begann Schriften von Georgij Plechanow, Karl Marx und Friedrich Engels zu studieren und schloss sich konspirativen marxistischen Zirkeln an. Im Jahr 1891 schließt er sein Jurastudium mit sehr guten Noten ab. Seine Schwester Olga schreibt an die Mutter, Wladimir sei die »verkörperte Vernunft« (Weber 1983, S. 11). In Samara gehört er 1893 der Führung eines marxistischen Zirkels an und bei seiner Übersiedlung nach Petersburg am 1. September 1893 gilt er als Marxist – er ist 23, arbeitet als Rechtsanwalt und agiert politisch konspirativ.

Im Alter von 25 Jahren ereignet sich eine zweite Zäsur mit persönlichen und politischen Folgen. Bei seinem ersten Auslandsaufenthalt besucht Wladimir Iljitsch auch den von ihm verehrten Georgij Plechanow in Genf. Plechanow hatte hier 1883 die Organisation »Befreiung der Arbeit« gegründet, die erste marxistische Gruppe von Russen. Plechanow war 14 Jahre älter als Wladimir Iljitsch, er war für alle an



Marx und Engels orientierten Oppositionellen Russlands die führende Autorität. Wladimir war beeindruckt von dem vornehmen Habitus, dem einschüchternden Auftreten Plechanows. Er war aber auch enttäuscht vom großbürgerlichen Gehabe des Gastgebers, der sich als Altmeister des russischen Marxismus, als Lehrer und angesagter Theoretiker darstellte. In der Folgezeit kam es immer wieder zu Konflikten mit Plechanow bei der Herausgabe der Zeitung »Iskra«. Plechanow hielt am Anspruch seiner Führungsrolle fest, hatte aber Schwierigkeiten im Umgang mit Kritik an seinen Texten. Übt er selbst Kritik an Manuskripten Anderer, blieb er zugesagte Korrekturvorschläge schuldig. Wladimir Iljitsch war zutiefst enttäuscht und desillusioniert von der Unaufrichtigkeit, von der, wie er es wahrnahm, kleinlichen Eigenliebe und Eitelkeit Plechanows.

Diese Erfahrung bestätigte seine kritische Sicht auf die bürgerliche Gesellschaft, in der Persönlichkeiten nicht in solidarischen Sozialbeziehungen reiften, sondern unter permanenter Konkurrenz Eitelkeit, Egoismus und persönliche Geltungsansprüche entwickelten. Er sah sich bestätigt in seiner Vorstellung als »Berufsrevolutionär«. Dieser stellt Persönliches zurück, verpflichtet sich ganz der oppositionellen Arbeit und betrachtet die »Führung des proletarischen Kampfes« als

eine Wissenschaft (Hofmann 1979, S. 211 f.). Wladimir Iljitsch emanzipierte sich vom Lehrmeister Plechanow und autorisierte sich selbst. Seit Mitte der 1890er Jahre beanspruchte er die Führungsrolle unter den russischen Marxisten. Die Schriften Plechanows hat er trotzdem weiterhin empfohlen. Es sei nicht möglich, wahrer Kommunist zu werden, ohne Plechanows philosophische Werke zu studieren (Weber 1983, S. 240). Pawel Axelrod hat 1895 beobachtet, Wladimir Iljitsch sei nicht nur ein gebildeter Marxist, sondern er wisse auch, was er wolle: Das sei der zukünftige Führer der Russischen Revolution (Sebestyen 2017, S. 112). Plechanow selbst soll zu Axelrod gesagt haben, Wladimir Iljitsch habe »das Temperament eines Flammenwerfers« (Weber 1983, S. 115).

Im September 1895 kehrt Wladimir Iljitsch nach Russland zurück und ist kurz darauf an der Gründung des »Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse« beteiligt. Fortan führt er das Leben des Berufsrevolutionärs, geprägt von kontinuierlichen Studien, Publikationen, politischen Aktionen, konspirativen Bewegungen, Verhören, Gefängnisaufenthalten und einer dreijährigen Verbannung nach Sibirien. Er engagiert sich in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Mitte März 1898 in Minsk ihren ersten Parteitag abhält. Im Juli des gleichen Jahres heiratet er Nadeshda Krupskaja, mit der er bis zu seinem Tod vereint bleibt. Im April 1899 erscheint in Petersburg seine Studie zur »Entwicklung des Kapitalismus in Rußland«, die »Voraussetzung für alle weiteren theoretischen und praktischen Überlegungen« (Hofmann 1979, S. 210). Ende Juli 1900 verlässt er Russland und bleibt fünf Jahre im Exil. Auch von 1907 bis 1917 muss er sich außerhalb des Landes aufhalten.

Seit Januar 1901 nannte sich Wladimir Iljitsch Uljanow »Lenin«, der vom Fluss Lena Stammende. Unter diesem Pseudonym veröffentlicht er 1902 »Was tun?«, eine Schrift, die zu einer Art Pflichtlektüre aller Berufsrevolutionäre wird (Hedeler 2013, S. 24 ff.). In all diesen Jahren hat Lenin sein Leben an der Seite

seiner Frau auch genossen. Er ist leidenschaftlich gern geschwommen, gewandert und Ski gefahren, er hat die Alpen geliebt und die Hohe Tatra, er ist mit Freude Schlittschuh gelaufen und Rad gefahren. Er hätte sich auch für eine bürgerliche Existenz, für ein angenehmes Leben als »revolutionärer« Publizist fern der Probleme und des Elends in Russland entscheiden können. Er hat sich bewusst für das Leben als Berufsrevolutionär und dafür entschieden, mit aller Kraft die revolutionäre Entwicklung voranzubringen (Weber 1983, S. 35 ff.)

Lenin hält sich in Poronin in der Nähe von Zakopane auf, er ist 44, als ihn die dritte Zäsur in seinem Leben einholt: Die Nachrichten vom Beginn des Krieges. Erste Informationen hält er für Fälschungen. Lenin erwartete nicht, dass die deutsche Sozialdemokratie gegen den Krieg kämpfe. Aber er war fest davon überzeugt, dass sie aus Gewohnheit gegen die Kriegskredite stimmen werde, um es sich nicht mit der Arbeiterklasse zu verderben. Die Nachricht von der einstimmigen Bewilligung durch die SPD-Fraktion im Reichstag konnte er daher zunächst nicht glauben. Es war auch für ihn ein Schock, eine Katastrophe: Die alte Welt ging unter, die internationale sozialistische Bewegung war paralysiert, zerstört. Die Sozialproteste und Streiks in Russland, im Sommer 1914 so machtvoll wie 1905, aber unter dem Einfluss der Bolschewiki radikaler als bei der ersten Revolution, verebten im Nu. Lenin erkennt: Das ist das Ende der II. Internationale. Zwölf Tage Gefängnis. Momente der Verzweiflung. Danach Ausreise in die Schweiz, nach Bern.

Lenin zieht sich zurück. Er geht in sich. Er beginnt, Aristoteles, Feuerbach, Lassalle und vor allem Hegel zu studieren, vor allem dessen »Wissenschaft der Logik«. Er stellt alles auf den Prüfstand. Er praktiziert, was er 1922 in den unvollendeten »Notizen eines Publizisten«, die erst postum in der Prawda am 16. April 1924 abgedruckt werden, seinen Genossen empfiehlt: in einer Situation, in der es nicht mehr weitergeht, bewusst umzukehren, abzusteigen, Fehler zu suchen und einzugestehen, neue Wege nach

vorn und in die Höhe zu suchen (Žižek 2018, S. 122–132). Er hält auch Vorträge, führt Diskussionen, tauscht sich aus. Seit September 1914 vertritt er die Position, es handle sich um einen imperialistischen Krieg, der notwendig in einen revolutionären Bürgerkrieg umzuwandeln sei. Das Proletariat habe kein Vaterland. Konsequenterweise fordert er immer wieder »revolutionäre Massenaktionen gegen die Bourgeoisie und die Regierungen des eigenen Landes« (zit. nach Weber 1983, S. 150). In seiner Versenkung arbeitet Lenin ein radikales »Nein« zu Krieg, Imperialismus und bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft aus sowie ein ebenso radikales »Ja« zur proletarisch-sozialistischen Revolution. »In einer Situation der Handlungsunfähigkeit tat er das, was er konnte: die Voraussetzungen für eingreifendes Handeln herstellen« (Brie 2017, S. 15). Dies manifestiert sich vor allem in den Schriften »Sozialismus und Krieg« (August 1915), »Zur Frage der Dialektik« (geschrieben 1915, Erstveröffentlichung 1925) und »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1916 geschrieben, Mitte 1917 veröffentlicht). Als in Russland eine revolutionäre Situation heranreifte, war Lenin in der Lage, die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. Brie 2017, S. 48).

Am 26. Mai 1922 erleidet Lenin einen Schlaganfall – die vierte Zäsur seines Lebens. Spätfolge des Attentats vom 30. August 1918 und der jahrelangen Überarbeitung. Beim Attentat der Sozialrevolutionäre war mit zwei Schüssen die Lunge und die linke Schulter verletzt worden. Seit Mitte September 1918 arbeitete Lenin wieder. Wie schon vor 1917 tat er dies mit einem ungeheuren Arbeitspensum, das sich seit seiner Rückkehr nach Russland noch erhöht hatte. Täglich hielt Lenin Reden, gab Interviews, verfasste Anträge und Anordnungen, recherchierte und schrieb an Publikationen. Nur sonntags pausierte er (Weber 1983, S. 206 ff.). Immer wieder positionierte er sich auch gegen Antisemitismus, für die Emanzipation der Frau, für internationale Solidarität, für die Revolution

in Deutschland und in Ungarn. Er zeigte Sorge um seine Frau und um angeschlagene Genossen. Kult um seine Person lehnte er ab, es war ihm ausdrücklich »unangenehm« (Weber 1983, S. 229). Im Jahr 1921 verschlechterte sich Lenins gesundheitliche Verfassung deutlich: Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen und allgemeine Erschöpfung plagten ihn. Von Dezember 1921 bis März 1922 begab er sich wiederholt in Erholungsurlaub. Einen Tag nach seinem 52. Geburtstag wurde eine Kugel des Attentats von August 1918 entfernt. Einen Monat später – der erste Schlaganfall. Seitdem war Lenins Arbeitsfähigkeit in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß eingeschränkt. Erst seit Anfang Oktober 1922 konnte er wieder stundenweise arbeiten. Er kehrt am 2. Oktober nach Moskau zurück und hält noch zwei bemerkenswerte Reden.

Am 13. November spricht Lenin beim IV. Kongress der Kommunistischen Internationale auf Deutsch, wie üblich mit hohem Tempo, so dass viele dachten, »der Alte« sei wieder ganz bei Kräften. Sein Thema: »Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution«. Seine zentrale Botschaft: Die Entwicklung der Neuen Ökonomischen Politik differenziert und schonungslos zu bilanzieren und immer wieder neu zu lernen (vgl. Weber 1983, S. 259; Lenin 1980, S. 605–620). Sieben Tage später seine letzte öffentliche Rede, in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets am 20. November. Er erklärt nochmals die Dialektik der Neuen Ökonomischen Politik und drückt seine Überzeugung aus, der Sozialismus sei »bereits keine Frage der fernen Zukunft« (ebd., S. 621–630).

Unmittelbar danach verschlechtert sich der Gesundheitszustand. Lenin ist am 12. Dezember 1922 ein letztes Mal in seinem Arbeitszimmer im Kreml. Vom 13. bis zum 16. Dezember erleidet er weitere Schlaganfälle. Es wird ihm absolute Ruhe verordnet. Bis Anfang März 1923 diktiert er seine letzten Schriften. Mit einem weiteren Schlaganfall am 9. März beginnt eine fast elf Monate lange Leidenszeit. Am Abend

des 21. Januar 1924 stirbt Lenin (Weber 1983, S. 261 ff.) Die skizzierten Zäsuren seines Lebens hatten aus ihm frühzeitig eine starke Persönlichkeit, einen belesenen Marxisten und eine entschlossene Führungsfigur werden lassen; seit September 1914 entwickelte er sich zum entscheidenden Strategen der sozialistischen Revolution in Russland, dem es aber versagt blieb, nach der Umorientierung auf die Neue Ökonomische Politik weitere Weichen für die Entwicklung eines demokratischen Sozialismus zu stellen. Vielfach ist Lenin deshalb als logischer »Vorgänger Stalins« dargestellt worden; Lenin sei mit seiner »gnadenlosen Härte« auf der ganzen Linie gescheitert, so Wolfgang Ruge in seinen Altersschriften (Ruge 2007 und 2015).

Seit der Oktoberrevolution und bei seinem Tod wurde Lenin als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten weltweit, auf einer Stufe mit Albert Einstein, dem Erfinder der Relativitätstheorie, angesehen (Deppe 2016, S. 256 ff.). In den folgenden Jahrzehnten wird er für die einen ein Säulenheiliger, für die anderen das Feindbild schlechthin. Wer die Härte und Grausamkeit Lenins (z. B. Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung, Fraktionsverbot, Erschießungsbefehle, Tötung der Zarenfamilie) zum Anlass nimmt, ihn für gescheitert oder obsolet zu erklären, sollte daran denken, womit die sozialistische Revolution es zu tun hatte, und dass dieses Phänomen auch heute keineswegs überwunden, sondern quicklebendig ist: mit Lenin nennt man es Kapitalismus im imperialistischen Stadium. Dieser Gesellschaftsformation verdanken wir ein »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1995) mit zwei verheerenden Weltkriegen, der Shoah, einem kurzen Goldenen Zeitalter des fordistischen Kapitalismus bis 1973 mit anschließender Entfesselung der »Marktkräfte«, bis hin zur Gegenrevolution von 1989, dem seit 1945 von interessierter Seite angestrebten »Rollback« des Kommunismus. Dass die Freunde der Marktwirtschaft bereit sind, über Leichen zu gehen, beweisen der deutsche Faschismus, die Militärdiktatur

in Chile, die dem entfesselten Kapitalismus ein Labor gestellt hat, die »humanitären Interventionen« des US-Imperialismus, aber auch die Klimakatastrophe, die soziale Ungleichheit, Aufrüstung und Kriege. Die dem Kapitalismus immanente imperiale Lebensweise entzieht vollends empathielos einem Großteil der Menschheit die Grundlagen für ein würdevolles Leben. Krankheit und Therapie sind bekanntlich eng verbunden, diese muss jener entsprechen. Daran sollten diejenigen denken, die Lenins übermäßige Härte verurteilen. »Die sozialistische Rosskur, die Lenin einleitete, war furchtbar und ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber ausblenden, wogegen sie sich richtete, ist ähnlich ignorant wie minutiös alle Schäden einer Chemotherapie auflisten, ohne auch nur einmal die Krankheit zu erwähnen, gegen die sie erfunden wurde. Aus dem verunglückten Sozialismus lernen kann nur, wer nicht daran vorbeisieht, dass sein Anlass fort dauert« (Türcke 2018, S. 32). Schon Rosa Luxemburg nannte den Imperialismus »Katastrophe als Daseinsform«. Heute, nach über drei Jahrzehnten Gegenrevolution, schreien die Verhältnisse noch lauter als zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach einer revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems, nach »nachhaltig sozialistischen Auswegen« (Dörre 2022, S. 89), nach »Entschleunigung als zentrale Bedingung, überhaupt noch in den Zerfallsprozess eingreifen zu können« (Dellwo 2023, S. 26).

Lenin hat in »Was tun?« unabgeholte Anregungen gegeben für die Analyse der Dialektik zwischen Klassenbewusstsein und Politik, zwischen proletarischer Strategie und Parteilinie. Die Schrift ist das »inhaltliche und methodologische Muster einer solchen Analyse« (Lukács 1974, S. 79). Die Praxis des gegenwärtigen Imperialismus unterstreicht die Aktualität der Imperialismus-Studie aus den Jahren 1916/17, die »vor allem eine Schule dialektischen Denkens« ist (Dath 2018, S. 11). »Staat und Revolution« vom September 1917 ist Lenins Konklusion zur Machtfrage, die »beste Zusammenfassung des klassisch marxistischen

Denkens über die strukturfunktionale Seite« dieser Frage (ebd.).

Die letzte Schriften Lenins, die er Ende 1922/Anfang 1923 noch diktiert hat, sein politisches Testament, legt Ruge zugrunde, um sein vernichtendes Urteil über den »Utopisten« und »Diktator« zu begründen; damit überzieht er (vgl. Ruge 2007, Höslers 2007). Michael Brie hat die letzten Schriften anders als Ruge emotionslos analysiert. Aber auch er akzentuiert Lenins Befürwortung des Terrors, er kritisiert eine Unterbelichtung der Ökonomie und ein Versagen in der Demokratiefrage. Bei alledem überbetont er die Kontinuität von Lenin zu Stalin, vom Leninismus zum Stalinismus. Der »Leninismus als System und Strategie« müsse daher überwunden werden, um Demokratie und Sozialismus zum Zweck solidarischer Emanzipation wieder zu vereinen (Brie 2017, S. 148 f.). Die historische Situation der Oktoberrevolution und die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer widerspruchsvollen Gesamtheit bis 1924 (wozu Lenin und der Leninismus gehören, was aber auch darüber hinaus geht) schufen Prädispositionen zum Stalinismus, determinierten ihn aber nicht. Lenin erkannte die Gefahren und warnte vor ihnen (Bollinger 2017, S. 125 f.). Er warb in seinen letzten Schriften nicht für Stalin, sondern er empfahl bekanntlich dringend, ihn als Generalsekretär abzulösen (Lenin 1980, S. 641 f.). Er gab, vor allem, aber nicht nur im politischen Testament, eine Vielzahl von Impulsen, mit denen er wesentliche Unterschiede zu Stalins Methode ausdrückte. Er riet zu freundlichem, genossenschaftlichen Umgang miteinander, zu Entschleunigung, zu höherer Qualität statt Quantität, zu fehlerfreundlichen Systemen: »Lieber weniger, aber besser« (Lenin 1980, S. 686 ff.). Lernen, lernen, lernen war die Devise: »im Wissen liegt unsere Stärke« (zit. nach Žižek 2018, S. 115). Daher alle Kraft für die Alphabetisierung, für Bildung und Schulen. Es gehe darum, die kulturellen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Zugleich müsse das ABC des Wirtschaftens im Rahmen

eines demokratisch geleiteten Staatskapitalismus gelernt werden. Lenin unterschätzte dies nicht, sondern wusste, dass die Schaffung eines Fundaments einer wirklich sozialistischen Wirtschaft die schwierigste Aufgabe sei (Lenin 1980, S. 364). Dazu seien »Versammlungs-demokratismus der werktätigen Massen« und Arbeitsdisziplin als Alltagspraxis zu entwickeln (Lenin 1980a, S. 365). Dann könne ein »System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln« das System des Sozialismus aufbauen. Gelingen könne dies nur, wenn im Kampf gegen den Bürokratismus nicht nachgelassen werde und der Apparat immer wieder kritisiert und demokratisiert werde. (Lenin 1980, S. 639 ff.).

Mit Gramsci könnte man sagen, Lenin versuchte, die KP vom »Bewegungskrieg«, der den unmittelbaren Zugriff auf den Staat sucht, umzuorientieren auf den »Stellungskrieg«, der auf das beharrliche Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten setzt (vgl. Deppe 2016, S. 321 f.). Was Lenin tat, ist durch die Gegenrevolution aufgehoben worden. Mit dem, was er schrieb, begründete er jedoch ein »Feld der Möglichkeiten« (Žižek 2018, S. 17) systemkritischen Denkens und Handelns. Dies bei den aktuellen katastrophalen Entwicklungstendenzen zu ignorieren wäre fahrlässig. Es ist der imperialistische Kapitalismus, der Lenins Aktualität generiert.

Literatur

- Bollinger, Stefan 2017: Lenin – Theoretiker, Strategie, marxistischer Realpolitiker, Köln.
- Brie, Michael 2017: Lenin neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution & Metaphysik der Herrschaft, Hamburg.
- Dath, Dietmar 2018: Text und Tat. Die fortlebende Herausforderung von Lenins Buch über den Imperialismus, in: Wladimir Iljitsch Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. Kritische Neuausgabe, hrsg. und kommentiert von Wladislaw Hedeler und Volker Külöw, Berlin, S. 7–23.

- Dellwo, Karl-Heinz 2023: Rien ne va plus? Möglichkeiten heutiger Politik, in: Lunapark21, Heft 61, S. 22–26.
- Deppe, Frank 2016: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 1: Die Anfänge, Hamburg.
- Deppe, Frank 2017: 1917–2017 – Revolution und Gegenrevolution, Hamburg.
- Dörre, Klaus 2022: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Greiner, Bernd 2021: Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München.
- Hobsbawm, Eric 1995: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien.
- Hofmann, Werner 1979: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin
- Höslers, Joachim 2007: Lernen aus der Geschichte. Wolfgang Ruges Beitrag zur Geschichtsschreibung der Sowjetunion, in: Ruge, Beharren, a. a. O., S. 41–78.
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1980: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (LAW), Band VI, Berlin.
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1980a: LAW IV.
- Lukács, Georg 1974: Die Zerstörung der Vernunft, Band III: Irrationalismus und Soziologie, Darmstadt.
- Ruge, Wolfgang 2007: Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989–1999, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Berlin.
- Ruge, Wolfgang 2015: Lenin – Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie, hrsg. von Wladislaw Hedeler, Berlin.
- Sebestyen, Victor 2017: Lenin – ein Leben, Berlin.
- Türcke, Christoph 2018: Deregulierter Imperialismus, in: Wladimir Iljitsch Lenin, Der Imperialismus, a. a. O., S. 25–32.
- Weber, Hermann und Gerda 1983: Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München.
- Wendt, Holger 2020: Monopoly mit Lenin, in: Marxistische Blätter, Heft 1, S. 40–52.
- Žižek Slavoj 2018: Lenin heute. Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, Darmstadt.

Zurück in die Zukunft Westafrika auf dem Weg in die Unabhängigkeit?

Valentin Zill

Afrika »ist kein geschichtlicher Weltteil, er hat keine Bewegung und Entwicklung aufzuweisen, und was etwa in ihm, das heißt in seinem Norden geschehen ist, gehört der asiatischen und europäischen Welt zu.«¹ Hegel sagte das in den 1820er Jahren in seinen »Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte«. Die Ignoranz, Unwissenheit und Überheblichkeit, die aus diesen Zeilen spricht, hat sich bis heute gehalten. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy äußerte sich 2007 während eines Staatsbesuchs in Senegals Hauptstadt Dakar ganz ähnlich: »Das Drama Afrikas ist, dass der afrikanische Mensch nicht genug in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer, der seit Jahrtausenden mit den Jahreszeiten lebt, dessen Ideal das Leben in Einklang mit der Natur ist, kennt nur die ewige Wiederkehr der Zeiten, deren Rhythmus die pausenlose Wiederholung der immergleichen Zeichen und Worte ist. In dieser Vorstellung, in der ständig alles von Neuem beginnt, gibt es keinen Platz für die Ideen des Fortschritts oder das Abenteuer der Menschheit.«²

Der reichste Mensch aller Zeiten

Westafrika gilt heute als ärmste Region der Welt. Kinder mit Hungerbäuchen, Kindersoldaten,

- 1 G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Zitiert in: www.nzz.ch/feuilleton/hegel-afrika-war-fuer-ihn-ein-geschichtsloser-kontinent-wieso-ld.1571992, zuletzt aufgerufen am 12.11.2023
- 2 www.deutschlandfunk.de/afrikas-geschichte-karawanen-macht-und-gold-100.html, zuletzt aufgerufen am 12.11.2023.

von Dschihadisten verschleppte Schulmädchen: Das sind die Assoziationen vieler Europäer mit dem Erdteil, der an die Mittelmeer-Anrainer Marokko und Algerien grenzt und von Paris aus in fünfeinhalb bis sechseinhalb Flugstunden erreichbar ist. Wer käme da auf die Idee, dass Westafrika einst sagenhaft reich war – so reich, dass der bis heute reichste Mensch aller Zeiten dort lebte?

Nun, in Mali kennt jedes Kind Mansa Musa. Noch heute besingen die Griots³ den König des Mali-Reiches. Er regierte das Reich, das von der Atlantikküste bis zum Air-Gebirge im heutigen Niger reichte, Anfang des 14. Jahrhunderts. Sein Vermögen soll inflationsbereinigt 400 Milliarden US-Dollar betragen haben⁴. Zum Vergleich: Der aktuell reichste Mann der Welt, Elon Musk, verfügt 2023 laut Forbes über knapp 260 Milliarden US-Dollar⁵.

1324 pilgerte Mansa Musa nach Mekka – mit einer Entourage von 60.000 Menschen. 80 Kamele sollen je 300 Pfund Gold getragen haben. Das verteilte er so freigiebig, dass er sich schon auf der Rückreise Geld von Kaufleuten in Kairo leihen musste. Nicht etwa, weil er kein Gold mehr hatte, sondern weil es deutlich an Wert verloren hatte.⁶

Sklavenhandel und Kolonialisierung

Mansa Musa und sein Reichtum sorgten in der arabischsprachigen Welt für Aufsehen⁷. Kunde davon drang auch nach Europa und weckte unstillbare Gier. Portugiesische Seefahrer machen sich als erste auf den Weg. 1450 erreicht Ca' da Mosto die westafrikanische Küste und segelt bis in den Süden des heutigen Senegals.⁸ 1482 richteten Portugiesen den ersten europäischen Handelsstützpunkt in Westafrika ein, in São Jorge da Mina. Der Ort heißt heute Elmina und liegt an der Küste Ghanas. Mitte des 16. Jahrhunderts stiegen englische Händler in die Geschäfte mit Gold, Elfenbein, Sklaven und Gewürzen ein, später folgten Spanier, Niederländer, Franzosen und Dänen.

Die ersten Europäer staunten noch über die Städte und Reiche, die sie dort vorfanden: Sie waren wenigstens so entwickelt wie ihre Heimat. Nur auf zwei Gebieten lagen europäische Seefahrer und Händler technisch deutlich vorne: Schiffbau und Waffen. Und die ökonomischen Ausgangsbedingungen divergierten: Europa war schon auf dem Weg in den Kapitalismus, in Afrika begann gerade der Feudalismus.⁹

Für Westafrika begann ein fataler Niedergang, der sich über Jahrhunderte ziehen würde. Schnell nämlich etablierte sich ein Muster, das sich bis heute gehalten hat: Das des ungleichen Handels. »Auf der einen Seite standen die europäischen Länder, die entschieden, welche Rolle die afrikanische Wirtschaft spielen sollte; auf der anderen Seite bildete Afrika eine Erweiterung des europäischen kapitalistischen Marktes. Was den Außenhandel betraf, hing Afrika davon ab, was die Europäer kaufen und verkaufen wollten«¹⁰, analysierte der guyanische Historiker Walter Rodney 1972. Europa

7 Joseph Ki-Zerbo: *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981, S. 137f.

8 Ebd., S. 216.

9 Walter Rodney: *How Europe Underdeveloped Africa*. Verso, London 2018, S. 83ff.

10 Ebd., S. 87. Übersetzung des Verfassers.

3 Griot bezeichnet in Teilen Westafrikas Sänger, Dichter und Musiker, die durch mündliche Überlieferung traditionelles Wissen, Geschichte und Geschichten weitergeben.

4 www.independent.co.uk/news/world/world-history/meet-mansa-musa-i-of-mali-the-richest-human-being-in-all-history-8213453.html, zuletzt aufgerufen am 12.11.2023.

5 www.handelsblatt.com/unternehmen/forbes-liste-das-sind-die-reichsten-menschen-der-welt-2023-im-ranking-/25725996.html, zuletzt aufgerufen am 12.11.2023.

6 M. Angulu Onwuejeogwu, Bana Okpu, Chris Ebigbo: *African Civilizations. Origin, Growth, and Development*. Uto Publications, Lagos 2000, S. 239.

verkaufte Fertigwaren, oft billigen Ramsch, und kaufte – oder stahl – Gold und Sklaven. Marx nannte »die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute« zusammen mit der Ausplünderung weiterer Kolonien die »Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära«¹¹.

Der transatlantische Sklavenhandel hatte katastrophale Folgen für Westafrika. Mindestens zehn Millionen Sklaven kamen lebendig in den Amerikas an, vielleicht waren es sogar mehr als 100 Millionen. Sklavenhändler bevorzugten junge Männer und Frauen, im Geschlechterverhältnis von zwei zu eins. Der Sklavenhandel entvölkerte ganze Landstriche des historisch ohnehin unterbevölkerten Westafrikas und drehte die Ökonomie auf Kriegswirtschaft.¹² »Der Gedanke, etwas herzustellen oder Vorräte anzuhäufen, verschwand in diesem allgemeinen Chaos«¹³, hielt Joseph Ki-Zerbo fest.

Mit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert änderten sich Europas Interessen in Afrika: Sklavenarbeit auf Plantagen wurde durch Maschinen ersetzt. Der Rohstoffabbau in Afrika und die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewannen an Relevanz. Europas Mächte griffen zu und kolonialisierten fast ganz Afrika. Dabei trafen sie auf erbitterten einheimischen Widerstand und kamen sich auch gegenseitig in die Quere. Die koloniale Aufteilung Afrikas am Reißbrett in Berlin auf der Kongokonferenz 1884/1885 besiegelte vorerst das Schicksal des Kontinents.¹⁴

Die Zementierung der Ausbeutungsstrukturen

In den 1870er Jahren hatte Frankreich begonnen, Kolonialposten entlang des Niger zu errichten und direkte Kontrolle über weite

Teile Westafrikas zu übernehmen. Frankreich exportierte nur wenig Kapital nach Westafrika – und wenn, dann in die Küstengebiete des heutigen Senegal und Côte d’Ivoire. Gewinne erzielten französische Handelsgesellschaften durch aufgezwungene asymmetrische Handelsbedingungen. Landwirtschaftliche Erzeugnisse, vor allem Erdnüsse und Baumwolle, kauften sie günstig auf, Konsumgüter von minderwertiger Qualität verkauften sie teuer. Steuern ließen sich die französischen Kolonialherren oft in Naturalien begleichen. So war die Wirtschaft Westafrikas am Ende der Kolonialzeit zwar in den imperialistischen Weltmarkt integriert, aber immer noch wesentlich von Subsistenzlandwirtschaft, kollektivem Bodenbesitz und patriarchalischen Familienstrukturen geprägt.¹⁵ Die Infrastruktur war gänzlich auf den Transport von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem Inneren des Kontinents an die Küstenhäfen ausgerichtet.

Das waren schwierige Ausgangsbedingungen für die Unabhängigkeit und eine eigenständige Entwicklungspolitik. Als erstes Land Westafrikas erkämpfte sich Ghana die Unabhängigkeit von Britannien, 1957. Eineinhalb Jahre später löste sich Guinea von Frankreich. Der erste Präsident des unabhängigen Guineas, Ahmed Sékou Touré, war ein Urenkel von Almami Samory Touré. Der wird bis heute in ganz Westafrika glühend für den militärischen Widerstand gegen die französischen Kolonisatoren verehrt, den er von 1880 bis 1893 angeführt hatte – übrigens mit modernen Waffen aus britischer Produktion. Im »Afrikanischen Jahr« 1960 wurden Togo, Benin, Niger, Obervolta (später Burkina Faso), Côte d’Ivoire, Senegal, Mali, Nigeria und Mauretanien unabhängig.

11 MEW 23, S. 779.

12 Walter Rodney: *How Europe Underdeveloped Africa*. Verso, London 2018, S. 106 ff.

13 Joseph Ki-Zerbo: *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981, S. 231.

14 Ebd., S. 437 ff.

15 Matthew Read: »L’option socialiste«: *Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg Malis und die internationale kommunistische Bewegung*. Internationale Forschungsstelle DDR, Berlin 2023, S. 2 f. Abrufbar unter www.ifddr.org/mali-nichtkapitalistische-entwicklung-kommunistische-bewegung/, zuletzt aufgerufen am 13.11.2023.

Sierra Leone folgte ein, Gambia fünf Jahre später. Guinea-Bissau und Kap Verde gelang es erst 1974 respektive 1975, sich von Portugal zu befreien.

Mehrere der ehemaligen Kolonien entschieden sich für einen sozialistischen Entwicklungsweg. Kwame Nkrumah machte sich daran, Ghana mit Fünf-Jahres-Plänen nach sowjetischem Vorbild zu industrialisieren. Mit Erfolg: 1964 verfügte das Land über das modernste Straßennetz Afrikas und den größten Stausee der Welt. 1966 produzierten 68 große Staatsbetriebe fast alles, was die Bevölkerung benötigte.¹⁶

Besonders eng an der kommunistischen Weltbewegung orientierte sich Mali. Führende Kader der Union Soudanaise – Rassemblement Démocratique Africain (US-RDA), der Partei, die Mali in die Unabhängigkeit führte, hatten sich ab 1943 in Studienzellen mit Marxismus-Leninismus beschäftigt. Die Zellen, Groupes d'Études Communistes genannt, waren mit Unterstützung der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) entstanden. Ein außerordentlicher Parteitag der US-RDA im September 1960 beschloss, Mali müsse unverzüglich und entschlossen die wirtschaftliche Entkolonialisierung in Angriff nehmen, die Wirtschaft neu strukturieren und Handelsbeziehungen im Rahmen einer sozialistischen Planung aufbauen. Präsident Modibo Keita ließ Schlüsselsektoren der Wirtschaft verstaatlichen, einen Fünf-Jahres-Plan (1961–1966) ausarbeiten und den Franc-CFA durch eine eigene Währung ersetzen. Mittels einer »Action rurale« begann die US-RDA, naturalwirtschaftliche Dorfgemeinden in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften umzuwandeln. 90 Prozent der erwerbstätigen Malier verdingten sich in der Landwirtschaft. 92 Prozent der Exporte Malis waren landwirtschaftliche

Erzeugnisse, die Landwirtschaft damit die bei weitem wichtigste Akkumulationsquelle des Landes. Auch in Mali zeigten sich schnell Erfolge: Die Zahl der Grund- und Sekundarschüler verdoppelte sich binnen dreier Jahre, hunderte medizinische Einrichtungen wurden errichtet, die Bewässerung und technische Ausstattung der Landwirtschaft deutlich verbessert.¹⁷

Nkrumah, Sékou Touré und Keita war klar, dass die Ökonomien der Länder Afrikas integriert werden mussten, um eine nachholende Entwicklung zu ermöglichen. 1961 machten Ghana, Guinea und Mali den Anfang und schlossen sich zur Union Afrikanischer Staaten zusammen. Doch löste sich die Allianz schon zwei Jahre später auf, zu groß waren die Differenzen zwischen den drei Präsidenten.¹⁸

Unterstützung für die jungen Staaten leisteten die Sowjetunion, die DDR, ČSSR, auch die VR China. Ghana, Guinea und Mali konnten nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren, und die sozialistischen Staaten waren nicht in der Lage, dauerhaft über Weltmarktpreisen zu zahlen. Der ungleiche Handel – in den Worten Kwame Nkrumahs die »versteckte Hand des Neokolonialismus« – erwies sich als Hürde, die zu überwinden die gerade unabhängig gewordenen Länder noch nicht imstande waren.¹⁹ Im Februar 1966 ließ die CIA gegen Nkrumah putschen. Im November 1968 putschte Moussa Traoré gegen Keita, mindestens mit Billigung der französischen Regierung. Sékou Touré wendete sich Mitte der 1970er Jahre wieder Frankreich zu. Ein Putsch gegen ihn war damit unnötig geworden.

17 Matthew Read: »L'option socialiste«: *Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg Malis und die internationale kommunistische Bewegung*. Internationale Forschungsstelle DDR, Berlin 2023. Abrufbar unter www.ifddr.org/mali-nichtkapitalistische-entwicklung-kommunistische-bewegung/, zuletzt aufgerufen am 13.11.2023.

18 Ebd., S. 7.

19 Ebd., S. 13f.

16 Valentin Zill: Geteilt sind wir schwach, in: UZ vom 22. April 2022. Abrufbar unter www.unsere-zeit.de/geteilt-sind-wir-schwach-168183/, zuletzt aufgerufen am 13.11.2023.

Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, die so viele Menschen Westafrikas in den frühen 1960er Jahren hegten, waren Ernüchterung gewichen. Jeden Versuch, einen eigenständigen Entwicklungsweg einzuschlagen, erstickten die alten Kolonialmächte im Keim.

CFA-Cha-Cha-Cha

Neun der 16 Staaten Westafrikas waren französische Kolonien, und Frankreichs Kontrolle seiner ehemaligen Kolonien ist eisern. Wie kontrolliert man einen ganzen Erdteil, der nominell unabhängig ist? Der französische Neokolonialismus stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen: Wirtschaftsverträge, Währung und Militär.

Mehr als 1.100 französische Konzerne mit gut 2.100 Tochtergesellschaften sind in West- und Zentralafrika aktiv. Sie genießen bevorzugte Behandlung: Unzählige Abkommen mit Frankreichs »Partnerländern« sichern der Regierung in Paris Vorkaufsrechte auf sämtliche natürliche Ressourcen und privilegierten Zugriff auf staatliche Aufträge. Kern der »Françafrique« genannten, sehr ungleichen Beziehungen zwischen Frankreichs Bourgeoisie und deren willfährigen Erfüllungsgehilfen der lokalen Eliten ist der CFA-Franc. Die Landeswährung von Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo ist fest an den Euro gekoppelt. Die teilnehmenden Länder können ihre Währung nicht abwerten, um zu international wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren. Sie zahlen 50 Prozent ihrer Devisenreserven an die französische Zentralbank. Französische Unternehmen erzielen in Westafrika eine Marge doppelt so hoch wie die, die sie zuhause realisieren.²⁰

Wenn die strikte wirtschaftliche Kontrolle nicht mehr ausreicht, steht Militär bereit. In Côte d'Ivoire und Senegal unterhält Frankreich

ständige Militärbasen. Die Regierung in Paris zögert selten, es einzusetzen. Zwei Beispiele noch vor der Militärintervention im Sahel ab 2013: Am 9. November 2004 schossen französische Scharfschützen 57 Menschen in Abidjan, der größten Stadt Côte d'Ivoires, die Köpfe weg. Die Getöteten hatten mit tausenden anderen eine Menschenkette um den Präsidentenpalast gebildet – aus Angst, französische Soldaten würden gegen ihren Präsidenten Laurent Gbagbo putschen.²¹ Drei Tage vorher hatte Frankreichs Militär binnen einen Tages die komplette Luftwaffe Côte d'Ivoires zerstört²² und auf diese Weise sichergestellt, dass der ivoirische Bürgerkrieg nicht zu seinen Ungunsten ausgehen würde.

Die französische Organisation Survie analysiert, kritisiert und kämpft gegen Frankreichs imperialistische Afrikapolitik. Sie unterteilt die in drei Phasen: Zwischen 1969 und 1995 stand der Zugang französischer Monopolkonzerne zu Rohstoffen im Mittelpunkt. Von 1995 bis 2010, also nach dem Ende des Kalten Kriegs, machten die USA und Britannien stärkere Eigeninteressen in Afrika geltend – wirtschaftliche Konkurrenz auf Kosten Frankreichs. Ab 2010 setzten die Regierungen in Paris wieder verstärkt auf militärische Interventionen.²³ Der Eingriff in den ivoirischen Bürgerkrieg ist ein Beispiel dafür, die Sahel-Intervention sicherlich das prominenteste.

Der Sahel-Intervention war eine andere vorausgegangen, mehrere tausend Kilometer nordöstlich des Sahels: Der NATO-Krieg in Libyen 2011. Frankreich beteiligte sich daran mit der »Opération Harmattan«. Der Angriff war passend benannt. Nach dem Krieg

21 Ebd.

22 www.spiegel.de/politik/ausland/vergeltung-frankreich-zerstoert-luftwaffe-der-elfenbeinkueste-a-326837.html, zuletzt aufgerufen am 15.11.2023.

23 Vgl. Amzat Boukari-Yabara, Benoît Collombat, Thomas Borrel, Thomas Deltombe: *L'Empire qui ne veut pas mourir. Une histoire de la Françafrique*. ÉDITIONS DU SEUIL, Paris 2021.

20 Valentin Zill: Unterentwicklungspolitik. Zum EU-Imperialismus in Afrika, in: UZ vom 17. Februar 2023.

nämlich strömten libysche Waffen en masse in den Sahel, ganz wie das namensgebende kontinentale Windsystem. Dort erreichten sie Touareg-Sezessionisten und islamistische Terroristen. In der Folge verschlechterte sich die Sicherheitslage im Sahel rapide, was Frankreich dann 2013 als Vorwand für seine dortige Intervention nutzte. Aus von Wikileaks veröffentlichten E-Mails von Hillary Clinton, damals US-Außenministerin, geht hervor, was Frankreichs damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy zur Intervention in Libyen bewegen hatte: Muammar al-Gaddafi unternahm als Präsident der Afrikanischen Union (AU) konkrete Schritte, den CFA-Franc durch eine afrikanische Gemeinschaftswährung abzulösen. Das Projekt sah eine Zentralbank in Abuja (Nigeria) vor, einen Währungsfonds mit Sitz in Jaunde (Kamerun) und eine afrikanische Investitionsbank in Sirte (Libyen).²⁴ Gaddafis Projekt war – nach dem sehr erfolgreichen, aber schnell durch seine Ermordung abgewürgten Versuch Thomas Sankaras, Burkina Faso Mitte der 1980er Jahre auf einen sozialistischen Entwicklungsweg zu bringen – das erste größere Unterfangen Afrikas seit der Unabhängigkeitswelle, sich endlich aus den Klauen des Neokolonialismus zu befreien.

Die Militärputsche seit 2020

In den letzten vier Jahren erlebte Westafrika eine Serie an Militärputschen: Im August 2020 und Mai 2021 in Mali, im September 2021 in Guinea, im September 2022 in Burkina Faso und schließlich im Juli 2023 in Niger. In Guinea begründete Mamadi Doumbouya seinen Staatsstreich damit, eine dritte Amtsperiode des Präsidenten Alpha Condé verhindern zu wollen. Wie in den meisten Ländern Westafrikas beschränkt die Verfassung Guineas die Amtszeit eines Präsidenten auf zwei

Legislaturperioden. Wie so viele »zuverlässige Partner« des Westens dort hatte Condé diese Bestimmung geflissentlich ignoriert.

Im Nachbarland Mali hatte Assimi Goïta, Oberst einer Spezialeinheit des malischen Militärs, Jahrgang 1983, miterlebt, wie sich islamistische Milizen immer näher an die Hauptstadt Bamako kämpften²⁵ – obwohl 5.100 französische Soldaten sie doch aufhalten sollten²⁶. Mali müssen den Kampf gegen den Terrorismus selbst führen, so sein Fazit. Weil die Armee des Landes dafür nicht gut genug ausgebildet und technisch unzureichend ausgestattet ist, wandte er sich hilfeschend nach Moskau. Die Militärfirma Wagner schickte 1.000 Söldner. Frankreichs Präsident warf Mali daraufhin »Undank« vor, implizierte, die Menschen dort gingen »russischer Propaganda« auf den Leim und zog seine Truppen ab – die meisten davon ins benachbarte Niger.²⁷

Vier Monate nach Assimi Goïtas zweitem Putsch übernahm Ibrahim Traoré in Burkina Faso die Macht auf militärischem Wege. Auch er begründete seinen Staatsstreich mit der Sicherheitslage: Mehr als 8.500 Menschen starben 2022 in Burkina durch islamistischen Terror²⁸. Traoré möchte 50.000 Freiwillige für den Kampf gegen den Terror gewinnen. Der ist nicht das einzige große Problem, mit dem sich Burkina Faso konfrontiert sieht. »In Burkina ist alles dringend. Von der Sicherheit über die Verteidigung, die Gesundheit, soziale Maßnahmen bis hin zur Infrastruktur, alles ist dringend. Wir müssen uns beeilen,« sagt Traoré²⁹.

25 Valentin Zill: Partnerwahl statt Kolonialqual, in: UZ vom 26. August 2022.

26 Valentin Zill: Mobiler Imperialismus, in: UZ vom 20. August 2021.

27 www.unsere-zeit.de/mali-rausschmiss-fuer-frankreich-166109/, zuletzt aufgerufen am 15.11.2023.

28 <https://fr.africanews.com/2023/03/28/le-burkina-faso-est-le-pays-africain-le-plus-touche-par-le-terrorisme/>, zuletzt aufgerufen am 15.11.2023.

29 www.tagesschau.de/ausland/afrika/burkina-faso-militaerjunta-101.html, zuletzt aufgerufen

24 Valentin Zill: Unterentwicklungspolitik. Zum EU-Imperialismus in Afrika, in: UZ vom 17. Februar 2023.

Wie Doumbouya und Goïta kommt Traoré aus der zweiten Reihe des Militärs und ist deutlich jünger als die alten Eliten, die die drei ihres Amtes enthoben haben. 1988 geboren, ist er aktuell der jüngste Staatsoberhaupt der Welt. Mehr noch als seine Amtskollegen in Conakry und Bamako stellt er Fragen, die den jungen Bevölkerungen Westafrikas auf den Nägeln brennen, die man aber seit Sankaras Ermordung 1987 nicht mehr auf internationalem diplomatischem Parkett gehört hat. Eine grundlegende formulierte er auf dem Russland-Afrika-Gipfel im Juli in St. Petersburg so: »Die Frage, die sich meine Generation stellt, ist, wie Afrika mit so viel Reichtum heute der ärmste Kontinent ist.«

Die Putschisten in Niger um General Abdourahmane Tiani hingegen kommen aus der ersten Reihe des Militärs und sind entsprechend älter. In Niamey scheint es eher um Verteilungskämpfe zu gehen als um ein fortschrittliches Projekt³⁰. Dass auch Tiani seinen Putsch mit antikolonialer Rhetorik begründen muss und – bislang jedenfalls – als Sieger aus einem Kräftemessen mit Frankreich und dem westafrikanischen Staatenbündnis ECOWAS hervorgegangen ist, zeigt deutlich, dass die neokolonialen Einflussmöglichkeiten des Westens schwinden.

Die Länder Westafrikas unterhalten heute wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu Russland, China, zum Iran, zur Türkei und vielen weiteren Ländern. Imperialistische Mächte wie Frankreich und Deutschland sind dort auf dem Rückzug. Ob Frankreich sich eine Militärintervention wie die 2004 in Côte d'Ivoire noch leisten kann, ist fraglich geworden. Die ECOWAS-Intervention in Niger scheiterte an zwischenimperialistischen Widersprüchen – die USA können ihre Interessen im Sahel ohne Militäreinsatz offensichtlich besser

verfolgen –, aber auch an der Weigerung des nigerianischen Senats, Soldaten dafür bereitzustellen, an der Weigerung der Regionalmacht Algerien, Frankreich Überflugrechte für einen Militäreinsatz einzuräumen und nicht zuletzt an der Solidarität Malis und Burkina Fasos. Die beiden Länder haben sich kürzlich mit Niger in der Allianz der Sahel-Staaten zusammengeschlossen und so eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur begründet³¹.

Erste Erfolge zeigen sich: Französische und deutsche Truppen haben sich aus Mali, Burkina Faso und Niger zurückgezogen. In Mali hat die Übergangsregierung erste Sozialprogramme aufgelegt³². Bei der 78. UNO-Generalversammlung³³ (und anderswo) treten die jungen Regierungen deutlich selbstbewusster auf als in der Vergangenheit. Ob sich die zarten Erfolge verstetigen lassen und Westafrika ökonomisch langsam zum Rest der Welt aufschließen kann, hängt wesentlich davon ab, ob es den Regierungen vor Ort gelingt, die Sicherheitslage in den Griff zu kriegen, ihre Allianzen zu stärken und sich eine eigene Währung zu schaffen.

In Westafrika ist heute jedenfalls mehr Bewegung als in den meisten anderen Regionen der Erde. Welch Abenteuer für Sarkozys Freunde. Wenn Hegel das wüsste!

am 15.11.2023.

30 Moussa Tchangari: *Sahel. Warum die Krisenregion auch ein europäisches Problem ist*. Westend, Frankfurt am Main 2023, S. 24 ff.

31 www.jeuneafrique.com/1483586/politique/le-mali-le-burkina-et-le-niger-scillent-lalliance-des-etats-du-sahel/, zuletzt aufgerufen am 15.11.2023.

32 Valentin Zill: Partnerwahl statt Kolonialqual, in: UZ vom 26. August 2022.

33 Vgl. www.unsere-zeit.de/womit-ich-konfrontiert-bin-uebersteigt-jegliche-vorstellungskraft-4784091/, zuletzt aufgerufen am 15.11.2023.

Die Sicherungsverwahrung im politischen und medialen Gebrauch (Teil 2¹)

Erkenntnisse einer Medieninhaltsanalyse

Franziska Schneider

Das Statistische Bundesamt konstatierte für das gesamte Jahr 2022 im Durchschnitt etwas mehr als 600 Sicherungsverwahrte. 1996 waren es lediglich 176. Schwere Gewalt- und Sexualkriminalität hatte jedoch nicht zugenommen. Dazwischen kam es zu acht bundesrechtlichen Gesetzesänderungen der Sicherungsverwahrung, etlichen Länderregelungen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes und Urteilen des Europäischen Gerichtshofes. Alles wurde getragen durch eine politische und mediale Debatte, die – so die These – mehr davon profitiert hat, als es der Sicherheit der Allgemeinheit diene – und zwar auf beiden Seiten, der politischen und der medialen.

Eine qualitative und quantitative Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung zur rechtspolitischen Entwicklung der Sicherungsverwahrung sollte sich im empirischen Teil des Dissertationsprojektes nun der Frage nähern, welchen Einfluss die Berichterstattung über schwere Gewalt- und Sexualstraftaten auf das politische Handeln und die Gesetzgebung in Deutschland hatte. Ziel der Fragestellung war es, einen politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf am Beispiel der Gesetzgebung zur Sicherungsverwahrung aufzuzeigen. Das Untersuchungsmaterial wurde

auf die vier Tageszeitungen taz, SZ, FAZ und BILD eingegrenzt. Das Aufgreifkriterium war Sicherungsverwahrung* und wurde auf den Zeitraum 1.1.1996 bis 31.12.2014 angewendet. Drei Untersuchungshypothesen sollten auf Artikel- und Aussagenebene überprüft werden. Die Software für qualitative Inhaltsanalysen MAXQDA ermöglichte es, sowohl quantitative Daten in Form von Variablen als auch qualitative Daten in Form von Codes zu erheben. Wichtig dabei: Eine Inhaltsanalyse untersucht nicht Kommunikationsprozesse, sondern eben die Inhalte.

Insgesamt wurden 2.488 Artikel im Untersuchungszeitraum analysiert. Mit 1.075 Artikeln hat die SZ davon mehr als ein Drittel ausgemacht. Von der taz wurden 637 Artikel und von der FAZ 613 Artikel analysiert. Aus der BILD wurden, bedingt durch das gesonderte Selektionsverfahren, 163 Artikel untersucht.

Bis auf BILD entsandten alle drei Zeitungen einen Journalisten in die Justizpressekonferenz, was eine exklusivere Berichterstattung über Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sowie über die Verhandlungen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ermöglichte. Die FAZ, die SZ und die taz verfügten darüber hinaus über jeweils einen ausgebildeten Juristen als Autor für rechtspolitische Themen und für Beiträge über höchstrichterliche Gerichtsentscheidungen. Trotzdem hatten Agenturmeldungen in diesen drei Zeitungen mit über 20 bis über 30 Prozent den größten Anteil an der entsprechenden Berichterstattung.

Medienkriminalität der Sicherungsverwahrung

Im Analysezeitraum lag der Fokus auf schweren Gewalt- und Sexualstraftaten. Damit kann – unter Berücksichtigung des Aufgreifkriteriums – ein Charakteristikum von Medienkriminalität bestätigt werden, dass diejenigen Straftaten, die laut Kriminalitätsstatistiken eher selten verübt werden und im

1 Teil 1 siehe Marxistische Blätter 6_2022: Sicherungsverwahrung – die Illusion von Sicherheit. Politisch-publizistischer Verstärkerkreislauf vs. rechtsstaatliche Prinzipien, S. 92–100.

Alltag der Menschen kaum vorkommen, medial besonders präsent sind.

Medienkriminalität konzentriert sich auf spektakuläre Einzelfälle, nicht auf alltägliche Kriminalitätserscheinungen. Die Analyse hat deutlich gemacht, dass es neben einer Fülle von Landgerichtsfällen nur wenige Einzelfälle gab, auf die Akteure aus dem journalistischen und dem politischen Feld besonders fixiert waren. Warum sich diese Akteure auf Einzelfälle konzentrierten, hing von Umständen ab, die für Außenstehende schwer zu erkennen sind. Aus strafrechtlicher Sicht waren die meisten Einzelfälle sicherlich keine bedeutenden, komplizierten Fälle im Sinne von Grundsatzentscheidungen. Sie durchliefen medial und politisch Filter, die nicht in einem strafrechtlichen Rahmen zu sehen waren.

Das Leben der Täter begann medial bei der Tat und endete mit der Verurteilung. Das Einzige, was darüber hinaus über die Täter zu erfahren war, beschränkte sich wahlweise auf den Beruf, den Wohnort, den Bildungsgrad, körperliche Auffälligkeiten, vorherige psychische Krankheiten und besonders auf das Vorstrafenregister. Der Bezug auf den sozialen Hintergrund der Täter war in allen Analysemedien gering, sie wurden bis auf wenige Ausnahmen durch die Tat charakterisiert. Stigmatisierende Äußerungen über die Täter kamen hauptsächlich in Form von Reduktionen auf die Tat vor. Am deutlichsten war dies bei BILD ausgeprägt, wo erkennbar die Taten der Angeklagten auch für politische Forderungen genutzt wurden. Opfer wurden in der FAZ, der SZ und der taz erwähnt und mit Geschlecht, Alter, Beziehung zum Täter, Schule, Beruf, Wohnort oder durch eine Tätigkeit skizziert, die sie vor der Tat ausgeübt hatten. BILD ging häufiger auf das Leid der Opfer ein, instrumentalisierte es nicht selten, um harte Strafen zu fordern.

Von 1998 bis 2009 standen lediglich strafrechtliche Konsequenzen bei schwerer Gewalt- und Sexualkriminalität im politischen und medialen Zentrum. Wurde anfangs auch noch über Kastration und Resozialisierung geschrieben, lag

spätestens mit der Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung der Fokus auf der Maßregel. Nur wenig wurde über Sicherheit, über kriminologische Forschungsergebnisse oder über den Nutzen der Sicherungsverwahrung diskutiert. Die Verwechslung von vorbehaltener und nachträglicher Sicherungsverwahrung war dem Diskurs immanent und verdeutlichte die Oberflächlichkeit der Debatte sowie das Symbolische der Gesetzgebungen. Die mediale Kritik an Gesetzesvorhaben stockte immer dann, wenn aktuelle Einzelfälle bekannt wurden. Denn diese legitimierten häufig die Gesetzgebung, weil niemand Mitverantwortung für mögliche Rückfalltaten tragen wollte. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Denn aus journalistischer Sicht sollte es eben nicht um die Verantwortung für potentielle Taten, sondern um die Verteidigung rechtsstaatlicher Prinzipien und der Menschenrechte gehen.

Die Berichterstattung konzentrierte sich insbesondere bei Einzelfällen vor Landgerichten auf die Tat, den Prozess und die Strafe. Über 50 Prozent der codierten Segmente im Analysezeitraum fielen auf Einzelfälle vor Landgerichten. Die Sanktionsverschärfungen wurden – auch durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 2004 – kaum substantiell kritisiert, teilweise wurden sie begrüßt und als notwendig erachtet. Ein diskursives Ereignis² war das Urteil des Europäischen Gerichtshofes 2009, welches durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 2011 verstärkt wurde. Im Diskurs fand ein Wandel der Argumentationsstruktur statt. Am deutlichsten wurde dies durch den Rückgang der Metapher »Wegschließen für immer«. Geändert haben sich Art und Form der Argumentation und der Argumentationsstrategien. Verwarhte wurden nun in die Kommunikation einbezogen und

2 Siehe Margarete Jäger: Medienkritik als Gesellschaftskritik. Skizze eines Analysekonzeptes. In: Hans-Jürgen Bucher (Hrsg.): Medienkritik zwischen ideologischer Instrumentalisierung und Aufklärung. Köln 2020, 39–61, hier S. 49f.

darauf geachtet, dass nur von vermuteter Gefährlichkeit Entlassener geschrieben wurde. Eine größere Vielfalt von Akteuren spiegelte sich in der Berichterstattung wider, Wissenschaftler wurden um Einschätzungen gebeten. Das alles gilt nicht für die Analyse der BILD. Sie hatte ein Thema gefunden, welches sie hemmungslos dramatisieren konnte.

Dass häufig über Landgerichtsurteile und Entlassungen aus der Sicherungsverwahrung berichtet wurde, ist nicht das Problem, sondern es geht um das Wie, um die Art der Kommunikation. SZ-Autor Heribert Prantl machte darauf selbst aufmerksam. Und zwar in einem Artikel des Untersuchungsmaterials, der sich auf die Entlassung von Karl D. bezog, der nach Heinsberg gezogen war, was über die Orts-grenzen hinweg Angst und Schrecken auslöste: »Ein mehrmals vorbestrafter Sexualverbrecher bleibt auf freiem Fuß. So lautet die Nachricht; sie klingt empörend. Aber: Die Nachricht ist falsch, zumindest falsch formuliert. Richtig muss sie so lauten: Der Verbrecher hat seine Strafe abgesessen; er ist, nach zwanzig Jahren Haft, wieder auf freiem Fuß; und er darf, so hat der Bundesgerichtshof geurteilt, in Freiheit bleiben. Weil er seine Strafe verbüßt, weil er keine neuen Taten begangen hat und weil kein Gesetz existiert, das es ermöglicht, ihn einfach wieder in Haft zu nehmen. Es gibt keine Strafe ohne Gesetz, es gibt keine Haft ohne Gesetz – es gibt auch keine nachträgliche Sicherungsverwahrung ohne Gesetz. Aber der Mann sei doch gefährlich, klagt der Landrat des Landkreises, in dem der Ex-Häftling jetzt lebt. Er war es aber schon, als er einst in Haft kam; und das Gericht hat in seinem Urteil diese Gefährlichkeit berücksichtigt. Es haben sich während der Haft keine Erkenntnisse für neue Gefährlichkeit ergeben. Man kann nachträgliche Sicherungsverwahrung aber nicht einfach deswegen verhängen, weil man nachträglich meint, das Urteil damals sei zu milde gewesen.«³ Natürlich ist die

zweite Version der Erzählung deutlich länger und für manche nicht auf den ersten Blick nachvollziehbar. Dem möglichen Vorwurf, damit würde Täterschutz statt Opferschutz betrieben, wäre zu entgegnen, dass es weder um den Täter noch um das Opfer ging, sondern um rechtsstaatliche Normen, die wohlüberlegt entstanden sind und mühsam erkämpft wurden.

Verstärkerkreislauf an Einzelfällen

Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf wurde anhand von drei Bundesgesetzgebungen zur Sicherungsverwahrung und den jeweiligen Einzelfällen abgebildet.⁴ Sichtbar wurde der Zusammenhang zwischen der berichteten Tat bzw. der Berichterstattung über (mögliche) Entlassungen und dem darauffolgenden gesetzgeberischen Handeln.

Gemein ist allen drei Einzelfällen erstens, dass ihr jeweiliger Fall dem Gesetz vorausging und dass es sich um rückfällige oder prognostiziert rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter handelte. Voraussetzung eines Falls war, dass er aktuell geschah und zeitnah aufgedeckt wurde. Oder die Entlassung der Täter bevorstand und verhindert werden sollte oder bereits passierte, obwohl eine ungünstige Prognose vorlag. Das Strafrecht diente zweitens in allen drei Einzelfällen als Kommunikationsmedium. Das Herabsetzen der Anforderungen für die Verhängung der Sicherungsverwahrung und deren Ausweitung auf sogenannte Altfälle sowie auf den Bereich des Jugendstrafrechts diente im öffentlichen Diskurs einerseits der Minderung von Kriminalitätsangst

4 Das Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten trat besonders häufig mit dem Fall Natalie A. in einem Dokument auf. Das Gesetz der Sicherungsverwahrung für Altfälle korrelierte mit den Fällen Uwe K. und Frank O. Und das Gesetz zur nachträglichen Sicherungsverwahrung für Jugendliche kam am häufigsten in Dokumenten vor, in denen auch die Fälle Daniel I. und Martin P. erwähnt wurden.

3 Süddeutsche Zeitung, 14.01.2010, Weil du gefährlich bist, Kommentar von Heribert Prantl.

und andererseits dem Aufzeigen symbolischer Handlungskompetenz. Drittens sollte in allen Fällen Sicherheit vor (potenziellen) Rückfällen mit dem weiteren Wegsperrern hergestellt werden. Die Sicherungsverwahrung gehörte offenkundig zum Rüstzeug von Rechtspolitikern. Sie nahm ihnen die Suche nach anderen, menschenwürdigen Wegen, wie mit solchen Straftätern umgegangen werden könnte, ab. Eine vierte Gemeinsamkeit war die Frage nach einer weitergehenden Verantwortung. Damit verknüpft war die Aufgabe, solche Taten nie wieder geschehen zu lassen. Das betraf sowohl politische als auch mediale Akteure. Diese Fragen und Kategorien befördern einen Verstärkerkreislauf.

Die Berichterstattung über Einzelfälle wirkte wie ein Verstärker der Tat, der Aufklärung, des Prozesses und des Urteils und nicht zuletzt der politischen Forderungen, die in Gesetze mündeten. Die Feststellung insbesondere von Rechtswissenschaftlern, dass gravierende Einzelfälle Auslöser für die Verschärfung des Strafrechts waren, kann bestätigt werden. Die Medienberichterstattung hatte Einfluss auf die Gesetzesverschärfungen im Analysezeitraum. Doch es gibt ebenso Anhaltspunkte dafür, dass nicht ausschließlich die Berichterstattung über schwere Gewalt- und Sexualstraftaten das politische Handeln quasi provozierte oder hervorrief. Vieles spricht dafür, dass die Handlungsmotivation aus dem politischen Feld selbst herauskam, um sich mit symbolischer Kriminalpolitik profilieren zu können. Die Beweggründe aus dem Inneren des politischen Feldes heraus erscheinen mindestens genauso wichtig wie die äußeren medialen Einflüsse. Der Nutzen für politische Akteure seit der ersten Gesetzesverschärfung 1998 und der letzten 2008 liegt auf der Hand: Zehn Jahre lang konnte eine sehr spezielle Maßregel wie eine Kuh gemolken werden – ohne große Auswirkungen auf die Gesellschaft, ohne große Kosten und ohne komplexere Überlegungen zum Umgang mit schwerer Gewalt- und Sexualkriminalität. Der Demokratie hat dies in dreierlei Weise geschadet: Erstens fand eine

Einschränkung des Debattenraumes statt, weil Lösungswege fast ausschließlich im Strafrecht und in dessen Veränderungen gesucht wurden. Zweitens wurde so der demokratische Prozess in eine entscheidende Richtung gelenkt. Das Meinungs- und Empörungsmanagement hin zu längeren und härteren Strafen lief auf Hochtouren. Drittens wurde symbolische Kriminalpolitik betrieben, die in jedem Fall zu Lasten des Strafrechts ging.

Das politische Framing weg von Resozialisierung, hin zur Sicherheit wurde von journalistischen Akteuren recht früh thematisiert und bis auf vereinzelte Ausnahmen insgesamt von FAZ und BILD auch als der richtige Umgang mit Kriminalität bewertet. Damit wurden Medien zu Komplizen einer politischen Agenda.

Die ähnliche berufliche Sozialisation und der ähnliche Habitus zumindest der drei Reporter der Justizpressekonferenz von FAZ, SZ und taz lässt auf eine Herrschaftsnähe schließen, die nicht zuletzt Ausdruck im journalistischen Produkt selbst fand. Während der ersten Analysejahre konzentrierte sich ein Verlautbarungsjournalismus auf die Forderungen politischer Akteure, so dass es zeitweise den Anschein erweckte, Journalisten wären Ko-Politiker, weil sie mehr die politischen Dispute abbildeten als Einordnungen und Hintergründe zu den konkreten Forderungen darzulegen. Das Blickfeld verengte sich auf Strafschärfungen und ließ wenig Spielraum für andere Möglichkeiten des Umgangs mit Kriminalität.

Bis heute hält sich die Annahme, dass im Gefängnis ausschließlich schwere Jungs sitzen würden, die für viel Leid in der Gesellschaft verantwortlich sind. Es wird also ein Problem definiert, wie die Gefahr durch schwere Gewalt- und Sexualstraftäter, welche individuell zwar großes Leid auslöst, aber für die Gesellschaft insgesamt keine existenzielle Bedrohung darstellt. Die analysierte Berichterstattung über die Sicherungsverwahrung schließt die These einer einmaligen Überreaktion aus: Die Überreaktion hatte oder wurde zum System.

Sicherheitsdiskurs der Sicherungsverwahrung

Die Reaktivierung der Sicherungsverwahrung ordnete sich in die mediale und politische Sicherheitsdebatte ein, wobei die strukturellen Leitbegriffe der Sicherheitsgesellschaft schon gesetzt waren. Es musste nicht mehr verhandelt werden, ob die Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern geschützt werden sollte oder vor etwaigen Übergriffen des Staates. Es war selbstverständlich, dass der Staat den Bürger vor potenziellen Risiken, die von Sexualstraftätern ausgehen könnten, schützen müsse. Die Diskussion um die Sicherungsverwahrung harmonierte mit der politischen und medialen Vorstellung von Sicherheit. Die untersuchten Medien haben die Sicherheitsgesellschaft mitgestaltet und im Fall der Sicherungsverwahrung keine Grenzen gesehen. Sie sensibilisierten durch die Berichterstattung über Einzelfälle und über die Abbildung politischer Debatten auf Gesetzesverschärfungen als einzigem Lösungsweg, statt kritisch zu reflektieren, ob Aufwand, Nutzen und Menschenrechte das legitimierten. Jedoch unterschieden sich die einzelnen Tageszeitungen je nach politischer Ausrichtung und je nach Journalist.

Der Begriff Sicherheit ist in der strafrechtlichen Bedeutung auf die Sicherheit der Rechtsgüter bezogen. Im allgemeinen Sprachgebrauch bezieht er sich vornehmlich auf die Polizei und deren präventive Sicherheitsvorsorge, die zukünftige Schäden vermeiden soll. Die Analyse hat deutlich gemacht, dass sich das strafrechtliche Verständnis von Sicherheit zunehmend dem der polizeilich-präventiven Funktion angenähert hat. Strafe bezieht sich auf Taten, die in der Vergangenheit begangen worden sind; Strafe blickt nur mittelbar in die Zukunft. Sie trägt also nicht zur gegenwärtigen Sicherheit bei. Dafür gibt es im Strafgesetzbuch zusätzlich die Maßregeln. Die Maßregel der Sicherungsverwahrung wurde im Analysezeitraum zum Garanten für Sicherheit – zumindest in der kommunikativen Vermittlung. Wie

selbstverständlich wurde argumentiert, dass das Strafrecht zur gesellschaftlichen Sicherheit ver helfe, wenn Gesetzeslücken ausgemerzt würden. Nicht erwähnt und thematisiert wurde dabei, dass das Streben nach Sicherheit über strafrechtliche Stellschrauben die Freiheit einschränkt. »Die Freiheit stirbt mit Sicherheit«⁵, hat das der Jurist und Kriminologe Peter-Alexis Albrecht auf den Punkt gebracht. Diese Argumentation gipfelte im Jahr 2001 in der Forderung des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily (SPD) nach einem Grundrecht auf Sicherheit. Damit ließen sich jegliche staatlichen Maßnahmen legitimieren. Gleichzeitig würde dem rechtspolitischen Diskurs durch den totalitären Anspruch ein Ende gesetzt. Ein Grundrecht auf Sicherheit fußt auf der Illusion, dass totale Sicherheit möglich wäre. Der *illusio* im Bourdieuschen Sinne wurde mit einer möglichen lebenslangen Sicherungsverwahrung Vorschub geleistet.

Soziale Kontrolle verschiebt sich von dem Bereich der disziplinierenden Intervention und der sozialen Integration hin zur Verwaltung des empirisch Normalen mit den Techniken der Selbstführung, Kontrolle und dem Ausschluss. Die Ängste in der Gesellschaft lassen sich auf Sündenböcke projizieren. Damit wird ein Ventil für die Angst geschaffen, ohne deren Gründe zu beseitigen. Angsterzeugung, wie sie medial und politisch durch die Annahme einer Bedrohung durch Sexualstraftäter vollzogen wurde, ist ein Herrschaftsinstrument. Sie lenkt ab von wesentlicheren Problemen der Demokratie und managt so den Diskurs von den eigentlichen Problemen weg. Eine neoliberale Gesellschaft benötigt deshalb keine klassischen Manipulationstechniken. Es genügt ein entlassener Sexualstraftäter, um in der Gesellschaft Zusammenhalt zu erzeugen und ihr das Gefühl zu geben, in der vereinzeln Welt einem gemeinsamen Kompass zu folgen. Daher hat die Analyse des Diskurses zur

5 Peter-Alexis Albrecht: Die vergessene Freiheit. Strafrechtsprinzipien in der europäischen Sicherheitsdebatte. Berlin 2003, S. 169.

Sicherungsverwahrung nicht nur eine Diskursverengung durch die einseitige Konzentration auf die Maßregel, sondern auch im Sinne des Kognitionswissenschaftlers und Psychologen Rainer Mausfelds eine Diskursvermüllung durch die spezifische Medienkriminalität deutlich gemacht. Politische und journalistische Akteure sorgten durch eine überproportionale Aufmerksamkeit für schwere Gewalt- und Sexualkriminalität für eine Sinnentleerung der politischen Debatte und setzten auf Affekte, die vernunftgeleitetes Denken schwächten.

Insgesamt betrachtet hat der Sicherheits- und Präventionsframe in der empirischen Analyse einen leichten Vorsprung vor dem Resozialisierungsframe. Der Blick in die einzelnen Analysemedien zeigt, dass es deutliche Unterschiede gibt. Auch wenn in der FAZ häufiger der Sicherheits- und Präventionsframe vorkam, ging der Deutungsrahmen über das plakative Wegsperrn für

immer hinaus, welcher selbst im Analysezeitraum kritisiert wurde. Neben den Edelfedern und preisgekrönten Journalisten kamen auch renommierte Experten zu Wort. Sicherheit durch Sicherung und nicht durch Resozialisierung war von Anfang an ein Thema in der FAZ. Deshalb fiel die Argumentation auf Basis des Feindstrafrechtes auf Resonanzboden. Der Resozialisierungsframe entwickelte sich im Analysezeitraum von der Berichterstattung über Therapiemöglichkeiten im Gefängnis bis zur Begleitung von Entlassenen aus der Sicherungsverwahrung. In der SZ wurde der Sicherheits- und Präventionsframe entlarvt und kritisiert sowie zunehmend durch den Resozialisierungsframe verdrängt. Auch ein Grundrecht auf Sicherheit wurde in den Kommentaren und Leitartikeln kritisiert. Das resozialisierungsfreundliche Strafvollzugsgesetz von 1976 galt der SZ als Fundament, wozu insbesondere Heribert Prantl beitrug. Die



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 34. Jahrgang, Nr. 136, Dez. 2023, 232 Seiten

Multiple Krise

Feldmann – *Multiple Krise?* / Schwan – *Zwischen Krisen und Transformation* / Czeskleba-Dupont – *Rolle und Herkunft von Krisen im Kapitalismus* / Dellheim – *Der BDI als Katalysator* / Reichardt – *Widerspruchskonstellationen der Reproduktionskrise* / Foster – Degrowth: *Postwachstums-Planung* / Friedrich – *Die Krisenprofiteure* / Deppe – *Multiple Krise – Wie kommen Theorie und Praxis zusammen?*

Arbeitskämpfe 2023:

Hesselbarth – Liegl / Kilroy – *Streikmonitor: Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2023* / Müller – *EVG-Streik: Die Grenzen der Solidarität*

Und: Lotter – *Marx' Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit* / Gerhardt – *Die Langen Wellen der Krisentheorie* / Kornfeld – *Verteilungskämpfe und Inflation* / Klundt – *Grundrisse kritischer Kinderarmutsforschung* / Friedmann – *Das kurze Jahr 1923*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

taz legte auf Resozialisierung großen Wert. Deshalb erhielten Gefangene hier selbst Rederecht. Sie wurden im Gefängnis und auch danach begleitet, ihre Rechte wurden vertreten und auf Probleme wurde aufmerksam gemacht. Der Sicherheits- und Präventionsframe kam hier, wenn auch nicht so massiv, trotzdem in der Berichterstattung über aktuelle Kriminalitätsfälle oder Sicherungsverwahrungsthemen vor. Die taz bezeichnete die Rechtspolitik rund um das Thema Sicherungsverwahrung – ebenso wie die SZ – als populistisch. Beide Zeitungen kritisierten überwiegend den Sicherheits- und Präventionsgedanken und zogen – natürlich von Autor zu Autor unterschiedlich – eine Verbindung zwischen öffentlich ausgeschlachteten Einzelfällen und politischer Handlungskompetenz. Doch die taz lehnte wie FAZ und SZ die Sicherungsverwahrung nicht generell ab. Sie sollte jedoch nur Gewalt- und Sexualstraftätern vorbehalten bleiben. Fast ausschließlich wurde in der BILD der Sicherheits- und Präventionsframe angewendet. Damit bekannte sich BILD explizit zu einem Sicherheitsbegriff, der die Sicherheit über die Freiheit stellt. Nach deren Sicht gibt es eine Sicherheit vor (potentiellen) Tätern nur, wenn sie lebenslang weggesperrt werden.

Schlussfolgerung

Das hier behandelte Thema ist relevant. Kriminalität und Kriminalitätsberichterstattung können für politische und journalistische Akteure einen systematischen Nutzen zum Machterhalt besitzen, während Bürger der Illusion anhängen, es ginge um die Sicherheit der Gesellschaft. Das Interesse der Öffentlichkeit an Kriminalitätsberichterstattung wurde genutzt, um Strukturveränderungen vorzunehmen, die den Rechtsstaat beschädigten.

Noch Mitte der 1990er schien eine Aufhebung der Sicherungsverwahrung möglich. Dann verlief die Entwicklung rasant gegenläufig. In einem von politischer und medialer Seite geführten Sicherheitsdiskurs trug sie

zur Illusion von Sicherheit in der Öffentlichkeit bei. Nutznießer waren politische und journalistische Akteure. Die einen setzten die Sicherungsverwahrung zum Nachweis ihrer Handlungskompetenz ein und damit als Mittel zum Machterhalt, die anderen zur Aufmerksamkeitsmaximierung und damit zur Steigerung von Reichweite und Auflage. Beide Akteure waren Komplizen bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Ziele. Die Maßregel wurde jedoch dafür so weitreichend verändert, dass sie letztlich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstieß. Das sicherlich hehre Ziel, schwere Gewalt- und Sexualkriminalität mit der Maßregel der Sicherung und Besserung zu »bekämpfen«, mündete in einen Flickenteppich von Gesetzen, deren Auslöser wenige Einzelfälle waren. Das Strafrecht wurde zum Mittel und Medium für symbolische Kriminalpolitik, was der Demokratie geschadet und Freiheit eingeschränkt hat.

Ausgewählte Erkenntnisse

- Die Untersuchung des Diskurses zur Sicherungsverwahrung zeigte, dass das Strafrecht für politische und mediale Akteure einen kommunikativen Nutzen hatte. Damit kann die aus der Rechtswissenschaft konstatierte These über das Strafrecht als Kommunikationsmedium gestützt werden. Genährt wurde damit ein Strafethos, der sich auf das Wegsperrn für immer als Strafe konzentrierte.
- Die empirische Untersuchung hat den politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf am Institut der Sicherungsverwahrung nachgezeichnet und Erkenntnisse darüber geliefert, welche Bedeutung Einzelfälle, Gerichtsurteile und politische Botschaften dabei hatten.
- Deutlich wurde in der Auswertung des journalistischen Materials, dass die Änderungen an der Sicherungsverwahrung angesichts schwerer Einzelfälle akzeptiert, von BILD sogar gefordert wurden. Die

- mangelhafte journalistische Kritik an der rechtspolitischen Diskussion lässt sich durch die Feldstruktur erklären. Journalisten, die Mitglied der Justizpressekonferenz des Bundesverfassungsgerichtes waren, neigten weniger dazu, die Karlsruher Entscheidung von 2004 zu kritisieren, und Journalisten im Politikressort fungierten als Verstärker politischer Forderungen, statt diese kritisch zu hinterfragen. Schließlich waren Journalisten angesichts schwer Einzelfälle von Gewalt- und Sexualkriminalität trotz angebrachter kritischer Aspekte bezüglich Prognosen und fehlender Resozialisierungsmöglichkeiten im Vollzug geneigt, die bittere Pille als ultima ratio zu schlucken.
- Die Berichterstattung über besonders gravierende Gewalt- und Sexualdelikte kann Demokratiedefizite bzw. Menschenrechtsverletzungen unsichtbar machen, weil sich ein moralisch geführter Diskurs, in dem alle einer Meinung sind, leichter lenken lässt. Am Sicherungsverwahrungsdiskurs zeigte sich, wie schnell Kernfragen der Demokratie gar keine Rolle mehr spielen können.
 - Durch den Imperativ der Aufmerksamkeit, Konsumlogik, Unterhaltung und Personalisierung wurden die Tendenzen der Entpolitisierung im politischen, wie auch im journalistischen Feld verstärkt. Erkenntnisse aus der Kriminologie gehören an den Beginn einer Diskussion und rechtsstaatliche Errungenschaften gilt es zu verteidigen. Wissenschaftliche Erkenntnisse über Kriminalität in der Berichterstattung fördern journalistische Haltung. Das wiederum darf aber nicht mit der Gesinnung des Journalisten verwechselt werden⁶. Ähnliches gilt für das politische Feld: Populistische, statt sachlich-fundierte Statements polieren

- das eigene Image, tragen aber nichts zur Veränderung bestehender Verhältnisse bei. Der Debattenraum wird damit von Volksvertretern, die von der Politik leben, selbst eingeschränkt, statt argumentativ bereichert.
- Eine Änderung der Sicherheits- und Strafrechtsdiskussion ist nötig, die keine grenzenlose Sicherheit verspricht und deviant gewordene Menschen stigmatisiert und ausschließt. Eine Welt ohne Kriminalität wird nie möglich sein. Gibt es Normen, gibt es auch Normverstöße. Die Normen werden von der Gesellschaft ausgehandelt. Der Umgang mit dem Thema Sicherheit muss sich wieder der Aufklärung verpflichtet fühlen und darf keine Bestrafungs- und Sicherheitserwartungen bedienen.

Über Realismus in der Bildenden Kunst Ein Versuch (Auszug)

Peter Wilke

Die Verständigung darüber, was realistische (»widerständige«) Kunst ausmacht, ist auch unter Marxisten nicht einfach, hin und wieder gar heftig umstritten. Realistische Kunst, die »zu uns« gehört, ist dabei wesentlich vielfältiger, als es auf den »ersten Blick« erscheinen mag. Es wäre leichtfertig, das einfach wegzuwischen.

Vielfältig sind andererseits die Methoden der herrschenden Kräfte, entweder realistische Kunst »einzuhengen« oder solchermaßen in den bürgerlichen Alltag zu integrieren, dass für den Kapitalismus keine »Verdauungsstörungen« zu befürchten sind. Diese Fähigkeiten sind nicht gering – es wäre leichtsinnig, sie zu unterschätzen.

6 Vgl. Peter Welcherer: Gesinnung oder Haltung. Klärung in einer journalistischen Werte- und Erkenntnisdebatte. In: Journalistik, Zeitschrift für Journalismusforschung, 3. Jg., 2020 Heft 3, S. 234–249, hier S. 239f.

In kapitalistischen Ländern, besonders in Deutschland, sorgen Kunstwissenschaft, Kunstkritik, Museen, Kunstschulen etc. und nicht zuletzt der ganz und gar auf Umsatz gepolte Kunstmarkt vor allem für Verwirrung: unter anderem, indem Fachleute allen möglichen Gestaltungsformen derzeit inflationär Realismus zuschreiben, selbst wenn das aus den jeweiligen Werken nicht oder nur durch *gewalttätige Interpretation* herauslesbar ist. Genau besehen handelt es sich dabei um die alte, allerdings inzwischen »unzeitgemäße« bürgerliche Losung »L'art pour l'art« – also Kunst nur um der Kunst willen, oder um es präziser auszudrücken: Kunst vor allem für schon »Eingeweihte«, also für ein zahlenmäßig eher kleines, exklusives Publikum. Bleibt sich die Botschaft schon gleich, verweht so aber der Hauch des Exklusiven. Zugleich werden andererseits »fröhliche Experimente« (nichts dagegen, solange sie nicht zynisch sind!), die gewollt »populär« daherkommen, gerne gehätschelt, um die Menschen bei Laune zu halten.

Im scheinbaren Gegensatz dazu wird zumeist realistische Kunst, die nicht dem Mainstream gehorcht, von denselben Spezialisten einigermaßen aufwendig uminterpretiert, oder als »altbacken« abgetan oder auf andere Weise *denunziert*. Wie etwa alleine deshalb, weil realistische Kunst in der DDR, in Gestalt des sozialistischen Realismus, »Staatsraison« gewesen sei.

Auch schlichtes Ignorieren widerständiger Kunst ist eine beliebte Methode (ich nenne sie »*stille Zensur*«); es ist etwa das, was Diether Dehm »gewaltsam wegschweigen« am Beispiel der großartigen Liedermacher Franz Josef Degenhardt und Dieter Süverkrüp nennt, um ihre Werke einem größeren Publikum vorzuhalten (UZ 19.05.23). Zudem, wenn möglich, weil trotz allem Gewinn bringend, werden auch realistische Kunstwerke, soweit sie nicht offensichtlich das System in Frage stellen, durch den Kunstmarkt gerne »verwurstet«.

Was ist nun für realistische Kunst aus marxistischer Sicht charakteristisch? Vor allem

die reflektierte Befragung der (vielfältigen) Wirklichkeit, sowie ihre adäquate ästhetische Umsetzung im Kunstwerk, die Erkenntnisse vermittelt. [...]

Sozialistischer Realismus & Wirklichkeit

[...] Über realistische Kunst und »sozialistischen Realismus« wurde nach Kriegsende von Anbeginn und nicht erst seit Gründung der DDR, breit diskutiert; nicht zuletzt von Künstlern, die aus dem Exil zurückkamen. Dass der politische Aufbruch auch unter Künstlern seine Entsprechung fand, ist sozusagen selbstverständlich. Ein Beispiel dafür war 1946 die »Deutsche Kunstausstellung« in Dresden, dem Ort der späteren DDR-Kunstausstellungen. Anfangs gab es sogar noch gemeinsame künstlerische Vorhaben von Ost und West wie beispielsweise von 1947–1949 die von Carl Hofer und Oskar Nerlinger herausgebrachte Kunstzeitschrift »bildende kunst«. Insofern spielte die Kunst-Debatte, sozialistischer Realismus hin oder her, eine »offene Rolle«; es ging einerseits um Fragen einer realistischen Gestaltungsvielfalt und andererseits darum zu überzeugen[...].

Komplizierter wurde die Situation als der Westen den »Kalten Krieg« inszenierte und in der Bundesrepublik die »Abstrakten« ganz in diesem Sinne von Kunstkritik und BDI quasi zu »Staatskünstlern« der BRD – auch als Kontrast zur Kunst in der DDR – hochgejubelt wurden. DDR-Verantwortliche reagierten allerdings nicht adäquat, sondern mit der unsäglichen und für lange Zeit schädlichen »Formalismus-Debatte«. Darunter litt nicht zuletzt auch die zuvor offene Debatte um realistische Kunst im Sozialismus.

Der Begriff »Sozialistischer Realismus«, so wie er 1974 in einem Buch formal niedergelegt wurde (s. u.) hat seine Tücken: Er ist und bleibt sehr allgemein und abstrakt, das liegt in der Natur der Sache. Deshalb fiel es schwer, konkret festzustellen, welche Kunstwerke und Künstler »dazugehören« sollten und welche nicht. Das

war besonders für Künstler wie etwa Willi Sitte (1921–2013) quälend, die sich politisch zum sozialistischen Staat bekannten, aber auch von wichtigen Künstlern wie etwa Beckmann, Picasso und Leger als bedeutende Vorläufer lernen wollten.

So oder so; entgegen anderen Behauptungen im Westen, gab es in der DDR von Anbeginn Künstlerinnen und Künstler, die auch »außerhalb« des Realismus arbeiten konnten und gearbeitet haben, wie etwa der »Altabstrakte« Glöckner mit seinen vor allem geometrischen flächig und farblich geprägten Studien, sowie – wie angedeutet – auch Ausstellungen international bedeutender »abstrakter« Künstler wie dem Schweizer und »gelernten« Bauhäusler Max Bill.

Außerdem war es problematisch, dass der Begriff *ex cathedra* installiert und mit dem sehr hochgestochenen Label »gesetzmäßig« versehen wurde. Freundlich ausgedrückt war damit wohl gemeint, dass Bildende Kunst in einem sozialistischen Land einerseits realistisch, also figurativ, andererseits den Sozialismus »lobend« sein sollte – jedenfalls nicht kritisierend, ganz im Sinne der irreführenden Losung »keine Fehlerdiskussion«. So aber gerieten Künstler in einen oft unauflösbaren Zwiespalt. Ein unproduktiver Zustand, der künstlerische Initiative, statt sie zu fördern eher lähmte. Vielmehr hätte es gereicht im Sinne Lunatscharskis zu signalisieren: wir schätzen besonders bildende Künstlerinnen und Künstler, die realistisch arbeiten, und das umfasst eine Vielfalt an gestalterischen Möglichkeiten.

Wobei: Mein Eindruck aus vier der in Dresden gezeigten DDR-Kunstaussstellungen seit der »siebten« 1972/73 sagt, die Bildende Kunst der DDR hatte sich im Laufe der Jahre – ganz entgegen westlichen Diffamierungen – quasi naturwüchsig und *nach oft zähen Kämpfen*, im Wesentlichen in dieser Richtung entwickelt; sie war weit vielfältiger, und auch kritischer gegenüber der »Obrigkeit«, als uns im Westen oft eingeredet wurde, selbst Abstrakte wie etwa Carlfriedrich Claus, mit

seinen »grafischen«, kryptisch erscheinenden »Psycho-Forschungen«, oder wie erwähnt Hermann Glöckner, waren auf diesen alle fünf Jahre gezeigten Ausstellungen vertreten. Wo also liegt das Problem?

1974 erschien, wie schon angedeutet, unter dem Titel »Zur Theorie des sozialistischen Realismus« eine Abhandlung mit über 900 Seiten im Dietz-Verlag Berlin.

Irritierend ist in dem Buch, dass etliche Realismen auftauchen, ohne konkret zu klären, was deren Unterschiede, respektive Besonderheiten sind. Etwa »kritischer Realismus« im 19. Jahrhundert, »nichtsozialistische realistische Kunst«, verschiedene Formen eines »bürgerlichen Realismus«, alles erscheint eher mechanisch aus jeweils herrschenden Verhältnissen hergeleitet. Das Buch beschäftigt sich besonders ausgiebig mit Literatur – ich kann hier nur für die Bildende Kunst sprechen. Aber Hermann Kant (1926–2016), langjähriger Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, hat in den mir bekannten Schriften nie den Begriff »Sozialistischer Realismus« benutzt. Andererseits lese ich in dem besagten Buch, vor dem sozialistischen Realismus gab es auch schon sozialistische Kunst. Ja was denn nun?

Das Buch in die Tonne kloppen? Aber nein. Der komprimierte Sachverstand von mehreren Dutzend hochqualifizierter Kunstwissenschaftler, die daran beteiligt waren, liefert beim »selektiven Lesen« gleichwohl wertvolle Erkenntnisse, die – etwas verpackt – nicht selten auch im Kontrast zu dem ursprünglichen politischen Auftrag stehen.

Die DDR gibt es nicht mehr, aber für Marxisten ist deshalb das skizzierte Problem nicht »erledigt«. Jedoch entspannt: 1990 kam der in Sachen Bildender Kunst wohl renommierteste DDR-Kunstwissenschaftler, der auch international geschätzte Peter H. Feist (1928–2015) zu der Auffassung, dass der Begriff »Sozialistischer Realismus« durch den Begriff »Dialektischer Realismus« ersetzt werden sollte (vgl. Peter Michel, »Kein hässlicher Regentropfen der

Geschichte« in Marx. Bl. 4_2019). Das ist ein überzeugender Vorschlag, der das skizzierte »Gemurmel« um verschiedene Realismen im oben angesprochenen Buch beenden kann, da er, statt »verschiedener Realismen«, die mögliche Vielfalt und nötige Offenheit des Realismus-Begriffs signalisiert – damit können Künstler gut umgehen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil im Begriff Dialektik der möglichst adäquate Umgang mit Widersprüchen enthalten ist.

Nun zu einer durchaus delikaten Frage, auch wenn die heutige Realität im »freien Westen« sie zuerst als abseitig erscheinen lässt: Was ändert sich für realistische Kunst, die im Kapitalismus naturgemäß ein »reiches Angebot« für Kritik hatte, wenn eine antikapitalistische Bewegung an die Macht gekommen ist? Verwandelt sich der kritische Geist des Realismus dann in eine unkritische Befürwortung der neuen, zumindest im Ansatz sozialistischen Verhältnisse? Dialektisch gedacht wäre die einfache Antwort: NEIN.

Wobei. So einfach ist die Antwort nicht. Es gäbe auch dann noch einen »Anteil« von Menschen und Kräften, welche die neuen Verhältnisse ablehnen – mit oder ohne »Neuer Ökonomischer Politik« (NÖP). Also Gegenkräfte, die auch Künstler an sich binden können – so vermutet das Lunatscharki bezüglich der NÖP in seinem Beitrag »Die Revolution und die Kunst«. Allerdings hält er die Sowjetmacht für stark genug, diesen Einfluss mittels ihrem »mächtigen Ideengehalt« zurückzudrängen und als »kulturvoller [...] Mäzen« all das an sich zu binden, »was in der Kunst lebendig ist«.

Das wirft eine weitere Frage auf: gilt Lenins Feststellung, dass es in »jeder Gesellschaft« zwei Kulturen gibt, auch für sozialistische Gesellschaften und wenn ja, inwiefern? Also: welche Schlussfolgerungen ergäben sich daraus? Darüber wurde meines Wissens noch nicht gründlich öffentlich nachgedacht, lässt man die spezifische Bemerkung Lunatscharkis in einer spezifischen Situation einmal beiseite. Nach meinem Eindruck gibt es keinen einleuchtenden

Grund für die Annahme, dass Lenins Diagnose mit Beginn einer sozialistischen Macht, die es noch mit Gegenkräften im eigenen Land zu tun haben wird (Marx, Kritik des Gothaer Programms), plötzlich gegenstandslos wird. Allerdings ergäbe sich eine quasi spiegelbildliche, also grundsätzlich neue Situation der realen Machtverhältnisse. Das beträfe logischerweise auch die konkreten Inhalte respektive Ziele von Kritik: Will sagen, die zwei Arten der Kritik – ohne weiter ins Detail zu gehen – unterschieden sich wie Zukunft (Sozialismus) und Vergangenheit (Kapitalismus).

Für den Sozialismus – um wieder auf die Bildende Kunst zu kommen – hieße das etwa, was Peter H. Feist im Katalog zur IX. DDR-Kunstaussstellung andeutet: »Die Aussagen tendieren jetzt häufiger dazu, die inneren Widersprüche in dem jeweils gestalteten Stück Wirklichkeit aufzuspüren und Widersprüche – gemäß den Erkenntnissen der marxistischen Dialektik – nicht als Makel, sondern als Triebkräfte der Entwicklung aufzufassen.« Und er ergänzt: »Viele Künstler wollen [...] ihre persönliche Meinung zu noch offenen Problemen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens [...]« freimütig und mit ihrer ganzen Persönlichkeit einbringen. In diesem Sinne, denke ich, möchten Künstlerinnen und Künstler, die für das Zukünftige streiten, sich als »Triebkräfte der Entwicklung« verstehen, und wollen auch so verstanden werden.

Warum spreche ich nicht konkret von DDR-Künstlern und ihren Arbeiten? Das wäre zwangsläufig ein eigenes Thema. Eine Ausnahme möchte ich jedoch machen: das gewaltige Rundbild zur frühbürgerlichen Revolution (Bauernkrieg) von Werner Tübke (1929–2004) in Frankenhausen, etwas südlich vom Kyffhäuser gelegen – einem mythologischen Ort der Deutschen, weil dort »Kaiser Rotbart lobesam [...]« immer noch seiner Wiederkehr harret.

Der respektable Rundbau auf dem »Schlachtenhügel« entstand speziell für das Gemälde (14 × 123 m) auf Leinwand, an

dem Tübke, zeitweise mit Assistenten, acht Jahre lang arbeitete. Zur Pressekonferenz vor der Eröffnung 1987 war eine große Zahl Journalistinnen und Journalisten aus Ost und West gekommen. Auch die »Westler« mussten, trotz ihrer Bemühungen, ein Haar in der Suppe zu finden, gleichwohl eingestehen, dass ein solches Auftrags-Werk nur in einem sozialistischen Land entstehen konnte. An der malerischen und realistischen Qualität gab es eh nichts zu deuteln. Eine inhaltliche Einschätzung des Werkes würde hier den Rahmen sprengen.

Immerhin Folgendes: Nachdem ich bei der UZ-Redaktion aufhören musste, konnte ich Anfang der 1990er rasch in den Vermesser-Beruf zurückwechseln. Mit dem Chef des Büros und einigen weiteren Kollegen hatten wir nach der »Wende«, u. a. in der Nähe von Frankenhäusern zu vermessen. Ich nutzte die Gelegenheit, alle Kollegen zu dem Tübke-Rundbild hinzuschleppen. Keiner von ihnen sonst besonders mit Kunst vertraut, waren sie gleichwohl von dem Gemälde – nicht nur wegen seiner schieren Größe! – sondern auch von seiner historischen Aussage tief beeindruckt.

»Alles im Griff« oder Volksverbundenheit?

Vier der großen DDR-Kunstaussstellungen, von der VII. bis zur X. habe ich gesehen und jetzt noch mal die Kataloge »durchgeforstet«: verschiedene Erfahrungen. Von der *Siebten* bis zur *Achten* sehe ich das, was Peter H. Feist an Entwicklung der Bildenden Kunst in der DDR im Katalog zur *Neunten* gerafft analysiert: eine bemerkenswerte Vielfalt an realistischer Kunst, sowohl thematisch als auch gestalterisch. Was Feist zum Zeitpunkt seines Artikels nicht wissen konnte ist, welchen Gesamteindruck die IX. (1982/1983) erzeugen, bzw. hinterlassen würde. Ich mache keinen Hehl daraus: die nicht nur unterschwellig negative Grundstimmung der Schau hat mich schockiert. Was war da los? Was ist geschehen? Waren hier »*künstlerische Seismographen*« am Werk? Natürlich war das

nicht die Ausstrahlung aller oder auch nur der meisten Arbeiten, aber doch etlicher. Besonders ein Bild am Ende des Rundganges gab mir »den Rest«: einer der Künstler, ich nenne den Namen nicht, hatte sein Bild »Industriewerk« auf Arnold Böcklins (1827–1901) »Toteninsel« von 1883 verpflanzt. Bei Böcklin war dies eine symbolische Anlehnung an die griechische Antike – Charon schipperte die Toten jeweils über den Fluss Styx in den Hades. Aber was hat das noch mit realistischer Kunst im Sozialismus zu tun?

Vielleicht schon einiges, wenn man es als »Vorahnung« versteht. Die FAZ (11.04.1983) zitierte am Ende ihrer Besprechung der IX. aus einem Leserbrief an den »Sonntag«, in dem der Leser zu dem Schluss kam: »Bei aller Sympathie auch für sehr pointierte Kritik: Mir ist das einfach zu viel Verfall. Es weht zu oft ein Hauch von Moder.« Der Eindruck ist zutreffend, aber was bedeutete er? Ahnten eine Reihe von Künstlern schon etwas von dem bevorstehenden Umbruch? Ich hatte immerhin die Gelegenheit mit einem Verantwortlichen beim ZK der SED über meine Besorgnis zu sprechen. Der Genosse, ganz freundlich, beruhigte mich: wir haben es schon bemerkt, und »wir haben alles im Griff«.

Wie im Griff, das zeigte eine »entschärfte« X. Ausstellung (1987/88). Weniger Engagiertes war zu sehen, Ungefähres überwog; obwohl, manche Bilder mit Masken und Puppen zeigten sehr wohl »sarkastische Anwandlungen«, also Hoffnungslosigkeit. Aber sowohl im Katalogvortrag als auch in der Rezension zur Malerei wurde über die Probleme der IX. vor allem »meditiert«, statt ernsthaft nachgedacht. Der Kunstwissenschaftler Hermann Raum schrieb etwa: »Die Töne der Klage, die Mahnrufe und Warnschreie, sie hatten zu den Zeiten der IX. etwas von Verzweiflung an sich und von Resignation«. Aber sogleich besänftigt er, »[...] daß in den neueren Werken Panik und Selbstaufgabe gebannt sind [...]«. Letzteres als Schlussfolgerung geht in die Irre, denn es ist ein schwerer Fehler, die skizzierten Probleme bei den Künstlern zu suchen, sie haben etwas »gespürt« und mit ihren Mitteln *sichtbar gemacht*. Heißt: »die Mahnrufe«

gingen nicht nur »an Alle« – sondern hauptsächlich an die politisch Verantwortlichen. So wurden sie wohl nicht verstanden. Wie die Geschichte zu Ende ging, ist bekannt.

Öffentliche Diskussionen über Kunstausstellungen gab es in der DDR übrigens gar nicht selten. Jedoch nicht im Zentralorgan der SED (Neues Deutschland), sondern sozusagen »unter dem Radar«, also in regionalen Zeitungen, Fach- und Verbandspublikationen. Da allerdings mit reger Teilnahme, großem Engagement sowie erstaunlicher Sachkenntnis. Da ging's oft rund, manchmal flogen auch die Fetzen; nach meinem Eindruck wurde frei von der Leber weg, also offen geschrieben, ohne Druckerei. Da wurde von den Menschen – sie selbst betreffend! – die Kunst so ernst und wichtig genommen, wie sie tatsächlich von Künstlerinnen und Künstlern gemeint war. Da wurde auch die Erkenntnis kraft von Kunst gewürdigt, da war »man« dem bürgerlichen Kunst-Chaos weit voraus, hatte im besten Sinne ein Alleinstellungsmerkmal: *Volksverbundenheit!*

Heute »lebt« DDR-Kunst in Deutschland überwiegend im Verborgenen. Gleichwohl: Einige Initiativen bringen zeitweise Werke in Ausstellungen ans Licht – doch meist nur in Ostdeutschland. Das lässt tief blicken: zahlreiche dieser Bildaussagen, so hat man sich wohl im bürgerlichen Kunstbetrieb geeinigt, finden zur

Wahrung der Meinungsfreiheit sinnigerweise meist im Keller (Depot) statt; weht da gar ein Hauch von »Leichenfledderei«? Siehe dazu auch die akribischen Ausführungen von Peter Michel in den Marxistischen Blättern (4_2009) über vandalistische Vernichtungsaktionen zahlreicher DDR-Kunstwerke seit der »Wende«.

Zugleich vergeht hierzulande kaum ein Fernsehtag ohne einen wie auch immer gearteten Beitrag oder Film, der DDR-Bashing betreibt. Seit über 30 Jahren! »Geschichtsaufarbeitung« heißt das ziemlich rasch erfundene Motiv. In dieser Disziplin sind die »verantwortlichen Deutschen« ansonsten bekanntlich gar nicht so fix. Ich vermute deshalb eher immerwährende Rache als Motiv für die über 40-jährige *Entwendung* eines Teils Deutschlands; »Delegitimierung« der DDR war der dafür erfundene Schlachtruf des damaligen Außenministers Kinkel (FDP).

Charakteristisches Symbol solcher Denke: Der sozialistische »Palast der Republik«, der lange Jahre zur Freude des Publikums zahlreiche realistische DDR-Kunstwerke präsentierte, wurde unter dem Vorwand »Asbestverseuchung« geschleift, das feudalistische »Stadtschloss« dagegen aufwendig und teuer wieder aufgebaut!

(Der ungekürzte Beitrag von Peter Wilke erscheint demnächst als MASCH-Skript.)

DEMOKRATIE AUF KUBA
Die Rolle der CIA's
BERUFVERBOTE
der Pal Luca
ANTIMILITARISMUS
Autonome Weltbewegung

Magazin der SDAJ
POSITION
 02-23
 1,70 EURO

10€
PRO JAHR
 [soli 25€]

+ **THEMA** Cuba – Eine andere Welt ist Möglich!
 + **AKTUELLES** Berufsverbote 2.0 – Lasst Luca Lehren!
 + **ANTIMILITARISMUS** Der Automatische Krieg

HASTA LA VICTORIA SIEMPRE!



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

„Sie können alle Blumen
abschneiden, den
Frühling aber können sie
nicht aufhalten“.

(Che Guevara)

Sagen

was ist!

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.

Oder direkt
abonnieren!

!JA ZU

KUBA!

!NEIN ZUM

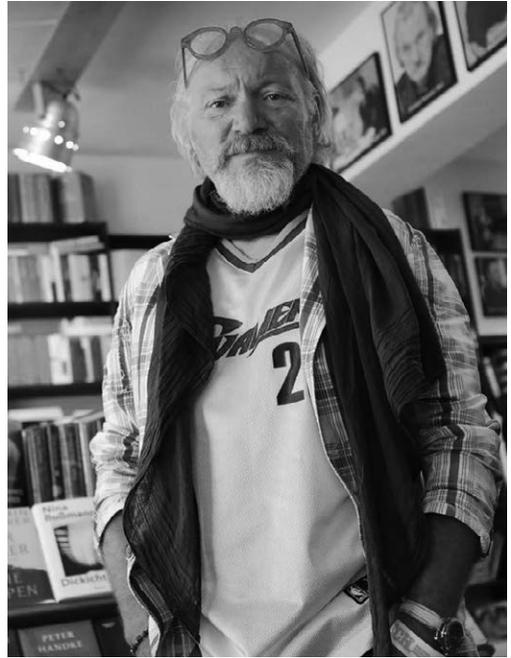
IMPERIALISMUS!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/



Wist empfiehlt Literatur (Alles – außer Stapelware)

Mit dieser neuen Rubrik wollen wir – neben unseren »sachbuchlastigen« Rezensionen – zukünftig stärker auch zeitgenössische »schöne Literatur« (Belletristik) empfehlen, für den eigenen Genuss oder als Geschenk-idee. Unser Autor **Carsten Wist** ist mehrfach ausgezeichnete Buchhändler und Inhaber von »Wist. Der Literaturladen« in Potsdam. (Immer einen Besuch wert.) Sein Motto seit 1/3 Jahrhundert: »Die Literatur lebt! Das Leben ist zu kurz für schlechte Bücher!« Mehr unter: www.derliteraturladen.buchhandlung.de



Ford, Richard: Valentinstag

Hanser 2023, 382 Seiten, 28,00 Euro

Frank Bascombe ist wieder da. Was für den Protagonisten des großen amerikanischen Autors Richard Ford vor über 30 Jahren in »Der Sportreporter« begann, dann über »Unabhängigkeitstag«, »Die Lage des Landes« bis hin zu »Frank« fortgeschrieben wurde, ist nun mit »Der Valentinstag«, dem fünften und wohl letzten Bascombe-Roman, vollendet. In »Valentinstag« ist Frank, der einst Dichter werden wollte und dann nur noch als Sportreporter schrieb, das Schreiben dann ließ, um später sein Geld als Immobilienmakler zu verdienen, dieser Frank ist mittlerweile 74. Er fragt sich, »wie er das alles aushält, die trostlosen Tatsachen des Lebens«. Doch irgendwie gelingt ihm das. Als sein Sohn Paul, der ist 47, die niederschmetternde Diagnose ALS, eine unheilbare Erkrankung des Nervensystems, erhält, beschließt der Vater, sich mal endlich um seinen Sohn zu kümmern. Er will ihm helfen, er, der als Vater bisher ein Totalversager war. Sie wollen noch

einmal losziehen, auf die Straße, mit einem Wohnmobil, von Minnesota bis nach Mount Rushmore, dahin, wo die Köpfe von vier Präsidenten überdimensional in den Berg geschlagen wurden. Ein Vater-Sohn-Roadtrip an einen patriotischen Ort. That's America! Sohn Paul mit einem Superbowlparka der Kansas City Chiefs mit Kapuze ausgestattet, in einem Rollstuhl, immer wieder von Anfällen gezeichnet. Zwei komische Vögel mit einem Ziel. Das wird eine Tour mit Hindernissen und unzähligen irrwitzigen Situationen, mit vielen Un- und Umwegen. Sie reden, auch über früher. Ford ist ein Beschreibungskünstler, ein Wort-Landschaftsmaler. Doch er schaut auch in die Seelen, lässt seine Figuren träumen und sie über das Leben nachdenken. »Es ist nicht wichtig, was du getan hast, sondern warum du bestimmte Dinge NICHT getan hast«, heißt es. Ford weicht den Katastrophen nicht aus. Da ist der Blick des Vaters auf den Sohn und dessen »lauwarmes Dasein« und umgekehrt, der des Sohnes auf den Vater und dessen ständiges Durchwursteln, diese Blicke sind wie die Worte manchmal steinhart. »Ein normales, beifallsloses Leben«, das wär's, denkt Frank. Und irgendwann sagt der Sohn zu seinem Vater über

das, was sie da tun: »Es ist komplett sinnlos und lächerlich. Und es ist SUPER!« Richard Ford erzählt eine einfache Geschichte, in der dann auch der amerikanische Traum kritisch verhandelt wird. Fords Schreibstil ist millimetergenau und lupenrein, unsentimental, sarkastisch, ziemlich schräg, humorvoll – er macht keine Rückzieher. Über drei Jahrzehnte haben wir nun mit Frank Bascombe, diesem fünfbändigen literarischen Schwergewicht, gelebt. Mach's gut Frank! Und nicht vergessen wollen wir den deutschen Richard-Ford-Sound-Schöpfer Frank Heibert mit seiner Frische für Sprache und Rhythmus und seiner Wort-schöpfungsphantasie. Heibert ist ein genialer Übersetzer.

Giraud, Brigitte: Schnell leben

Frankfurter Verlagsanstalt 2023, 218 Seiten,
24,00 Euro

Brigitte Giraud hat bereits unzählige Bücher geschrieben. Für ihren letzten Roman »Schnell leben« setzten ihr die Juroren des »Prix Goncourt« die Krone für die höchste literarische Ehrung der Grand Nation auf. Es ist ein Buch, auf dem Umschlag steht Roman, worüber sich diskutieren ließe, über den Tod ihres Mannes Claude, der bei einem Motorradunfall ums Leben kam. Vor vielen Jahren hatte sie schon einmal darüber geschrieben. Jetzt, 20 Jahre nach dem Tod, macht sie es erneut. Diesmal als rückblickende Recherche, als eine Art Rekonstruktion, Wiederaufnahme des Falles, um sich zu fragen, wo, an welcher Stelle, zu welchem Zeitpunkt hätte diese Todesfahrt vielleicht verhindert werden können. Den Anlass dazu bietet der Verkauf ihres Hauses, das sie vor 20 Jahren gemeinsam erworben hatten, in dem sie jedoch nie gemeinsam lebten, da der Tod Claudes es verhinderte. Nun stellt sich die Autorin in ihrem Rückblick immer wieder in vielen

einzelnen Kapiteln detailliert die energieverende Frage: Was wäre wenn gewesen? 180 Seiten lang. Wenn sie z.B. nicht darauf bestanden hätte, dieses Haus zu kaufen, wenn sie die Schlüssel nicht schon am Wochenende bekommen hätten, wenn die Mutter ihrem Bruder nicht von der Unterstellmöglichkeit für sein Motorrad erzählt hätte und wenn Claude nicht das Motorrad seines Schwagers genommen hätte, ja, wenn sie ihn aus Paris angerufen hätte, dass er den Sohn nicht von der Schule abholen müsse, wenn der Unfallbeteiligte den 2CV nicht seinem Vater zurückgebracht hätte, wenn die Ampel nicht auf Rot gesprungen wäre usw. 23 WENN-Kapitel. Am Anfang heißt es: »Das Haus steht im Zentrum dessen, was zu dem Unfall geführt hat.« Oft gibt sie sich selbst die Schuld, »in dem sie ihren Willen durchgesetzt hat, die Rahmenbedingungen für den Unfall vorbereitet zu haben«. Warum war diese »Honda 900 CBR Fireblade«, diese gefährliche Todesrennmaschine, dieser fliegende Sarg in Japan als viel zu gefährlich für den Straßenverkehr nicht zugelassen, in Europa jedoch schon. Und was hat das alles mit Lou Reeds »Lebe schnell, stirb jung« zu tun? »Es gibt nur falsche Fragen«, schreibt Giraud. Die offene Wunde dieser Todesfahrt wird bleiben. Doch »Schnell leben« ist auch ein Buch gegen das eigene Vergessen. Die Autorin schreibt: »Mir wurde bewusst, wie sehr erfüllt von Liebe ich noch 20 Jahre später war.« Genau deshalb schreibt sie auch so minutiös genau an dieser Recherche ihres einstigen gemeinsamen Lebens und ihrer großen Liebe. Das ist aber auch eine psychologisch-analytische und soziologische Zeitstudie der 90er à la France. Und sie weiß: »Das Haus zu verlassen, heißt auch dich, also Claude, loszulassen.« Und wenn die letzten Worte lauten: »Ich war beruhigt«, scheint doch ihre Intention auf eine ungemein bewegende und aufwühlende Art aufgegangen zu sein. Ein weiteres Kunststück der autofiktionalen Literatur.

Tscheplanowa, Valery: Das Pferd im Brunnen

Rowohlt 2023, 190 Seiten, 22,00 Euro

Sie ist eine eindrucksvolle und begnadete Theaterschauspielerin. Valery Tscheplanowas Auftritte bleiben unvergessen. Jetzt hat sie ihren ersten Roman »Das Pferd im Brunnen« vorgelegt. Damit ist ihr auch schreibend etwas ganz Besonderes gelungen. Viel, viel besser als die meisten recht banalen Schauspieler-Erinnerungs- und Bekenntnisbücher. Die Tscheplanowa schreibt beste Literatur, ist wohl offensichtlich eine Mehrfachbegabte. Sicherlich ist dieser gut 200 Seiten starke Text autobiographisch geprägt, doch die hier in vielen Kapiteln erzählten einzelnen Geschichten bekommen ein literarisches Eigenleben. Das hat eine magische Realität, manchmal märchenhaft und dann von bitterer Wirklichkeit. Tscheplanowa erzählt keineswegs chronologisch. Die Zeiten überlappen, laufen ineinander, lösen sich auf, es gibt Sprünge und Brüche. Die Erinnerungen schaffen hier ihre eigenen Räume. Auch die Erzählerinnen wechseln und mal ist es Innen- und mal Draufsicht. Doch alles fügt sich zu einem poetischen Bildpuzzle. Tscheplanowa erzählt von vier Frauengenerationen. Der Hauptort, an dem die Fäden zusammenlaufen, ist die russische Stadt Kasan. Die junge Walja begibt sich nach dem Tod ihrer Großmutter Nina dorthin. Bei dieser Spurensuche tauchen auch die Geschichten der Urgroßmutter Tanja auf, die ein rein bäuerliches Leben führte und auch die ihrer eigenen Mutter Lena, die einst in den Westen auswanderte. Das geschieht in erzählerischen Miniaturen, in Form von Anekdoten und Erinnerungssplintern. »Nach dem Heiraten wird geboren, nach dem Gebären wird gearbeitet, gekocht und geteilt«, heißt es an einer Stelle. Und dass das Leben Kampf sei, nur der Stärkere überlebe und man sich an alles gewöhne. Das war schon immer so. Auch als die kommunistische Schutzdecke fortgezogen wurde und Selbstständigkeit gefragt war. Gesellschaftspolitische Zusammenhänge tauchen hier

eher unaufdringlich auf, es wird nicht ideologisiert. Valery Tscheplanowa erzählt bildstark und gleichnishaft, wenn es um Landschaften, Innenräume, um Gesichter, um Blicke, die ersten und die letzten, geht und wie Körperhaltungen Gefühle ausdrücken. Tscheplanowas Prosa ist von starken einfachen und klaren Sätzen gezeichnet. Direkte Dialoge hingegen Fehlanzeige, vielleicht weil es keine Kultur des miteinander Sprechens gab. Es geht um viermal Leben, ums Überleben und das ganz persönliche Lebensglück. Und so steht geschrieben: »Ist das Glück wirklich nur denen vorbehalten, die nicht nur überleben müssen, sondern leben dürfen?« Und am Ende des Romans schreibt Walja: »Wenn ich morgens vor dem Spiegel stehe, sehe ich sie, meine Großmutter, in meinem Gesicht.« Hätte es auf der Frankfurter Buchmesse einen Spezialpreis für den besten Debütroman gegeben, den hätte Valery Tscheplanowa für »Das Pferd im Brunnen« bekommen müssen.

Die empfohlenen Bücher stehen auch in unserem Shop-Schau fenster www.neue-impulse-verlag.de und können dort zur Unterstützung der Marxistischen Blätter bestellt werden.

Biografie als Textsammlung

Christiane Barckhausen: Was bleibt. Begegnungen in der Welt und in Berlin, Arbeiterlogik, Berlin/Böcklund, 2022, 148 Seiten, 12,00 Euro

Anstelle einer Autobiografie veröffentlicht die Schriftstellerin und Dolmetscherin Christiane Barckhausen anlässlich ihres 80. Geburtstags eine Sammlung von Kurzgeschichten und Reportagen aus ihrem langjährigen Wirken als Autorin in der DDR. »Was bleibt« ist ein Rückblick in die 70er und 80er Jahre und damit gleichzeitig ein interessanter Einblick für diejenigen, die diese Zeit nicht selbst erlebt haben. Geschichten einzelner Personen, manche bekannter, manche unbekannter, die in Mexiko, Spanien, Kuba, Chile, El Salvador und Nicaragua sehr unterschiedliche Kämpfe geführt haben, leben hier wieder auf. Es sind Geschichten wie die von Orlando José Tardencilla Espinoza, heute UN-Botschafter für Nicaragua, mit dem Barckhausen 1982 ein Interview führt. Zuvor war der damals 19-Jährige von den USA gefoltert worden, um eine angebliche Beteiligung Nicaraguas am Bürgerkrieg in El Salvador nachzuweisen. Stattdessen berichtet Orlando Tardencilla vor der vom State-Departement versammelten Presse von seinen Haftbedingungen und wird aufgrund der öffentlichen Aufmerksamkeit in sein Heimatland zurückgebracht.

In einer weiteren Geschichte befindet sich Barckhausen zuhause in der DDR, wo sie Angst um einen Freund hat, der gerade nach El Salvador zurückgekehrt ist. Wenn er sich nicht innerhalb von drei Tagen meldet, soll sie Nachforschungen anstellen. Während sie auf seinen Anruf wartet, reflektiert sie darüber, woher Angst rührt und wie mit ihr umzugehen ist: »Auch über Angst haben wir gesprochen, und ich habe dabei etwas Wichtiges von dir erfahren: Dass Angst vor allem ein Produkt der Phantasie ist, dass man sie überwinden kann, wenn der Moment gekommen ist, da man erlebt, was man sich bisher nur vorgestellt hat.«

An einigen Stellen bewegt sich das Buch auf einem schmalen Grat zwischen Berichterstattung und Revolutionspathos. Dies wird jedoch auch selbstkritisch reflektiert, etwa wenn die Autorin schreibt: »Plötzlich sehe ich all meine Vorstellungen von einem kampferfüllten Leben in einem Land der ›Dritten Welt‹ als das, was sie waren: Wirklichkeitsfremde Jugendträume. Ich selbst war eine Treibhauspflanze, behütet und geschützt von allem, was mich umgab. Und dabei voller Neid auf die Pflanzen, die Wind und Wetter ausgesetzt waren und die ihren Mut, ihre Kraft, ihre Entschlossenheit immer wieder aufs Neue ausprobieren mussten.«

Einzelschicksale stehen in diesem Buch im Vordergrund, es findet wenig politische Einordnung statt. Aber immerhin wird darauf verwiesen, dass zwar Geschichten von Einzelnen hervorgehoben werden, diese darum aber keine Einzelfälle sind. »Sollen sie meine Geschichte weitererzählen, dann sagen sie mit aller Deutlichkeit, dass ich mich in nichts von Tausenden anderen Frauen meiner Generation und meines Landes unterscheide.« So gibt Barckhausen die aus León in Nicaragua stammende Zulema wieder, die ihre Kinder in deren politischen Bemühungen unterstützt, angefangen mit einer Schulbesetzung. Später beherbergt sie Partisanen, versorgt ihre Tochter und deren Mitgefangenen im Gefängnis mit Essen, gründet ein Komitee für Angehörige politischer Häftlinge und wird Teil einer Frauenorganisation. Als besonders bedeutungsschwer erweist sich die Vorbemerkung, dass Zulemas Schicksal sich nicht von dem tausender anderer Frauen unterscheidet, im weiteren Verlauf: Eine ihrer Töchter verliert im Zuge ihrer Partisanenaktivität für die FSLN beide Hände, eine andere ihr Leben.

Eine historische Einordnung in Form eines ausführlicheren Vor- oder Nachworts wäre für die Textsammlung »Was bleibt« hilfreich gewesen, da über die Nahaufnahme einzelner Personen nur schwer ein größeres Bild entsteht. Die Geschichten regen jedoch auch dazu an, sich selbst näher mit lateinamerikanischer Geschichte, beispielsweise der Somoza-Diktatur in Nicaragua oder der Rolle der USA im Bürgerkrieg in El Salvador auseinanderzusetzen.

Marie Hewelt

Jugendjahre in einer geteilten Stadt

Christoph Hein: **Unterm Staub der Zeit**, Suhrkamp 2023, 220 Seiten, 24,00 Euro

Die Autorsperspektive ist zentral in der Beurteilung eines Buches. Was wird erzählt und was nicht? In welchem Verhältnis stehen Autorsperspektive und Erzählersperspektive? Werden Leser eingeladen, diese Perspektive zu teilen, oder in Frage zu stellen, wie beispielsweise bei unzuverlässigen Erzählern?

Christoph Hein legt in seinem jüngst erschienenen Buch *Unterm Staub der Zeit* aus der Erzählperspektive eines heranwachsenden Jungen dar, wie sein Bruder und er durch kirchliche Beziehungen seines Pfarrer-Vaters am Westberliner Grauen Kloster das Abitur machen sollen. Wie bereits in Heins autobiografisch inspiriertem Roman *Von allem Anfang an* (1997) ist Daniel, der Protagonist, Heins Alter Ego. An diesem Gymnasium gibt es außer den zwei Westberliner Klassen auch eine Extraklasse für Ostdeutsche – die C-Klasse.

Vor den Augen der Leser entsteht ein Bild der 1950er Jahre im geteilten Berlin, in dem die Grenze noch offen ist, sich die kontrahierenden Gesellschaftssysteme jedoch fühlbar behaupten – nicht zuletzt an der Schule, wo eine Westberliner Elite auf eine Ostdeutsche Elite trifft: Denn welche anderen Ostdeutschen konnten ihre Kinder in Westberlin auf eine evangelische Privatschule schicken? Wie Hein erklärt, war eine Schulausbildung im Westteil der Stadt zwar für Berliner Schüler mit dem Viermächteabkommen der Stadt vereinbar, nicht jedoch für Schüler aus der Republik, zu denen die Hein-Brüder gehörten, für die ein solcher Schulbesuch illegal war. Auf dem Gymnasium jedoch steht fest, dass die C-Klasse russenzonen-behaftet ist: Diese Jugendlichen werden von den anderen Schülern verhöhnt, verachtet und höchstens zur Kenntnis genommen, wenn sie mit ihren DDR-Ausweisen zum Schmuggeln vereinnahmt werden konnten. Die aus der DDR hier eintreffenden Schüler stehen jedoch ihren westlichen Altersgenossen akademisch in nichts nach, eher sind

sie ihnen voraus. Mit Hinblick auf diese Berliner Situation beschreibt Hein einen interessanten Ausschnitt aus einer in Vergessenheit geratenen Zeit vor dem Mauerbau.

Just dieser Mauerbau verhindert dann für Daniel und seinen Bruder David den Abschluss an jenem Westberliner Grauen Kloster und dieser illegale Bildungsweg erschwert es ihnen rückwirkend, in der DDR zum Abitur zu gelangen. Beide beginnen eine Lehre und, so wird angedeutet, erlangen die Hochschulreife über die Abendschule. Dieser Weg – und das erfährt Daniel, als er sich dann in dieser Lage befindet – hätte ihnen von Beginn an offen gestanden. Doch viele uninformierte Rezensenten beharren auf der Unwahrheit, dass den Kindern von Intellektuellen und Theologen das Abitur generell verwehrt wurde. Dagegen sprechen die Fakten. Nicht nur Angela Merkel, sondern auch Pfarrerssöhne (mit Studienziel Theologie) machten in meinem Bekanntenkreis (unter anderen einer in meiner Klasse, ein anderer Sohn des Bischofs in Greifswald) das Abitur. Angemerkt sei hier weiterhin, dass es in Berlin Mitte das ursprüngliche Graue Kloster mit einem altsprachlichen wie einem neusprachlichen Zweig gab, an dem ich Schüler kannte.

Wahr ist, dass es erklärtes Ziel der DDR war – und eine ihrer großen Errungenschaften –, das bürgerliche Bildungsprivileg zu brechen und mehr Arbeiter- und Bauernkindern als je zuvor in der Geschichte den Weg zum Studium zu erleichtern. Bei der Auswahl der Schüler, die von der allgemeinen polytechnischen Schule auf die erweiterte Oberschule kamen, spielte die soziale Herkunft daher eine große Rolle. Doch davon steht in Heins Buch nichts.

Wie *Von allem Anfang an* reflektiert auch *Unterm Staub der Zeit* über jene Jahre aus der Perspektive des jugendlichen Daniel, durch dessen Sicht der DDR wenig Gutes abzugewinnen ist, sie in ihren Vertretern als ihm und seinen Verwandten gegenüber feindselig dargestellt wird. Interessant ist, dass der Autor sich in dieser Hinsicht zurückhält, wenn er die Gymnasialjahre beschreibt, in denen der Held sich vorbehaltlos mit seiner C-Klasse identifiziert und die westlichen Schüler ob ihres Dünkels kritisiert. Er zeigt ihre ungezügelt weiter

anhaltende Russophobie, die sie organisch auf die »Ost«-schüler übertragen. Wie sehr das auch noch nach der Wende auf die Osis inklusive Christoph Hein zutraf, kann man im Kapitel »Der Neger« in seinem Buch *Gegenlauschangriff* nachlesen, in dem er von der Hexenjagd auf ihn im Zusammenhang mit seiner Intendanz des Deutschen Theater berichtet.¹ Im letzten Teil des vorliegenden Romans jedoch äußert sich der Erzähler offener gegen die DDR, als Daniel und David sich gezwungenermaßen im Osten Berlins zurechtfinden müssen. Wieder ist man als Leser an *Von allem Anfang an* erinnert, wo sich vor allem die Figur des Vaters gegen die DDR stellt. In jenen Jahren beteiligen sich die Brüder, wie *Unterm Staub der Zeit* berichtet, auch an Menschenschleusung und Geldtransfer einer westlichen Kirche in die DDR, weil dort keine Kirchensteuer erhoben wurde und daher die Kirchen nicht saniert werden konnten. Unangedeutet bleibt, dass dies zu einer Zeit Anfang der sechziger Jahre geschah, als es der DDR hauptsächlich darum ging, bitternötige, billige Wohnungen zu bauen. Dieses ambitionierte Wohnungsbauprogramm, dass allen angemessenen Wohnraum zuteil werden lassen sollte, spielte bis in die achtziger Jahre hinein noch eine bedeutende Rolle.

Doch zurück zur Brechung des Bildungsprivilegs in der DDR. Einer der »Bestandsaufnahme«-Romane der DDR, Anfang der 1950er Jahre angesiedelt, und 1965 veröffentlicht, ist Hermann Kants Werk *Die Aula*, das diesen Aufbruch im akademischen Bereich zum Thema hat. Fast zeitgleich erschienen zwei weitere Romane, die diese Bilanz in der Arbeiterklasse (Erik Neutsch, *Spur der Steine*, 1964) und in der Bauernschaft (Erwin Strittmatter, *Ole Bienkopp*, 1963) vornahmen. In *Die Aula* liest man

von Überresten bürgerlichen Bildungsdünkels und dem Umgang damit seitens der zur Hochschulreife zu bringenden Arbeiterklasse. Es ist ein großer Roman über eine bedeutende Institution der DDR – die ABF, die Arbeiter- und Bauernfakultät. Wieder gibt es in meinem Bekanntenkreis einige der Kinder dieser Menschen, die im neuen Geist einer neuen Zeit diese Möglichkeit ergriffen und ein Gebiet eroberten, das ihnen historisch verwehrt worden war. Im Zusammenhang mit dem Mauerbau ist in Heins Buch ebenfalls keiner Andeutung wert die Abwerbung von Fachkräften aus der DDR, sowie andere Sabotage², die die physische Konsolidierung der Staatsgrenze zweifellos noch nötiger machten. Die jährliche Auswanderung stieg von schätzungsweise 143.000 im Jahr 1959 auf 199.000 im Jahr 1960. In den meisten Fällen handelte es sich um Angestellte und Facharbeiter, fünfzig Prozent waren unter 25 Jahre alt. Allein 1960 gingen 688 Ärzte, 296 Zahnärzte und 2.648 Ingenieure in den Westen. Als die Mauer errichtet wurde, hatte die Abwanderung von Arbeits- und Fachkräften zwischen 1949 und 1961, die Zahl von 2,5 Millionen Bürgern überstiegen.³

Diese Tatsachen sind Christoph Hein ebenso bekannt wie jedem anderen in der DDR Aufgewachsenen. Doch richtet sich sein Roman auch an die solcher Chronik Unkundigen – an westliche Leser und auch an jene Ostdeutsche, die kurz vor oder nach der Wende Geborenen, die die DDR nicht aus eigenem Erleben, aus eigener Erinnerung kennen. Ihnen wird ein Bild dargeboten, das die großen Anstrengungen dieses Staates, das Bildungsprivileg zu brechen und eine Gesellschaft gleicher Chancen aufzubauen, ausblendet. Unter den Vertretern der DDR-Gesellschaft gibt es in diesem Werk keine ernst zu nehmenden Persönlichkeiten oder gar Vorbilder. Diese sind allein auf den Westen beschränkt, insbesondere auf Vertreter des evangelischen Privatgymnasiums.

1 Des Weiteren zeigt sich Hein auch kritisch gegenüber der Bundesrepublik in seinem Roman *Willenbrock* (2001), in dem ein ehemaliger DDR-Ingenieur nun Gebrauchtautohändler, im neuen Deutschland aus einem Pazifisten zum Täter wird, sowie auch in *In seiner frühen Kindheit ein Garten* (2005), in dem er über der Suche eines Vaters in die wahren Umstände des Todes seines RAF-Sohnes erzählt. Auch im 2021 erschienenen Roman *Guldenberg* betrachtet Hein das neue Deutschland durchaus als besorgniserregend.

2 Detailliert dazu: Heidenreich, R. (2019), *Die DDR-Spionage des BND von den Anfängen bis zum Mauerbau*, Ch. Links Verlag, S. 203–213.

3 Green, J. & de la Motte, B. (2015), *Stasi State or Socialist Paradise?: The German Democratic Republic and What Became of It*, E-Book, S. 30.

Will man erfahren, was der ungeheure Aufbruch bedeutete, der deutschen Arbeiterklasse Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen, dieses neue Recht zu fördern, kommt man an Hermann Kants *Die Aula* nicht vorbei:

... die anderen brauchen nicht mehr aufzustehen, immer das gleiche: Ziegeleiarbeiter – Cheftechnologe; Färberin – Staatsanwältin, ein Spezialist für Oberflächenhärtung, der Maurer war, ein Radiologe, der Steinsetzer gelernt hat, und so fort, immer das gleiche, ist ja langweilig. Wer jetzt noch nicht ahnt, was dies hier für ein Haufen ist, wer jetzt noch nicht sieht, was das war, ABF, wer jetzt noch nicht weiß, was das ist, DDR, der kann einem nur leid tun, dem ist nicht zu helfen und den möchte Robert Iswall auch gar nicht dabei haben, wenn er sich in eine attische Biene verwandelt und anhebt zu singen: Es war einmal ein Waldarbeiter namens Jakob Filter ...⁴

In diesem Roman erkannten sich die ABF-Eltern meiner Freundinnen wieder. *Unterm Staub der Zeit* hingegen ist die Geschichte eines Pfarrerssohnes, mit der sich höchstens einzelne identifizieren könnten. Die Autorsperspektive unterscheidet sich hier nur unwesentlich von der Erzählerperspektive und nur Leser, die den größeren historischen Kontext selbst kennen, vermögen die Geschichte in diesen einzuordnen.

Jenny Farrell

Und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht

Kai Degenhardt: **Wessen Morgen ist der Morgen, Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland**, 2023 Köln, Neue Kleine Bibliothek 332, 215 Seiten, 16,90 Euro

Kai Degenhardt greift mit dieser titelgebenden Frage auf das »Solidaritätslied« von Bert Brecht und Hanns Eisler zurück. »Wessen Morgen ist der Morgen? Wessen Welt ist die Welt?« So offen endet das Solidaritätslied. Musikalisch und inhaltlich. Nach den klaren Aufforderungen in den Strophen lassen Brecht und Eisler jedoch keinen Zweifel, worum es geht. Auch wenn die »Völker dieser Erde« angesprochen werden, geht es um Parteinahme im Klassenkampf, um aktiv eingreifendes Handeln. Getragen von der Solidarität, die »nicht vergessen« werden soll. Man könnte auch sagen: gespeist aus der Solidarität, die immer wieder neu hergestellt werden muss, auch aus der Erinnerung an die geschichtlichen Erfahrungen aus den Arbeiterkämpfen.

Damit sind schon wesentliche Referenzpunkte und politisch-ästhetische Traditionslinien des Buches markiert. Während das Solidaritätslied Anfang der 1930er Jahre von kämpferischen Arbeitermassen gesungen wurde (allein in dem Film »Kuhle Wampe« (1932), in dem es eine exponierte Rolle spielt, sangen es mehr als 4.000 Arbeitersänger und -sängerinnen), sind solche kraftvollen Gesänge allerdings heute kaum vorstellbar. So große Arbeiterkämpfe, in denen gemeinsam ein kämpferisches Klassenbewusstsein auch sängerisch zum Ausdruck gebracht wurde, gab es in der Geschichte Deutschlands lange nicht mehr.

Stattdessen das alte Walfängerlied »Wellerman« und »Bella Ciao« als Partyanheizer und Kauflustanreizer. Kai Degenhardt wirft in der Einleitung seines Buches (vorabgedruckt in den Marxistischen Blättern 5/6_23, S. 69–74) einen Blick auf die gegenwärtige Stimmung im Land

4 Kant, H. (1965/ 2011), *Die Aula*, Aufbau Verlag Berlin, E-Book, S. 366.

und beschreibt, wie es dazu gekommen ist, linkes Bewusstsein in Passivität und Folgenlosigkeit zu lenken. Jürgen Lloyd hat kürzlich in einem anderen Zusammenhang zu Recht auf die »geschulte Fähigkeit des deutschen Imperialismus (verwiesen), alles, was Opposition sein könnte, so zu deformieren, dass es dem eigenen Herrschaftsbedarf subsumiert werden kann (...). Die Integrationskraft des Monopolkapitalismus ist gleichzeitig Quelle für die Schwäche der Linken als auch deren Folge.« (Jürgen Lloyd, jW 18.10.2023) Sehr plastisch beschreibt Kai Degenhardt genau diese Vorgänge in seiner Einleitung.

Vor etwa zehn Jahren entstand eine Initiative, die genau diesem Trend etwas entgegensetzen wollte: das »Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung« sollte in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes im Sinne der UNESCO aufgenommen werden. Degenhardt lässt berechtigterweise eine gewisse Skepsis durchblicken. Werden damit die vom Aussterben bedrohten Arbeiterlieder quasi »unter Naturschutz« gestellt? Lässt sich damit das Singen von klassenbewussten Arbeiterliedern wiederbeleben? (Vgl. S. 20 ff.)

Er geht dagegen von folgender Grundannahme aus: »Arbeiterlieder, die sowas wie ein Klassenbewusstsein erkennen lassen und zur kollektiven, am besten gut organisierten Aktion aufrufen, brauchen nun mal in der Realität stattfindende Arbeitskämpfe, Streiks und Demonstrationen wie die Luft zum Atmen« (S. 194). Dementsprechend studiert er in guter marxistischer Tradition die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland und verknüpft sie mit der Geschichte und den Geschichten der in ihnen entstandenen Arbeiterlieder. Seine Darstellung beginnt mit dem Entstehen der Arbeiterklasse, mit der industriellen Revolution in Deutschland also zwischen 1830 und 1848. Er zeichnet die wesentlichen Etappen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach: von den frühen Arbeiterliedern (bis 1848) über den »Kapitalistischen Frühling« (1848–1875) und die »erste imperiale Phase« (1875–1919) zu den stürmischen »Revolutions- und Weimarer Jahren« (1919 bis 1933). Sehr eingeschränkte Bedingungen

gab es im »Widerstand gegen den Faschismus« (1933 bis 1945). Die Darstellung der »Arbeiterlieder in der DDR« (1945 bis 1990) bleibt eingeständenermaßen etwas begrenzt, während Kai Degenhardt auf eine sehr differenzierte Wahrnehmung und Kenntnis der Arbeiterlieder in der BRD bis zur »Wende« (1945 bis 1990) und bis zur gegenwärtigen Lage verfügt.

Freilich ist es ihm angesichts des gebotenen Rahmens nicht möglich, jeweils in die kritische Feinanalyse der historischen Widersprüche zu gehen. Auch die Frage nach dem Ringen um möglichst genaue musikästhetische Passungen an die kämpfende Arbeiterbewegung wird allenfalls hin und wieder angedeutet. Wer sich genauer dafür interessiert, bekommt im ausgebauten Literaturverzeichnis reichhaltige Anregungen für weitergehendes Studium.

In Anhang findet sich auch ein Verzeichnis der über 200 Lieder, auf die im Buch Bezug genommen wird. Degenhardt hat sich entschieden, keines der Lieder ausführlicher zu präsentieren. Es sollte erklärtermaßen kein Liederbuch werden. Die Vielgestaltigkeit der dargestellten Lieder, ihre prägnante Darstellung in Verbindung mit der Geschichte der Arbeiterkämpfe und die leichte Wiederauffindbarkeit durch das Register animieren dazu, sich diese Lieder (noch einmal) selbst anzuhören. Das ausführliche Audio-Verzeichnis im Anhang kann dafür ebenfalls als reichhaltige Fundgrube genutzt werden. Kai Degenhardt verliert in seiner Darstellung nie den Gesamtzusammenhang aus den Augen: »Irgendwann werden sie schon wieder geführt werden, die so notwendigen Kämpfe. Und es ist ja nicht verkehrt, für kommende Zeiten vorzusorgen und dafür etwas in der Schublade zu haben.« (S. 194)

Zeitgleich zum Buch hat Kai Degenhardt auch eine CD mit Arbeiterliedern produziert. Zu den meisten dieser Lieder erzählt er in seinem Buch deren Geschichte. Als Soundtrack zum Buch ist dieses Album also sehr zu empfehlen, auch weil alle Lieder in einem sehr nachdenklichen, spröden Ton gehalten sind. Von naiver Siegesgewissheit und strahlendem Pathos keine Spur. Eine Möglichkeit, wie historischer Optimismus heute klingen kann.

Das Album lädt dazu ein, genau hinzuhören, mit-zudenken, sich für die (Entstehungs-)Geschichte zu interessieren! Das Buch liefert genug Material zum Nachlesen. Es regt die Phantasie an, Neues entstehen zu lassen.

Kai Degenhardt hat ein sehr lesenswertes Geschichtsbuch vorgelegt, das keinen nostalgisch melancholischen Schmelz enthält. Im Gegenteil: in ihm werden wesentliche Kampflinien der letzten knapp 200 Jahre nachgezeichnet. Klar und nüchtern werden Erfolge, aber auch die Fehler und Niederlagen der Arbeiterbewegung benannt. Kai Degenhardt versteht es, den Kern des historischen Optimismus aus der Dynamik der historischen Entwicklung zu entfalten: Solange diese Gesellschaftsordnung Ausbeutung und Unterdrückung produziert, produziert sie auch Widerstand. Und immer, in der Niederlage und beim Sieg, singen die Kämpfenden auch. Von den finsternen Zeiten und vom Morgenrot. Das Arbeiterlied gehört wie der Kopf und die Faust zu den Kämpfen der Arbeiterbewegung.

Mit der aktiven Vergegenwärtigung der alten Arbeiterlieder kann die singuläre Unrechts-erfahrung und der partikulare Protest im Alltag zu einem vertieften Klassenbewusstsein entfaltet und verallgemeinert werden. Dazu bedarf es allerdings auch eines auf die Entwicklung der Arbeiterlieder gerichteten eigenständigen Austauschs über die ästhetische Qualität von Texten und Musik und über Formen der Vermittlung und die Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiter- und den verbündeten Protestbewegungen. Gebraucht werden u. a. Foren wie die »(Eiserne) Lerche« (für Abonnent:innen verfügbar unter www.marxistische-blaetter.de/de/topic/28.eiserne-lerche.html), die in den 1970er Jahren entstand und bis Ende der 1980er existierte, oder Zeitschriften wie »Melodie & Rhythmus« im Verlag 8. Mai, die zurzeit leider nur über einen Newsletter Öffentlichkeit herstellen kann.

Ebenfalls zu empfehlen: *Kai Degenhardt, Arbeiterlieder*, CD, 10,00 Euro, www.kai-degenhardt.de/platten/bestellen.html

Willfried Bauer

Wirtschaftsmärchen entzaubert

*Patrick Schreiner/Kai Eicker-Wolf: **Wirtschaftsmärchen, Hundert und eine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales**, PapyRossa 2023, 270 Seiten, 19,90 Euro*

»Die Löhne sind zu hoch«, »Der Sozialstaat ist unbezahlbar«, »Private Unternehmen sind effizienter als der Staat«, »Hohe Steuern bremsen die Wirtschaft« oder »Es gibt keine Klassen mehr.« Wer kennt sie nicht, diese Behauptungen, mit denen Stimmung gemacht wird für mehr Markt und weniger Politik, für mehr soziale Ungleichheit und weniger Umverteilung, für mehr Vereinzelung und weniger soziale Sicherheit? Eine der bekanntesten und zugleich folgenreichsten Thesen dieser Art ist sicher: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Nachdem die von der Kapitaleseite finanzierte »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« den Satz im Jahr 2000 mit einer Kampagne promotete, entwickelte er sich zum wahren Dauerbrenner – ob in der medialen Berichterstattung, in Talkshows oder Parlamentsdebatten. Aufgegriffen wurde er von Angela Merkel, Edmund Stoiber und Guido Westerwelle, aber auch der ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Josef Jung verwendete ihn in seiner Antrittsrede 2009. Die Liste der Namen ließe sich beliebig fortsetzen. Darüber hinaus fand die These – Jobs zu schaffen, das allein sei sozial – Aufnahme in die Wahlprogramme diverser Parteien. Dabei spielt es keine Rolle, ob man von dieser Arbeit leben kann, ob sie krank macht oder ob Altersarmut vorprogrammiert ist: Denn jede Arbeit und sei sie noch so schlecht, sei besser als keine. Das Ergebnis dieses Denkens war nicht nur die Schaffung zahlreicher prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Etablierung eines gigantischen Niedriglohnssektors, sondern auch die Vernichtung gut bezahlter und tarifgebundener Arbeitsplätze in großer Zahl.

Die Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf haben 101 solcher Thesen in ihrer im PapyRossa Verlag erschienenen Publikation »Wirtschaftsmärchen,

Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales« kritisch hinterfragt. Dabei wenden sich die beiden Autoren gegen den politischen Zeitgeist, der sich am besten mit dem Schlagwort Neoliberalismus zusammenfassen lässt. Dahinter steht ein Denken, das Anfang der 1970er Jahre von Milton Friedman und den »Chicago Boys« entwickelt wurde, in den späten 1990er und den 2000er Jahren dank Think Tanks wie der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« alternativlos erschien und das noch bis heute die Politik dominiert. Deren Vertreter teilen dabei mindestens zwei Grundannahmen: Erstens eine marktradikale Grundhaltung, der zufolge Markt, Konkurrenz und Privateigentum dem höchsten Wohle dienlich seien, zweitens die Überzeugung, dass dem Staat in deren Durchsetzung eine zentrale Rolle zukomme, der sich ansonsten aber aus dem wirtschaftlichen Geschehen herauszuhalten habe.

Märkte sind daher für den Neoliberalismus nichts einfach Gegebenes. Sie werden gemacht. Gesellschaften als Marktgesellschaften zu gestalten, ist sein bewusstes Ziel – und das weit über die Wirtschaft im eigentlichen Sinne hinaus. Unter den Schlagworten Selbstverantwortung, Freiheit, Leistung, Anreiz oder Wettbewerb sollen Marktprinzipien in immer mehr Bereichen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wirken. Dafür werden Schutzvorkehrungen in der Arbeitswelt geschleift, soziale Sicherungssysteme abgebaut, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen privatisiert, Regulierungen von Märkten und Unternehmen um- und abgebaut, staatliche Handlungsmöglichkeiten beschränkt, Steuern gesenkt und nicht zuletzt bestimmte Begriffe und Vorstellungen in den Köpfen verankert. So werden zum einen Feindbilder geschaffen, wie das vom teuren Hängematten- und Wohlfahrtsstaat, von halsstarrigen Gewerkschaften, von faulen Armen und wirklichkeitsfremden Sozialromantikern. Zum anderen wird der Eindruck vermittelt, dass neoliberale Politik sinnvoll und richtig sei und warum diese und jene Maßnahme absolut zwingend so und nicht anders umgesetzt werden muss.

Gegen diese scheinbare Alternativlosigkeit des Neoliberalismus beziehen die Autoren klar

Stellung. Sie streiten für soziale und demokratische Rechte und für eine solidarischere Gesellschaft. Sie unterstützen den Leser mit zahlreichen Fakten in der politischen Argumentation und bei der Widerlegung der weitverbreiteten »Märchen«. Genau das macht die Arbeit von Schreiner und Eicker-Wolf so lesenswert und für die politische und gewerkschaftliche Arbeit besonders wertvoll.

Ulf Immelt

Ein Erbauungsbuch zur Versöhnung mit der Europäischen Union

Warum Ulrike Guérot nicht zu Sahara Wagenknecht passt

*Ulrike Guérot/Hauke Ritz: **Endspiel Europa. Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist – und wie wir wieder davon träumen können**, Westend Verlag, 2023, Frankfurt am Main, 201 Seiten, 20,00 Euro¹*

Ulrike Guérot gilt als Politikwissenschaftlerin und Publizistin, die in ihren Büchern und Artikeln die übliche Propaganda für die Europäische Union stets zu toppen versteht. Bekannt geworden ist sie mit der Forderung nach einer »Republik Europa« und damit nach einem Ende der auf Nationalstaaten basierenden europäischen Ordnung.² Das ist natürlich Nonsense – und so wiesen Kritiker mit ironischem Unterton darauf hin, dass eine europäische Republik zunächst einmal erfordern würde, die in fünf EU-Ländern bestehenden Monarchien abzuschaffen. Auch ein Großherzogtum Luxemburg kann es dann nicht mehr geben.

- 1 Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Seiten in dem Buch *Endspiel Europa*.
- 2 Vgl. Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Berlin 2016

Doch auf solche Kritik antwortet Guérot stets, dass man doch wohl träumen dürfe, schließlich habe ja auch der US-amerikanische Autor Jeremy Rifkin mit seinem Bestseller »Der europäische Traum« hohe Auflagen erzielt.³ Nicht wenige Naive in der Politik hatten ihre Forderung nach einer europäischen Republik dennoch für bare Münze genommen und zum Programm gemacht.⁴

Ulrike Guérot und Hauke Ritz wollen in ihrem 2022 erschienenen Buch »Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist« nicht von ihrem Traum lassen. Deshalb der Untertitel: »Und wie wir wieder davon träumen können«. Doch ist die EU tatsächlich »gescheitert«? Die Autoren begründen das mit der Aufgabe zweier Vorhaben: »Das eine europäische Großprojekt im Moment des Mauerfalls von 1989 war die Ever Closer Union, eine immer engere Europäische Union, besiegelt durch den Maastrichter Vertrag von 1992. Europa sollte eine politische Union und Föderation werden. Von einem europäischen Bundesstaat war die Rede. Das andere war der Aufbau einer kooperativen, kontinentalen Friedensordnung, jenes »europäischen Haus von Lissabon bis Wladiwostok«, von dem Michail Gorbatschow stets sprach.« (22)

Die Forderung nach einer politischen Union bzw. einem europäischen Bundesstaat ist aber nichts anderes als leeres ideologisches Gerede, das man stets führt, um Begeisterung – vor allem unter jungen Menschen – für die reale EU immer wieder neu anzufachen. Dem dient auch die von der offiziellen Politik ins Leben gerufene und von den großen Medien goutierte Bewegung »Pulse of Europe«, die seit 2016 in Reaktion auf den Brexit mit Demonstrationen für eine tiefere Integration

trommelt. Guérot und Ritz berufen sich ausdrücklich positiv auf diese. (122)

Noch wolkiger ist die Forderung nach einer »kontinentalen Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok«. Damit sollte Gorbatschow geschmeichelt werden, um so seine Zustimmung zur deutschen Einheit zu erhalten. Mit dem Untergang der Sowjetunion verschwand dann auch prompt diese Parole.

Die EU ist keineswegs gescheitert. Zwar erlitt sie mit dem Austritt Großbritanniens einen nicht erwarteten Rückschlag. Zudem kommen verschiedene ihrer Projekte nur schleppend voran bzw. stagnieren sogar, etwa die Einigung auf eine abgestimmte Migrationspolitik oder die seit Jahren angestrebte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Und doch ist die Union weiterhin der unentbehrliche Rahmen für die wichtigsten kapitalistischen Volkswirtschaften des Kontinents. Sie ist die Grundlage für das weltweite imperialistische Ausgreifen Deutschlands und Frankreichs.

Doch Guérot und Ritz bleiben dabei, dass die EU gescheitert sei. Begründet wird das mit der fehlenden »Demokratisierung«, dem »Verzicht auf die politische Union« (144f.) und vor allem mit dem Einfluss der USA, »der geschickten, wenn auch sublimierten amerikanischen Unterwanderung eines politisch geeinten Europas und einer kooperativen Friedensordnung mit Russland.« (145)

Überhaupt die USA! Nach Lektüre des Buches drängt sich der Eindruck auf, dass vor allem sie es sind, die ein geeintes Europa verhindert und die EU auf den falschen, konfrontativen Weg gegenüber Russland gedrängt haben. Zur Begründung dafür werden ausführlich amerikanische »Pläne zur Spaltung Europas« (127) beschrieben, die auf »die Abtrennung Russlands von Europa« zielen (128). Doch in Wirklichkeit sind sich die europäischen politischen Führer, ob sie nun Olaf Scholz, Emmanuel Macron, Giorgia Meloni oder Ursula von der Leyen heißen, mit dem US-Präsidenten Joe Biden völlig einig in einer aggressiven, kriegerischen Haltung gegenüber Russland.

In dem Abschnitt des Buches, in dem detailliert die vom geeinten Westen betriebene Eskalation des

3 Vgl. die Kritik zu dem Buch von Jeremy Rifkin von Andreas Wehr, *Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen*, Köln 2013, S. 11–40

4 So hatte der Landesverband Sachsen der Partei DIE LINKE aus Anlass der Beratung des Programms für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 versucht, die Forderung nach einer »Republik Europa« in den Text einzufügen. Die Mehrheit des Parteitags folgte diesem Ansinnen aber nicht.

Konflikts um die Ukraine vor dem russischen Angriff beschrieben wird, heißt es hingegen resümierend: »Die letztendliche Ursache dafür, dass ein 1989 scheinbar geeintes, von zwei Weltkriegen zum Frieden bekehrtes Europa erneut an der Lunte des Krieges zündelt, liegt mithin in der unkritischen und nicht ausbalancierten transatlantischen Ausrichtung Europas begründet, die keine gleichberechtigte Partnerschaft ist, sondern eine asymmetrische Abhängigkeit bedeutet.« Nur deshalb hätten sich »Europas Öffentlichkeiten (...)« so einseitig in den heutigen Ukraine-Krieg hineinziehen lassen (...)«. (140) Und: »Sicher ist nur, dass in den letzten dreißig Jahren, also unter amerikanischer Dominanz in Europa, weder eine europäische Einheit noch eine konföderale Partnerschaft und Sicherheit mit Russland zustande gekommen sind und Europa auf ein Rumpfdasein zusteuert.« (164)

Die eigenständige Rolle der EU in der Konfrontation mit Russland verschwindet dabei. So wird das 2009 aufgelegte EU-Programm »Östliche Partnerschaft« von den Autoren nicht einmal erwähnt. Dieses mit viel Geld ausgestattete Programm ist aber das zentrale Element, um die einstmals zur Sowjetunion gehörenden Staaten Armenien, Aserbaidzhan, Belarus, Georgien, Moldau und vor allem die Ukraine aus der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Russland herauszubrechen und als Mitglied der Europäischen Union in den westlichen Block einzugliedern. Man hat es in der EU auf die osteuropäischen Märkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte abgesehen. Sie sollen künftig den EU-Konzernen uneingeschränkt zur Ausbeutung zur Verfügung stehen. Als der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch 2014 zögerte, das im Rahmen dieses Programms ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, um so die engen wirtschaftlichen Bindungen seines Landes mit Russland nicht zu gefährden, kam es zu gewalttätigen Protesten im Land, die von der EU sofort massiv unterstützt wurden. Nicht von ungefähr wurde der Platz in Kiew, auf dem die größten und blutigsten Kundgebungen stattfanden, »Euromaidan« getauft. Zahlreiche EU-Politiker traten dort als Redner auf, hetzten gegen Russland

und riefen die mehr und mehr von Rechtsradikalen bestimmte Versammlung auf, in ihrem Widerstand nicht nachzulassen. Am Ende stand der Putsch mit der verfassungswidrigen Absetzung Janukowitschs. Die Autoren halten es hingegen für möglich, dass »die Europäer nur widerwillige Helfershelfer des Euro-Maidan gewesen sein« könnten. (120)

Ulrike Guérot und Hauke Ritz haben ein Buch vorgelegt, in dem sie ein europäisches Projekt herbeisehnen bzw. erträumen, das demokratisch, sozial und friedliebend sein soll. Als imperialistisches Projekt war die EU dies alles aber nie und wird es auch nicht sein. Insofern ist Endspiel Europa ein Erbauungsbuch, das Kritiker mit der Union versöhnen soll.

Nun wird Ulrike Guérot im Zusammenhang mit einer Kandidatur auf einer womöglich kommenden »Liste Sahara Wagenknecht« für die im Juni 2024 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament genannt. In Pressemeldungen soll für sie dort bereits ein vorderer Listenplatz reserviert worden sein. Sollte es so kommen, würde dieses Projekt aber mit einem Flopp starten, denn eine Kandidatin, die in der EU »ein föderales Friedensprojekt zur Überwindung der Nationalstaaten« (179) sieht, hat nichts gemein mit der Position von Sahara Wagenknecht, die den Nationalstaat stets als wichtig und unbedingt erhaltenswert ansieht.⁵

Andreas Wehr

5 In ihrem Buch *Die Selbstgerechten* begründet Sahara Wagenknecht im Kapitel »Nationalstaat und Wir-Gefühl: Weshalb eine totgesagte Idee Zukunft hat« ihre Ansicht, wonach der Nationalstaat weiterhin wichtig ist, vor allem mit dessen Bedeutung für den sozialen Ausgleich: »Die Nationalstaaten sind allerdings auch die einzige Instanz, die gegenwärtig in nennenswertem Umfang Marktergebnisse korrigiert, Einkommen umverteilt und soziale Absicherungen bereitstellt.« Sahara Wagenknecht in *Die Selbstgerechten*. Frankfurt am Main, 2021, S. 230

»Ein gutes Leben für alle in Demokratie, Solidarität, im Einklang mit der Natur«

Krise. Macht. Arbeit. Über Krisen des Kapitalismus und Pfade in eine nachhaltige Gesellschaft. Hans-Jürgen Urban im Gespräch mit Stephan Hebel, Campus Verlag, April 2023, 200 Seiten, 24,80 Euro

Dr. Hans-Jürgen Urban ist seit 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall und seit Sommer 2023 zugleich Honorarprofessor für Soziologie an der Universität Jena. Im Gespräch mit dem Journalisten Stephan Hebel erläutert er seine Auffassungen zur gewerkschaftlichen Strategie im Kampf um Demokratie, globale Gerechtigkeit und Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

In neun Kapiteln werden aktuelle Probleme erörtert, mit denen sich kritische Sozialwissenschaften, fortschrittliche Politik und Gewerkschaftsarbeit in der »Vielfachkrise des Kapitalismus« konfrontiert sehen, ein Begriff, der an den Alltagserfahrungen der Menschen ansetzt. Urban präferiert ihn nicht, denn er gebe allen Krisendimensionen die gleiche Bedeutung, setze alle Krisenauswirkungen gleich. Letztlich aber haben wir es »heute mit Systemkrise des globalen Kapitalismus zu tun«.

Dass »die Dominanz der Gewinnlogik im Globalisierungsprozess sozial und ökologisch zerstörerische Dynamiken erheblichen Ausmaßes ausgelöst hat«, ist für Urban keine Frage. Aber wie damit umgehen auf betrieblicher und politischer Ebene, mit den Alltagserfahrungen der Menschen, der Beschäftigten, der Betriebsratskolleg:innen, der gewerkschaftlichen Funktionsträger? Wie ist zu unterscheiden zwischen den Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland? Die differenzierte Herangehensweise an die Interessenlage der Menschen ist eine der bemerkenswerten Stärken des Buches.

Urban geht es um die Verknüpfung von Alltagserfahrungen mit analytischem Wissen. Dabei muss an

den Krisenerfahrungen der Menschen angeknüpft werden, dass vieles nicht mehr funktioniert, wie es in den letzten Jahren funktioniert habe. Und dass das kein Zufall sei, sondern System habe. Mit den Krisenerfahrungen, die das tägliche Leben vieler Menschen prägen, könne man dann weiter darüber diskutieren, wie sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, diese Probleme unter den gegebenen Bedingungen lösen zu können.

Das zeigt: Krise macht Arbeit! So kann man das Buch auch lesen. Jedes Kapitel beginnt mit einer kurzen Einführung, worum es geht. Es folgen Fragen und Antworten. So strukturiert, lässt sich der – oft wissenschaftlich gehaltene – Text verhältnismäßig leicht lesen. Das ist auch eines der Ziele des Buches: Es soll ein Orientierungsangebot für Kolleg:innen aus dem gewerkschaftlichen Bereich sein, ein Kompass für die Praxis, Bildungsarbeiter:innen unterstützen, Student:innen ansprechen. Die Gesprächsform bietet einen leicht zugänglichen Weg zu den diskutierten Thesen. Anmerkungen und Literaturhinweise erleichtern die Rezeption.

Zwei Themenfelder seien herausgegriffen:

Urban benennt als bisherige Kernfelder der Gewerkschaften Arbeitspolitik, Arbeitsbedingungen, Löhne und Tarifverträge. Das entspreche den Erwartungen der Mitglieder. Dort müssten sich die Gewerkschaften bewähren. Umstrittener sei die Frage, ob das ausreiche oder ob die Gewerkschaften nicht auch politischer denken und handeln müssen. Urban beantwortet die Frage mit einem klaren Ja und erläutert sie u. a. anhand der notwendigen sozial-ökologischen Transformation. Sie ist seiner Meinung nach »die zentrale Jahrhundertaufgabe für alle relevanten gesellschaftlichen Akteure, auch für die Gewerkschaften«.

Es müsse genauer reflektiert werden, »was wirklich das Interesse der abhängigen Lohnarbeit in einem Kapitalismus ist, der mit hoher Aggressivität dabei ist, »die Springquellen alles Reichtums zu untergraben: die Erde und den Arbeiter«, zitiert er Marx. Dieser habe die doppelte Zerstörungskraft des Kapitalismus bereits thematisiert, die die Arbeit, also die abhängig Arbeitenden, als auch die Erde, die Natur, erfasse. Eine doppelte

Schutzstrategie dafür zu entwickeln, sei notwendig, aber auch anspruchsvoll, vor allem aus der Perspektive der Beschäftigten in den ökologisch problematischen Sektoren. Gelingt die Transformation zu einer naturverträglichen Produktionsweise nicht, bestehe die Gefahr, dass diese Bereiche aufgegeben werden, unter kapitalistischen Bedingungen könne das schnell zu Arbeitslosigkeit führen. Die Gewerkschaften jedoch seien keine Veto-, sondern Transformationsakteure, die vor allem dafür verantwortlich sind, dass aus der ökologischen eine sozialökologische Transformation werde.

Im Kapitel über Aspekte einer alternativen Globalisierung unterscheidet Urban die Dimensionen der Globalisierung. Die Entwicklung der Globalisierung habe – wie die Entwicklung des Kapitals insgesamt – durchaus auch zivilisatorische Tendenzen, die nicht mehr zurückgedreht werden können. Als Beispiele nennt er unsere größere Informiertheit über die Lebensbedingungen anderer Kulturen oder unsere Möglichkeiten der Mobilität. Es gebe auch »Wohlstandsgewinne«, wenn die »Kraft ausreicht«.

Wo die Kraft nicht ausreicht, gebe es die andere Dimension der kapitalistischen Globalisierung, die Dominanz der Gewinnlogik im Globalisierungsprozess. Sie habe »sozial und ökologisch zerstörerische Dynamiken ausgelöst, deren soziale und ökologische Kosten die reichen Länder externalisieren«, die Gewinne aber sich zu größten Teilen in den ökonomischen Machtzentren des Nordens materialisieren – dort vor allem bei den ökonomischen Eliten.

Ziele der kapitalistischen Globalisierung wie Kostensenkung, Absatzerweiterung und hohe Gewinne werden durch die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit beständig vertieft. Die Ungleichheitsdynamik habe sich verändert: Die größte Ungleichheitsdynamik finde nicht mehr zwischen den Staaten des globalen Nordens und des globalen Südens, sondern innerhalb der Staaten statt. Wichtiger Treiber sei neben dem ökonomischen Prozess der Globalisierung des Produktionskapitals, die »Kommunikationsrevolution«. Sie ermöglicht es Unternehmen,

Fabriken in entfernte Länder zu verlegen, dort die billige Arbeitskraft zu nutzen, ohne die Kontrolle über die Produktion aufgeben zu müssen. Gleichzeitig verlassen sie damit die Räume, in denen die Beschäftigten Rechte erkämpft haben, können die organisierte Arbeit unter Druck setzen, Zugeständnisse bei Beschäftigungsverhältnissen, Einkommen und Arbeitsbedingungen machen. Dieses Ungleichgewicht in der Machtausstattung zwischen Kapital und Arbeit sei ein Wesensmerkmal der der heutigen Globalisierung.

In »lokalistische Vorstellungen«, vor allem durch regionale Kreislaufwirtschaften und Lebensräume, sieht er keine Lösung, denn der Globalisierungsstand von Wissen, Kultur, Kommunikation sei nicht zurückdrehbar. Es liefe auf einen Boom regionalistischer, sogar nationalistischer Egoismen hinaus. Er halte es für keinen Zufall, dass die rechtspopulistischen Bewegungen in der Regel auf ihre Art auch globalisierungskritische Bewegungen seien.

»Überzogene« Formen von Global Sourcing, die mit erheblichen ökologischen Kosten verbundene Beschaffung von Vorprodukten aus aller Welt, sowie das Zusammenspiel von globalen Zulieferstrukturen mit der Ausbeutung von Bodenschätzen und Menschen, die Hyperglobalisierung, müsse beendet werden. Krabben, in der Nordsee gefangen, in Marokko gepult, in Osteuropa verpackt und dann in teuren Hamburger Lokalen verpeist, seien ökonomische, vor allem ökologische, Absurditäten. Überflüssige Transportwege, auf denen Millionen Tonnen von Schadstoffen entstehen, seien nicht zu rechtfertigen.

Daher sollten die unterschiedlichen Dimensionen der Globalisierung einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Prüfung unterzogen werden, um Kosten und Nutzen abzuwägen, um sich den Fragen der Ausbeutung anderer Regionen zu stellen. Eine Aufgabe für Gewerkschaften, der sie sich nach Urbans Meinung vehementer widmen müssen. Es werde Deglobalisierung geben müssen, in anderen Bereichen wäre es fortschrittlicher im Interesse der abhängigen Menschen, die globale Dimension aufrechtzuerhalten oder gar auszudehnen. Dass

es sich um Klassenfragen handelt, wird meist fein soziologisch umschrieben.

Das mindert die faktenreiche und argumentativ extrem gutunterlegte Darstellung nicht. Die kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften und die Grenzen, an die sie stoßen, werden diskutiert. Schwerpunkt sind Auswirkungen und Handlungsoptionen der Gewerkschafter:innen und ihrer Organisationen. Urban drängt auf gesellschaftspolitische Reformallianzen mit anderen organisierten Teilen der Gesellschaft, um die gemeinsame Durchsetzungsmacht zu stärken.

Die Kritik an der unzureichenden Arbeit und mangelhaften Gegenauflärung der Qualitätsmedien kommt im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und seinen Auswirkungen zur Sprache. In den zwei letzten Artikeln widmet er sich den »Mosaiklinken« und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass »innerhalb kapitalistischen Wirtschaftens emanzipatorische Alternativen aufgebaut« und zugleich um deren Verteidigung und Ausweitung gekämpft werde.

Anne Rieger

Hegels »Wissenschaft der Logik«

Andreas Arndt: **Die Sache der Logik. Begriff und Realität bei Hegel**, Meiner, Hamburg 2023, 287 Seiten, 26,90 Euro

Andreas Arndt, emeritierter Philosophieprofessor an der Berliner Humboldt-Universität, Ehrenvorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft, deren Vorstandsvorsitzender er jahrelang war, ist unstrittig einer der besten Kenner des Werks von Hegel. Dass er außerdem bemerkenswerte Publikationen zu Marx und auch zu Lenin vorgelegt hat, ist nicht gerade typisch für einen deutschen Philosophieprofessor. Thema ist hier

der wohl schwierigste und hoch umstrittene Teil des Hegelschen Werkes: die »Wissenschaft der Logik«¹. Arndts Ausgangspunkt ist die durchaus ambivalente Kritik von Marx an der Hegelschen Dialektik, wonach es Hegel eher um die »Sache der Logik« als um die »Logik der Sache« gegangen sei, eine Kritik, die Marx gleichwohl nicht von dem Urteil abhielt², dass Hegel hinsichtlich der Dialektik »ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat«. Und Hegel-Kritiker aus den eigenen Reihen, z. B. Wilhelm Liebknecht, die, einem damals verbreiteten Urteil folgend, in Hegel einen unkritischen preußischen Staatsphilosophen sehen wollten, ernteten wütende Reaktionen von Engels wie von Marx (vgl. S. 13).

An den Anfang und ins Zentrum des Buches stellt Arndt die Frage, was eigentlich die »Sache der Logik« sei und wie sie sich verhalte zur »Logik der Sache« in der Realität – sowohl der Natur wie der des »Geistes«, verstanden als Hervorbringungen der Gesellschaft und Kultur.

Gegliedert ist das Buch in drei Abschnitte: »I. Logik«, »II. Realität« und »III. Die Realität und das Absolute«. Untergliedert sind diese Abschnitte in Unterkapitel. Abgeschlossen wird der Band durch die Nachweise der Texte sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis. Im Grunde liefert der Band einen Überblick über das gesamte Werk von Hegel, indem jeweils auch auf aktuelle Auseinandersetzungen mit Hegel eingegangen wird.

Im **Abschnitt I.** »Logik« geht es letztlich um das »diamantene Netz« an Kategorien³, mit denen wir die Realität zu begreifen, die Welt »lesbar« zu machen, den »Stoff« zu bestimmen versuchen, Bezug nehmend auf die Gesetze der Natur und des »Geistes« (vgl. S. 36). Um diese allgemeine

- 1 Im Folgenden WdL.
- 2 So etwa in seinem Nachwort zur 2. Auflage des »Kapital«, MEW 23, S. 18–28.
- 3 So Hegels Formulierung in der Enzyklopädie von 1830, § 246, Zusatz, Hegel, Werke 9, 20. – Für Belege zu den Hegel-Texten verwende ich die auch von Arndt benutzten Ausgaben, so GW = Gesammelte Werke, Hamburg 1968ff. und HW = Werke, Theorie-Werkausgabe, Frankfurt/M, 1971.

philosophische, nicht durch die empirischen Einzelwissenschaften zu lösende Aufgabe zu erfüllen, versucht Hegel von allen konkreten Bezügen und Voraussetzungen zu abstrahieren und die »reinen« Denkbestimmungen oder Begriffe zu finden. Rein, d. h. von jeder empirischen Inhaltsbestimmung loszulösen, das bedeute der Begriff »absolut«. Der lange und schwierige Weg kommt schließlich zu dem »Ergebnis«, dass sich das gesuchte Absolute als Methode erweist, und zwar als die dialektische Methode.

Damit hat Hegel das kategoriale und methodische Erkenntnisinstrumentarium erarbeitet, mit dem er sich nun der Realität in Natur und Gesellschaft/Kultur zuwenden kann, was er dann z. B. in seiner »Enzyklopädie der Wissenschaften« versucht hat.

Was das Verhältnis von Begriff/Logik und Realität betrifft, so zeige sich, dass beide durch eine »konstitutive Differenz« geprägt sind.

Hegel geht nach A. davon aus, »dass ein Begreifen der Realität – soweit sie dem Begriff zugänglich ist – nicht mit anderen Kategorien erfolgen kann als mit denen, welche in der WdL begründet und abgeleitet wurden.« (S. 11) Allerdings ist dann der Einsatz und die Folge der logischen Kategorien dadurch bestimmt, »wie sie in der Realität äußerlich angeordnet und aufeinander bezogen sind«. Dies ist es, was Marx mit der »eigentümlichen Logik eines eigentümlichen Gegenstandes gegen Hegel reklamieren zu müssen meinte«.

Das dialektische Moment des Logischen bestehe darin, den Widerspruch »in *allen* Gegenständen aller Gattungen, in *allen* Vorstellungen, Begriffen und Ideen zu erkennen«⁴. Der Widerspruch löse alle Fixierungen und Abstraktionen auf.

Totalisierung bedeutet »die Beziehung aller Erkenntnisse auf die Totalität der Bedingungen ihres Erkennens«. (S. 77) Hierin liege kein unkritischer Zug, wie die »postmoderne Verwerfung der Dialektik suggeriert. Im Gegenteil, die Rückführung einer Bestimmung auf die Totalität ihrer Bedingungen ist der Kern dialektischer Kritik,

sofern sie sich nicht mit dem Gegebenen von etwas [...] zufriedengibt. Auch die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie benutzt in dieser Weise das Totalisieren als Mittel der Kritik, indem sie den Umkreis aller Bedingungen einer gegebenen, scheinbar natürlichen Produktionsweise zu rekonstruieren versucht und sie damit als spezifisch historisch bedingt und in sich widersprüchlich verfasst erweisen will.« (Ebd.)

Im Unterkapitel »Dialektik und Urteilskraft« schreibt A. (S. 89), dass die Arbeit des Begriffs wie die Arbeit überhaupt der logischen Figur des Schlusses oder Schließens folgt. Marx habe hier bei seiner Analyse der Arbeit⁵ faktisch Hegels Gedankenführung »angewandt«, also die WdL gebraucht, ohne sie ausdrücklich zu nennen. Zentrale Bedeutung hat dabei das Werkzeug (oder die Methode). Es ist das Allgemeine und Vermittelnde zwischen dem Subjekt und dem Arbeitsgegenstand. Für Hegel bedarf es für das Gelingen des Arbeitsprozesses der Kenntnis der Logik des Gegenstandes. Und da dabei immer auch Zufälliges im Spiel sein kann, geht weder im praktisch-gegenständlichen noch im theoretischen Verhalten zur Welt der jeweilige Gegenstand restlos im Begriff auf. Ohne die Fähigkeit zur Angemessenheit des Bearbeitens der Gegenstände (Berücksichtigung der objektiven Gesetzmäßigkeiten) gäbe es keine angestrebte Formveränderung der Gegenstände – »weder in der gegenständlich-praktischen Tätigkeit noch in der begrifflichen Rekonstruktion theoretischer Gegenstände«. (S. 91) Damit verbindet sich für Hegel der Gedanke der Erkennbarkeit der Welt. Kurz: Die Idee, der Begriff findet sich in der Realität immer nur gebrochen wieder.

A. resümiert: »Wenn die Logik [...] die allgemeinsten Bestimmungen unseres theoretischen und praktischen Verhaltens zur Realität überhaupt enthält, dann werden einerseits diese Kategorien inhaltvolle Bestimmungen des Gegenstandes selbst sein müssen, andererseits aber steht überhaupt nicht zu erwarten, dass sich im Begreifen des eigentümlichen Gegenstandes sämtliche Kategorien und dazu noch in der logischen Folge

4 GW, 19, 65.

5 Siehe Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S, 192ff.

wiederfinden lassen.« (S. 93) Die (dialektische) Methode, die Zusammenfassung der Logik, bleibt »ein selbständiges Allgemeines, das gleichwohl über die im Begreifen des Gegenstandes mobilisierten Begriffe diese als Momente enthält.« (Ebd.) »Das Begreifen der Realität verlangt demnach eine Anstrengung über das Begreifen der *Logik* bzw. des Begriffs selbst hinaus und der Weg dieses Begreifens ist durch die Logik selbst nicht schematisch vorgegeben. Die Anstrengung des Begriffs schließt daher ein gewisses Maß an Virtuosität ein.« (S. 93f.)

Die WdL entwickelt die Selbsterfassung des Denkens mit dem Entschluss, das Denken als solches »ohne intentionalen Bezug auf äußerliche Gegenstände zu betrachten« (S. 99). Hierbei werde deutlich, dass wir die Denkbestimmungen – also unser Gegenstand – selbst als Mittel gebrauchen, um sie als solche zu erfassen. »In dieser Hinsicht bezieht sich der Begriff schließlich nur noch auf den Begriff, und ein solches reines Selbstverhältnis nennt man absolut, weil es nicht von etwas Anderem, was nicht Begriff ist, dependiert. Dies ist die »absolute Idee.« (Ebd.) Übrigens: Der Umfang der allgemeinen Denkbestimmungen sei nach Hegel gleichbedeutend mit Metaphysik.

Die Verstehbarkeit der Welt beruhe für Hegel darauf, dass das (bereits erwähnte) »diamantene Netz« der Kategorien erlaubt, den »Stoff« zu bestimmen. Der Stoff werde nicht aus dem Begriff abgeleitet, wie Hegel oft unterstellt wird! Der reale Gegenstand ist niemals von vornherein mit dem Begriff identisch. (S. 102) Es gibt den Zufall. Die Philosophie kann und will keine Deutungshoheit über empirische Sachverhalte reklamieren. Kategorien der Logik sind nicht eins zu eins auf die realphilosophischen Sachverhalte anwendbar. (S. 104)

Der **Abschnitt II.** beginnt mit einem Text über den *Geist*. Auch mit einflussreichen, aber problematischen Negativurteilen über Hegels *Rechtsphilosophie* setzt sich A. auseinander, die eine lange Tradition haben und schon auf Kritiken unmittelbar nach Hegels Tod zurückgehen. Hegel hatte im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft bereits im Frühstadium des Kapitalismus die Entstehung eines sog. »Pöbels« diagnostiziert,

und zwar im gesellschaftlichen Souterrain als Folge der Armut wie auch »oben« in Gestalt des reichen Pöbels, der z.B. entstehe, wenn der Reichtum nicht auf eigener Arbeit basiere. Im faktischen zerstörerischen Zusammenspiel des »Pöbels« von »oben« und »unten« sehe Hegel schon in den Anfängen des Kapitalismus dessen zerstörerische Tendenzen.

Auf dieser Linie bewegt sich auch der Text »Ökonomie und Staat nach Hegel« (S. 171ff.) Hier tritt die Vernunft als Vernunftstaat der bürgerlichen Gesellschaft entgegen. Beim reichen Pöbel moniert Hegel die »größere Leichtigkeit, unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände zu concetrieren«. Die wachsende Schere in der Verteilung der Einkommen und Vermögen führt zum »Gefühl der Rechtlosigkeit und mit ihm der Staats- und Politikverdrossenheit«. Die Empörung zeigt »einen inneren Zerfall des Gemeinwesens« an. »Wer über mangelnden Respekt, scheinbar unmotivierte Gewalt und anarchische Ausbrüche sich beklagt, könnte durchaus mit Hegel auf die Suche nach den Ursachen gehen. Auch an der zunehmenden Existenz eines reichen Pöbels (im Hegelschen Sinne) dürfte kaum zu zweifeln sein. Mehr noch: Es ließe sich die These vertreten, dass heute der reiche Pöbel nicht nur die ökonomische Macht in den Händen hält, sondern sich weitgehend auch des politischen Gemeinwesens bemächtigt hat.« (S. 178)

Hegel hält die Konvulsionen der bürgerlichen Gesellschaft als eines »wilden Tiers«, welche, so seine Befürchtung, zum Zerbrechen der Grundlagen eines vernünftigen Staates führen können, nicht für zufällig (S. 179). Es komme zum Vorschein, dass bei dem Übermaß des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern. Warum das so ist, kann er nicht sagen. Die von ihm zitierten Vertreter der Staats-Ökonomie von Smith bis Ricardo geben hierüber keinen Aufschluss. »Hegel beschreibt Phänomene, für die er keine Erklärung hat, mit einem enormen Gespür für ihre Tragweite.« (S. 179) Dazu bedurfte es dann später eines Marx! A. zeigt die Grenzen von Hegels Lösungsvorschlägen, etwa den Appell an

die Moralität. »Der pöbelhaften Gesinnung, zumal auch des reichen Pöbels, ist damit keine wirksame Grenze gesetzt.« (S. 181)

Im **Abschnitt III.** »Die Realität und das Absolute« geht es um das Problem der Freiheit in Religion und Philosophie sowie um Heinrich Heine und Hegel (S. 229ff.) Zentral ist Hegels Konzeption einer Freiheitsgeschichte. In dieser Tradition stehen auch Heine, Feuerbach und Marx. Was ist der Hintergrund dafür?

Freiheit ist bei Hegel deshalb der Schlüsselbegriff, weil es in feudalen Gesellschaften als Kampfziel um die noch vielfach unvollständigen Freiheitsrechte ging. Mit den Kämpfen bei der weiteren Durchsetzung des Kapitalismus werden dann bis heute stärker die sozialen Lebens- und Menschenrechte betont, überlagert in der Gegenwart durch die mögliche ökologische Katastrophe, verknüpft mit diversen Freiheits- und Anerkennungsrechten einzelner Lebensentwürfe, Hautfarben, Gruppenrechten etc. Dass die liberalen Freiheitsrechte und Werte, auf die sich die westliche Welt beruft, einseitig und begrenzt bleiben, dürfte zusammenhängen mit der letztlich ausschlaggebenden Dominanz, Aufrechterhaltung und notfalls auch gewaltgestützten Durchsetzung der Interessen einer kapitalistischen Gesellschaft und Ökonomie.

Von großer Bedeutung ist Hegels Diktum, die Geschichte als Weltgeschichte sei »der Fortschritt im Bewußtsey der Freiheit«. Für diesen Fortschritt im Bewusstsein (nicht unbedingt und zumindest nicht gleichzeitig in der gesellschaftlichen Realität) spielt für ihn historisch das Christentum (S. 231), und hier der Protestantismus eine besondere Rolle (z. B. Luthers innere »Freiheit eines Christenmenschen«). Das vollständige Bewusstsein dieser Freiheit werde »in der Philosophie ausgearbeitet, die Hegel in seiner Zeit als Reflexion des politischen Freiheitsprinzips der Französischen Revolution versteht.« (S. 231) »Die Realisierung der Freiheit im vernünftigen Rechtsstaat wäre dann folgerichtig der Schritt, der dem entwickelten Freiheitsbewusstsein zu folgen hat« (ebd.); dies praktisch anzugehen, sei aber nicht die Angelegenheit der Philosophie, so Hegel in seinen Vorlesungen zur Philosophie der Religion.

Was ist *Geist* bei Hegel? Lateinisch *mens*, also Bewusstsein im weitesten Sinn. (S. 232) Geist ist Geist nur als aus der Natur herkommend (also kompatibel mit der natürlichen, organischen Evolution) und die Natur als selbstständig voraussetzend. Die Idee hat keine selbstständige Existenz gegenüber Natur und Geist, sondern existiert nur in Natur und Geist als ihren Daseinsweisen. Sie beruht auf der Möglichkeit des Geistes, »von allem Äußerlichen und seiner eigenen Äußerlichkeit, seinem Dasein selbst [zu] abstrahieren«. Diese Abstraktion macht den Geist absolut, denn durch sie bezieht er sich ausschließlich auf sich selbst; absoluter Geist ist Selbstverständigung des (menschlichen) Geistes über sich.

Der Geist ist geschichtlich, denn nur in der Geschichte kommt er zu sich. Kunst, Religion und Philosophie sind Teilgeschichten des allgemeinen Geistes, des Weltgeistes. Dieser ist die Gesamtheit aller geistigen Verhältnisse zur Natur und des Geistigen zu sich. Man könnte ihn als Kultur beschreiben, die dort beginnt, wo der Mensch aus der unmittelbaren Naturabhängigkeit heraustritt. Dies geschieht in der Arbeit. Die erste Form der Vernünftigkeit ist für Hegel das Werkzeug. Geschichte ist Arbeit des Geistes bzw. des Weltgeistes. Dieser unternimmt eine ungeheure Arbeit, um das Bewusstsein über sich zu erreichen. Zu diesem Bewusstsein seiner selbst kommt er nur dadurch, dass die endlichen gesellschaftlichen Individuen als die realen Träger und Agenten des Weltgeistes sich über den weltgeschichtlichen Prozess verständigen. (S. 233)

Arndts Resümee am Schluss: Es sei keineswegs ausgemacht, dass das »diamantene Netz der Kategorien«, in das wir allen Stoff bringen und dadurch erst verständlich machen⁶, nicht reißt und neu geknüpft werden muss. »Mit der Öffnung der Idee zur empirischen Realität, als deren Inneres sie sich wiederfinden soll, setzt Hegel seine Philosophie dem Risiko eines systematischen Scheiterns aus.« (S. 271) »Indem die Natur [...] auch auf eine neue Grundlage, das Selbstverhältnis des Begriffs, gestellt wird, wird ihr Inneres als Freiheit bestimmt,

denn die absolute Idee als in sich konkrete Allgemeinheit ist der Begriff der Freiheit.« (Ebd.) »Der Mensch ist nur insofern frei, als noch andere neben mir frei sind. Die Naturphilosophie ist also die Wissenschaft der Freiheit.«⁷

Eine Frage des Rezensenten zum Schluss: Hat die Hegelsche Philosophie, über einzelne Zeitbedingungen hinausgehend, das Potential, menschheitsgeschichtlich unhintergehbare theoretische Einsichten formuliert zu haben, die bewahrt und genutzt werden müssen, so wie es auch für Marx gilt (trotz des auch Fehlerhaften bzw. Überholten)? Mir scheint, dass seine Grundeinsichten nicht überholt sind, weder durch die Postmoderne noch durch andere aktuelle Philosophiekonzepte. Das dürfte insbesondere für Hegels Methode gelten, die dialektische Methode.

Richard Sorg

7 GW, 24,1, 8.

Der Aufstieg der Finanzoligarchie und die Ruinierung der antiken Staaten

*Michael Hudson: **The Collaps of Antiquity: Greece and Rome as Civilizations's Oligarchic Turning Point**, Islet Verlag, Dresden 2023, Hardcover, 512 Seiten, 35,35 Euro*

Es gibt vermutlich nicht viele Menschen, die dieses Buch hätten schreiben können. Es erfordert neben der Analyse der Widersprüche der gegenwärtigen neoliberalen Verwertungsform des Monopolkapitalismus in den kapitalistischen Hauptstaaten auch profunde Kenntnisse in Alter Geschichte, vor allem in der Wirtschaftsgeschichte Griechenlands und Roms. Hudson hat hierzu eine beeindruckende Bibliographie angefügt. Er geht in seinem Buch der Frage nach, wie sieht die Entstehungsgeschichte des heute dominanten Problems der westlichen Ökonomien, der strukturellen Überschuldung und ihrer ruinierenden Effekte aus. Die Frage so zu stellen, bedeutet einen Bruch mit den heute herrschenden metaphysischen Lehrmeinungen, dass die Dinge, so wie sie sind, schon immer waren und auch hier auf Dialektik, auf Untersuchung der Entwicklungsgeschichte zu beharren. Dinge, die entstanden sind, können auch wieder vergehen, bzw. überwunden werden.

Das heute zugrundeliegende Problem ist überdeutlich: Seit den 1980er Jahren, seit der Durchsetzung der neoliberalen Gegenreformation, ist die Verschuldung der kapitalistischen Hauptstaaten gewissermaßen im exponentiellen Verlauf angestiegen. Die Durchsetzung des Rentenanspruchs des FIRE-Sektors, wie Hudson es nennt, auf die Mehrwertproduktion zunächst der Staaten des westlichen Monopolkapitalismus, ab 1991 auf die globale Mehrwertproduktion, hat eine desaströse, lähmende bis zerstörerische Wirkung auf Infrastruktur, die Bildungs- und Sozialsysteme, die gesellschaftlichen Verhältnisse ganz allgemein entwickelt. »FIRE« steht hier für Finance, Insurance

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.



Endspiel des Kapitalismus?
/ Die ungeheuerlichen Thesen des Marxismus / Lücken im klassischen Marxismus: Frauen und imperialistische Globalisierung / Die neue Trennlinie: Reiche Welt gegen Arme Welt / Deutschland hängt am globalen Markt / Ist eine bessere Welt möglich?

isw-report 135

Sept. 2023 / 32 S. / 3,50 EUR + V.

isw – institut f. sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

und Real Estate (Finanzkapital, Versicherungen, Immobilien). Hudsons Fragen lauten also: Was begründet eigentlich den Anspruch der Geldverleiher, die ja keine eigene ökonomische Leistung erbringen, auf eine Rente, auf einen Anteil am gesellschaftlich erarbeiteten Mehrwert? Und: Wie konnten die oligarchischen Geldverleiher ihren fragwürdigen, im Kern parasitären Rentenanspruch, historisch gesehen, eigentlich durchsetzen?

Die Basis von Geldgeschäften ist naturgemäß die Existenz von Geld. In der Phase der Jäger und Sammler, aber auch in der beginnenden Sesshaftigkeit, entlang den fruchtbaren Flusslandschaften Ägyptens, Mesopotamiens oder Chinas, hatte sich Geld als Austauschmedium, Wertmaßstab und Akkumulationsgegenstand noch nicht herausgebildet. Auch in den Palastkulturen des mykenischen Griechenlands oder minoischen Kreta, 1600–1200 v. u. Z., sei noch kein Hinweis auf zinstragende Schulden zu finden (31). Es gebe vom 7. Jh. bis zu Solons Reformen in Athen, 594 v. u. Z., Revolten gegen die Schuldenlasten und die Schuldklaverei sowie Forderungen nach einer Rückverteilung von enteignetem Schuldnerland (39).

Die Entstehung der zinstragenden Verschuldung wird durch die sich ebenfalls herausbildenden Klasseninteressen befördert. Hudson geht davon aus, dass die zinsfordernde Verschuldung im 8. Jh. v. u. Z. nach Griechenland kam (31 ff.) und dass im Folgenden die immer mächtiger werdende Klasse der Geldverleiher und jene, von der Geldverleiher-Propaganda als »Tyrannen« bezeichneten Herrscher, die im Interesse eines funktionierenden und prosperierenden Gemeinwesens (Polis) entsprechende Reformen durchsetzen wollten, in einem gewissermaßen historischen (Klassen-) Kampf lagen, der allerdings zunehmend von den Geldverleihern gewonnen wurde. Die Reformen Solons (86 ff.) dürften wohl die bekanntesten, aber längst nicht die einzigen Beispiele sein (47 ff.). Ein Krieg, der bekanntlich letztlich mit einem Sieg des Geldkapitals endete. Hudson diskutiert die negative Konnotation des Begriffs »Tyrann« durch die oligarchische Propaganda an mehreren Stellen in seinem Buch (51, 62, 115, 144 u. a.).

Wie Hudson in zahlreichen seiner früheren Bücher beschrieben hat, tritt in der heutigen Zeit das Problem der inflationären Aufblähung des Währungsvolumens, der vorherrschenden Fiat-Währungen, gegenüber der jeweils realwirtschaftlich produzierten Warenmenge. Grundsätzlich ist dieses Problem schon aus der Antike bekannt. Der im damaligen Münzgeld enthaltene Edelmetallanteil, Gold oder Silber, wurde sukzessive gegen weniger werthaltige Metalle ausgetauscht und die in Umlauf befindliche Geldmenge konnte erhöht werden. Der Umfang, in dem diese innere Entwertung stattfinden könnte, war allerdings begrenzt. Heute stellt die digitale Erzeugung beliebiger Mengen Giralgeldes eine praktisch unbegrenzte Inflationierungsfähigkeit bereit. Geldemission war seit jeher an die Herausbildung herrschaftlicher, später staatlicher Machtstrukturen gebunden. Heute, in der Phase der neoliberalen Überschuldung von Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft und des Niedergangs der imperialen Dominanz des US-Imperiums, ist der Kampf um die Leit-Währung wieder zum zentralen Thema der, wie es die US-Propaganda nennt, Great Power Competition, geworden. Ohne die Möglichkeit, seine Schulden und Defizite über den US-Dollar weltweit exportieren zu können, wäre das US-Imperium, das seine Kriege seit Vietnam mit der Kreditkarte führt, nicht nur de facto, sondern auch realökonomisch pleite.

Hudsons 430-seitiges Buch ist in drei Kapitel gegliedert. Zuvor beschreibt der Autor, wie das Problem der zinstragenden Schulden nach Griechenland und Italien kam. Das erste Kapitel behandelt die Situation in Griechenland. Es ist in 8 Unterkapitel aufgeteilt und beginnt mit dem Kampf der Reformier um Schuldenstreichung und Landrückverteilung im 7. Jh. v. u. Z. (47). Es endet mit der Streichung der Schulden Spartas im 3. Jh. v. u. Z. (155). Das zweite Kapitel erörtert die Entwicklung in Rom. Hier gibt es 12 Unterkapitel, welche mit der Phase seiner (mythologischen) Entstehung 753 v. u. Z. und dem patrizischen Coup gegen das gewissermaßen einem Gesamtinteresse verpflichteten Königtum beginnen (179). Und welche enden mit den fiskalischen und monetären Krisen

Roms im 1. bis 3. Jh. n. u. Z. (355). Auch der Kampf um die frühen gesetzlichen Kodifizierungen (Zwölftafelgesetz), der Einfluss der Punischen Kriege, der Kampf der Gracchen um Reformen, welche die sozialökonomischen Grundlagen des sich herausbildenden Imperiums erneuern und stabilisieren sollen, werden ebenso behandelt wie die Krise und die Bürgerkriege im 1. Jh. v. u. Z. Cato, Cicero, Pompeius und Caesar. Auch hier sind die Parallelen zur Jetztzeit unverkennbar. Das Buch endet mit einem Epilog, in dem Hudson die Schlussfolgerungen aus dem Niedergang der Antike und dem Aufstieg des Christentums zieht (391). Ganz zum Ende gibt es noch eine Schlussbetrachtung zum Einfluss der Antike auf die heutige Ideologie (415).

Interessanterweise ist vielen antiken Autoren die destruktive Wirkung klar, die aus der Akkumulation zinstragender Schulden erwächst. So enthält Hudsons Buch auch eine Diskussion der Positionen

Platos, Socrates, Aristophanes und Aristoteles zum Schuldenproblem (137). Hier wird das langfristige gesellschaftliche Problem der, wie wir heute sagen würden, exponentiellen Kapitalakkumulation und des daraus resultierenden Schuldenaufbaus klar erkannt, allerdings weitgehend als moralische Kategorie diskutiert. Die Antike hat für diese langfristig sich auftürmenden ökonomischen Disparitäten keine Lösung gefunden. Der Kapitalismus, wie es scheint, allerdings auch nicht.

Darüber hinaus enthält das Buch eine Einführung, eine Zusammenfassung und eine Chronologie. Es ist ein ausführlicher Apparat mit zwei Bibliographien sowohl der antiken Texte, wie moderner Werke angefügt. Es schließt mit einem Stichwortverzeichnis, einem Personenverzeichnis plus einem Verzeichnis der historischen Orte. Leider ist das Buch, nach Kenntnis des Verfassers dieser Zeilen, bislang nur auf Englisch erschienen.

Klaus Wagener



Klaus Müller / Knut Hüller
Der Dialog
Ein Gespräch über Sinn und Unsinn der politischen Ökonomie
 mangroven

Klaus Müller / Knut Hüller
Der Dialog
Ein Gespräch über Sinn und Unsinn der politischen Ökonomie

2020 veröffentlichte die *Exit*-Redaktion einen Totalverriss des Autors Knut Hüller auf das ein Jahr zuvor erschienene Buch Klaus Müllers „Auf Abwegen“. Müller hat 2021 darauf geantwortet. In diesem Buch werden diese Artikel nun vollständig publiziert, einschließlich der weiteren, nicht veröffentlichten Wortmeldungen der beiden Autoren, in der Annahme, das Streitgespräch zwischen ihnen könnte andere anregen, sich an der Diskussion zu beteiligen und sie fortzusetzen.

ca. 150 Seiten, 18 €, ISBN 978-3-946946-35-9

mangroven ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
 info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Es schrieben diesmal

Friedrich-Martin Balzer, Marburg, Lehrer i. R., Autor
Willfried Bauer, Recklinghausen, Musiklehrer
Raimund Ernst, Ostseebad Rerik, Historiker, Selbstständiger
Finanzberater, Mitherausgeber der MBI

Jenny Farrell, Galway, Literaturwissenschaftlerin,
Mitherausgeberin der MBI

Georg Fülberth, Marburg, Politikwissenschaftler i. R., Publizist
Winfried R. Garscha, Wien, Mitteilungen der Alfred-Klahr-
Gesellschaft

Marie Hewelt, Bochum, Studentin

Joachim Höslér, Marburg, Lehrer und Historiker,
Mitherausgeber MBI

Ralf Hohmann, Rechtswissenschaftler, Autor

Andrea Hornung, Physikerin, SDAJ-Bundesvorsitzende

Ulf Immelt, Gießen, DGB-S in Hessen-Thüringen

Anke Jonack, Düsseldorf, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Volker Külöw, Leipzig, Stadtrat (Partei Die Linke)

Hans-Norbert Lahme, Livingstone/Sambia, Historiker

Beate Landefeld, Essen, Redaktion Marxistische Blätter

Simon Massone, Dortmund, Student

Leo Mayer, München, redaktion kommunisten.de

Josef Meszlenyi, Knittelfeld, KPÖ-Stadtrat

Rolf Mützenich, Berlin, MdB, Fraktionsvorsitzender der SPD

Karl-Heinz Peil, Frankfurt, Redakteur Friedens-Journal

Artur Pech, Schöneiche, Mitherausgeber der MBI

Klaus Pickshaus, Frankfurt, freier Publizist

Michael Quetting, Saarbrücken, ver.di

Timo Reuter, Braunschweig, Ingenieur

Anne Rieger, Graz, Friedensaktivistin, KPÖ-Steiermark

Franziska Schneider, Berlin, Studentin

Ulrich Schneider, Kassel, Historiker, Generalsekretär der
FIR/VVN-BdA

Arnold Schölzel, Berlin, Chefredakteur »RotFuchs«

Volkmär Schöneburg, Potsdam, Mitherausgeber der MBI

Richard Sorg, Hamburg, Prof. Dr. phil. em., Buch-Autor

Bernhard Trautvetter, Essen, Friedensaktivist

Lukas Seidensticker, Recklinghausen, Lehrer

Klaus Wagener, Dortmund, UZ-Autor

Peter Wahl, Berlin, Publizist, Friedensaktivist

Andreas Wehr, Berlin, Rechtsanwalt, Marx-Engels-Zentrum

Peter Wilke, Düsseldorf, Vermessungstechniker,

Carsten Wist, Potsdam, Buchhändler

Valentin Zill, Gelsenkirchen, Ethnologe, UZ-Redakteur



Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

ISSN 0542-7770 • ISBN 978-3-96170-671-6

Heft: 1_2024, 61. Jahrgang

Redaktionschluss: 30. November 2023

Herausgeberkreis: Achim Bigus, Vincent Czielska, Raimund Ernst*, Jenny Farrell, Hannes A. Fellner, Ditte Gerns, Wolf-Dieter Gudoppon von Behm, Thomas Hagenhofer, Norbert Heckl, Walter Herbster, Richard Höhmann*, Joachim Höslér*, Patrik Köbele, Heike Krämer, Artur Pech, Rainer Perschewski, Anne Rieger, Tina Sanders, Volkmär Schöneburg, Ulrich Schneider*, Manfred Sohn, Claudius Vellay, Werner Zimmer-Winkelmann (Sekretär) sowie die gesamte Redaktion
*Schwerpunktverantwortliche dieses Heftes

Redaktion: Lothar Geisler* (verantwortlicher Redakteur), Nina Hager, Hermann Kopp, Beate Landefeld, Herbert Lederer

Anschrift:

MARXISTISCHE BLÄTTER
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:
www.marxistische-blaetter.de
www.facebook.com/MarxBlaetter

Webmaster:

webmaster@marxistische-blaetter.de

Satz und Gestaltung:

Medienwerkstatt Kai Münschke, www.satz.nrw

Korrekturen: Bernd Gerwanski,
Kurt W. Fleming

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Druck: Interpress

Heft 2_2024 erscheint im April 2024.

MARXISTISCHE BLÄTTER erscheinen vierteljährlich zu Beginn jedes Quartals. Der Bezug erfolgt über den Buchhandel oder direkt ab Verlag.

Einzelheft: 14,50 Euro

Jahresabonnement: 54,00 Euro

verbilligtes Jahresabonnement

(auch im europäischen Ausland): 38,00 Euro

Ausland und Streifbandbezug: 10,00 Euro

Versandkostenzuschlag

Förder-Abonnement: 100,00 Euro

Mindestbezugszeitraum: 8 Ausgaben (2 Jahre).

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums schriftlich gekündigt wird.

Bankverbindung:

Postbank Essen
IBAN DE08 3601 0043 0033 7094 32
BIC PBNKDEFF

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Domenico Losurdo
DER KOMMUNISMUS
Geschichte, Erbe und Zukunft

Die Krise der Linken ist kein auswegloses Schicksal. Um einen Weg zu finden, sie zu überwinden, formuliert Domenico Losurdo in diesem Buch, seinem letzten, eine historisch-philosophische Bewertung der sowjetischen Erfahrung und des Marxismus überhaupt – zugleich ein persönliches Vermächtnis Losurdos als eines führenden politischen Philosophen der Gegenwart.

ISBN 978-3-89438-815-7 | Klappenbroschur, 258 Seiten | € 24,00



Stefan Bollinger
LENIN
Theoretiker, Strategie, marxistischer Realpolitiker
Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Angefeindet, bekämpft und schließlich angeschossen, unternahm es Lenin, einen völkermörderischen Krieg zu beenden und unter schwierigsten Bedingungen eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Stefan Bollinger rekonstruiert sein Denken und Handeln und fragt, was davon auch heute nützlich sein könnte.

ISBN 978-3-89438-656-6 | Pocketformat, 147 Seiten | € 12,00



Kai Degenhardt
WESSEN MORGEN IST DER MORGEN
Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland

Im Spiegel des Arbeiterliedes blättert Kai Degenhardt Kämpfe und Niederlagen, Erfolge und Fehlschläge in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf. Von der älteren Linie der proletarischen Balladen bis hin zu jüngeren Traditionen zeichnet der Band das kulturelle Erbe von fast zwei Jahrhunderten nach – um dazu beizutragen, dass das Arbeiterlied auch künftigen Kämpfen zur Seite steht.

ISBN 978-3-89438-816-4 | Paperback, 215 Seiten | € 16,90

PapyRossa Verlag

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

MARXISTISCHE BLÄTTER ★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de ISSN 0542-7770

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.

Daß die Völker nicht erleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das Liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern theirs.

Bertolt Brecht
Kinderhymne (1950)



Krise des Zionismus, Chance für Palästina?

Professor Ilan Pappé

(Red.) Es ist erschütternd, wie wenig wir über die Geschichte und die Kultur Palästinas wissen. Gleiches gilt für die Geschichte und Kultur Israels. In dem Propaganda-Trommelfeuer der täglichen schrecklichen Bilder und Berichte über den unmenschlichen Krieg in Palästina den moralischen Kompass zu behalten, ist extrem herausfordernd. Da ist es wichtig, einen Schritt zurück zu tun und sich helfen zu lassen: Ilan Pappé versucht in diesem Vortrag und bei der Beantwortung von Fragen von Studenten einen geschichtlichen Hintergrund für diese Situation zu skizzieren, ohne den man nicht verstehen kann, was vor sich geht. Gleichzeitig deutet er an, wie dies alles menschenwürdig gelöst werden könnte. (am)

Ussama Makdisi:

Professor Ilan Pappé ist der Direktor des Europäischen Zentrums für Palästinastudien an der Universität von Exeter im Vereinigten Königreich, des ersten Zentrums dieser Art, soweit ich weiß, in ganz Europa, ja sogar in ganz Europa und den Vereinigten Staaten. Seinen Dokortitel erwarb er 1984 an der Universität Oxford, wo er unter der Leitung von Professor Albert Hourani arbeitete. Bis 2007

war Ilan Professor an der Universität von Haifa, von der er aufgrund seiner ideologischen Positionen verwiesen wurde. Mit anderen Worten: Er bestand darauf, die Forschung über die Nakba von 1948 auszugraben und zu unterstützen. [Beifall] Er zog nach Exeter, wo er heute am Institut für Arabische und Islamische Studien lehrt. Professor Pappé hat bisher 20 Bücher geschrieben, von denen das berühmteste zweifellos sein 2006 erschienenes Buch *Die ethnische Säuberung Palästinas* ist, das natürlich den Zorn vieler im politischen Establishment und vieler im akademischen Establishment auf sich zog, weil Ilan einer der ersten war – zumindest in englischer Sprache und aus israelischer Sicht, einer Dissidentenperspektive –, der die Frage der ethnischen Säuberung direkt aufgeworfen hat, so dass es in gewisser Weise schwer zu leugnen war.

Er ist auch Autor von *The Biggest Prison On Earth – a History of the Israeli Occupation*. Sein neuestes Buch, das er gemeinsam mit Ramzy Baroud herausgegeben hat, trägt den interessanten Titel *Our Vision For Liberation* (Unsere Vision für die Befreiung).

Vor allem aber erinnert uns Professor Pappé an die ethischen Herausforderungen, die mit einer guten historischen Arbeit verbunden sind. Bei dieser guten Arbeit zeigt er auch die Folgen einer heimtückischen, entmenschlichenden und enthistorisierten Arbeit auf. Professor Pappé ist – natürlich – nicht nur ein Freund, nicht nur ein Kollege. Er stammt auch aus Haifa und wurde

dort geboren. Er diente 1973 in der israelischen Armee und ist heute einer der führenden Kritiker des kolonialen Zionismus und eine der klarsten Stimmen gegen die unmenschliche und unethische Behandlung des palästinensischen Volkes. Dafür wird Ilan – wie ich bereits feststellte – verfolgt, eben weil er die Vorstellung widerlegt, dass das, was in Palästina und in Israel geschieht, ein inhärenter oder uralter religiöser Konflikt sei. Er beharrt – meiner Meinung nach zu Recht – darauf, dass das, was in Palästina und Israel geschieht, ein säkularer Konflikt ist, ein kolonialer Konflikt, bei dem jeder von uns die Möglichkeit hat, sich der Gerechtigkeit anzuschließen oder nicht. Aber es ist eine säkulare Entscheidung. Er erinnert uns daran, dass es heute um die Frage geht, wie wir uns unsere Zukunft vorstellen wollen, für welche Art von Zukunft wir kämpfen wollen, und um das zu tun, hat Ilan immer gesagt: »Wir müssen wissen, was für eine Vergangenheit wir durchgemacht haben, um dorthin zu gelangen, wo wir heute sind.«

Begrüßen Sie also mit mir Professor Ilan Pappé, der zum Thema *Die Krise des Zionismus, Chancen für Palästina* sprechen wird.

Zum Schluss sei noch daran erinnert: Dieser Titel kam vor Monaten auf. Die Dinge haben sich also in den letzten Wochen geändert. Aber ich bin mir sicher, dass Professor Pappé in der Lage sein wird, dem gerecht zu werden. Bitte begrüßen Sie also Professor Ilan Pappé.

[Beifall]

Ilan Pappé:

Vielen Dank, ich danke Ihnen sehr. [Beifall]

Vielen Dank, Ussama, für Ihre sehr freundliche Einführung. Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute hier sind. Ich möchte allen Organisationen danken, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben, und ich weiß es wirklich zu schätzen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, in diesem entscheidenden und schmerzhaften Moment in der Geschichte Israels und Palästinas bei uns zu sein.

Vor dem 7. Oktober 2023 blickte ein Großteil der israelisch-jüdischen Gesellschaft mit

einer gewissen Angst und Besorgnis auf die letzten Wochen dieses Monats. Der Hauptdiskurs in Israel bis zum 7. Oktober 2023 war: Wie sieht die Zukunft Israels aus? Wöchentliche Demonstrationen von Hunderttausenden von Israelis waren Teil einer Protestbewegung gegen den Versuch der Regierung, die israelische Verfassung zu ändern und ein neues politisches System zu schaffen, in dem die politischen Mächte die totale Kontrolle über das Justizsystem erzielen und der öffentliche Bereich weitaus stärker von messianischen und religiösen jüdischen Gruppen kontrolliert wird.

In einem meiner Artikel beschreibe ich diesen besonderen Kampf um die Identität Israels, der bis zum 7. Oktober 2023 das Hauptthema war, als einen Kampf zwischen dem Staat Judäa und dem Staat Israel. Der Staat Judäa war der Staat, der im Westjordanland von jüdischen Siedlern gegründet wurde und der eine Art Kombination aus messianischem Judentum, zionistischem Fanatismus und Rassismus darstellte und zu einer Art Machtstruktur wurde, die in den letzten Jahren, insbesondere unter der Netanjahu-Regierung, sehr viel stärker in den Vordergrund trat und im Begriff war, ihre Lebensweise, ihre Lebensauffassung dem Rest Israels jenseits dessen, was wir Judäa nennen, in gewissem Sinne jenseits des Westjordanlands oder des jüdischen Raums im Westjordanland aufzuzwingen.

Dagegen stand der Staat Israel. Der Staat Israel, wenn Sie so wollen, wird am besten durch die Stadt Tel Aviv verkörpert, die Idee, dass Israel pluralistisch, demokratisch, säkular, vor allem westlich oder europäisch ist, wenn Sie so wollen, und der um sein Leben gegen den Staat Judäa kämpft. Dies schien der Schwerpunkt zu sein – fast könnte man es einen Bürgerkrieg nennen, wenn auch nicht einen echten Bürgerkrieg, so doch zumindest einen kalten Bürgerkrieg, einen kulturellen Krieg, den die israelischen Juden untereinander führen. Als einige Leute zu beiden Seiten dieses inner-israelischen Streits sagten: »Was ist zum Beispiel mit der Besetzung des Westjordanlandes? Sollte das nicht Teil der

Diskussion über die Zukunft Israels sein?« Ihnen wurde gesagt: »Nein! Die Besetzung sollte von keiner Seite erwähnt werden. Die Besetzung ist irrelevant für die Zukunft Israels«, wurde uns gesagt. Tatsächlich wurde jeder, der versuchte, die Besetzung als Thema in die Proteste, die wöchentlichen Proteste, gegen die Gesetzesreform oder Gesetzesrevolution, wie sie es gerne nennen, einzubringen, aufgefordert, zu gehen und nicht mit einer größeren Gruppe von Demonstranten zu erscheinen, die die israelische Flagge schwenkten.

Wenn Sie die palästinensische Flagge zu dieser Demonstration mitgebracht hätten, wären Sie mit Sicherheit zusammengeschlagen und aus der Demonstration geworfen worden. Wenn Sie die Tatsache erwähnen würden, dass die Zukunft Israels vielleicht auch die Bedingungen und die Situation der fast zwei Millionen palästinensischen Bürger Israels einschließt, die im letzten Jahr durch einen Prozess der Kriminalisierung gegangen sind ... Kriminelle Banden terrorisieren immer noch das Leben der palästinensischen Bürger in Israel, überall in Israel ... Bewaffnete Banden, kriminelle Banden, viele von ihnen sind ehemalige Kollaborateure Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die nach dem Osloer Abkommen aus diesen Gebieten abgezogen wurden, die sehr, sehr gut mit Waffen ausgerüstet und völlig immunisiert sind gegen jede polizeiliche Verfolgung oder jede Art von wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität, was bedeutet, dass, wie viele von Ihnen vielleicht wissen, Palästinenser, die in Israel selbst leben – ich spreche von israelischen Bürgern – Angst haben, nachts auf die Straße zu gehen, wegen der neuen Realität in ihren Straßen und Plätzen. Auch das sollte also kein Thema sein, das in der Öffentlichkeit über die Zukunft Israels diskutiert werden sollte.

Wenn man Ostjerusalem und die ethnische Säuberung der arabischen Stadtteile Jerusalems erwähnen wollte, sagten die Demonstranten und ihre Anführer erneut: »Das ist kein wichtiges Thema.« Oder wie Amira Hass, die mutige

Journalistin von Haaretz, es ausgedrückt hat: »Soweit es die Israelis betrifft – und das ist bis zum 7. Oktober 2023 – existierte die Besetzung nicht.« Was bedeutet: Sie existierte nicht mehr als Problem. Das Problem ist gelöst. Es gibt eine PA (die Palästinensische Autonomiebehörde). Es gibt eine sehr intensive jüdische Präsenz von Siedlungen im Westjordanland. Niemand muss sich mehr damit befassen. Wenn man sich die letzten vier Wahlkämpfe in Israel ansieht – und davon gab es einige, wie Sie sich vielleicht erinnern, einen nach dem anderen im Jahresrhythmus: Niemand hat das Palästina-Thema erwähnt, die Palästina-Frage, die Besetzung – nennen Sie es, wie Sie wollen – das war kein Thema, über das die Israelis abstimmen sollten, weil es als Problem nicht mehr existierte.

Wenn man den Gazastreifen erwähnte, wenn man über die Belagerung des Gazastreifens sprach, sagten die Leute wieder: »Wovon redest du? Das ist doch auch ein Thema, das niemanden mehr stört.« Und sie wurden auf die tägliche Tötung von Palästinensern im letzten Jahr – sagen wir, in den letzten zwei Jahren – hingewiesen, auf die tägliche Tötung von Palästinensern im Westjordanland, und darauf, dass die schwache Palästinensische Autonomiebehörde nicht in der Lage ist, die Palästinenser vor der Gewalt der Siedler, der israelischen Armee und der israelischen Grenzpolizei zu schützen, nicht bedeutet, dass es keine palästinensischen Gruppen gibt, die versuchen werden, die Palästinenser zu verteidigen, nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in anderen Teilen des historischen Palästina. Das wurde der israelischen Öffentlichkeit, den politischen Entscheidungsträgern und den Chefs des israelischen Militärs und Geheimdienstes immer wieder gesagt. Aber sie sagten: »Nein, es gibt kein Problem. Das einzige Problem ist die Gesetzesreform, ob wir sie nun akzeptieren oder nicht.«

Und es war ganz klar, warum all diese anderen Themen nicht behandelt wurden, denn im Wesentlichen hatten wir in Israel einen Kampf zwischen zwei Formen der Apartheid: Es gab die säkulare israelische Apartheid, in der die

israelischen Juden definitiv das Leben in einer Demokratie genießen, in einer pluralistischen Demokratie, wenn Sie so wollen, einer Demokratie westlichen Stils. Das ist die Art von Apartheid, die sie aufrechterhalten wollen. Und es gab die Gegenversion der Apartheid, die messianische, die religiöse, die theokratische Version. Der Kampf war also eine inner-jüdische Angelegenheit, bei der es darum ging, wie das jüdische Leben in der Öffentlichkeit aussehen soll, ohne Bezug auf das Leben der Palästinenser, sei es unter der Besatzung im Westjordanland, unter der Belagerung im Gazastreifen oder unter einem diskriminierenden System innerhalb Israels, ganz zu schweigen von den vielen Millionen palästinensischer Flüchtlinge.

All das war da, und es ist den Israelis am Morgen des 7. Oktobers um die Ohren geflogen. Und es gibt jetzt eine optische Täuschung, als ob aufgrund des Schocks, den Israel am Morgen des 7. Oktober erlitten hat, all diese Risse im Gebäude, im zionistischen Gebäude, verschwunden seien, weil der Hamas-Angriff so brutal, so verheerend war, dass alle internen Debatten vergessen seien und alle hinter der Armee und ihrem gegenwärtigen Plan stünden, in den Gazastreifen einzumarschieren und mit der bereits begonnenen völkermörderischen Politik vor Ort zu beginnen. Ich glaube, das ist eine optische Täuschung. Ich denke, dass die israelischen inneren Unruhen nicht verschwinden werden. Sie werden zurückkehren. Ich weiß nicht wann, aber sie werden zurückkehren.

Aber was noch wichtiger ist, und darauf sollten wir, denke ich, als Aktivisten, als Akademiker, als jeder, der auf die eine oder andere Weise mit Palästina und dem palästinensischen Kampf zu tun hat, bestehen, ist unser Beharren darauf, dass die Ereignisse des 7. Oktober – wie auch immer wir sie verstehen, wie auch immer wir sie betrachten: vom menschlichen Standpunkt aus, vom strategischen Standpunkt aus, vom moralischen Standpunkt aus – wie auch immer wir uns ihnen nähern, wir sollten nicht in die Falle

tappen – wie es scheint, tappen sogar viele gute Leute in diesem Land in diese Falle – die Ereignisse des 7. Oktobers zu dekontextualisieren und zu dehistorisieren.

Und daran wird sich auch in den kommenden Wochen nichts ändern: Die grundlegende Realität vor Ort ist immer noch dieselbe Realität vor Ort wie vor dem 7. Oktober. Das palästinensische Volk befindet sich wahrscheinlich seit 1929 in einem Befreiungskampf. Es ist ein antikolonialistischer Kampf gegen die Siedler. Und jeder antikolonialistische Kampf hat seine Höhen und Tiefen. Jeder antikolonialistische Kampf hat glorreiche Momente und schwierige Momente der Gewalt. Die Entkolonialisierung ist kein pharmazeutischer Prozess. Sie ist kein steriler Prozess. Es ist eine chaotische Angelegenheit, und je länger der Kolonialismus und die Unterdrückung andauern, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Ausbruch gewalttätig und verzweifelt ist, in vielerlei Hinsicht.

Und das ist so wichtig, um die Menschen an die Geschichte der Sklavenaufstände in diesem Land zu erinnern und wie sie endeten. Die Aufstände der amerikanischen Ureinwohner, die Rebellionen der Algerier gegen die Siedler in Algerien, das Massaker von Oran während des Befreiungskampfes der FLN. Dies ist Teil des Befreiungskampfes. Man kann manchmal einige der strategischen Ideen in Frage stellen, man kann einige unangenehme Momente haben, und das zu Recht, über die Art und Weise, wie die Dinge gemacht wurden. Aber man darf nie seinen moralischen Kompass verlieren, damit man das Ereignis selbst nicht dekontextualisiert und enthistorisiert.

Sie scheinen gegen eine typische Berichterstattung anzukämpfen, sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft in diesem Land und im Westen im Allgemeinen und im globalen Norden im Allgemeinen, die die Fähigkeit hat, ein Ereignis zu nehmen und mit dem Ereignis zu beginnen, als ob es keine Geschichte hätte, als ob es keine Konsequenzen hätte. Ich meine, selbst die Geschichten über die Party oder das Festival, das am 7. Oktober überfallen wurde,

erwähnen nicht die Tatsache, dass dies ein Fest der Liebe und des Friedens war, anderthalb Kilometer vom Ghetto von Gaza entfernt. Die Menschen feierten Liebe und Frieden, während die Menschen in Gaza zwei Kilometer von diesem Zaun entfernt unter einer der brutalsten Belagerungen in der Geschichte der Menschheit standen, die seit mehr als 15 Jahren andauert und von den Israelis kontrolliert wurde, die entschieden, wie viele Kalorien in den Gazastreifen gelangen, die entschieden, wer rein und wer raus geht, und die zwei Millionen Menschen im größten offenen Gefängnis der Welt festhielten.

In all diesen Kontexten kann man sich, denke ich, moralisch bewegen, ohne den Kompass zu verlieren. Aber viel wichtiger als der unmittelbare Kontext und sogar der Kontext der Belagerung – und darauf möchte ich mich heute Abend konzentrieren – ist die Tatsache, dass eine der größten Herausforderungen für Palästina-Aktivist*innen oder Palästina-Wissenschaftler*innen, die Aktivist*innen sind, darin besteht, dass wir eine jahrzehntelange Propaganda und Fälschungen und Gegenerzählungen nicht mit Soundbites bekämpfen können. Das ist unser Hauptproblem, denke ich. Wir brauchen Raum. Wir brauchen Zeit, um die Realität zu erklären, denn so viele Kanäle, so viele Informationsquellen, so viele Orte, an denen Wissen produziert wird, haben ein Bild, eine Analyse von Palästina gezeichnet, die falsch und fabriziert ist und die über die Jahre mit Hilfe der akademischen Welt, der Medien, Hollywood, Fernsehserien und so weiter aufgebaut wurde. Ich meine, das sind Medien, die auf den Verstand und die Emotionen der Menschen einwirken, und sie haben eine bestimmte Geschichte geschaffen, die man nicht mit einem einzigen Soundbite widerlegen kann.

Sie können sie nicht einmal allein durch Ihr Gerechtigkeitsempfinden anfechten. Man kann sie nur widerlegen, wenn der Gerechtigkeitsinn auf einer profunden Kenntnis der Geschichte, einer profunden und genauen Analyse der Realität und der richtigen Sprache beruht. Denn die Sprache, die sogar von liberalen, so

genannten progressiven Kräften verwendet wird, ist eine Sprache, die Israel immunisiert und es nicht zulässt, dass der palästinensische antikoloniale Kampf gerechtfertigt, akzeptiert und legitimiert wird.

Und wissen Sie, im Pantheon des antikolonialen Kampfes, in das viele Menschen viele Helden von Nelson Mandela über Gandhi bis hin zu anderen wichtigen Führern der Befreiungsbewegungen aufnehmen würden, werden Sie keinen einzigen Palästinenser finden. Sie werden immer als Terroristen behandelt, obwohl sie im Grunde genommen auch eine antikolonialistische Bewegung waren.

Und diese Art von Beharrlichkeit, die richtige Sprache zu verwenden, die Geschichte des Ortes zu kennen und die richtige Analyse zu haben, ist etwas, wie ich schon sagte, wofür man Raum braucht. Man kann nicht einfach kommen und sagen: »Du hast Unrecht und ich habe Recht.« Und das ist eine große Herausforderung für uns alle, denke ich, in einem Moment, wie zum Beispiel in diesen Tagen in Amerika, wo es diese bedingungslose Unterstützung für Israel und eine heuchlerische Haltung gegenüber dem Leiden der Israelis zu geben scheint, die zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte Palästinas gegenüber dem Leiden der Palästinenser gezeigt wurde.

Die Geschichtsstunde, die das Gegenmittel gegen die Enthistorisierung der Ereignisse des 7. Oktobers und der Ereignisse ist, die sich heute und wahrscheinlich in den nächsten Wochen, wenn nicht Monaten, vor unseren Augen abspielen, hat zwei Ebenen, zwei Grundpfeiler, auf denen sie stehen sollten und die meiner Meinung nach für jeden sehr wichtig sind, egal ob er auf individueller oder institutioneller Basis im akademischen Bereich oder im Medienbereich an öffentlichen Debatten beteiligt ist, diese gleichen Pfeiler sind für alle diese Arten von Kämpfen relevant.

Einer davon ist: Niemals von unserem Beharren auf einer genauen Definition des Zionismus abzulassen. Das ist so wichtig. Man kann, man sollte keine Diskussion darüber

zulassen, was heute in Israel oder in Palästina vor sich geht, ohne über den Zionismus zu sprechen. Und deshalb – und das ist kein Zufall – haben Israel und seine Unterstützer in diesem Land und in anderen Ländern so viele Anstrengungen unternommen, um Antizionismus mit Antisemitismus gleichzusetzen. Wer das Wort Zionismus auch nur erwähnt, befindet sich bereits im Bereich, im gefährlichen Bereich, als Antisemit zu gelten und wird deshalb zum Schweigen gebracht. Das heißt aber nicht, dass dies nicht der einzige und richtige Weg ist, die Geschichte zu beginnen.

Die Geschichte beginnt mit einer Ideologie, die rassistisch ist. In ihrem Kern ist sie eine rassistische Ideologie. Sie gehört zur Genealogie des Rassismus – und nicht zur Geschichte der Befreiungsbewegungen, wie sie an den meisten amerikanischen Universitäten gelehrt wird – und auch nicht zur Geschichte der nationalen Bewegungen, wie sie in den meisten Ländern des globalen Nordens gelehrt wird oder über die die westlichen Medien sprechen und berichten. Nein! Sie gehört zur Geschichte des Rassismus. Sie ist eine Ideologie, die nicht an ihrem Ursprung gemessen werden darf, sondern in der Art und Weise, wie sie sich in dem Land Palästina manifestiert hat. Und dieser Rassismus ist Teil des siedlungskolonialen Charakters der zionistischen Bewegung.

Es handelt sich nämlich um eine Bewegung, die nicht außergewöhnlich ist, die Sie auch hierzulande [in den USA] von Europäern kennen, die aus Europa hinausgeworfen wurden und einen anderen Ort finden mussten, um anderswo Europäer zu sein, weil sie als Europäer nicht akzeptiert wurden. Und sie fanden Länder, in denen bereits andere Menschen lebten, und wie der verstorbene Patrick Wolfe sagte, wurde bei dieser Begegnung die Logik der Eliminierung des Eingeborenen in dem Moment aktiviert, als diese Siedler auf die Eingeborenen trafen. Und das trifft auch auf Palästina zu. Eine Politik der Eliminierung war die DNA der zionistischen Begegnung mit den Palästinensern seit den Anfängen der zionistischen Bewegung im

späten 19. Jahrhundert. Um es in weniger akademischen Worten auszudrücken: Man wollte so viel Palästina wie möglich mit so wenigen Palästinensern wie möglich. Es gab immer die demografische und die geografische Dimension, die Bevölkerungsdimension und die Raumdimension. Je mehr Raum man hat, desto weniger will man die einheimische Bevölkerung darin haben.

Eliminierungspolitik kann Völkermord, ethnische Säuberung oder Apartheid sein. Sie nimmt an verschiedenen Orten unterschiedliche Formen an, und sie nimmt an ein und demselben Ort unterschiedliche Formen an, je nach Kapazität, historischen Umständen und Bedingungen. Aber man kann das, was in Gaza geschah, nicht aus dieser israelischen und davor zionistischen Eliminierungspolitik herausnehmen, aus der Eliminierung der Eingeborenen, einer Eliminierung der Eingeborenen, die zuerst im zionistischen Denken, in den Zeichnungen zionistischer Maler, in den Schriften zionistischer Denker begann und in den 1930er Jahren zu einer Strategie wurde, die 1948 in der ethnischen Säuberung Palästinas erstmals umgesetzt wurde, die mit der Vertreibung der Hälfte der Palästinenser und der Zerstörung der Hälfte der Dörfer Palästinas endete. Übrigens sind viele dieser Dörfer ... auf den Ruinen dieser Dörfer ... einige der Kibbuzim, die von der Hamas für ein paar Stunden besetzt wurden, wurden auf den Ruinen dieser palästinensischen Dörfer von 1948 gebaut. Und nicht wenige der Palästinenser, die in diese Kibbuzim gingen, waren eine dritte Generation palästinensischer Flüchtlinge aus eben diesen zerstörten Dörfern, nicht weit von Gaza entfernt. Auch das ist Teil der Geschichte.

Nicht alles, was ich hier sage, bedeutet, dass ich alles rechtfertige, was getan wurde. Nein! Das tue ich nicht! Aber es bedeutet, dass es Ihnen einen historischen Kontext gibt, ohne den Sie nicht an die Quelle der Gewalt herankommen und nur die Symptome der Gewalt behandeln. Und man muss an die Quelle der Gewalt gehen. Und die Quelle der Gewalt ist eine bestimmte

Ideologie, eine bestimmte rassistische Ideologie, eine zionistische Ideologie, die im Kern die Idee der Eliminierung der Eingeborenen ist.

Wie ich bereits sagte, ist dies nicht nur im Zionismus der Fall. Es gab auch andere europäische Siedlerkolonialbewegungen, die definitiv von der Idee der Eliminierung der Eingeborenen motiviert und inspiriert waren.

Wenn man sich also nur oberflächlich mit dieser Geschichte befasst, versteht man, dass für eine ideologische Bewegung, die von der Idee motiviert ist, so viel neues Land wie möglich zu besitzen, die historische Periode, in der sie konzipiert wurde, und die historische Periode, in der sie ihre Politik der Eliminierung umsetzte, wirklich wichtig ist. Wenn man nun diese Politik der Eliminierung im 19. Jahrhundert durchgeführt hat, wie es in den Vereinigten Staaten geschehen ist, dann spricht man von einer Welt, die dem Kolonialismus, dem Rassismus und anderen kollektiven Menschenrechten oder Bürgerrechten gegenüber ziemlich gleichgültig war.

Aber wenn Sie sich sagen: Moment mal, das wurde doch nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht. Es geschah im Jahr der Erklärung der Menschenrechte, auf die die Welt so stolz war, weil sie der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg sagte: Wir haben jetzt die moralische Grundlage, die sicherstellt, dass das massive Töten von Menschen, wie wir es im Zweiten Weltkrieg gesehen haben, der Rassismus, den wir an so vielen Orten gesehen haben, ausgerottet wird, weil es einen moralischen Konsens gibt. Wenn man bedenkt, dass Südafrika im selben Jahr das Apartheidgesetz erließ und Israel die ethnische Säuberung Palästinas durchführte, beginnt man die Botschaft zu verstehen, die sowohl das Apartheidregime in Südafrika als auch, was noch wichtiger ist, der zionistische Staat 1948 von der internationalen Gemeinschaft erhielten: Ja, wir verkünden mit Stolz die Erklärung der Menschenrechte, aber wir sagen euch auch: Sie gilt nicht für euch. Sie gilt nicht für euch.

Die Botschaft der Welt war, dass die ethnische Säuberung Palästinas hauptsächlich aus dem Grund akzeptabel ist – ich meine, das war die Propaganda, ich glaube nicht, dass das der wahre Grund war – aber es war die Art zu sagen, in den Worten eines amerikanischen Intellektuellen: Es war die Tolerierung einer kleinen Ungerechtigkeit, um eine viel größere Ungerechtigkeit zu korrigieren, nämlich: Die Palästinenser mussten die Juden für tausend Jahre europäischen und christlichen Antisemitismus entschädigen.

Und die Abmachung war sehr klar, und deshalb war Israel der erste Staat, der ein neues Deutschland anerkannte – die Menschen in Europa und im Westen zögerten sehr, ob sie Westdeutschland als Mitglied der zivilisierten Nationen akzeptieren sollten, so wenige Jahre nach dem Naziregime – aber in dem Moment, in dem sie grünes Licht von Israel bekamen – das vorgab, und das nicht zu Recht, sowohl die Überlebenden des Holocausts als auch die Opfer des Holocausts als ultimativer Vertreter des Holocausts zu vertreten – sagten sie: »Wir werden ein neues Deutschland ausrufen und im Gegenzug wollen wir, dass sich der Westen nicht in das einmisch, was wir in Palästina tun.«

Man hätte erwartet, dass Israel zumindest das dritte Land ist, das ein neues Deutschland anerkennt, nicht das erste. Aber es war sehr wichtig für sie [die Israelis], dieses Abkommen zu schließen. Es bedeutete auch, dass das neue Deutschland Israel mit einer enormen finanziellen Unterstützung versorgte, die dazu beitrug, die moderne israelische Armee bereits in den frühen 1950er Jahren aufzubauen.

Wenn nun die Botschaft aus der Welt kam, dass ethnische Säuberungen im Falle des Staates Israel eine akzeptable Methode der nationalen Sicherheitsstrategie sind, ist es nicht so überraschend, dass die ethnischen Säuberungen fortgesetzt wurden. Israel hat zwischen 1948 und 1967 36 Dörfer innerhalb Israels zerstört. Israel hat 300.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen während des Juni-1967-Krieges vertrieben. Von 1967 bis heute

hat Israel fast 700.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen vertrieben, und während wir hier sprechen, setzt Israel die ethnische Säuberung in Orten wie Masafer Yatta, den südlichen Hebron-Bergen, dem Großraum Jerusalem und anderen Teilen Palästinas fort.

Die ethnische Säuberung der Palästinenser wurde zur DNA der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, und sie beschäftigt Hunderttausende von Menschen, um sie durchzuführen, denn es handelt sich nicht um massive ethnische Säuberungen wie 1948. Es handelt sich um schrittweise ethnische Säuberungen.

Manchmal handelt es sich um die Vertreibung einer Person, einer Familie. Manchmal handelt es sich nicht einmal um eine Vertreibung. Manchmal handelt es sich um die Schließung eines Dorfes oder die Abriegelung des Gazastreifens. Das ist auch eine Form der ethnischen Säuberung, denn wenn man das Gaza-Ghetto-Gleichgewicht zwischen Arabern und Juden einrechnet, weil diese Palästinenser kein Mitspracherecht bei der Zukunft des historischen Palästina haben.

Das ist die eine historische Säule, die notwendig ist für jeden, der diese abscheuliche Sprache benutzt, die jetzt gegen die Palästinenser verwendet wird, wenn Leute uns sagen, dass wir den Terrorismus unterstützen, wenn Leute das, was am 7. Oktober morgens passiert ist, mit dem Holocaust vergleichen und damit die Erinnerung an den Holocaust völlig missbrauchen – entweder verstehen sie es nicht oder sie wissen nicht, was sie tun – aber selbst wenn sie sich darauf einlassen und die hohe moralische Warte einnehmen, es ist so wichtig, dieses besondere Ereignis in die breitere Geschichte des modernen Palästinas und die besondere Geschichte der Belagerung des Gazastreifens einzuordnen, die 2007 begann, die unmenschliche Belagerung von 2 Millionen Menschen in einer der längsten, wahrscheinlich der längsten Belagerung, die es je für eine so große Anzahl von Menschen in Bezug auf Nahrung, Wasser, Bewegungsfreiheit und andere grundlegende

Lebensbedürfnisse gegeben hat, die bereits die Vereinten Nationen im Jahr 2020 zu der Feststellung veranlasste, dass das Leben im Gazastreifen für Menschen unerträglich ist. Schon vor drei Jahren waren sie der Meinung, dass wir die rote Linie in Gaza überschritten haben.

Seien Sie also nicht überrascht, wenn die Leute dort ausbrechen. Es gibt Empörung. Es gibt Rache. Es gibt Gewalt. Natürlich gibt es das. Das Gleiche geschah bei den Aufständen der Sklaven, der indianischen Ureinwohner Amerikas, der kolonisierten Völker von Indien bis Nordafrika. Der antikoniale Kampf ist, wie ich bereits sagte, kein Werk von Quäkern und Pazifisten. Er kann sehr gewalttätig und sehr friedlich sein, und vieles davon hängt davon ab, wie sehr der Kolonisator, der ethnische Säuberer, bereit ist, die Tatsache zu akzeptieren, dass die Menschen, die kolonisiert oder unterdrückt werden, nicht verschwinden und ihren Kampf nicht aufgeben werden. Je eher man das begreift, desto wahrscheinlicher ist ein friedlicher Übergang von einer kolonialistischen zu einer postkolonialistischen Realität.

Wenn ihr euch weigert, dies zu verstehen, wird es euch immer wieder ins Gesicht schlagen, und der 7. Oktober ist nicht der letzte Moment eines solchen Ereignisses.

Aber es gibt noch einen anderen historischen Kontext, auf den ich Sie aufmerksam machen möchte, und der ist sehr wichtig, denn bei all dem Diskurs, der die Berichterstattung in den Medien und von den Politikern in diesem Land und im Westen im Allgemeinen begleitet, war sehr gut zu beobachten, wie die Menschen zu Verallgemeinerungen über die Palästinenser übergingen, wie sie diese Adjektive über die Palästinenser, die allgemeinen Eigenschaften der Palästinenser, verwendeten. Wir haben das schon nach dem 11. September 2001 über Muslime im Allgemeinen gehört. Wir haben es während der Kolonialzeit gegen alle Menschen getan, die es wagten, das Imperium herauszufordern. Das ist nichts Neues. Aber es ist wichtig, die Menschen daran zu erinnern, dass der Zionismus eine Katastrophe war, die ein

Palästina zerstört hat, das ohne den Zionismus anders gewesen wäre.

Es ist so wichtig, die Menschen daran zu erinnern, wie Palästina vor 1948 war. Ein Palästina, in dem Muslime, Christen und Juden nebeneinander lebten, als die Koexistenz keine erfundene Idee von »leben und leben lassen« war, sondern eine ursprüngliche, echte Form des Zusammenlebens. Man sollte das natürlich nicht idealisieren. Es gab Spannungen, es gab Krisenmomente. Aber es war ein Mosaik des Lebens, das es den Menschen besonders in Palästina ermöglichte, auch das zu genießen, was das Land zu bieten hatte. Und das Land hatte etwas zu bieten, was man heute in Palästina nicht mehr findet. Das Land bot zum Beispiel Wasser im Überfluss. Nur Menschen, die sich an Palästina vor 1948 erinnern, wissen, dass jedes palästinensische Dorf einen Bach mit frischem Wasser hatte. Wissen Sie, diese zionistische Fabel, die der Präsident der EU erst kürzlich wiederholt hat, indem er sagte, dass der Zionismus die Wüste zum Blühen gebracht habe ... Das ist eine solche Fälschung der Geschichte.

Der Zionismus hat ein blühendes Land an vielen Stellen in eine Wüste verwandelt. Das ist etwas, dass man mit Hilfe von Historikern – das Palästina rekonstruiert, das es vor 1948 gab, sowohl in Bezug auf die Menschen und die menschlichen Beziehungen als auch in ökologischer Hinsicht. Die ganze Verbindung zwischen Palästinensern und Kräutern zum Beispiel, eine Natur, die der Zionismus zerstört hat, war Teil der Lebensqualität, die die Palästinenser hatten.

Wie der verstorbene Emil Habibi es ausgedrückt hat, als er in der Abbas-Straße in Haifa lebte. Er sagte: »Vor 1948 wusste ich nicht, wer in meiner Straße ein Christ oder ein Muslim war.« Und ich denke, das ist etwas, das keine Nostalgie um der Nostalgie willen ist. Dies ist eine alternative Geschichte, wenn Sie so wollen, in dem Sinne, dass es die Möglichkeit eines anderen Palästinas gab.

Und in diese Geschichte sollten wir auch die Tatsache einbeziehen, dass die palästinensische

Nationalbewegung, die palästinensische antikolonialistische Nationalbewegung, von dem Moment an, als der Zionismus in Palästina, im historischen Palästina, Fuß fasste, zwei Prinzipien treu war, und das ist so gut dokumentiert, dass man sich nicht sehr anstrengen muss, es zu finden: Es gab zwei Prinzipien, denen die Palästinenser treu waren, und sie sagten es insbesondere den Amerikanern, denn die Amerikaner brachten dieses Prinzip durch Präsident Woodrow Wilson 1918 in die arabische Welt, insbesondere in den östlichen Mittelmeerraum, und die Vereinten Nationen wiederholten diese Prinzipien.

Ein Grundsatz war das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Palästinenser sagten: »Wir verdienen auch das Recht auf Selbstbestimmung, wie die Iraker, wie die Libanesen, wie die Ägypter.«

Das zweite Prinzip war die Demokratie: »Wissen Sie, wenn Sie uns aus der osmanischen Herrschaft herausholen, unter der wir 400 Jahre lang standen, und Sie wollen, dass wir über unsere Zukunft nach der osmanischen Herrschaft entscheiden, was wird dann unsere Zukunft sein? Wie wird unser Regime, unser Staat, unsere politische Existenz aussehen? Wir wollen demokratisch – durch die Abstimmung der Mehrheit – entscheiden, ob wir Teil von Großsyrien sein wollen, ob wir ein unabhängiges arabisches Palästina sein wollen, vielleicht wollen wir in einer föderierten panarabischen Republik sein, aber das ist unsere Sache.«

Und jede amerikanische Delegation, die von 1918 bis 1948 dorthin reiste, jede internationale Delegation, ob angloamerikanisch oder eine andere Organisation, antwortete den Palästinensern, dass das Prinzip der Demokratie und der Selbstbestimmung zwar von der westlichen Welt hochgehalten wird und sie es als die richtigen Pfeiler ansehen, auf denen die neue post-osmanische arabische Welt aufgebaut werden soll, dass es aber nicht auf Palästina angewendet werden kann, weil das britische Empire versprochen hatte, aus Palästina einen jüdischen Staat zu machen. Und weil die Juden

eine so winzige Minderheit sind, kann der Grundsatz der Selbstbestimmung nicht auf die Palästinenser angewandt werden, und natürlich kommt der Grundsatz der Mehrheit oder demokratischer Wahlen für die Palästinenser nicht in Frage.

Dies ist auch wichtig im Zusammenhang mit unserer historischen Reise in die Vergangenheit, um die Art der Unterdrückung, die Art der Geschichte oder die Genealogie des Rassismus zu kontextualisieren, die vom Westen gebilligt und unterstützt wurde, als es um Palästina ging. Diese andere Säule ist nicht nur wichtig, um uns daran zu erinnern, was der Zionismus getan hat oder was Palästina hätte sein können.

Dies ist das Fundament, auf dem wir ein Palästina nach der Befreiung, ein postkoloniales Palästina aufbauen werden. Dies ist das Fundament. Und denken Sie über die Elemente dieser Vergangenheit nach und darüber, wie sie sich auf eine andere Realität beziehen als die, die wir hatten, und lassen Sie sich durch den aktuellen Angriff auf den Gazastreifen, die völkermörderische Politik Israels, nicht davon abhalten, weiter über die Befreiung Palästinas nachzudenken und darüber, wie das befreite Palästina aussehen würde.

Und sprechen Sie mit den Palästinensern, die nicht nur über den taktischen Schritt von morgen nachdenken, sondern die sich das vorstellen – so habe ich es in meinem Buch mit Ramzy Baroud gemacht, wir haben mit 40 palästinensischen Denkern gesprochen und sie gefragt: Wie stellen Sie sich ein befreites Palästina vor? Und wenn man sich anschaut, wie die Vision, ihre Vision für die Befreiung und die Vision der Befreiung nicht nur darin besteht, wie man für die Befreiung kämpft, sondern was wird die Befreiung mit sich bringen?

Es sind all die Elemente, die es in Palästina vor 1948 gab: Eine Gesellschaft, die nicht aufgrund von Religion, Sekte oder kultureller Identität diskriminiert, eine Gesellschaft, die die Demokratie respektiert, eine Gesellschaft, die die Prinzipien von »leben und leben lassen« respektiert, und – was vielleicht noch wichtiger

ist – eine Gesellschaft, die Palästina organisch in die arabische Welt, in die muslimische Welt zurückbringt, an den Ort, aus dem es mit Gewalt herausgeholt wurde. Teil der arabischen Welt zu sein, ist für viele Menschen kein einfaches Szenario, und das zu Recht. Aber man kann nicht Teil der Lösung oder der positiveren Szenarien für die arabische Welt sein, wenn man nicht Teil der Probleme der arabischen Welt ist. Man kann keine Diskussion über die Menschenrechte im Iran oder die Bürgerrechte in Ägypten führen, wenn man die Bürger- und Menschenrechte der Palästinenser nicht mit einbezieht. Diese Diskussionen sind sinnlos, weil man immer wieder auf den Exzeptionalismus des palästinensischen Mangels an diesen Rechten stößt und sich in einer unterlegenen Position wiederfindet, wenn man der arabischen Welt von außen helfen will, mit diesen Fragen der Menschenrechte und Bürgerrechte umzugehen. Und nur wenn Palästina, das zukünftige Palästina, Teil der arabischen Welt wäre, wäre es Teil ihrer Probleme, aber auch Teil ihrer Lösung.

Abschließend möchte ich den wichtigsten Punkt wiederholen, den ich heute Abend wirklich ansprechen möchte: Es gibt immer eine Illusion mit einer Dramatik, und man darf das Drama, das wir sehen, nicht unterschätzen, die menschliche Katastrophe, und wir sehen leider, denke ich, nur den Anfang der menschlichen Katastrophe, die Israel leider nicht nur im Gazastreifen, sondern auch im Westjordanland anrichten wird. Sie werden dies als Vorwand nutzen, um ihre Politik auch im Westjordanland zu ändern. Natürlich ist es am dringlichsten, zu versuchen, dies mit allen uns in diesem Land zur Verfügung stehenden Mitteln aufzuhalten, um Druck für eine internationale Intervention auszuüben und diese völkermörderische Politik zu stoppen, die, wie ich befürchte, auch auf das Westjordanland ausgedehnt werden könnte. Aber ein Teil dessen, was wir immer tun müssen, ist, Strategien für die Zukunft zu entwickeln, denn die grundlegenden Fragen werden auch nach dem Ende dieses besonderen Augenblicks auf die eine oder andere Weise weiter bestehen.

Nur eine solche Diskussion würde meiner Meinung nach sicherstellen, dass wir unseren moralischen Kompass nicht verlieren. Wir lassen uns nicht davon abschrecken, dass man uns zu sagen versucht: »Nach dem, was am 7. Oktober geschehen ist, könnt ihr doch nicht eure alten Positionen zur Moral beibehalten.« Und wir sollten die Menschen daran erinnern, dass niemand das Recht Algeriens, frei zu sein, das Recht Kenias, frei zu sein, das Recht Indiens, frei vom Kolonialismus zu sein, in Frage gestellt hat, ungeachtet aller Zwischenfälle im Befreiungskampf, ungeachtet des Ausmaßes der Gewalt, die dort herrschte, ungeachtet der Art und Weise, in der die antikolonialistischen Kräfte mit den kolonialistischen Kräften aufeinandertrafen.

Wir stellen niemals das Grundrecht auf Befreiung und Unabhängigkeit in Frage, und das sollten wir auch im Falle Palästinas nicht tun. Wenn man ein friedliches Palästina will, muss man zuallererst über ein freies Palästina sprechen.

Ich danke Ihnen. [Beifall]

Ussama Makdisi:

Ilan, ich danke Ihnen für diesen außergewöhnlichen Vortrag, der wieder einmal die Bedeutung der Geschichte verdeutlicht hat.

Einerseits, Ilan, gibt uns der Blick auf die Geschichte und das Beharren auf einer ehrlichen Interpretation und Wiedergabe der Vergangenheit, insbesondere des palästinensischen Kolonial-Zionismus, die Möglichkeiten der Geschichte Palästinas vor dem Zionismus, den ökumenischen Charakter Palästinas, den Pluralismus Palästinas, wie Sie sagten, eine Vision für die Zukunft.

Aber wenn ich ein paar Fragen stellen dürfte, Ilan, um diese Sache fortzusetzen. Die erste Frage lautet also: Sie haben die ganze Genealogie der antikolonialen Bewegungen erwähnt, und wir sollten uns mit ihnen und ihren Erfahrungen befassen und einerseits differenziert betrachten, was heute vor sich geht, und nicht vor der Tatsache zurückschrecken, dass es selbst auf Seiten der antikolonialen Befreiungsbewegungen

außerordentliche Gewalt gibt. Aber was ist mit der Tatsache, dass hier – und Sie erwähnten Joe Biden oder Sie spielten auf Joe Biden an, Sie spielten auf den Holocaust an ... Sie sprachen vom Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust. Wenn also Joe Biden sagt, dass der Hamas-Angriff – das direkte Zitat lautet »so folgenreich wie der Holocaust ist« – und angesichts der Tatsache, dass es eine so starke Identifikation mit Israel gibt, wie es sie nie mit Südafrika, nie mit Algerien oder Französisch-Algerien, vielleicht in den Vereinigten Staaten, nie mit einer dieser anderen kolonialen Bewegungen gegeben hat – wie stellen Sie sich vor, die antikoloniale Vergangenheit zu nutzen, um uns in der Zukunft zu helfen?

Ilan Pappé:

Wissen Sie, als Sie sprachen, dachte ich an ein bestimmtes Jahrzehnt der Geschichte: Die 1970er Jahre, als die afrikanischen Mitgliedsstaaten in den Vereinten Nationen, die gerade ihre antikolonialistische Befreiung hinter sich hatten, Palästina als eine offene Wunde der Kolonialisierung betrachteten, die geheilt werden musste, was zu ihrer Initiative führte – die Leute denken, es wäre eine arabische Initiative gewesen, aber es war eine afrikanische Initiative –, den Zionismus in der berühmten UN-Resolution von 1975 mit Rassismus gleichzusetzen.

Und wenn man sich anschaut – und viele der Dokumente aus dieser Zeit sind jetzt offengelegt – und ich verdanke es einigen meiner Leute, die daran arbeiten – den amerikanischen Druck auf die afrikanischen Delegationen, der etwa 15 Jahre lang aufrechterhalten wurde, damit sie das zurücknehmen und diese Resolution zurückziehen, wobei sie Einschüchterung und Bestechung einsetzten. Der Druck der Amerikaner auf die afrikanischen Delegationen hielt etwa 15 Jahre lang an, um diese Resolution zurückzuziehen, indem sie Einschüchterung, Bestechung und alles, was sie in der Hand hatten, einsetzten – das ist ein sehr wichtiges Kapitel in der Geschichte, denn es zeigt, dass es im globalen Süden immer

noch einen grundlegenden Instinkt gibt, Palästina als kolonisierten Raum zu betrachten, den palästinensischen Widerstand als anti-kolonialistische Bewegung zu sehen und ihm Solidarität und Hilfe zu gewähren. Aber die politischen und vor allem die wirtschaftlichen Umstände lassen es nicht zu, dass dieses Gefühl – sogar in der arabischen Welt – zum Vorschein kommt.

Mit anderen Worten: Ich denke, was wir suchen sollten – weil die Palästinenser allein nicht in der Lage sein werden, dies zu tun – wir sollten nach der Art von Solidarität suchen, die es, wie Sie wissen, in den 70er Jahren von Lateinamerika bis Südostasien gab. Es gab diese Solidarität zuerst mit Algerien und dann mit Palästina: Das sind die beiden Bastionen des Kolonialismus, die befreit werden mussten.

Wir müssen sehen, ob es einen Weg gibt, diese Intersektionalität, diese transnationale Solidarität wieder zu schaffen. Diesmal haben wir gelernt, und wir haben es von Gruppen hier in den Vereinigten Staaten gelernt, dass wir nicht mehr im Zeitalter der nationalen Befreiungskämpfe sind. Vielerorts befinden wir uns vielmehr im Zeitalter des Kampfes von Minderheiten, von kulturellen Gruppen, von Afroamerikanern, von amerikanischen Ureinwohnern, First Nations und so weiter. Das ist die neue internationale Solidaritätsbewegung, von der die palästinensische anticoloniale Bewegung getragen werden kann.

Und es gibt zumindest Anzeichen dafür, dass die Produktion von Wissen an einigen Orten dekolonisiert wird. Ich meine die Tatsache, dass man über Palästina in akademischen Zeitschriften über indigene Studien lesen kann. Zeitschriften, die sich mit Siedlerkolonialismus befassen, haben Sonderausgaben zu Palästina. Es ist nicht leicht ...

Es ist nicht leicht, Palästina in einem allgemeinen Kurs über Kolonialismus und Antikolonialismus, Rassismus und Völkermord zu behandeln. Es ist also noch ein langer Weg zu gehen, und natürlich muss das Thema aus den Elfenbeintürmen in die Öffentlichkeit und den

öffentlichen Diskurs getragen werden. Aber ich glaube, es ist möglich, weil es dort passiert ist. Es muss einen Grundinstinkt geben.

Und sehen Sie, was heute in der arabischen Welt passiert: Der ganze [Son of Abraham-Kult?] scheint viel unbeständiger und unsicherer zu sein als vor dem 7. Oktober, und schon damals stand er nicht auf festem Boden, was die Gesellschaften anging. Ich denke also, dass es die Möglichkeit gibt, diese historischen Momente zu betrachten und sich daran zu erinnern, dass es Momente des Zusammenhalts und der nationalen Solidarität gab, die wiederbelebt werden könnten, natürlich angepasst an die neue Realität des 21. Jahrhunderts.

Ussama Makdisi:

Okay, Ilan, ich danke Ihnen dafür. Aber ehrlich gesagt, wir leben hier. Sie sind gerade erst gekommen, Sie haben eine Woche in den USA verbracht. Aber für diejenigen von uns, die unterrichten und sich in anderen Bereichen für Gerechtigkeit in Palästina einsetzen, waren die letzten zwei Wochen nicht nur ein Schock und ein Horror, zu sehen, was in Gaza und mit Gaza und den Palästinensern passiert. Aber die Reaktion im Westen ist durchweg heftiger und entmenschlichter, als ich mich erinnern kann, und ich unterrichte seit 25 Jahren. Wie bringen Sie also dieses Sprechen über Solidarität und Intersektionalität mit der Tatsache in Einklang, dass wir in gewisser Weise rückwärts zu gehen scheinen?

Ilan Pappé:

Ja, ich glaube, ich möchte hier zwei Punkte ansprechen: Der eine Punkt ist, dass wir unser strategisches Denken von unserer taktischen Reaktion trennen müssen. Ja, es gibt eine Welle des Schweigens, der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, der Nutzung der Ereignisse vom Samstag als Vorwand und eine Lizenz, die Palästinenser als Nazis zu bezeichnen und den 7. Oktober mit dem Holocaust zu vergleichen. Das wird vorübergehen. Das wird vorbeigehen, weil die israelische Politik vor Ort – es ist

zynisch, was ich jetzt sage, und es ist schrecklich, was ich jetzt sage – aber Sie können sich auf die Israelis verlassen, dass die Bilder des 7. Oktobers ersetzt werden oder dass zumindest zu diesen Bildern die Bilder hinzukommen, die wir bereits zu Beginn gesehen haben, und dass selbst Leute wie Biden nicht in der Lage sein werden, diese einseitige Vorstellung aufrechtzuerhalten, dass es nur Opfer und Gewalt auf einer Seite gab, leider. Da zähle ich auf die Israelis. Ich wünschte, ich würde es nicht sehen, aber das ist eine Möglichkeit.

Eine Frage ist also, wie man mit dem taktischen Sperrfeuer umgeht. Wie ein Freund von mir zu sagen pflegte: »Du wirst jetzt aus der Luft bombardiert und bist im Bunker. Vielleicht ist es kein guter Zeitpunkt, den Bunker zu verlassen, weil du getötet werden könntest. Aber die Bombardierung wird vorübergehen. Das erste Bombardement wird vorübergehen. Dann werdet ihr eine Chance haben.«

Ich glaube nicht, dass die letzten zwei Wochen ein Indikator für eine Kampagne sind, die so lange aufrechterhalten werden kann. Schließlich hat es auch nach dem 11. September einige Zeit gedauert, bis die Akademiker und Studienvereinigungen und andere ihre Kritik ein wenig zurückgenommen haben und sogar im Falle Israels zum Boykott der israelischen Hochschulen zurückgekehrt sind usw. Das ist also ein Punkt.

Aber nicht weniger wichtig ist natürlich, dass Sie alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere die rechtlichen Mittel, einsetzen, um gegen diese Mobber vorzugehen. Das ist jetzt ein Akt des Mobbings. Wenn es sich bei dem Mobber nicht um eine Person, sondern um die Universitätsleitung oder die Verwaltung handelt, ist es natürlich sehr schwierig, dagegen vorzugehen. Aber dennoch, die Basis ... Ich weiß nicht, das ist zumindest das, was ich meinen Kindern sage: Die Basis, wenn man mit einem Tyrannen konfrontiert wird, ist, keine Angst zu haben und sich nicht einschüchtern zu lassen.

[Beifall]

Und sagen Sie es ihnen: Nein! Wir akzeptieren das nicht. Wir akzeptieren es nicht. Wir akzeptieren es nicht, dass wir die palästinensische Flagge nicht schwenken dürfen. Für uns ist dies die Flagge des Kampfes gegen Ungerechtigkeit. Für uns ist dies die Flagge der Gerechtigkeit. Nein, wir scheuen uns nicht zu sagen, dass wir das Recht der Menschen in Gaza verteidigen, sich selbst zu verteidigen. Wissen Sie, all diese Dinge, wenn man in seiner moralischen Auffassung vom Leben gefestigt ist, kann man diese Art von Mobbing, denke ich, in den Griff bekommen.

Wenn Sie sich in einer gefährdeten akademischen Position befinden, sollten Sie natürlich vorsichtiger vorgehen. Aber nicht alle von uns befinden sich in einer prekären Lage. Einige von uns haben eine solidere Position im Leben, und wir sollten sie nutzen, um anderen, die sich in einer schwächeren Position befinden, zu helfen, ob es sich nun um Studenten oder Akademiker ohne Lehrauftrag usw. handelt, um sicherzustellen, dass die Leitung Ihre Position kennt, denn Sie dürfen nicht vergessen: Universitäten sind immer zweierlei: Eine Universität ist ein Unternehmen mit einem Management, aber sie ist auch eine Gemeinschaft von Wissenschaftlern, und als Gemeinschaft von Wissenschaftlern können wir sicher ein bestimmtes Verhalten fordern, das wir von der Leitung vielleicht nicht erwarten können. Aber es ist eine weitaus komplexere Institution als nur das Management. Die Menschen hier sind nicht nur Arbeiter in einem Unternehmen. Es handelt sich um eine weitaus komplexere Beziehung, und wir sollten diese Beziehung nutzen, um zu unseren Prinzipien zu stehen und ihnen treu zu sein.

[Beifall]

Ussama Makdisi:

Vielen Dank, das ist richtig. Und eigentlich, Ilan, sollte ich sagen, dass es jetzt nach den Ereignissen zwei Petitionen oder Erklärungen gibt, die auf diesem Campus im Umlauf sind. Eine, die die Palästinenser einfach dehistorisiert – Sie

benutzen das Wort dehistorisiert – und völlig dekontextualisiert, ihre Geschichte auslöscht und nicht zu einem Ende der Gewalt aufruft. Und das andere, an dem ich – ehrlich gesagt – einen kleinen Anteil hatte, nur um ehrlich zu sein. Interessant ist jedoch, dass viele Assistenzprofessoren und Dozenten die Erklärung unterschrieben haben. Denn wenn man sich nicht wehrt, spielt es keine Rolle, wie sicher der Lehrstuhl ist, wenn man sich als Assistent nicht wehrt, wird man sich auch als ordentlicher Professor nicht wehren ...

[Beifall]

Ilan Pappé:

Auf jeden Fall, auf jeden Fall. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir ... In meiner Universität bat die Abteilung, der ich angehöre, das Institut für Arabische Islamstudien, keine offizielle Stellungnahme des Instituts zu Palästina zu veröffentlichen. Also haben wir gesagt, okay. Aber sie hatten auch gesagt, ihr könnt individuell unterschreiben. Also hat jedes einzelne Mitglied des Instituts unterschrieben. Es war also gewissermaßen die institutionelle Position, ohne eine institutionelle Position zu haben.

Ussama Makdisi:

Ja, in Ordnung, etwas Hoffnung.

Also ein paar Fragen. Es gibt viele, viele verschiedene Fragen. Eine Frage, die mehrmals wiederholt oder mehrmals gestellt wurde: Sie haben viel über die Palästinenser im Gazastreifen gesprochen, die, wie Sie wissen, bombardiert und verfolgt werden, und jetzt auch im Westjordanland, mit der ethnischen Säuberung, von der Sie sprachen. Was ist mit den Palästinensern innerhalb von Israel? Befürchten Sie nicht, dass die jetzige Situation mit dieser Art von Regierung und Politik und der Entfesselung dieser Art von völkermörderischem Verhalten gegenüber den Palästinensern die Demographie neu gestalten wird, und die Frage ist dann die nach den Menschen innerhalb Israels, den Palästinensern innerhalb Israels, aber auch die Angst vor einer weiteren Nakba?

Ilan Pappé:

Zunächst einmal müssen wir sagen, dass die Situation der Palästinenser in Israel schon vor den Ereignissen vom Samstag, den 7. Oktober, unerträglich war. Jeden Tag wurde jemand ermordet oder getötet. In den meisten palästinensischen Dörfern und Städten Israels gehen die Menschen abends nicht mehr auf die Straße, weil sie Angst vor dem Terror der kriminellen Banden haben. Die Minister, die für das Leben und das Wohlergehen der Palästinenser in Israel verantwortlich sind, sind die fanatischsten, messianischsten Zionisten. Ihre Lage war also bereits prekär und führte bereits zur Auswanderung, was meiner Meinung nach das Hauptziel dieser Politik war.

Ich denke also, dass die Ereignisse dies noch gefährlicher machen, und deshalb halte ich es für so wichtig, den Unterschied zu erklären zwischen einer Reaktion auf eine bestimmte Aktion, die am 7. Oktober stattfand, und der Art und Weise, wie Israel die Ereignisse des 7. Oktobers ausnutzt, um eine Ideologie und eine Vision, die es schon vorher und unabhängig von den Ereignissen am 7. Oktober hatte, auf eine viel rücksichtslosere und brutalere Weise umzusetzen.

Das ist nicht neu. Ich meine, Israel hat das von 1948 bis heute immer getan. Manchmal ohne Vorwand und manchmal unter einem Vorwand, der eine Reaktion oder Vergeltung oder sogar Rache zu sein schien, aber in Wirklichkeit eine viel nüchternere Umsetzung der Vision ist, die es als Siedler-Kolonialbewegung hat, von einem entvölkerten Palästina.

Ussama Makdisi:

Also noch eine Frage, Ilan. Mehrere Fragen beziehen sich auf die palästinensische Führung. Angesichts der Tatsache, dass die PA jahrzehntelang mit den Israelis und den Vereinigten Staaten kollaboriert hat, um die Palästinenser zu unterdrücken, vor allem im Westjordanland, wie stellen Sie sich das vor – ich meine, es ist natürlich nicht Ihre Rolle als solche – aber Ihre Analyse: Wo sehen Sie eine strukturelle

Veränderung, angesichts der Zersplitterung der Palästinenser und angesichts der Tatsache, dass das Westjordanland und Ostjerusalem getrennt wurden und natürlich die Palästinenser außerhalb?

Ilan Pappé:

Wie Sie sagen: Es ist sehr schwierig, das vorherzusagen. Aber nach dem, was ich gelesen habe – und nicht, weil ich in die strategischen Überlegungen Israels eingeweicht bin –, habe ich das Gefühl, dass sie die israelische Gesellschaft auf eine lange, lange Operation im Gazastreifen vorbereiten, auch nach dem zu urteilen, was ich aus den öffentlichen Äußerungen israelischer Generäle und israelischer Politiker höre. Im Gegensatz zu dem, was die Leute denken, werden sie also nicht an einem Tag in den Gazastreifen einmarschieren, sondern sie werden ihn Stück für Stück einnehmen und daraus eine sehr lange Wiederbesetzung des Gazastreifens machen.

Übrigens ohne Rücksicht auf die 200 Israelis, die sich in den Händen der Hamas und des Islamischen Dschihad befinden – das nur am Rande.

Da dies meiner Meinung nach schrittweise erfolgen wird und langwierig ist, gehen die Israelis hier meiner Meinung nach das Risiko ein, dass die PA, die, wie Sie sagen, ohnehin unbeständig ist und heftig kritisiert wird, weil sie die Menschen im Westjordanland nicht vor den Angriffen der Siedler, vor den Angriffen der Armee und der Grenzpolizei schützt, nicht sicher ist, dass ihre eigenen Streitkräfte, die auch Palästinenser sind, untätig bleiben und nicht anfangen, sich zu beteiligen, selbst wenn es nicht das ist, was ihre politische Führung von ihnen verlangt.

Dies ist wahrscheinlich – und ich sage es sehr vorsichtig, weil ich keine Vorhersage machen will – aber es ist wahrscheinlich das Gesicht der dritten Intifada. Es ist sehr schwer zu sagen, was das Gesicht des dritten Aufstands im Westjordanland sein wird, aber man hat das Gefühl, dass man genau hier ansetzen muss. Nicht nur

der Zusammenbruch der PA, sondern auch die Art und Weise, wie einige Strukturen der PA Teil des Aufstandes sein werden.

Sie müssen daran denken: Viele Menschen im Westjordanland, die die Hamas nicht unterstützen – und Sie können es sehen, wenn Sie das palästinensische Fernsehen sehen oder das palästinensische Radio hören ... Wenn Sie in den letzten zehn Tagen das palästinensische Radio aus Ramallah hören, so wie ich es getan habe, dann gibt es eine sehr interessante Botschaft, über die meiner Meinung nach nicht gesprochen wird. Zwei wichtige Botschaften, die uns meiner Meinung nach in Erinnerung gerufen werden sollten: Erstens, die Bedeutung der Frage der politischen Gefangenen für die Palästinenser. Dies ist das Thema, das für die Palästinenser am konsensfähigsten ist. Es spielt keine Rolle, ob man der Hamas, der Fatah, den Linken, den Kommunisten, den Säkularen, den Religiösen, den Christen oder den Muslimen angehört. Die Frage der politischen Gefangenen ist das brennendste Thema für alle Palästinenser. Und die PA unternimmt nichts dagegen.

Wir sollten auch nicht vergessen: Seit 1967 haben eine Million Palästinenser als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen gesessen. Eine Million verbringt ihre Zeit so ... Dies ist also das wichtigste Thema. Das PA-Radio in Ramallah widmet jeden Tag drei Stunden den Gesprächen mit den Familien der Gefangenen. Wenn also die Hamas hinausgeht und sagt – und sie hat es sehr deutlich gesagt, und übrigens hat sie Israel vor Samstag gewarnt – sie hat gesagt: Wir werden nicht untätig bleiben, solange die politischen Gefangenen nicht freigelassen werden. Und eines der Dinge ... Es war kein großes Geheimnis. Dafür brauchte man keinen brillanten israelischen Geheimdienst. Die Hamas sagte: Wir werden alles tun, was wir können, um israelische Soldaten und Bürger zu entführen, damit wir etwas haben, womit wir handeln können, um das wichtigste Problem für unsere Gesellschaft zu lösen, nämlich die politischen Gefangenen. Das ist also ein Punkt.

Der zweite Punkt ist die Verwundbarkeit der Palästinenser im Westjordanland. Wir vergessen das immer wieder, weil die israelische Politik des Völkermords und der ethnischen Säuberung normalerweise schrittweise erfolgt. Die Schritte sind nicht massiv, sie geschehen nicht an einem einzelnen Tag. Jeden Tag wurden in den letzten zwei Jahren im Westjordanland junge Menschen, manchmal Kinder, getötet. Die PA war wehrlos. Die einzige Gruppe, die zumindest rhetorisch sagte: »Wir werden diese Menschen schließlich verteidigen«, war die Hamas. Und die Leute, die – wie die kleinen Gruppen im Flüchtlingslager von Dschenin und in der Kasbah von Nablus, die mit spärlichen militärischen Mitteln versuchten, die Palästinenser zu verteidigen – sagten: »Ja, wir sind von der Hamas inspiriert, denn sie sind diejenigen, die zurückschlagen. Wir sind nicht untätig.« Dies ist auch ein Teil des Kontextes, den man meiner Meinung nach unbedingt berücksichtigen muss.

Ussama Makdisi:

Okay, ich weiß nicht, wie viel Zeit wir noch haben. Aber lassen Sie mich einfach ein paar Fragen stellen. Ich werde zwei Fragen zusammenfassen. Viele fragen: Wie widerlegen Sie die ständige Verquickung, wenn Sie für Gerechtigkeit in Palästina kämpfen, mit Antisemitismus? Und dann: Was sagen Sie Juden wie jüdischen Aktivisten, insbesondere anti-jüdischen Aktivisten, die des Selbsthasses oder des Verrats bezichtigt werden? Das sind einige der Fragen, die uns gestellt werden. Ich bin sicher, Sie haben diese Fragen schon oft gestellt bekommen.

Ilan Pappé:

Ja, aber sie sind wichtig. Zur ersten Frage: Ich denke, dass es bei solchen Anschuldigungen und Behauptungen, wenn man die Palästinenser unterstützt oder wenn man den Zionismus als Rassismus kritisiert, dass man ein Antisemit sei, sehr wichtig ist, das Gespräch zu kontrollieren. Anstatt in die Defensive zu gehen, sollte man

den Leuten sagen – und ich meine es ernst, und ich tue es so oft ich kann – indem man ihnen sagt: »Ich kann es auf höflich sagen, dass Sie wahrscheinlich nicht genug über die Geschichte des Zionismus und des Judentums wissen.« Auf eine unhöfliche Art sage ich: »Sie sind ein Schwachkopf, der nichts über die Geschichte weiß.«

Es kommt also darauf an, und das ist der Punkt, an dem ich sagte, dass Schlagworte hier nicht funktionieren, weil man wirklich den Unterschied zwischen Glauben und Ideologie erklären muss.

Es ist erstaunlich: Wenn es um den Islamischen Staat geht, sind die Menschen sehr intelligent. Sie sagen: »Ach ja. Das eine ist Ideologie und das andere ist Religion.« Wenn es um die weiße Vorherrschaft in den Vereinigten Staaten geht, sagen die Leute natürlich: »Das ist nicht das Christentum. Das ist eine Ideologie, die sich des Christentums bedient.« Wenn es um die rassistische jüdische Ideologie geht, heißt es, dass man ein Antisemit ist, wenn man das sagt. Man ist nicht antichristlich, wenn man gegen die Aryan Nation ist, und man ist nicht anti-islamisch, wenn man den Islamischen Staat nicht mag. Und das Gleiche gilt für den Zionismus. Das ist also ein Punkt, den ich erwähnen würde. Und indem man das Gespräch kontrolliert, indem man sagt: »Lassen Sie mich Ihnen den Unterschied zwischen Religion und Ideologie erklären und was passiert, wenn die Ideologie die Religion für ihre politischen Ziele benutzt.« Ich denke also, dass es sehr wichtig ist, sicherzustellen, dass man die Geschichte kennt, selbst wenn man sie nur flüchtig kennt, so dass man das Gespräch leicht auf das mangelnde Wissen derjenigen lenken kann, die einen beschuldigen.

Was den Selbsthass angeht: Ich weiß nicht ... Vielleicht liegt es an meiner synkretistischen Natur ... Es amüsiert mich immer. Ich muss sagen, es amüsiert mich. Ich erinnere mich, dass ich es zum ersten Mal in Cleveland, Ohio, richtig deutlich gehört habe. Ich habe dort in einem Club gesprochen. Ich erinnere mich nicht

mehr an den Namen des Clubs. Die Hälfte der Zuhörer waren zionistische Juden und Christen, die andere Hälfte waren Palästinenser. Aus irgendeinem Grund waren sie alle Ärzte und Mediziner. Die meisten Palästinenser in Cleveland sind Ärzte. Ich weiß nicht, warum, aber sie sind alle Ärzte. Und der Rabbiner von Cleveland sagte: »Ich weiß nicht, wie Sie damit leben können, dass Sie sich selbst als Jude hassen.« Und ich sagte: »Moment mal, wissen Sie, ich habe viele befreundete palästinensische Ärzte hier, und ich war in all ihren Kliniken, und ich befürchte, ich muss Ihnen sagen, dass sie mir mitgeteilt haben, dass diese Krankheit unheilbar ist. Ich bin eben wahrscheinlich der Selbsthasser ... Es gibt keine Pille dagegen. Es gibt keine Impfung dagegen.« Also sagte ich ihm: »Sie haben Recht. Sie haben Recht. Ich werde damit leben müssen. Manche Menschen leben mit chronischen Krankheiten und schaffen es auch.« Also ja, ich denke, diese ganze Idee ist so absurd, dass man sie eher ins Lächerliche ziehen sollte, als sich ernsthaft mit ihr auseinanderzusetzen.

[Beifall]

Ussama Makdisi:

Vielen Dank, Ilan. Es gibt mehrere Fragen zur Hamas, wie Sie sich vorstellen können. Und eine der Fragen über die Hamas ist, angesichts dessen, was Sie über die westliche Welt gesagt haben, die Konstruktion der westlichen Moral nach dem Zweiten Weltkrieg, die einerseits all diese liberalen Werte verkündet und sie andererseits natürlich entweder nicht anwendet oder tatsächlich zu extremer Gewalt übergeht und diese rechtfertigt, wie wir jetzt in Gaza sehen.

Wenn also islamistische Bewegungen wie die Hamas oder andere Bewegungen oder auch der Iran, die iranische Revolutionsregierung, wenn die Gewalt ausüben, dann sagen die: »Es hat keinen Sinn, auf den Westen oder auf diese so genannten universellen Werte des Westens zu vertrauen, denn sie wurden noch nie angewandt oder richtig umgesetzt. Sie sind immer irgendwie

ignoriert worden.« Und in Anbetracht der Tatsache, dass die Hamas und andere tatsächlich die Kämpfe führen, sind sie diejenigen, die ... Wie gehen Sie damit um? Denn die stellen nicht unbedingt die universelle säkulare Vision eines Staates dar, den Sie als Zukunft sehen. Wie lösen Sie diesen Widerspruch oder wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um?

Ilan Pappé:

Ganz genau. Ich denke, das ist eine wichtige Frage. Es ist ganz klar, dass die Art und Weise, wie der westliche Imperialismus – und dazu zähle ich auch den Zionismus – die so genannten universellen Werte der Menschenrechte und Bürgerrechte in Ländern wie der arabischen Welt eingeführt hat, manipulativ und diskriminierend war und zum Teil durch kapitalistische und imperialistische Interessen motiviert war. Und das ultimative Beispiel für diese Art der Einführung war der Versuch, den Irak in die Demokratie zu bomben.

Deshalb versteht man, warum viele Menschen in der arabischen Welt sagen: Demokratie wird überbewertet, denn Demokratie ist für uns Imperialismus, ist Besatzung, ist Kolonialismus. Und es ist nicht verwunderlich, dass in den Momenten, in denen säkulare westliche, westlich geprägte Ideologien versagen, die Menschen woanders hingehen. Das ist nicht überraschend. Es ist sehr menschlich.

Das bedeutet aber nicht, dass die arabische Welt – und das gilt übrigens auch für die ganze Welt – das Problem der dialektischen Beziehung zwischen säkularen und religiösen Menschen gelöst hat. Es bedeutet nicht, dass wir als menschliche Gesellschaft – nicht nur in der arabischen Welt – die universelle moralische Grundlage soweit gefunden haben, dass wir genau wissen, wer die höchste moralische Instanz ist und wer nicht. Ich bin kein moralischer Relativist. Damit will ich nicht sagen, dass jede beliebige Moral in Ordnung ist. Ich bin kein Postmodernist. Ich sage nur, dass es im Gegensatz zu den westlichen Lösungsvorstellungen in den Gesellschaften eine

nicht-westliche Lösungsvorstellung gibt, zum Beispiel im Islam, sogar in vorislamischen Gesellschaften. Die Menschen suchten eher nach einem Konsens als nach einer Mehrheitsentscheidung.

Und Konsens – und darüber haben Sie auch in Ihrem Buch geschrieben – manchmal »leben und leben lassen«, ohne alle Differenzen in der Art und Weise, wie sie die Welt in moralischer und sogar ideologischer Hinsicht wahrnehmen, zu lösen. Es ist die Art von »leben und leben lassen«, die dialogische, nicht die dialektische, sondern die dialogische Realität, in der man leben kann. Und wir kennen die arabische Welt, wir kennen die Gesellschaften sehr gut und sehr genau. Es gab lange Perioden in der Geschichte, in denen sie dazu in der Lage waren, und es war in der Regel eine Intervention von außen, die die Idee in eine sektiererische Gesellschaft, in etwas Negatives, verwandelt hat, anstatt in ein Mosaik von Menschen mit unterschiedlichen kollektiven Identitäten.

Und das Gleiche gilt für Palästina. Mit anderen Worten: Ich glaube nicht, dass die Hamas und die Hisbollah notwendigerweise die Vision der Zukunft der arabischen Welt oder Palästinas repräsentieren, nicht einmal so, wie sie es sich vorstellen. Was die Menschen von ihnen lernen, ist ihre Unverwundlichkeit, ihr Mut und ihr Widerstand. [Beifall] Ich glaube nicht, dass die Menschen blind sind für den Teil von derer theokratischen Zukunftsvision.

Ich glaube nicht, dass die Menschen, die die Position Syriens oder des Irans respektieren, in der die gesamte arabische Welt Schlange stand, um die Beziehungen zu Israel zu normalisieren, dass die Menschen nicht das Gefühl hatten ... Einerseits sagten sie, dass dies eine mutige Position ist, die sie einnehmen. Aber das bedeutete nicht, dass sie blind für die Menschenrechtsverletzungen in Syrien oder im Iran gewesen wären.

Als Menschen können wir mit beiden Polen jonglieren, wissen Sie. Wir können jonglieren. Wir können mit diesen moralischen Fragen auf eine komplexere Weise jonglieren. Wir können

genau sagen, was wir bewundern, und wir können genau sagen, was wir nicht akzeptieren, und wir können gemeinsam einen Mechanismus aufbauen, mit dem wir diesen Dialog führen können. Und dieser Dialog zwischen Moderne und Tradition, Religion und Säkularismus ist nicht nur ein Problem der arabischen Welt. Es ist auch ein Thema für Europa. Es ist auch ein Thema für die Vereinigten Staaten.

Wir waren irgendwie fasziniert von dieser westlichen Welt, dieser demokratischen Welt, und dann vergisst man irgendwie die Tatsache, dass in den Vereinigten Staaten mehr Menschen hingerichtet werden als irgendwo sonst auf der Welt. Darüber wird nicht gesprochen. Dass das amerikanische Wahlsystem eines der antiquiertesten und undemokratischsten ist, das jemandem wie Trump die höchste Position im Land verschaffen kann. All diese Dinge müssen neu aufgerollt werden.

Ussama Makdisi:

Okay, aber es gibt immer noch die Frage, dass es zwei verschiedene Wege des Widerstands zu geben scheint, und das geht aus einigen der hier gestellten Fragen hervor. Die eine ist, dass Sie gerade die Hamas und die Hisbollah und den islamistischen Widerstand erwähnt haben. Unabhängig davon, was die Menschen von denen halten, ob sie gut oder schlecht sind, sind sie diejenigen, die sich, wie Sie sagten, dem Normalisierungsprozess entgegenstellen, und das ist ein sehr spezifischer Diskurs, den sie führen. Sie tun nicht so, als ob. Sie sprechen nicht die westlichen liberalen Werte an, weil sie die Heuchelei dort erkannt haben. Sie machen ihr eigenes Ding. Und Sie sagten, es gibt ein theokratisches Element, es gibt ein religiöses Element. Es gibt all diese Dinge. Wie bringen Sie diese Realität dort mit der Tatsache in Einklang, dass hier Studenten, Dozenten und Mitarbeiter, Sie selbst heute in Ihrem Vortrag, für zivile, säkulare Gerechtigkeit eintreten? Das sind zwei getrennte Wege. Betrachten Sie sie als Widersprüche oder sehen Sie, dass sie irgendwann einmal zusammenlaufen?

Ilan Pappé:

Ja, ja. Das ist eine gute Frage, denn ich denke, wenn man sich die Geschichte erfolgreicher antikolonialer Kämpfe ansieht, nicht nur antikolonialer Kämpfe gegen Unterdrückung durch mächtige politische Strukturen, dann wurden sie immer durch eine Koalition von Kräften erreicht, die nicht in allem übereinstimmen, die eine unterschiedliche Haltung zu moralischen Fragen, ideologischen Fragen, vielleicht sogar Visionen hatten.

Es gibt aber auch die gegenteiligen Beispiele. Denken Sie an das Deutschland der Weimarer Republik, wo die Sozialdemokraten und die Kommunisten sich weigerten, bei der Niederschlagung des Nationalsozialismus zusammenzuarbeiten, weil sie der Meinung waren, dass sie die Zukunft nicht genau gleich sehen, was es den Nazis ermöglichte, in Deutschland an die Macht zu kommen. Das ist der Punkt, an dem sich meiner Meinung nach diese unterschiedlichen Strömungen einander annähern.

Es ist jetzt das Bündnis der Menschen, die zusammenarbeiten, um die Auslöschung des palästinensischen Volkes zu verhindern. [Beifall] Sie werden nicht an der Feinabstimmung arbeiten. Wenn ich Recht habe und wir uns in einem existenziellen Kampf befinden, um den Völkermord am palästinensischen Volk zu verhindern, dann kann ich mir nicht den Luxus leisten, mich auf Argumente darüber einzulassen, was in Palästina passieren wird, wenn es uns gelingt, den Völkermord zu stoppen. Ja, es wird Auseinandersetzungen geben, natürlich. Es wird Auseinandersetzungen geben und ich weiß, wie es anders geht, ich meine sogar aus eigener Erfahrung.

Als wir in Bil'in gegen die Apartheid-Mauer demonstrierten, waren wir alle gemeinsam dort: Hamas-Leute, Dschihad-Leute, Fatah, antizionistische Juden. Ich habe das Gefühl, dass ich, wenn ich ein Mitglied gewesen wäre, jemand, der in Gaza lebt und vielleicht kein Muslim ist, vielleicht nicht diese Art von Gefühl empfunden hätte. Das ist möglich. Ich bin also

nicht blind für diese komplexen Zusammenhänge. Ich sage nur, dass dies genau eine Möglichkeit ist – es hängt alles davon ab, wie man den Moment definiert, in dem man sich befindet. Das bedeutet nicht, dass man blind ist für all diese Themen, die wir ansprechen. Ich denke also, sie konvergieren. Aber noch einmal, ich sage, dass sie in eine Realität konvergieren, die sehr schwierig sein wird.

Ich meine, stellen Sie sich vor, ein postkoloniales Palästina aufzubauen, von dem selbst die Hamas-Leute anerkennen müssten, dass es Millionen von Juden umfassen würde. Wie auch immer die Leute im Islamischen Dschihad oder im Iran oder in der Hamas über ein post-befreites Palästina denken, es wird Millionen von Juden enthalten. Das müssen sie also berücksichtigen. Und sie werden darüber nachdenken müssen. Aber sie müssen nicht heute darüber nachdenken. Wissen Sie, das ist wie bei den palästinensischen Freunden, die an einen Staat glauben und alle Juden in einen Staat stecken wollen, und er sagt: Ihr braucht also nicht den einen Staat, nur die Juden [Anm d. Red.: technische Störung – unverständlich ...].

Wenn Sie wie ich vor Ort sind, wissen Sie, dass die meisten Menschen meine Ansicht teilen. Was sie aus politischen Gründen, zu öffentlichen Zwecken, nach außen hin sagen, ist etwas anderes, weil es Druck gibt. Ich denke, die große Mehrheit der Palästinenser und definitiv alle Antizionisten, die mit ihnen solidarisch sind, haben diese tiefe Erkenntnis und wissen um die Unterscheidung zwischen dem Kampf für die Befreiung und der Frage, was man nach der Befreiung aufbaut.

Ussama Makdisi:

Die Zeit ist fast abgelaufen und die letzte Frage kommt von den Studenten, die Sie fragen: Was raten Sie ihnen angesichts des enormen Drucks, unter dem sie stehen, angesichts des Doxxing, der Einschüchterung, des Mobbing und all dem, was auf diesem Campus und auf anderen Campi im ganzen Land passiert? Wie können sie weiter für das kämpfen, was eigentlich

grundlegender Anstand ist, wenn sie ständig verleumdet werden?

Und das ist die letzte Frage. Es gibt hunderttausend Fragen. Ich werde sie Ihnen zusammenstellen. Sie können sie heute Abend lesen.

Ilan Pappé:

Wahrscheinlich kann ich nicht einmal alle mit Sicherheit beantworten, also ist das gut.

Ja, ich denke, zunächst einmal, wissen Sie, eine Art von Grundregeln, die sich nur aus der Erfahrung im Alter ergeben und nicht aus einer besonderen Weisheit, die man auf die harte Tour lernt. Eine davon ist: Sei niemals allein in diesen Kämpfen. Stelle sicher, dass Du Teil einer größeren Gruppe bist ... Wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie der Einzige sind oder nur eine kleine Gruppe haben, dann tun Sie nichts. Tun Sie wirklich nichts. Warten Sie, bis Sie eine größere Koalition gefunden haben. Das ist die eine Sache.

Die zweite Sache ist: Man muss taktisch vorgehen. Man muss taktisch vorgehen und wie ich schon sagte: Wenn man im Bunker unter Beschuss steht, darf man den Kopf nicht sofort zeigen. Man muss abwarten. Wenn Sie den falschen Eindruck haben, dass das Mobbing, das Sie jetzt sehen, und diese Art von Bedürfnis, Ihre Reaktion auf das, was am Samstag passiert ist, etwas ist, das Sie für längere Zeit begleiten wird, dann irren Sie sich aus allen möglichen Gründen, von denen ich einige heute Abend versucht habe zu erläutern. Vielleicht wird es nicht nachlassen, vielleicht wird es nicht versiegen, aber es wird weniger stark sein.

Da bin ich mir sicher. Es passiert nichts, wenn Sie warten. Wenn Sie glauben, dass die Reaktion Ihrer akademischen Laufbahn oder Ihrem Leben als Student sehr schaden könnte ... Wenn Sie ein Shahid [Bedeutung: Märtyrer für

die Palästinensische Sache] werden wollen, gehen Sie nach Palästina. Tun Sie es nicht in Berkeley. Berkeley ist kein Ort für Shuhada – Märtyrer. Es ist ein Ort für ein gutes Leben und so weiter. Also tun Sie das nicht. Aber beziehen Sie Stellung. Setzen Sie sich zur Wehr und peinigen Sie die Peiniger, wenn Sie wollen. Und geben Sie nicht nach.

Aber noch einmal: kalkulieren. Ich denke, das ist es, was ich sagen würde, und für Studenten ist das natürlich nicht einfach. Und es ist nicht leicht für mich, in diese Schuhe zu schlüpfen, weil ich nicht in dieser Lage bin. Aber ich denke, Sie haben etwas sehr Wichtiges gesagt: Wenn Sie es jetzt nicht tun, wenn Sie in einer schwachen Position sind, werden Sie es auch nicht tun, wenn Ihre Position stärker geworden ist. Und das ist eine sehr wichtige Lektion für das Leben. Und wenn Sie mit sich selbst im Reinen sind und wissen, dass Sie auf festem moralischen Boden stehen, werden Sie überrascht sein, dass es nicht so einfach sein wird, Sie zu entfernen, zu unterdrücken oder zum Schweigen zu bringen. Es wird nicht leicht sein, aber das bedeutet nicht, dass es nicht machbar ist. Es ist machbar.

Ussama Makdisi:

Danke, danke, Ilan, vielen Dank.

Das Transkript und die Übersetzung für seniora.org besorgte Andreas Mylaeus. Wir danken Margot und Willy Wahl für die Abdruckerlaubnis dieses Beitrages.

Quellen

<https://www.youtube.com/watch?v=1OcjOP8iUCU>

<https://www.youtube.com/@HatemBazian>

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (2 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 8 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 4 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail an info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (SEPA-Mandat)
 - Abo-Abbuchung jährlich
 - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift

Deborah Feldman

Judenfetisch

Luchterhand
Literatur 2023,
272 Seiten, 24,- Euro



Moshe Zuckermann/
Moshe Zimmermann

Denk ich an Deutschland ...

Ein Dialog in Israel

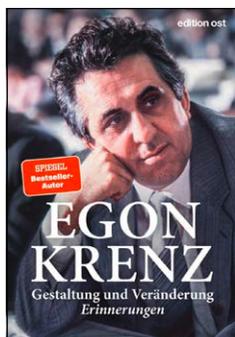
Westend 2023,
304 Seiten, 25,- Euro



Egon Krenz

Gestaltung und Veränderung

Das neue Berlin
2023, 352 Seiten,
26,- Euro



Christiane Barckhausen

Was bleibt

Begegnungen in der
Welt und in Berlin

Arbeiterlogik 2022,
148 Seiten, 12,- Euro



Rubio Salva

Die Bibliothekarin von Auschwitz

Belletristik/Comic

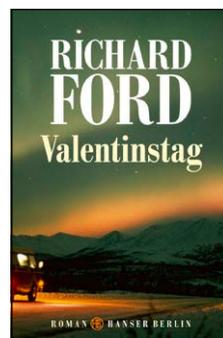
Bahoe 2022,
144 Seiten,
24,- Euro



Richard Ford

Valentinstag

Hanser 2023,
382 Seiten, 28,- Euro



**Aus dem Schaufenster von
www.neue-impulse-verlag.de**

Marxistischen Blätter empfohlen

Gabriele Krone-Schmalz

Eiszeit

Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist

Westend 2023,
368 Seiten, 25,- Euro

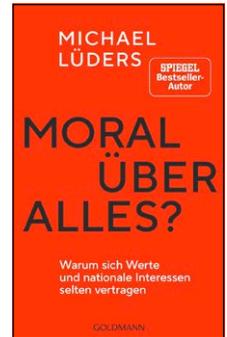


Michael Lüders

Moral über alles?

Warum sich Werte und nationale Interessen selten vertragen

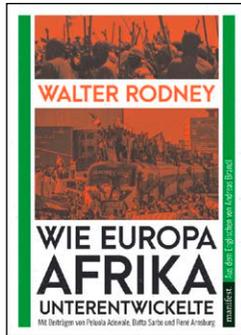
Goldmann 2023,
272 Seiten, 18,- Euro



Walter Rodney

Wie Europa Afrika unterentwickelte

Manifest 2023,
418 Seiten,
20,- Euro



Patrick Schreiner/
Kai Eicker-Wolf

Wirtschaftsmärchen

Hundert und eine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales

PapyRossa 2023,
270 Seiten, 19,90 Euro



Brigitte Giraud

Schnell leben

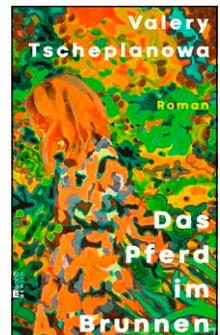
Frankfurter Verlagsanstalt 2023,
218 Seiten, 24,- Euro



Valery Tschepanowa

Das Pferd im Brunnen

Rowohlt 2023,
190 Seiten, 22,- Euro



Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757
info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

www.marxistische-blaetter.de



Mehr für's Abo.

Jetzt abonnieren!

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion